Freitag, 21. Oktober 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 246 - 42.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Strauß vermißt „Wende": Die Konsolidierung der Staatsfinanzen sei „mit Erfolg" angepackt worden, allerdings fehle noch der mit dem Begriff der „Wende" eigentlich verbundene „Hauruck-Anstoß" der wirtschaftlichen Belebung, erklärt der CSU-Vorsitzende Strauß in einem WELT-Interview. (S. 1 und 6)

Putsch auf Grenada: Auf der Karibik-Insel hat ein Militärrat die Macht übernommen; der schon vergangene Woche entmachtete Ministerpräsident Bishop und vier weitere Regierungsmitglieder wurden von Soldaten erschossen.

Bundeswehr-Weißbuch: Verteidigungsminister Wörner bezeichnet das neue Weißbuch als „Dokument der Zuversicht" und als Absage an panische Kriegsangst. (S. 10)

Bundesbahn teurer: Die Fahrpreise im Personenverkehr werden ab Jahresanfang 1984 um durchschnittlich 1,3 Prozent erhöht. Der Bahn-Verwaltungsrat verweigert die Genehmigung des Wirtschaftsplanes für 1984, weil die Regierung ihre künftige Bahnpolitik noch nicht festgelegt hat.

Genscher über Dissidenten: Im Gespräch mit seinem sowjetischen Kollegen Gromyko hat sich Bundesaußenminister Genscher für die sowjetischen Regimekritiker Sacharow, Schtscharanski und des soeben verurteilten Josef Begun eingesetzt. Gromyko machte keine Zusagen.

„DDR": Der aus der „DDR" stammende Philosophie-Professor Franz Loeser schließt eine interne Revolte in Mitteldeutschland nicht aus, gegen die selbst die Ereignisse in Polen „noch systemkonform aussehen würden". Die „DDR" gleiche einem „Pulverfaß", in dem es früher oder später zur Eruption kommen müsse. (S. 1)

Schuld Syriens: Präsident Reagan macht Syrien dafür verantwortlich, daß die Bemühungen um eine Befreiung des Libanon nicht vorankommen. – Die „Versöhnungskonferenz" der Libanesen wurde erneut verschoben.

Schutz jüdischer Bürger: Bundesjustizminister Engelhard bekennt sich im Gespräch mit dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Galinski, zur besonderen Verantwortung der Deutschen zum Schutz der jüdischen Mitbürger.

Wiener Gespräche fest: Nach der 350. Sitzung der Wiener Verhandlungen über einen gleichgewichtigen Truppenabbau in Europa (MBFR), die seit zehn Jahren tagt, haben sich die Delegationen aus Ost und West gegenseitig Blockade der Gespräche vorgeworfen.

Heute: Außenminister Genscher berät in Brüssel mit EG-Kommission über Stahlfragen. – Friedensbewegung plant Blockade Bonner Ministerien, einschließlich Verteidigungsministerium. – Deutscher Apothekertag beginnt in Berlin.

ZITAT DES TAGES



» Obwohl bekanntlich die SS 20 seit fünf, sechs Jahren an der russischen Grenze stationiert waren und eine einzige SS 20 eine Stadt wie Lille oder München zerstören kann, haben sich weder die Gewerkschaften noch die Intellektuellen noch die Politiker gerührt. «

Der französische Chansonnier und Schauspieler Yves Montand, lange Zeit künstlerisches Aushängeschild der KPF (S. 5)
FOTO: GAMMA/STUDIO X

WIRTSCHAFT

Abkommen gefährdet: Das Sparprogramm der brasilianischen Regierung ist im Parlament gescheitert. Damit ist das internationale Umschuldungsabkommen gefährdet.

Nachfrage steigt: Die wirtschaftliche Erholung hat sich nach Jahresmitte fortgesetzt. Ordereingänge und Auslandsnachfrage steigen weiter, erklärte das Bundeswirtschaftsministerium.

Stahl: Die Bundesregierung ist offenbar nicht bereit, für den Stahl-Zusammenschluß von Thyssen und Krupp Mittel bereitzustellen, wenn die Konzerne ihre Forderungen nicht reduzieren. Auch das vorgelegte Unternehmenskonzept für Arbed Saarstahl lehnt Bonn ab. (S. 11)

Zahlungsstopp verlängert: Die EG-Kommission hält die Sperre für Vorauszahlungen für Agrarexporte und andere Beihilfen aufrecht. Sie soll spätestens zum Jahresende aufgehoben werden.

Börse: Als Reaktion auf die steigenden Kurse der letzten Tage kam es an den Aktienbörsen vielfach zu Glattstellungen. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 146,1 (146,5). Dollarmittelkurs 2,5907 (2,5899) Mark. Goldpreis pro Feinunze 389,70 (394,00) Dollar.

KULTUR

„Auf deutsch gesagt": Mit einem neuen Konzept verbreitet das Europaprogramm des Deutschlandfunks einen deutschen Sprachkurs. Er soll nicht nur Grundkenntnisse der deutschen Sprache vermitteln, sondern auch durch Handlungsablauf und Reisebilder Lebensverhältnisse und Alltagsgeschehen in unserem Staat für Ausländer darstellen.

Siegessäule: Frankreich gibt ein zwölf Meter langes Bronze-Relief von der Berliner Siegessäule wieder zurück. Das von dem Bildhauer Karl Keil geschaffene Kunstwerk war 1945 von französischen Soldaten abmontiert und als Kriegsbeute an die Seine gebracht worden. Bei seinem Berlinbesuch kündigte Bürgermeister Chirac die Rückgabe an.

SPORT

Leichtathletik: Jürgen Ewers, Junioren-Europameister über 200 m, wurde zum deutschen „Juniorsportler des Jahres" gewählt. Er erhält eine Ausbildungsbeihilfe in Höhe von 12 000 Mark.

Fußball: Dinamo Bukarest, 3:0-Sieger über den Hamburger SV im Europapokal, muß mit Bestrafung rechnen. Fans hatten Feuerwerkskörper in Richtung HSV-Spielerbank geschossen. (S. 17)

AUS ALLER WELT

Tod als Ausweg: Die Zahl der Kinderselbstmorde steigt: Bei den zehn- bis 15jährigen nahm sie im Zeitraum 1971 bis 1981 um 23 Prozent (auf 1,66 Fälle pro 100 000), bei den 15- bis 20jährigen um zehn Prozent gegenüber der vorangegangenen Dekade zu.

Leben in Kapseln: In Tokio bricht sich eine zweifelhafte Entwicklung der Wohnkultur Bahn: Die Wohnkapsel. 10 000 sollen bis Jahresende fertiggestellt sein. (S. 20)

Wetter: Wolkig mit Aufheiterungen. 10 bis 14, nachts bis 0 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß: Nicht nur Weizsäcker ist ein geeigneter Kandidat

Der CSU-Chef sagt nicht, ob er Wirtschaftsminister in Bonn werden will

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Union hat nach Meinung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß „eine Reihe von geeigneten Persönlichkeiten" für das Amt des Bundespräsidenten. In einem WELT-Interview nannte Strauß gestern die Namen von Richard von Weizsäcker, Rainer Barzel und Alfred Dregger und betonte zugleich, die CSU werde keinen eigenen Vorschlag unterbreiten. Bei der endgültigen Entscheidung – Strauß rechnet bis Weihnachten damit – über den Kandidaten werde man „sehr sorgfältig das Gesetz der psychologischen Ausgeglichenheit" innerhalb der Union überlegen müssen.

Niemand werde Richard von Weizsäcker die „Qualitäten absprechen, die gerade dieses Amt verlangt, bei dem Zurückhaltung und ausgewogene Denk- und Ausdrucksweise wichtiger sind als stürmisches Zupakken". Aber in der Union, so sagte Strauß, hätten nach der „Enttäuschung" in Hessen und der Erfahrung, daß die SPD in einzelnen Bundesländern wieder frühere Mehrheiten aufweisen könne, Überlegungen eingesetzt. Der Verfall der SPD habe in der Vergangenheit viele bewogen, der Partei den Rücken zu kehren. Strauß: Diese Wähler müssen erhalten bleiben. „Hier sehen viele führende Persönlichkeiten in der Union Weizsäcker als eine Integrationsfigur für die schwierigen politischen Verhältnisse in Berlin, auf die man in den nächsten Jahren nicht verzichten kann. Das ist das Dilemma."

SEITE 6:
Wortlaut des Interviews

Der CSU-Vorsitzende äußerte sich in dem Interview auch zu Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) und den Spekulationen, er selbst könnte der nächste Bundeswirtschaftsminister sein. Er habe bedauert, daß der Name von Lambsdorff durch Indiskretionen aus dem Bereich der Justiz ins „Zwielicht" gebracht worden sei, sagte der CSU-Chef. Die CSU, so erklärte Strauß, und auch er hätten sich zurückgehalten. Es wäre erfreulich gewesen, wenn Lambsdorff „diese Zurückhaltung nicht mit einer Serie unbegründeter und zum Teil unqualifizierter Angriffe gegen mich und die CSU beantwortet hätte."

Auf eventuelle Veränderungen im Bundeskabinett angesprochen, sagte Strauß, da sein Name genannt worden sei, werde er „strikte Zurückhaltung" üben. Auf die Frage, ob es abwegig sei, anzunehmen, daß er der nächste Bundeswirtschaftsminister sein könnte, antwortete Strauß: „Ich lese in manchen Zeitungen solche Überlegungen. Ich habe mich dazu nicht geäußert, ich habe mich auch nie um dieses Amt beworben, und ich werde diese zugeknöpfte Haltung auch noch für eine nicht überschaubare Zukunft beibehalten."

„DDR"-Philosoph erbittet in USA Asyl

„Es kann in Ostdeutschland zu interner Revolte kommen" / Harte Kritik an Ost-Berlin

DW./SAD, Los Angeles

„Unter dem gegenwärtigen System der Diktatur in Ostdeutschland konnte ich immer nur Entscheidungen der Partei interpretieren, und zwar nur positiv." Das erklärte der Philosoph Prof. Franz Loeser von der Ostberliner Humboldt-Universität zur Begründung seines Übertritts in den Westen: Loeser hat die Gelegenheit einer Dienstreise in die USA zur Flucht genutzt und bei den kalifornischen Behörden um politisches Asyl nachgesucht.

Loeser gehört zu den wenigen international bekannten Philosophen der „DDR", dessen Bücher in beachtlichen Auflagen erschienen. Sein Spezialgebiet ist die Kreativitätsforschung, über die er wegweisende Untersuchungen veröffentlicht hat, so u. a. den Band „Erkenntnistheoretische Fragen einer Kreativitätslogik" und die Monographie „Gedächtnistraining". Die populär geschriebenen Arbeiten „Rationelles Lesen" und „Wort auf Befehl" wurden zu Bestsellern in der „DDR".

„In meinem neuesten Buch entwickle ich die Theorie", sagt Prof. Loeser jetzt, „daß eine sozialistische Gesellschaft nur gerettet und weiterentwickelt werden kann, wenn die Diktatur der Partei endlich beendet und die Demokratie wieder eingeführt wird. Wenn ich das in Ostdeutschland vorgelegt hätte, wäre ich sofort eingesperrt worden."

Der geborene Breslauer Franz Loeser vom Jahrgang 1924 wurde wegen seiner jüdischen Abstammung im Dritten Reich verfolgt und mußte 1939 emigrieren. Damals ging er zum ersten Mal in die USA, aus denen er in den fünfziger Jahren nach Ost-Berlin ging, um einen Lehrstuhl an der Humboldt-Universität zu übernehmen. Er trat der SED bei, stieg sogar zum Parteisekretär der Universität auf und diente den Kommunisten in verschiedenen Funktionen. Wegen seiner Weltläufigkeit und internationalen Erfahrung schickte ihn die Partei besonders gern zu Kongressen und Arbeitstagungen, die im Westen stattfanden.

„Mit den Jahren wurden meine Zweifel an der Humanität und intellektuellen Vertretbarkeit des Systems immer größer", erklärt Loeser heute. „Die Vorgänge um Havemann und Prof. Ruben am philosophischen Institut der Humboldt-Universität gaben schließlich den Ausschlag. Ich habe meinen Sohn und seine Familie in Ostdeutschland zurücklassen müssen und weiß nicht, ob ich sie je wiedersehen werde."

Im Hinblick auf die Entwicklungen in der „DDR" meint Prof. Loeser, daß man sich angesichts der scheinbaren Ruhe im Lande nicht täuschen dürfe. „Es kann in Ostdeutschland zu einer internen Revolte kommen, gegen die selbst die Ereignisse in Polen um die Gewerkschaft ‚Solidarität' noch systemkonform aussehen würden." Die junge Generation sei desorientiert und wende sich immer häufiger dem religiösen Glauben zu. Kein Mensch glaube mehr an die Verheißungen des Sozialismus, die Arbeitsmoral sinke, die Scheidungen nähmen zu. „Ostdeutschland hat eine der höchsten Selbstmordraten der Welt. Die Menschen fühlen sich eingesperrt und entmündigt. Das Land gleicht einem Pulverfaß, in dem es früher oder später zu Eruptionen kommen muß", erklärt Prof. Loeser.

Bundesbahn erhöht ab 1984 Fahrpreise

Mehr Ermäßigungen bei Gruppenreisen und Großkunden / Neustrecken-Finanzierung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Deutsche Bundesbahn erhöht ihre Fahrpreise im Personenverkehr zum 1. Januar 1984 um durchschnittlich 1,3 Prozent. Keine Mehrheit fand im Verwaltungsrat der Bahn der Vorschlag von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger für ein Vorstandsmitglied der Bahn (Bereich Technik). Überdies mußte die Genehmigung des Wirtschaftsplanes für 1984 verschoben werden, weil die Bundesregierung über ihre künftige Bahnpolitik noch nicht entschieden hat.

Im Nahverkehr bis 50 Kilometer sollen die Tarife um 1,9 Prozent und im Fernverkehr um 1,2 Prozent angehoben werden. Kräftige Preisanhebungen sind im Berufs- und Schülerverkehr mit 6,3 und 5,7 Prozent vorgesehen. Der Grund: In diesen Bereichen fährt die Bahn nur rund 18 beziehungsweise 14 Prozent ihrer Kosten ein. Im Berufsverkehr verteuert sich beispielsweise die Wochenkarte bei einer Entfernung von 30 Kilometern von 36,50 Mark auf 39 Mark. Im Nahverkehr bleiben die Preise bis 30 Kilometer bei Einzelfahrausweisen überwiegend unverändert. Für eine einfache Fahrt zweiter Klasse über 40 Kilometer erhöht sich der Fahrpreis von 6,60 auf 6,80 Mark. Im Fernverkehr kostet die Fahrt in der zweiten Klasse von Köln nach Mannheim (260 Kilometer) mit 46 Mark künftig eine Mark mehr.

Gleichzeitig führt die Bahn höhere Ermäßigungen für Gruppenreisen, billigere Pässe, höhere Rabatte bei Großkundenabonnements und unpersönlichen Jahresnetzkarten ein. So soll der Familien-Paß, mit dem Familien ein Jahr lang die Fahrausweise zum halben Preis kaufen können, von 270 auf 200 Mark verbilligt werden. Die IC-Zuschläge sollen künftig für die erste und zweite Klasse einheitlich fünf Mark betragen.

Bei der Bahn wird betont, daß eine stärkere Preisanhebung am Markt nicht durchsetzbar gewesen wäre, sondern weitere Marktverluste zu befürchten gewesen wären. Durch die Ermäßigungen soll, indem der Wettbewerbsnachteil gegenüber den Personenwagen etwas vermindert wird, die Bahn für Familien und Gruppenreisende sowie für den Geschäftsverkehr attraktiver gemacht werden.

Die erhofften Mehreinnahmen von jährlich 100 Millionen Mark hatte die Bahn bei der Aufstellung ihres Wirtschaftsplanes für 1984 bereits berücksichtigt, der jedoch am Mittwochabend vom Verwaltungsrat nicht genehmigt wurde. Die Mitglieder dieses Gremiums sahen sich nicht in der Lage zu entscheiden, weil der Wirtschaftsplan von Annahmen über die künftige Bundesbahn-Politik ausgeht, die zumindest zwischen dem Bundesverkehrsministerium und dem Bundesfinanzministerium noch strittig sind. Es geht in erster Linie um die künftige Finanzierung der Neubaustrecken. Dabei gehen die Bahn und das Verkehrsministerium von zusätzlichen Beträgen in Höhe von jährlich rund zwei Milliarden Mark über die plafondierten Bundesleistungen von 13,5 Milliarden Mark hinaus aus.

In einem Nachtrag zum Wirtschaftsplan 1983 mußte die Bahn, da die Konjunktur schlechter als erwartet vorlaufen ist, die Erträge um 820 Millionen Mark nach unten korrigieren. Allerdings konnte der Aufwand um 1,25 Milliarden gesenkt werden. Nach den Vorstellungen für 1984 soll der Jahresfehlbetrag um 460 auf 4100 Millionen Mark reduziert werden und zwar in erster Linie durch eine weitere Verringerung des Personalbestandes um 11 580 im nächsten Jahr. Die Verschuldung soll um 2,44 auf 38,75 Milliarden Mark Ende 1984 steigen.

Zum erstenmal konnte ein Vorschlag für die Besetzung des Bahn-Vorstandes bei Stimmengleichheit nicht den Verwaltungsrat passieren. Wie Teilnehmer anschließend erklärten, habe dies nicht an der Person gelegen.

„Sowjets werden weiter verhandeln"

Reagan betont feste Position / USA prüfen Empfehlungen für Verteidigungssystem im All

AFP/rtr, Washington/Moskau

US-Präsident Ronald Reagan hat sich gestern in Washington überzeugt gezeigt, daß die Sowjetunion auch nach der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa weiterhin „ernsthaft verhandeln" werde. Zur Zeit mache Moskau gewaltige „Propaganda-Bemühungen", um die Aufstellung der Marschflugkörper und Pershing 2 zu verhindern. Möglicherweise würden die Sowjets zwar den Verhandlungstisch verlassen. In diesem Falle würden die USA aber einfach ruhig abwarten, und er, Reagan, glaube, daß sie zurückkommen würden. „Wir werden dislozieren und nicht einseitig abrüsten, wie wir es dummerweise in der Vergangenheit getan haben", fügte Reagan hinzu.

Der amerikanische Präsident prüft nach Angaben hochgestellter Regierungsvertreter zur Zeit Empfehlungen des Verteidigungsministeriums zur Entwicklung eines im Weltraum stationierten Verteidigungssystems. Das Programm sieht die Stationierung von Laser- und anderen Waffensystemen im All zur Bekämpfung feindlicher Raketen vor.

SEITE 7:
Reagan: Kreml wird verhandeln

Das von den hohen Regierungsvertretern auf 17 bis 26 Milliarden Dollar bezifferte Programm geht auf Vorschläge Reagans vom 23. März zurück. Seinerzeit hatte der Präsident gefordert, Systeme in einem Forschungsprogramm zu entwickeln, die feindliche Raketen im All oder bei Wiedereintritt in die Atmosphäre zerstören sollen. Das Programm kann nach Angaben der Beamten bis zum Jahre 2000 verwirklicht werden.

Die Verteidigungsminister der Warschauer-Pakt-Staaten werden sich, wie die sowjetischen Nachrichtenagentur Tass meldete, in Ost-Berlin zu Beratungen treffen. Zu dieser Zusammenkunft, deren Termin nicht bekanntgegeben wurde, sei der sowjetische Verteidigungsminister Dimitri Ustinow gestern bereits in Ost-Berlin eingetroffen.

Die Verteidigungsminister wollen nach Ansicht diplomatischer Kreise in Moskau Reaktionen des östlichen Bündnisses auf eine etwaige Stationierung amerikanischer Mittelstrekkenwaffen in Europa beraten.

DER KOMMENTAR

Notsignal

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Deutsche Bundesbahn ist nicht in der Lage, ihre Weichen selber zu stellen. Offensichtlicher als in der Sitzung des Verwaltungsrats hätte die politische Zwangslage, in der sich dieses Bundesunternehmen befindet, gar nicht werden können. Das Gremium lehnte die Beratung des Wirtschaftsplanes ab, weil die Bundesregierung noch nicht gesagt hat, welche Bahn sie eigentlich will.

Die Spannungspole hat Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung beschrieben. Er bezeichnete die Bahn als unverzichtbar, fügte jedoch hinzu, sie müsse bezahlbar bleiben. Das ist sie nicht mehr, sie fährt nicht einmal ihre Personalkosten ein. Obwohl sie Bundeszuschüsse erhält, die doppelt so hoch sind wie die Aufwendungen des Bundes für Forschung und Technologie, muß sie sich immer höher verschulden. Was aus ihr werden soll, darüber wird jetzt in Bonn auf Hochtouren verhandelt. Im November soll entschieden werden.

Vordergründig geht der Streit um jährlich zwei Milliarden Mark bis 1991. Denn Einigkeit besteht darüber, daß die Bundeszuschüsse auf dem heutigen Stand eingefroren werden sollen. Die Bahn und der Verkehrsminister möchten jedoch, daß die Finanzierung der Neubaustrekken außerhalb dieser Summe erfolgt; der Sinn ist, diese Strecken schneller in Betrieb nehmen zu können. Die Experten im Finanzministerium zweifeln die Rentabilität der Strecken an und geben sich daher entsprechend zugeknöpft.

Im Kern geht es jedoch darum, ob aus der Bahn ein moderneres, vor allem auch schnelles Verkehrsmittel wird, das sich mit attraktiven Angeboten am Markt behaupten kann. Wenn die Bahn nicht zusichern kann, daß sie eine Ladung über Nacht von Hamburg nach München zu transportieren vermag, dann hat sie auf Dauer wenig Chancen. Kann die Bahn nicht höhere Investitionen einsetzen, so wird sie sich aus immer mehr Gebieten zurückziehen müssen. Sie wird dann zu einem auslaufenden Modell, auf das möglicherweise verzichtet werden kann.

Darum geht es jetzt bei der Bonner Weichenstellung. Geschieht nichts, so dürfte sich schon bald nicht allein der Verwaltungsrat außerstande sehen, Entscheidungen zu treffen. Auch für den Vorstand wird es dann immer schwieriger.

Biedenkopf: Mehr Geld für Innovation

DW./dpa, Ascheberg/Münster

Steuerliche Anreize sollten nicht mehr für Bauherrenmodelle, sondern für die Investition von „Risiko-Kapital" in neue und zukunftsträchtige Technologien gegeben werden. Das hat der westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf gestern vor Journalisten in Ascheberg (Nordrhein-Westfalen) gefordert. Das von ihm geführte wissenschaftliche Forschungsinstitut in Bonn werde in absehbarer Zeit diesen Vorschlag konkretisieren.

Biedenkopf, der auch in einer Kommission der Union an Anregungen zur „Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft" für den nächsten Bundesparteitag mitarbeitet, gab zu bedenken, daß bei entsprechenden steuerlichen Anreizen private Kapitalanleger jährlich zweistellige Milliardenbeträge in innovative Projekte stecken könnten. Das käme der Wirtschaft und damit zukunftssicheren Arbeitsplätzen ganz anders zugute als Investitionen in Bauherrenmodelle.

Biedenkopf unterstrich, vor allem im Ruhrgebiet müsse eine „neue Industrielandschaft" entstehen. „Wirkliche Alternativen" seien zu entwickeln. Das bislang von Kohle und Stahl geprägte Ruhrgebiet müsse eine „offene Industrielandschaft" werden.

Nach einer mehrwöchigen USA-Reise äußerte Biedenkopf die Sorge, daß sich die Europäer aus der Computer-Entwicklung „ausklinken" könnten, deren Tempo durch den Wettbewerb zwischen Amerika und Japan bestimmt werde.

Arbeitszeit: Lambsdorff warnt vor Illusion

dpa, Baden-Baden

Vor der „Illusion", mit einer raschen Einführung der 35-Stunden-Woche oder flexiblen Formen der Arbeitszeit könne die hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik entscheidend zurückgedrängt werden, hat gestern Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gewarnt. Zum Auftakt der Jahresversammlung des Hartmannbundes – Verband der Ärzte Deutschlands – in Baden-Baden sagte er, das Konzept der Arbeitszeitverkürzung sei defensiv angelegt. Notwendig sei aber eine offensive Strategie, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sichere.

Arbeitszeitverkürzung führt nach Ansicht Lambsdorffs selbst ohne Lohnausgleich zu einer Mehrbelastung der Unternehmen. Bei vollem Lohnausgleich so der Minister, würden die Belastungen erheblich ausfallen. Vor den rund 80 Delegierten betonte der FDP-Politiker, er sperre sich nicht gegen verantwortungsbewußt von den Tarifpartnern ausgehandelte Arbeitszeitverkürzungen oder flexiblere Arbeitszeitregelungen, wo sie ohne Mehrbelastung von Wirtschaft und Staat beschäftigungswirksam sein könnten. „Aber die angeblich kostenlose Frührente, die kann es nicht geben."

Lambsdorff plädierte auch dafür, die Investitionsbedingungen wieder zu verbessern. Die Bevormundung durch den Staat und Hemmungen „durch überzogene Bürokratie" müßten reduziert werden. Seine Aufgabe sei es vielmehr, Freiraum zu schaffen für Initiativen von Arbeitnehmern und Unternehmern.

In Argentinien leitet das Militär seinen Abschied ein

Politische Häftlinge entlassen / Wahlen am 30. Oktober

AFP, Buenos Aires

Mit der Freilassung der letzten politischen Häftlinge und dem Beschluß, daß alle Militärs bis zu den Wahlen aus öffentlichen Ämtern ausscheiden müssen, haben die argentinischen Streitkräfte zehn Tage vor der Wahl ihren Abschied eingeleitet. Das teilten gestern politische Beobachter in Buenos Aires mit. Die argentinische Regierung hatte am Dienstag die Freilassung der letzten 243 Häftlinge bekanntgegeben. Damit wurde den seit 1974 geltenden Sonderhaftbestimmungen ein Ende gemacht, die es den Machthabern ermöglichten, Personen ohne Prozeß und Urteil jahrelang „zur Verfügung der Exekutive" in Haft zu halten.

Die Aufhebung Ausnahmezustandes scheint jedoch nicht unmittelbar bevorzustehen. Es ist wahrscheinlich, daß die Argentinier am 30. Oktober unter denselben Bedingungen zur Wahlurne gehen wie vor zehn Jahren. 1973 war der Ausnahmezustand erst drei Tage vor dem Amtsantritt von Präsident Hector Campora aufgehoben worden.

Fast gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Freilassung der letzten Häftlinge hat die Regierung alle Militärs, die öffentliche Ämter bekleiden, aufgefordert, „die erforderlichen Maßnahmen zu treffen", damit sie spätestens am 30. Oktober aus ihrem Amt ausgeschieden sind. Sie „dürfen nicht mehr im Amt sein, wenn die Zivilisten die Verwaltung übernehmen", hieß es. Nach dem Staatsstreich vom März 1976 hatten sich die drei Waffengattungen die öffentlichen Ämter geteilt.

Wann die aus den Wahlen am 30. Oktober hervorgehende Regierung ihr Amt antreten wird, darüber besteht innerhalb der Streitkräfte immer noch Uneinigkeit. Als vorgesehenes Datum für die Machtübergabe gilt der 31. Januar 1984. Die politischen Parteien halten diesen Termin für „sinnlos und gefährlich spät". Die Peronisten und die Radikalen, die Parteien mit den größten Wahlchancen, wollen, daß der Termin auf spätestens 15. Dezember vorverlegt wird. Marine, Luftwaffe und Staatspräsident General Bignone unterstützen eine Vorverlegung. Doch das Heer verweigert seine Zustimmung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Lektion unter Palmen

Von Manfred Neuber

Die Revolution frißt ihre Väter, wie das Blutbad auf der Karibik-Insel Grenada wieder zeigt. Im Machtkampf der Marxisten mußte der Revolutionsführer der ersten Stunde über die Klinge springen. Die offizielle Angabe: „Bei politischen Ausschreitungen ums Leben gekommen" klingt so ominös wie das berüchtigte „Auf der Flucht erschossen".

Maurice Bishop, Gründer der rätesozialistischen Bewegung „Gemeinsame Anstrengung für Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung" (englische Abkürzung: JEWEL), hatte vor vier Jahren die Regierung an sich gerissen und vorige Woche die Herrschaft wieder verloren, weil er nach Meinung seines Robespierre, eines gewissen Bernard Coard, nicht radikal genug war. Aus der „Rhetorischen Revolution" wurde jetzt blutiger Ernst.

Nun wartet man auf die Reaktion jener Friedens- und Fortschrittskämpfer im Westen, denen Grenada eine Trauminsel für Revolution unter Palmen ward, die es als „zweites Kuba" (aber soviel angenehmer!) feierten, die es in manchen Fällen gar zum tropischen Zweitwohnsitz erkoren, die Maurice Bishop zum „unerschrockenen Kämpfer gegen den US-Imperialismus" hochstilisierten. Werden sie wenigstens einen Bruchteil des Mitgefühls – und der Systemdeutung! – hören lassen, die sie etwa dem Mord an Aquino auf den Philippinen widmeten?

Die kleine Gewürzinsel an der Südspitze der Antillen ist bei dem Wandel vom Touristen- zum Arbeiterparadies zu einem Polizeistaat geworden. Arglose Kongreßabgeordnete in den USA mochten in dem winzigen Eiland keine Herausforderung für Amerika sehen. Und deutsche „Nachrichten"-Magazine konnten sich nicht genug darüber mokieren, wieso die neuangelegte Rollbahn auf Grenada anderen Zwecken dienen sollte als dem Fremdenverkehr.

Die geopolitische Realität sieht anders aus: Grenada ist das nach Südamerika am weitesten vorgeschobene Sprungbrett für Fidel Castro und ein Zwischenlandeplatz für seine Interventionen in Afrika. Von Grenada aus können die Russen die Tankerrouten kontrollieren, über die der Rohölbedarf der USA zur Hälfte gedeckt wird. Wozu sonst benötigte Grenada ein überdimensionales Luftkreuz, wenn schon zwei Jumbos die 700 Hotelbetten füllen?

Nachladen in Libanon

Von Peter M. Ranke

Tagelang haben Drusen-Milizen und Khomeini-Schiiten die südlichen Vororte und Hügel Beiruts, den Flugplatz und Stellungen oder Patrouillen der Friedenstruppe unter schweres Feuer genommen. Drei Wochen „Waffenruhe" genügten, um die Munitionsdepots aus syrischen und sowjetischen Arsenalen wieder aufzufüllen. Selbst syrische Artillerie in den Bergen bei Hammana beteiligte sich an dem Scheibenschießen auf Libanesen und amerikanische Marines.

Aber jetzt erklärt Drusenchef Walid Dschumblatt in seinem Bergschloß höhnisch, er und seine prosyrischen Bundesgenossen könnten aus „Sicherheitsgründen" nicht an der von Präsident Amin Gemayel anberaumten Versöhnungskonferenz auf dem Beiruter Flugplatz teilnehmen. Die christlichen Politiker sollten zu ihm nach Mukhtara kommen, oder nach Genf reisen oder einen Dampfer für die Konferenz mieten.

Seit dem Waffenstillstand im Schuf am 26. 9. sind die Wochen ergebnislos verstrichen, nicht einmal ein Tagungsort steht fest. Der Waffenstillstand droht zusammenzubrechen, denn die Syrer und ihr Sprachrohr Dschumblatt wollen keine Versöhnung. Sie wollen den Sturz Gemayels und sie wollen die Macht. In einem zweiten Anlauf könnte es Drusen-Milizen, Palästinensern und Khomeini-Persern gelingen, nach Beirut durchzustoßen. Die libanesische Armee steht mit dem Rücken an der Wand.

In dieser ungewissen Situation ist es ein Signal der Festigkeit, wenn Präsident Reagan erklärt: Die 1600 Marines bleiben in Beirut. Endlich spricht der Präsident klar aus, daß Syrien die Friedensbemühungen hintertreibt und auf Expansion aus ist. Ein Jahr hat die Nahostpolitik Washingtons gebraucht oder, richtiger, verloren, um die wirklichen Ziele des Assad-Regimes zu erkennen: Für Damaskus gibt es nur Nahostregelungen zu syrischen und sowjetischen Bedingungen; keine Räumung Libanons, keinen Frieden mit Israel. Es ist höchste Zeit für diese realistischere Einschätzung Syriens in Amerika – und hoffentlich auch bei uns.

Leertätigkeit

Von Peter Gillies

Eine Art Bundesarbeitslosendienst wird in der CDU erwogen. Im Vorfeld des nächsten Bundesparteitages gibt eine Kommission die Idee zu Protokoll, man möge Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger bis zum Alter von 28 Jahren zu unbezahlter Arbeit oder zur Weiterbildung verpflichten.

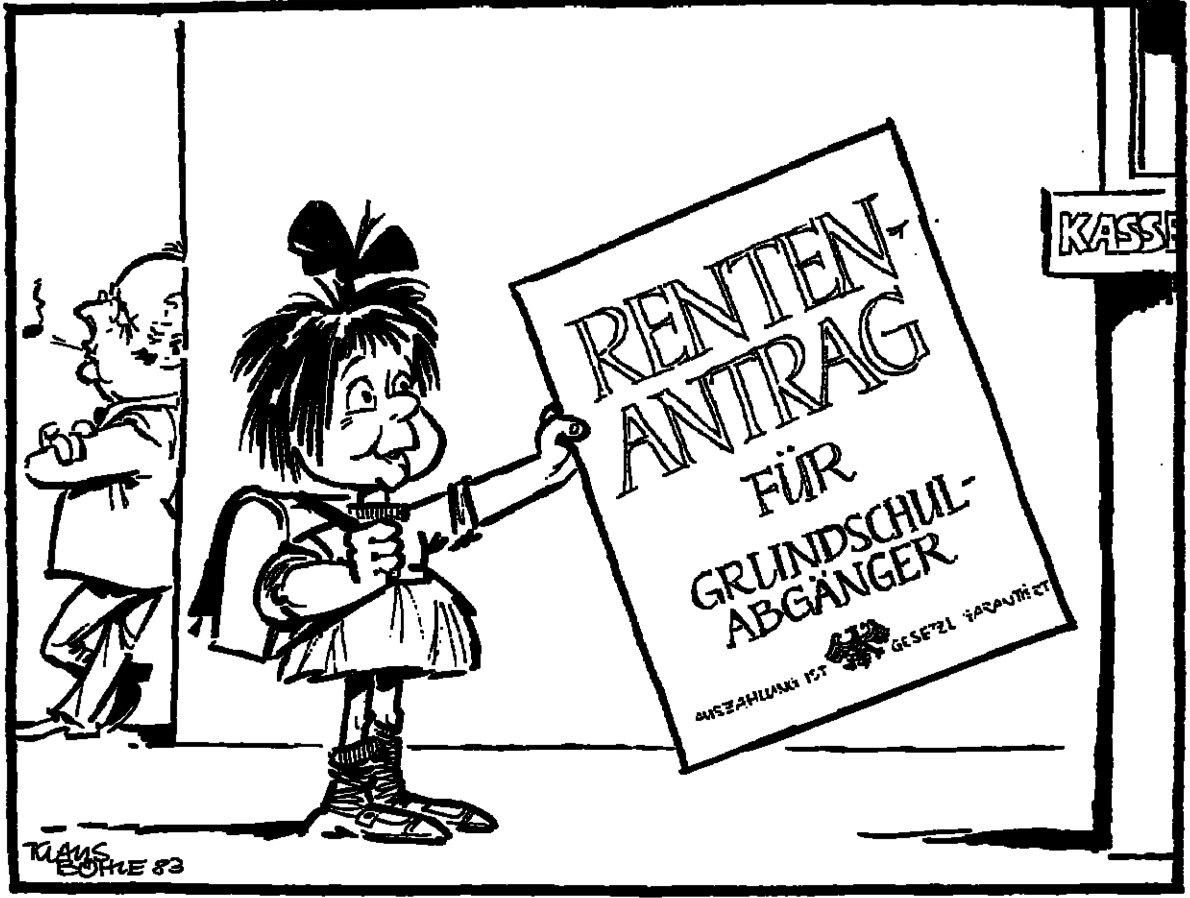
Vielleicht ist die Idee gut gemeint, aber gut durchdacht ist sie nicht. Zuerst muß trennscharf diskutiert werden: Arbeitslose werden aus einer Versicherung finanziert, deren Sinn keine Beschäftigungstherapie, sondern möglichst rasche Wiedereingliederung in einen Arbeitsplatz ist. Anders die Sozialhilfe, die schon heute gewisse geringbezahlte Arbeitsverpflichtungen zuläßt.

Welche Arbeit will der Staat anbieten? Parkreinigung, Schneeschippen, Krankenpflege, Aktentransport oder ähnliches? Entweder diese und andere Arbeiten sind nötig und der Steuerzahler will sie finanzieren, dann sollen sie ihren angemessenen Lohn wert sein. Wenn nicht, dann nicht.

Es besteht die Gefahr, daß sich eine neue Riesenbürokratie zur Arbeitsbeschaffung aufbläht, die sich allerlei Schnickschnack ausdenkt und die „Weiterbildung" junger Leute kontrolliert. Das Hauptziel wird damit vernebelt: Es geht darum, neue Wachstumsfelder, neue private Initiativen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar rentable.

Man möge sich doch nicht einreden, die jungen Leute spürten die Sinnlosigkeit ihres Tuns deshalb nicht, weil sie unbezahlt verpflichtet werden. Der Wert einer Arbeit und damit der Erziehung zur Arbeitsamkeit liegt auch immer in ihrem Entgelt – was nichts kostet, ist nichts wert.

Alle Sozialleistungen müssen auf die Empfänger ständig Druck und Eigeninteresse ausüben, ihr Schicksal beherzt in die eigenen Hände zu nehmen. Beschäftigungstherapie dagegen lullt ein. Beim Thema Arbeit sollte die Union noch einmal scharf nachdenken: Der Ansatz, die vorhandene Arbeit umzuverteilen, ist phantasielos genug. Doch der Gedanke, Beschäftigung um der Beschäftigung willen zu erfinden, ist absurd. Nur sinnvolle Arbeit macht einen Sinn. Mit Kummer soll sich Adam nähren, heißt es in der Bibel, aber nähren soll er sich.



Konsequente Verkürzung der Lebensarbeitszeit ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Spaß und Lust an 1984

Von Enno v. Loewenstern

Ach ja, richtig, die Volkszählung. Sie wird uns wieder durch das zweitägige Verfahren in Karlsruhe ins Gedächtnis zurückgerufen. Das war doch das letzte große Widerstandsthema zwischen KKW und Anti-Nachrüstung. Aber als das Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung erließ, zeterte das maßgebliche Szenenblatt: „Für die Bewegung das Schlimmste, was passieren konnte."

Damit war in einem Satz zusammengefaßt, was über Bewegungen und Widerstände und all den hochgejubelten angeblichen Bürgergeist gesagt werden konnte. Mittlerweile herrscht Einigkeit darüber, daß das Volkszählungsgesetz Mängel hat. Darauf hatte übrigens schon vor der einstweiligen Anordnung der Kieler Ministerpräsident Barschel und dann auch Strauß hingewiesen. Aber wer im Sinne zivilisierter Logik daraus folgert, die Kritiker des Gesetzes müßten also froh über den Vollzugsstopp sein, der kennt die Logik Lenins nicht: „Tschem chusche, tschem lutsche" – je schlimmer, desto besser.

Die Hauptmängel sind einmal, daß die Daten teilweise weitergegeben werden konnten oder sogar mußten, und zweitens, daß die Fragebogen zum Teil unter den Befragten weitergegeben werden konnten. Statistische Erhebungen müssen von anderen Erhebungen getrennt sein. Es spricht also kaum etwas dagegen, daß man statistische Daten weitergibt, also zuständige Ministerien informiert, wie viele Jugendliche oder wie viele Wohnungssuchende es im ganzen Land oder in bestimmten Gegenden gibt oder geben wird. Problematisch wird es mit der namentlichen Weitergabe, wenn also das Melderegister an Hand der Bögen nachgebessert wird und man dabei feststellt, daß gewisse Leute falsche Wohnsitze angegeben haben, etwa um anderswo wählen oder um Grundsteuer sparen zu können. Dagegen schienen die Sicherungen nicht ausreichend zu sein. Und als dann hastig eine Bestimmung nachgeschoben wurde, daß niemandem aus seinen Angaben Nachteile erwachsen dürften, wuchs sich das Ganze zu einer vom Gesetzgeber keineswegs so beabsichtigten Amnestie-Aktion aus.

Es war versäumt worden, die Bürger bei bestimmten Fragen darauf hinzuweisen, daß sie die Antwort verweigern durften. Es war aber auch versäumt worden, die Bürger darauf hinzuweisen, daß sie, soweit sie in „Wohngemeinschaften" wohnen, eigene Bögen verlangen konnten. Unter Wohngemeinschaften war hier nicht nur die typische gemeinsam gemietete Studentenwohnung gemeint, sondern alles von der Bundeswehrkaserne über das Lehrlingsheim bis zur Haftanstalt, zum Krankenhaus, zur Heil- und Pflegeanstalt. Hier wurde praktisch von den Leuten erwartet, ihre Bögen nach Ausfüllung an den nächsten weiterzugeben, so daß der die Daten des anderen erst einmal studieren konnte.

Wie diese Wunderbögen unter dem so datenbewußten Innenminister Baum zustande kommen konnten und wieso sein Datenschutzbeauftragter Bull vor lauter Sorge um die polizeilichen Verbrecherkarteien nicht rechtzeitig gemerkt hat, daß hier ganz normale Bürger in Konflikte geraten konnten, ist das Geheimnis dieser beiden und ihrer Mitstreiter geblieben. Gut gemeint ist eben nur zu oft das Gegenteil von gut. Nun wird also vom Bundesverfassungsgericht erwartet, daß es darlegt, wie eine Volkszählung verfassungskonform veranstaltet werden kann. Denn daß eine Volkszählung nottut, ist unter allen ernst zu nehmenden Teilnehmern der Diskussion unbestritten.

Zu erwarten ist auch, daß das Gericht einiges über elektronische Vernetzung und Datensicherung sagt. Wobei es sich hoffentlich kundig gemacht hat und sich nicht von Horrorgeschichten über Kinder, die jeden Computer knacken können, ins Bockshorn jagen läßt; hier sind technische Vorkehrungen möglich, die bisher in manchen Fällen unnötig versäumt worden sind. Aber im Prinzip geht es um nichts anderes als bisher: daß nicht jeder seine Nase in Akten stecken darf, die ihn nichts angehen. Wer bisher beobachten durfte, mit welcher Unbeschwertheit etwa kleinstädtische Versicherungsangestellte peinliche Patientengeschichten ausplaudern, über deren Geheimhaltung die befaßten Ärzte heiligste hippokratische Eide schwören müssen, der weiß, daß das Problem älter ist als Gauß und Galvani.

Dort sitzt der gläserne Mensch, nicht in den Melderegistern, die man aufzumöbeln hoffte. Denn daß jeder Mensch registriert sein muß, sollte am allerehesten jenen Lilien auf dem Felde klar sein, die entsetzt sind, wenn ihre jeweilige BAföG-, Fürsorge- oder sonstige Dukateneselbehörde sie nicht registriert hat. Eben deswegen ist die geschürte „1984"-Aufregung so irrational – und weil sie irrational ist, ist sie in Köpfen so wirksam, die nicht aus Glas, aber aus Holz bestehen. Wie transparent tobte doch damals das besagte Szenenblatt: es gehe um „Spaß und Lust am Widerstand", „denn natürlich – da hatte der Herr Zimmermann schon recht – ging es nicht nur um die Volkszählung, sondern auch um Ungehorsam und Widerstand gegen einen Staat, der uns politische Katastrophen beschert".

Das kann die Demokraten nicht hindern, Fehler auszubessern, auch wenn sie von Antidemokraten zu Vorwänden genommen wurden. Aber das kann die Demokraten lehren, in „Protest"-Fällen zwischen kritischen Staatsbürgern und solchen zu differenzieren, denen die ganze Richtung nicht paßt.



In der Datenschutzpraxis versagt: Gerhart Baum FOTO: JUPP DARCHINGER

IM GESPRÄCH Tom King

Sachverstand im Wartestand

Von Fritz Wirth

Wäre Whitehall eine Bühne, würde man Tom King einen „understudy" nennen, nach jenen unglücklichen Schauspielern, die ihr Leben hinter den Kulissen verbringen und auf den Grippeanfall oder Beinbruch des Hauptdarstellers warten, um einzuspringen. Tom King (50) ist in der britischen Politik der klassische Ersatzmann, von allen geachtet und von allen bedauert, weil seine Talente so beharrlich brachliegen.

Als Frau Thatcher im Jahre 1979 ihr erstes Kabinett bildete, gehörte er zu jenen drei unglücklichen Schattenministern aus Oppositionstagen, denen kein Ministeramt angeboten wurde. Statt dessen wurde er im britischen Umweltministerium die Nr. 2 hinter Michael Heseltine.

Im Januar dieses Jahres schien die Stunde des großen Auftritts und Durchbruchs dieses Dauer-Ersatzmanns gekommen zu sein. Heseltine wurde zum Verteidigungsminister berufen und Tom King das Umweltministerium angeboten. Fünf Monate ließ man ihn die erste Geige spielen, dann berief ihn Frau Thatcher wieder ab. Nicht wegen Mangel an Talent, sondern aus personaltaktischen Gründen. Er wurde zum Verkehrsminister degradiert. Jeder wußte, daß Tom King damit unter Wert eingesetzt wurde.

Es bedurfte des Parkinson-Skandals, um ihm endlich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Am letzten Sonntag berief ihn Frau Thatcher zum neuen britischen Arbeitsminister als Nachfolger von Norman Tebbit, der die Parkinson-Lücke füllte.

Der Wechsel hätte kaum zu einem dramatischeren Zeitpunkt für King kommen können. Für das britische Arbeitsministerium beginnt in der nächsten Woche der große Auftritt im Parlament. Es legt nach monatelangen Vorbereitungen die Gesetze zur britischen Gewerkschaftsreform vor, eines der Kernstücke des Regierungsprogramms der Konservativen. Der ewige Ersatzmann King ist damit zur Schlüsselfigur des Kabinetts geworden – und seine Karriere steht am Scheideweg: aufwärts oder ins Nichts.



Heath war das falsche Pferd: Arbeitsminister King FOTO: CAMERA PRESS

In Stil und Temperament ist King ein krasses Kontrastprogramm zu seinem Vorgänger. Tebbit war ein härter, zuweilen sarkastischer und unnachgiebiger Mann im Umgang mit den Gewerkschaften, und der unbestrittene „erste Falke" im Kabinett. King ist ein umgänglicher, ruhiger Politiker, der auch in Krisenzeiten immer noch nicht den Glauben an die Vernunft seiner Gegner verliert.

Er besuchte die Schule in Rugby, die manche Briten höher ansiedeln als die Eliteanstalt Eton, studierte in Cambridge, diente bei den „King's African Rifles", mit denen er in Kenia gegen die „Mau-Mau" kämpfte, und begann seine parlamentarische Karriere im Jahre 1970 als ein Protegé von Edward Heath – was unter Margaret Thatcher seiner Karriere nicht förderlich war.

King ist als Cricketspieler hochgeachtet und wohnte, wenn er nicht gerade in London auf seinen großen Auftritt wartete, in Castle Combe in den Cotswolds, einem Ort, den Kenner als das schönste Dorf Englands preisen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Eßlinger Zeitung

Zum Besuch Chiracs in der Bundesrepublik meint das Blatt:

Der Besuch des Gaullistenführers Chirac in der Bundesrepublik hat den Deutschen schmerzlich bewußt gemacht, welcher Unterschied zwischen ihrer Sicherheitspolitik und der des französischen Nachbarn besteht. Regierung und Opposition in Frankreich vertreten aus nationaler Verantwortung das gleiche Konzept eines festen Verteidigungswillens gegenüber der Hegemoniepolitik Moskaus. In der Bundesrepublik ist diese Gemeinsamkeit zerbrochen.

SÜDKURIER

Zur Diskussion über das vorzeitige Rentenalter meint die Konstanzer Zeitung:

Die Frage aber, was das alles kostet, bleibt zunächst offen. Gezahlt werden muß auf jeden Fall von den Bürgern: über höhere Abgaben, Steuern oder über niedrigere Altersbezüge. Es ist also nicht verwunderlich, daß sich die Minister in Bonn gestern nicht einig wurden. Wenn der Streit sich noch ein Jahrzehnt hinziehen könnte, wäre das ganz praktisch. Denn dann – so Fachleute – wird wohl das Thema der Sozial- und Wirtschaftspolitiker nicht die Verkürzung, sondern die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sein.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zur Rüstungsdebatte heißt es hier:

Erst in vier Wochen will die SPD offiziell ihre Entscheidung treffen, ob sie ein „Ja" zur wahrscheinlich werdenden Nachrüstung sagt oder nicht. Doch in der Spitze ist bereits jetzt alles klar. Willy Brandt demonstriert am Samstag in Bonn mit der Friedensbewegung gegen die westliche Nachrüstung. (Gegen die seit Mitte der 70er Jahre in Gang befindliche sowjetische Vorrüstung ist er noch nicht einen Millimeter marschiert.) Und Egon Bahr, der Abrüstungsexperte der Partei, steuert die notwendige Argumentationshilfe bei, wobei die innerparteilichen Kritiker des Kurses der SPD-Führung in einer Weise attackiert werden, wie man es sonst nur zwischen gegnerischen Parteien, nicht aber zwischen Parteigenossen kennt.

Kölner Stadt-Anzeiger

Zu Lambsdorffs Reise nach Bulgarien bemerkt das Blatt:

Ganze 0,3 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr gehen nach Bulgarien, ganze 0,1 Prozent der Gesamteinfuhr kommen von dort. Es wird also nicht eben die Erwartung sein, die deutsche Konjunktur lasse sich von Bulgarien her beleben, die Wirtschaftsminister Lambsdorff jetzt für zwei Tage nach Sofia reisen läßt. Die Reise hat vielmehr auch, oder sogar vorwiegend, politischen Charakter. Dem Wirtschaftsminister wird es darauf ankommen, der anderen Seite deutlich zu machen, daß der Bundesrepublik auch dann, wenn eine Raketenstationierung unvermeidlich wird, an der Fortsetzung möglichst normaler politischer und wirtschaftlicher Beziehungen gelegen ist.

Die kleine Gewerkschaft mit den großen Tönen

Druck-fertige Sehnsucht nach Sozialismus und politischen Streiks / Von Günther Bading

Sie ist eine der kleinsten Gewerkschaften im DGB, aber sie ist auch eine der lautesten: die nicht einmal 150 000 Mitglieder zählende IG Druck und Papier. Mit einem Paukenschlag hat sich denn auch der alte Vorsitzende Leonhard Mahlein mit der Forderung nach Rücktritt der Bundesregierung verabschiedet, weil diese die „Umwandlung der Bundesrepublik in eine Abschußrampe für amerikanische atomare Raketen" zulasse.

Mahleins verbaler Radikalismus, seine Versuche, Gewerkschaft nicht nur als Interessenvertretung im demokratischen Staat, sondern als außerparlamentarische Opposition wirksam zu machen, seine Bewunderung für den „real existierenden Sozialismus", sogar für die Staatsgewerkschaften und damit für die „Transmissionsriemen" leninistischen Zuschnitts der KP in der Sowjetunion haben eine Ära der IG Druck und Papier geprägt. Nicht alle Mitglieder der IG Druck waren bereit, Mahlein auf seinem politischen Linksaußen-Kurs zu folgen; oft genug auch hat er die Vorsitzenden der anderen Einzelgewerkschaften im DGB mit seinen Eskapaden aufgebracht. Allerdings – seine ideologisch eingefärbte Amtsführung hat inzwischen Bekenntnisse wie das jenes Hamburger Delegierten auf dem Gewerkschaftstag in dieser Woche nicht nur salon-, sondern auch kongreßfähig gemacht, daß, wer „35-Stunden-Woche sagt, auch Sozialismus sagen" müsse. Die Wochenarbeitszeitverkürzung sei nur eine Etappe auf dem Ziel zum Sozialismus, hatte der Gewerkschafter obendrein unter Beifall der übrigen 280 Delegierten verdeutlicht.

Ähnliche Töne waren – nicht beim Gewerkschaftstag, aber in seinem Vorfeld – vom neuen zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, zu hören gewesen, der die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche ebenfalls als ein Vehikel zur Veränderung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen betrachtet.

Nach der Ära Mahlein könnte nun die Ära eines Pragmatikers kommen: Erwin Ferlemann, 53 Jahre alt, gelernter Druck-Facharbeiter, ein Mann, der die gewerkschaftliche Ochsentour durchgemacht und es bis zum Vorsitzenden seiner Gewerkschaft gebracht hat, gilt vielen als ein pragmatischer Mann der Mitte. Er hat dieses Image gepflegt in den vergangenen Jahren. Allerdings sollte man sich in Ferlemann nicht täuschen, er wird in Sachen 35-Stunden-Woche ebenso unnachgiebig sein wie sein Vorgänger. Und auch er sieht die Rolle der Gewerkschaften nicht nur in der Interessenvertretung der Arbeitnehmer, in der Verpflichtung aufs Gesamtwohl bei tarifpolitischen Entscheidungen und Zurückhaltung bei parteipolitischen Auseinandersetzungen.

Nein, auch Ferlemann will eine politische Gewerkschaft. Sein Tätigkeitsfeld in den vergangenen Jahren – Tarifpolitik und Spezialisierung auf neue Medien – hat ein wenig den Blick verstellt für die politische Einordnung. Ferlemann gilt als energischer Befürworter der Gründung einer neuen Mediengewerkschaft – und nicht nur, um tarifpolitisch schlagkräftiger zu werden in diesem Bereich, sondern vor allem wohl, um hier politischen Einfluß ausüben zu können.

Hinter Mahleins strammem Linksgerede wurde als „ghostwriter" immer wieder Detlev Hensche vermutet. Er gehörte als „Redakteur" dem IG-Druck-Vorstand an und gab die gewerkschaftseigene Zeitung heraus. War man sich im unklaren, was in der linken Szene des DGB Sache oder auch nur gerade „in" war, so mußte man nur Hensches vierzehntägliche Kolumne in „druck & papier" lesen.

Mit dieser Blütenlese zeitgenössischen Klassenkampfdenkens versuchte der Sohn eines selbständigen Kaufmannes, Doktor der Rechte, wissenschaftlicher Seiteneinsteiger der Gewerkschaftsbewegung und Mitglied der SPD – auch wenn man ihn nach seiner Sprache in einer ganz anderen Partei vermutet –, seine Anhängerschaft zu mehren. Hensche hat eine beträchtliche Hausmacht in der IG Druck und Papier erreicht – genug, um eine Satzungsänderung durchzudrücken, die es ihm ermöglichte, neben dem eher gemäßigten Heinz Müller stellvertretender Vorsitzender zu werden; zu wenig allerdings, um schon jetzt als Kandidat für die Spitzenposition seiner Gewerkschaft anzutreten.

Von seinem neuen Posten aus und auch aus der Zuständigkeit für die Tarifpolitik im Vorstand kann Hensche sicherlich mehr zur Verwirklichung seiner Ziele tun, als aus dem Posten des „Redakteurs beim Hauptvorstand", der unter den „Blaukitteln" der Drucker insgeheim doch mehr den angeschlossenen Verbänden der IG Druck wie Deutsche Journalisten Union (dju) oder Schriftstellerverband zugerechnet wird. Mahlein hatte als Vermächtnis sein klares Bekenntnis zum politischen Streik hinterlassen. Von der neuen Führung, ob Ferlemann, Müller oder gar Hensche – der die IG Druck schon einmal viele Millionen mit einem tarifpolitisch sinnlosen, recht deutlich auf Systemveränderung im Medienbereich gerichteten Streik gekostet hat –, war eine Distanzierung bisher nicht zu hören. Fazit: Der Polterer Mahlein geht, der Poltergeist bleibt in der IG Druck und Papier.

Das kulturelle Dreigestirn strahlt seit 2000 Jahren

Köln, Bonn und Aachen strahlen als kulturelle Zentren weit über das Rheinland hinaus. Rudolf Pörtner, der sich mit dem Buch „Mit dem Fahrstuhl in die Römerzeit" einen Namen machte, zieht einen Bogen von der Römerzeit bis heute.

Von RUDOLF PÖRTNER

Die drei Städte Köln, Bonn und Aachen bilden ein Dreieck von – rund gerechnet – dreißig mal hundert mal siebzig Kilometer Seitenlänge. Man kann nicht sagen, daß das „Innere" dieses Dreiecks kulturelles Brachland sei. Städte wie Brühl, Düren oder Eschweiler haben ihre Meriten und Qualitäten, ihre Schätze und baulichen Kostbarkeiten. Auch in den ländlichen Bezirken gibt es trotz Braunkohle und fortschreitender Industrialisierung zahlreiche Kirchen, Bürgerhäuser und Schlösser, die sich sehen lassen können. Dennoch: Die wichtigsten Impulse – zivilisatorisch, geistig, künstlerisch – sind von jeher von den drei Eckpfeilern Köln, Bonn und Aachen ausgegangen.

Das kommunale Dreigestirn liegt auf uraltem Siedlungsboden. Ins Licht der Geschichte aber traten die drei Städte erst in römischer Zeit, jede auf ihre Art: Köln als Colonia Claudia Ara Agrippinensium, Bonn als Castra Bonna, Aachen als Aquae Granni.

Die Namen deuten die verschiedenen Funktionen schon an. Köln, um 38 v. Chr. als militärisches Vorwerk entstanden, war später fast vierhundert Jahre lang Verwaltungsmetropole der Provinz Niedergermanien: Hauptstadt, Grenzstadt, Handelsstadt zugleich; aktiv, wohlhabend, selbstbewußt, gutem Leben zugetan, mehr keltisch als germanisch, mit balkanischen und nahöstlichen Bluteinschüssen – und schon im 4. Jahrhundert Bischofssitz. Auf Bonner Boden entstand zunächst ein drusisches Hilfstruppenlager, dann eine Legionsfestung, die sich ebenfalls vierhundert Jahre behauptete, mit allem militärischen Drum und Dran, mit Lagervorstadt und ziviler Gewerbesiedlung – und einer Märtyrergedächtnisstätte in spätrömischer Zeit. Aachen war Badeort, von Soldaten geplant und gebaut und dementsprechend hauptsächlich von Militärpersonen besucht.

In allen drei Städten verwirklichte sich das Gesetz der historischen Kontinuität; sie überlebten, wenn auch mühselig, den Zusammenbruch des Imperiums.

Köln erholte sich am schnellsten. Schon im 6. Jahrhundert residierten fränkische Kleinkönige, inmitten weiter Kahlschläge, in den erhaltenen römischen Fiskalbauten. Und bereits in der Mitte des 10. Jahrhunderts, unter der Ägide von Erzbischof Bruno, dem Bruder Ottos des Großen, begann in der alten Colonia jener stürmische zweite Akt der Stadtgeschichte, aus dem das sagenhafte mittelalterliche Köln hervorging: eine völlig neue urbs, mit 35 000 bis 40 000 Menschen, kaum weniger als Paris und London, mehr als Nürnberg und Augsburg. Bewohnt von einer Bevölkerung, die zeitig auf ihre bürgerlichen Rechte zu pochen begann, aufsässig und explosiv, ihren geistlichen Herren das Leben schwer machte – und sie frühzeitig in die Defensive zwang.

Bonn war der Nutznießer dieses Dauerkonfliktes. Im Jahr 1244 ließ Erzbischof Konrad von Hochstaden den rund um die Märtyrerkirche – weit vor den Toren der alten Legionsfestung – gewachsenen Marktflecken mit einer auf Zuwachs bedachten Mauer umgürten. Mitte des 16. Jahrhunderts verlegten die Kurfürsten ihre Kanzlei nach Bonn, Mitte des Dreißigjährigen Krieges übersiedelten sie selbst, hundert Jahre später bauten sie jene wohlgeplante, prächtige Barockresidenz, der die Stadt bis heute ihre urbane Attraktivität verdankt.

Auch Aachen erlebte im Mittelalter einen bis in die Neuzeit andauernden Höhenflug. König Pippin, der Karolinger, entdeckte während eines weihnachtlichen Aufenthaltes 765 die reich gefüllten Vorratsräume des dortigen Hofgutes und die Wohltat der immer noch sprudelnden heißen Quellen. Sein Sohn Karl, genannt der Große, baute den Platz zur schönsten Pfalz des Reiches aus, ja, zu einem neuen Rom, in dem sein imperialer Anspruch steinerne Gestalt annahm.

Die auf römischen und mittelalterlichen Überlieferungen beruhende Geschichtsträchtigkeit ist bis heute das gemeinsame Kennzeichen von Köln, Bonn und Aachen. Auch die geistige Ausstrahlung ist geblieben. Der Geist der Gelehrsamkeit, der Köln, Bonn und Aachen schon früh Rang und Profil verlieh, geht noch immer um.

Die Nobiles des internationalen Denkerkonsortiums, das die karolingische Renaissance begründete, genießen bis heute Ehrenbürgerrechte in Aachen, der Mönch Einhard zum Beispiel, Karls Biograph und Hofarchitekt, der Langobarde Paulus Diaconus, der Westgote Theodulf, der trockene Angelsachse Alkuin oder Angilbert, der witzige Abt von St. Riquier – lauter gewichtige Herren, der Kaiser nannte sie respektvoll seine „Weisheitsverkäufer". Auch in den Kölner Schulen und Hochschulen leben solche Honoratioren – Kirchenväter abendländischen Geistes – unvergessen weiter: Albertus Magnus, um 1250 Leiter des kurz zuvor begründeten Generalstudiums, und sein Schüler Thomas von Aquin; und knapp hundert Jahre später die tiefsinnigen Mystiker des Mittelalters, Meister Ekkehard, Heinrich Seuse und Johannes Tauler, die alle drei, merkwürdig genug, in der geschäftstüchtigen, lebensfreudigen Stadt am Rhein lebten und lehrten. Bonns Wissenschaftsväter sind jünger, sie kamen erst nach den napoleonischen Kriegen, „mit den Preußen", ins Land: August Wilhelm von Schlegel etwa, der Schöpfer der Sanskrit-Grammatik, Ernst Moritz Arndt, der Philosoph und Patriot, oder Barthold Georg Niebuhr, der große Historiker, der seine leuchtende Feder an Ranke und Mommsen weitergab.

Literarische Äcker nicht so reich bestellt

Muß man hervorheben, daß Köln, Bonn und Aachen noch immer hochrangige Bildungsstädte sind? Ihre Bildungsstätten, Hochschulen und Universitäten genießen Weltruf. Weit über hunderttausend Studenten sind heute in ihren Matrikeln eingeschrieben.

Die literarischen Äcker sind nicht so reich bestellt. An erlauchten Namen ist trotzdem kein Mangel. Die „fünf Weisen" des großen Karl waren ja allesamt auch tüchtige Sprachmeister. Angilbert und Theodulf zum Beispiel vermochten aus dem Stegreif in Hexametern zu sprechen. Einhards Prosa verrät wie seine Baukunst klassische Schulung. Und der genialste und frechste Lyriker des Mittelalters ging nach einem unsteten, weinseligen Wanderleben in Köln vor Anker, wo ihn sein Protektor und Gönner Reinald von Dassel, Barbarossas Kanzler, in den Rang eines Erzpoeten erhob. Der berühmte Archipoeta, dessen Namen die Akten bislang nicht preisgegeben haben, verdiente diesen anspruchsvollen Titel wie kein zweiter. Die gesamte Vagantendichtung gipfelt in dem funkelnden, melancholisch verklärten Witz und der unerreichten Brillanz seiner Verse. Aber eine Tradition ist daraus nicht geworden. Kölns heutiger Erzpoet, der Nobelpreisträger Heinrich Böll, selbsternannter Gewissensfeldwebel der Nation, zeichnet sich ja weniger durch Lebensfreude als durch Larmoyanz und penetranten Mißmut aus. Auch in Bonn hat es nach dem kraftvollen, versgewaltigen Arndt nur noch zu Kleinmeistern gereicht, wie dem Kirchengeschichtsprofessor Gottfried Kinkel, der den „Maikäferbund" summen ließ, dem Mailied-Sänger Karl Simrock und jenem braven Wilhelm Schmidt, der unter dem Namen Schmidtbonn als neuromantischer Harfenist wenigstens zeitgenössischen Ruf erwarb.

Eher ist da schon von der Musik zu reden, die zwar nicht von den Quellen der Vergangenheit gespeist wird, aber in Ludwig van Beethoven, Bonns Parade-Sohn, einen Titanen der Tonsprache in die Welt entließ. Auch Robert und Klara Schumann, die in Bonner Erde ihre letzte Ruhe fanden, und Jacques Offenbach, dessen Wiege in Köln stand, dirigieren symbolisch noch immer mit. Die Liebe zur Musik hat wiederum jene Liebe zur Oper stimuliert, die ebenfalls so etwas wie ein gemeinsames Kennzeichen von Köln, Bonn und Aachen ist. Das Schauspiel leidet bisweilen darunter, vor allem die Regisseure mit der gesellschaftspolitischen Pauke haben es schwer, sich neben dem gefühlsmächtigen, lebenskräftigen Fossil, Oper genannt, zu behaupten. Daß es möglich ist, beweisen zwei der letzten deutschen Volkstheater, die sich, im Gegensatz zu den kostspieligen Theaterapparaturen der öffentlichen Hand, noch immer aus eigener Kraft – oder jedenfalls beinahe eigener Kraft – über Wasser halten. Beide gedeihen in Köln. Beide werden von zwei Vollblütern der mimischen Kunst geführt, von Willi Millowitsch und Trude Herr.

Aber trotz Wissenschaft, trotz Literatur, Musik und Theater – kontinentalen Ruhm verdanken die drei Städte den Bauwerken, die ihre zweitausendjährige Geschichte geschaffen hat. In Aachen bildet die Pfalzkapelle zusammen mit dem auf karolingischen Fundamenten stehenden, zum großen Teil noch aus karolingischem Mauerwerk bestehenden Rathaus ein atemberaubendes Ensemble. Mit der nachmaligen Krönungskirche der deutschen Kaiser und Könige hat die karolingische Architektur ihre eigene Krönung gewissermaßen vorweggenommen. Das berühmte Oktogon, Mutter zahlreicher Filialkirchen, ist zwar von byzantinischen Vorbildern inspiriert, enthält aber so viel Eigenqualität, daß es als erster Kulminationspunkt abendländischer Architektur gilt.

Köln – ein Gehege mittelalterlicher Baukunst

Auch Köln ist noch immer ein Gehege mittelalterlicher Baukunst. Wer die Geheimnisse der romanischen und gotischen Meister enträtseln will, findet sich hier, trotz der schweren Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg, gleichsam ins Paradies versetzt – Sankt Gereon und St. Ursula, St. Georg und St. Maria im Kapitol, St. Severin und der Dom, die alle noch in römischer Zeit zu Hause sind, St. Aposteln und St. Pantaleon, Groß St. Martin und St. Peter, St. Caecilien und St. Kunibert – es gibt keine zweite Stadt in Deutschland mit so vielen Ausrufungszeichen der Architekturgeschichte, so vielen Bauwerken von kontinentalem Ruhm.

Auch Bonns hochromanisches Münster gehört zum Rosenkranz der rheinischen Kirchen, ebenso die Martinskirche im Stadtteil Muffendorf, die Doppelkirche im Vorort Schwarzrheindorf oder die vom nahen Ramersdorf auf den Alten Friedhof verpflanzte Deutschordenskapelle von 1250. Mit der Minoritenkirche ist auch die Gotik, mit der Jesuitenkirche die Barockarchitektur hervorragend vertreten. Diese prunkt allerdings mächtiger mit weltlichen Bauten: der kurfürstlichen Residenz, die heute der Universität Quartier gewährt, dem Poppelsdorfer Schloß, dem Rathaus und der Godesberger Redoute – und zwischen Bonn und Köln, in Brühl, mit dem Jagd- und Lustschloß Augustusburg: dem fürstlichen Abschiedsgeschenk des rheinischen Barock.

Selbstverständlich besteht in einer historisch und künstlerisch so durchsättigten Landschaft auch die Museumslandschaft fast ausschließlich aus Gipfeln. Etwa der Domschatzkammer, dem Couven- und dem Suermondt-Museum in Aachen, dem Rheinischen Landesmuseum, dem Beethoven-Haus und der Arndt-Villa in Bonn. Zentrum allerdings ist Köln, die alte Colonia der Kunst, die ihren beiden Konkurrenten längst den Rang abgelaufen hat. Da ist das zu Weltruhm gelangte Römisch-Germanische Museum, noch immer ein Publikumsmagnet ohnegleichen, da gibt es auch hier eine reich gefüllte Domschatzkammer, daneben das Erzbischöfliche Diözesanmuseum, das Kunstgewerbemuseum, das Museum für Völkerkunde, das Ostasiatische Museum; und natürlich das Wallraf-Richartz-Museum: eines der bestbeschickten deutschen Kunstmuseen überhaupt, dessen Aktionsradius von der gotischen Tafelmalerei über den Impressionismus und rheinischen Expressionismus bis zur Moderne reicht.

Das Institut wird demnächst umziehen. Der 250-Millionen-Bau, der die Milliardenbestände des von dem Kanonikus Wallraf und dem Bürgermeister Richartz geschaffenen Hauses einschließlich der in Aachen entstandenen Sammlung Ludwig aufnehmen soll, wurde vor einigen Tagen gerichtet. Er wird nach seiner Fertigstellung Platz für 1500 Bilder bieten, außerdem einen Konzertsaal und Raum für Wechselausstellungen enthalten. Die Stadt wird dann über einen Museumsbau verfügen, der nach Meinung von Professor Hugo Borger, dem „General" der kölnischen Kunstschätze, mit dem Centre Pompidou in Paris konkurrieren kann. Er wird Mittelpunkt eines kulturellen Kraftfeldes bilden, das zweitausend Jahre rheinischer Geschichte auf zweihundert mal zweihundert Metern Grundfläche speichert und sichtbar macht.



Ludwig van Beethoven: der große musikalische Sohn der Stadt Bonn FOTO: POLY PRESS

Die Befehlszentrale des Kanzlers behindert die Wende

Vor allem bei der Beseitigung der wirtschaftlichen Probleme hatten die Wähler der Union mehr Kompetenz zugetraut als der alten Regierung. Heute zeigen sich viele enttäuscht. Die Wende blieb – zumindest in der erwarteten Form – aus.

Von HEINZ HECK

Ein Regierungswechsel ist das beste Konjunkturprogramm, meinte Franz Josef Strauß vor dem Regierungswechsel vor gut einem Jahr. Und es gibt tatsächlich Leute, die das wörtlich genommen haben. Entsprechend groß ist jetzt die Enttäuschung, wo sich zeigt, daß die Konjunktur nicht per Knopfdruck anzukurbeln ist.

Dabei haben sich die wirtschaftlichen Aussichten im letzten Jahr deutlich gebessert. Ginge man nicht mit zu hohen Erwartungen heran (siehe oben), könnte auch das Urteil etwas positiver ausfallen: Nach Jahren der Stagnation gibt es wieder – bescheidenes – Wachstum, die Investitionen nehmen zu, die Preise steigen nicht mehr so stark. Bei der Arbeitslosigkeit scheint der Höhepunkt erreicht zu sein. Sie ist zwar mit über zwei Millionen noch immer unerträglich hoch, doch helfen hier keine Hauruck-Rezepte.

Ihre schärfsten Kritiker haben Regierung und Koalition unter ihren eigenen Anhängern, denen die vielbeschworene Wende nicht deutlich genug ausgefallen ist. Die Kritik etwa der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft ist weit ätzender als die der SPD-Opposition.

In der ersten Begeisterung über den Wechsel sind die Hypotheken vielfach unterschätzt worden, mit denen die neue Regierung angetreten ist. Die überbordende öffentliche Verschuldung zwang Finanzminister Stoltenberg, die Bremse just in dem Moment zu ziehen, wo nach allen Regeln von Keynes gerade ein paar Brikett hätten nachgelegt werden müssen.

Da aber diese Regeln in der sozialliberalen Ära grob verletzt worden waren und man auch in Boomjahren die öffentliche Verschuldung nicht nur nicht gesenkt, sondern sogar weiter erhöht hatte, blieb jetzt kein Spielraum mehr.

In den Zahlen schlägt sich Stoltenbergs Kurswechsel erst ganz allmählich nieder (1983 ist die Verschuldung gegenüber den unrealistischen Ansätzen der alten Regierung sogar noch gestiegen). Hier lauern politische Risiken, wenn am Ende der Legislaturperiode zwangsläufig der Schuldenberg noch drückender ist als bei der Übernahme der Amtsgeschäfte.

Damit wird zwar der Vorwurf des Kaputtsparens ad absurdum geführt, doch stellt sich zugleich die Frage, ob die neue Mannschaft nicht beherzter hätte zu Werke gehen müssen. Jedenfalls klangen die Ankündigungen über Subventionsabbau aus der Opposition heraus weit mutiger, als sie sich heute ausnehmen, zumal da bevorstehende Hilfen für die Krisenbranchen Kohle, Stahl und Werften die Konsolidierungsanstrengungen im Ergebnis sogar zu unterlaufen drohen.

Auch Stoltenberg – der größte Aktivposten im Kabinett – gerät in die Spannungsfelder der Union: Sozialausschüsse, Frauenvereinigungen, Mittelstand und Wirtschaftsrat. Ist zu fürchten, daß die Aufbruchstimmung vom Herbst nun in der Mittelmäßigkeit einer alles berücksichtigenden Volkspartei wie in einem Fangnetz hängenzubleiben droht?

Nicht wenige hoffen darauf, daß Stoltenberg seine Durchsetzungsfähigkeit erhöht. Die parlamentarischen Hürdenläufe für wichtige Gesetzentwürfe zeigen jedoch, daß er an schmerzlichen Abstrichen nicht vorbeikommt. Wegen zu großer Rücksichtnahme auf den Mittelstand ist das Steuerentlastungsgesetz kein großer Wurf geworden. Und die Entstehungsgeschichte der Investitionshilfeabgabe bot ein solches Trauerspiel, wie es die SPD in ihren „besten" Tagen nicht wirkungsvoller hätte aufführen können. Dabei war nicht nur das Hin und Her um die Rückzahlbarkeit zu kritisieren. Das Gesetz ist im Ansatz falsch, da es keine Gleichbehandlung der Steuerzahler vorsieht.

Bei alledem ist die Frage gestattet: Wo ist Kohl? Wird auf der Kommandobrücke – dem Kanzleramt – Sorge dafür getragen, daß kritische Wirtschaftsfragen das Ohr des Kanzlers – der wie Oppositionsführer Vogel kein Experte ist – so rechtzeitig erreichen, daß er pünktlich an Deck ist? Die Antwort: Davon kann keine Rede sein. Die ihm in der Mainzer Landesregierung zugeschriebene Eigenschaft des wirkungsvollen Delegierens sucht man in Bonn vergeblich.

Seine Befehlszentrale funktioniert nicht. Staatssekretär Schreckenberger macht seinem Namen alle Ehre. Kohl fehlen Staatssekretäre, wie Stoltenberg, Lambsdorff und Blüm sie zur Seite haben. In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck – vermutlich zu Recht –, daß der Kanzler wichtige Fragen zu lange schleifen läßt. Die Diskussion um die Vorruhestandsregelung ist ein Beispiel dafür.

Unionsparteien und FDP haben im Wahlkampf schmerzliche Eingriffe angekündigt und die Wahl gewonnen. Da der Wähler die Ankündigungen besser verträgt als die Eingriffe selbst, sind Rückschläge unvermeidlich. Damit muß man leben, wenn man die nur langfristig zu lösende Mammutaufgabe, die sich etwas blaß als Gesundung der Staatsfinanzen umschreiben läßt, ernsthaft anpakken will. Stoltenberg traut man dies zu.

Doch sollte man ihn darin deutlicher unterstützen. Wenn George und Albrecht eine Diskussion um eine nachhaltige Entlastung der Unternehmen mit dem Ziel der Rückkehr zur Vollbeschäftigung entfachen, so kann dies auch für eine Volkspartei nur heilsam sein – ganz gleich, wie man jeden einzelnen Vorschlag bewerten mag. Doch die Art und Weise, wie etwa Fraktionschef Dregger mit George und dem George-Papier umgesprungen ist, dürfte anderen Vordenkern wenig Mut machen. Auch hier die Frage: Wo ist Kohl?

Und wo ist die FDP? Zwar hat ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Haussmann gerade die „ordnende Hand in der Union" angemahnt; doch ist seine eigene Fraktion und Partei auf vielfältige Art geschwächt, nicht nur durch das politische Wechselbad in eine andere Koalition. Vor allem gilt dies für Wirtschaftsminister Lambsdorff durch das drohende Verfahren, über das nun auch im Kreis seiner eigenen Parteifreunde offener gesprochen wird. Vielleicht veranlaßt ihn diese Situation von Zeit zu Zeit zu Überreaktionen wie seine Attakken gegen Strauß – wie um sich selbst und anderen zu beweisen, daß er noch ganz der Alte ist.

Um so mehr ist die Führungsfähigkeit des Kanzlers gefragt, und das vor allem in Wirtschaftsfragen. Wenn er sich als Enkel Adenauers versteht, sollte er bedenken, daß dieser bei aller Distanz zu dem Thema sehr wohl wußte – oder sich rechtzeitig sagen ließ –, wann seine Entscheidungen gefordert waren.

Koschnick: Ich bleibe beim Doppelbeschluß

Bahr über Rolle der Kommunisten: Unentbehrliche Partner

PETER PHILIPPS, Bonn

Das SPD-Präsidiumsmitglied, der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, hat gestern in einem Interview des Deutschlandfunks „zugegeben", daß seine Partei in der sicherheitspolitischen Debatte in den vergangenen Monaten einen „sehr weiten Weg" zurückgelegt habe. Er geht von einem klaren Nein auf dem Sonderparteitag in Köln zum NATO-Doppelbeschluß aus und erwartet nicht einmal eine Mehrheit für die von Teilen der SPD angestrebte Formel, auf weitere Verhandlungen in Genf „zu drängen".

Koschnik betonte, daß er den Doppelbeschluß auch heute noch „voll unterstützt". Er sei allerdings dafür, „jetzt noch nicht nachzurüsten", sondern weiter zu verhandeln. Das Ziel sei es: „Weg mit der SS 20 mindestens in dem Umfange, wie wir nicht vergleichbare Waffen im Westen stehen haben. Das hieße Anrechnung der französisch-englischen Systeme, mehr aber nicht." Er habe immer zu denen gehört, die angesichts des „Overkills" die Meinung vertreten hätten, daß es möglich sei, für eine gewisse Zeit eine Vorleistung durch Nichtrüstung zu erbringen. Aber dazu gehöre auch die Warnung an den „anderen", „wenn du in diesen Zeitfolgen nicht auch deinen Teil beiträgst abzubauen, dann werden wir nachrüsten". Es „hängt mir bald aus dem Halse heraus, daß wir immer nur von den Sachen sprechen, die im Westen aufgebaut werden, und schön verschweigen, was im Osten passiert".

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hat demgegenüber klargestellt, daß für ihn das letzte Angebot des sowjetischen Staats- und Parteichefs Andropow bereits ausreichend ist. Im Parteiorgan „Vorwärts" schreibt er: „Wenn man das sowjetische Angebot im Prinzip annähme, hätte der Doppelbeschluß erreicht, was er wollte: einseitige Reduktion einer sowjetischen Überrüstung, durch die amerikanische Raketen überflüssig werden. Wer das sowjetische Angebot im Prinzip annimmt, macht den Doppelbeschluß zu einem Erfolg."

„Ohne Frieden geht nichts"

Unter der Überschrift „Die Priorität bleibt der Friede" setzt sich Bahr mit der Kritik des SPD-Professors Karl Kaiser an der Außen- und Sicherheitspolitik der SPD (s. WELT v. 5. 10. 83) auseinander. Kaiser hatte vor dem „Seeheimer" Kreis", einer Vereinigung von Sozialdemokraten aus dem Mitte-Rechts-Spektrum der Partei unter Führung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans Apel, die „Verfassung des außen- und sicherheitspolitischen Profils" der SPD kritisiert, die „die politische Glaubwürdigkeit untergräbt und die Opposition zum Dauerschicksal der SPD machen wird". Insbesondere hatte er Egon Bahr gerügt, der die „Freiheit und Menschenrechte einem absoluten Friedensbegriff" unterordne.

Bahr räumt in seiner Replik ein, daß die traditionellen „ideologischen Auseinandersetzungen" der SPD mit den Kommunisten seit Beginn der Entspannungspolitik „zurückgetreten" seien. Aber er stellt dies im Gegensatz zu Kaiser als einen „der größten Erfolge sozialliberaler Außenpolitik" dar und bringt es in Zusammenhang mit der stärkeren Sicherung des Friedens. „Die Priorität bleibt der Friede", schreibt Bahr, „ohne den nichts mehr geht. Und dafür sind eben, im atomaren Zeitalter, Kommunisten unentbehrliche Partner, weil es im atomaren Zeitalter nur noch gemeinsame Sicherheit gibt." Ob sich dann die „Auffassung" der Sozialdemokraten oder der Kommunisten „durchsetzt, ist eine geschichtliche Entscheidung". Er wirft der CDU, der US-Regierung „und leider auch Karl Kaiser" vor, die Ideologie in den selben Rang wie die Erhaltung des Friedens zu setzen. Dies sei im Prinzip der Kalte Krieg, Volksbetrug und eine „der Disziplinierung der Massen".

„Bild der SPD verschoben"

In der ganzen Nachkriegsgeschichte habe man mit der Bedrohung durch die Sowjetunion gelebt. Das Neue sei die Sorge, „daß der Friede durch den wichtigsten Verbündeten bedroht sein könnte". In Amerika machten „die fantastischen Programme zur Rüstung Fortschritte Und die Verhandlungen zur Abrüstung nicht". Die Ursache der ganzen Entwicklung sei zwar eine sowjetische Rüstung mit der SS 20 „ohne erkennbare Obergrenze" gewesen. Aber niemand könne leugnen, „daß die Sowjetunion im Laufe der letzten zwei Jahre eine Flexibilität gezeigt hat, die ihrer Stärke entspricht".

Kaiser hatte kritisiert, daß das öffentliche Bild der SPD geprägt werde „von schrillen Eiferern und denjenigen, die das Raketenthema verabsolutiert haben". Das Schweigen der Parteiführung habe im Laufe der Jahre „Tatbestände geschaffen, die das Gesamtbild der SPD verschoben haben". Bahr hält dem entgegen, daß bei den Landtagswahlen in Hessen und Bremen „mindestens nicht erkennbar war, daß die Raketendiskussion uns geschadet hätte". Auch wenn man Meinungsumfragen nicht zum Maßstab der eigenen Politik mache, sei doch unverkennbar, daß die SPD keineswegs isoliert sei: „Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung sorgt sich um die Sicherheit nicht weniger als die SPD." Ein Staat und eine Partei müßten „die eigenen Interessen definieren, Politik formulieren und dann vertreten, sogar wenn das nicht überall Zustimmung findet. In diesem Fall muß eine Partei um Mehrheiten für ihre Haltung werben", schreibt Bahr und fügt an Kaisers Adresse an, „hoffentlich ohne zu große Querschläger aus den eigenen Reihen".

Von Passau aus engere Kontakte zur CSSR

Co. Bonn

In Bad Füssingen bei Passau wird am kommenden Wochenende eine bundesweite Deutsch-Tschechoslowakische Gesellschaft gegründet. Dieser Vorgang hat zwei Besonderheiten: Erstens konstituiert sich die Vereinigung, im Unterschied zu anderen Gesellschaften vergleichbarer Art, nicht in Bonn, Frankfurt oder Düsseldorf, sondern in Bayern; zweitens ist der Initiator Klaus Rose ein Bundestagsabgeordneter der CSU.

Tatsächlich hatten sich aus dem Gebiet von Passau und dem Bayerischen Wald stammende CSU-Abgeordnete schon lange vor dem spektakulären Prag-Besuch ihres Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß erfolgreich um engere Kontakte zur CSSR bemüht. Dies hat im Laufe der Jahre zur Öffnung zusätzlicher Grenzübergänge geführt, beispielsweise des Übergangs Philippsreuth im Bayerischen Wald. In diesen Zusammenhang gehört auch der Abschluß einer Patenschaftsvereinbarung zwischen den Universitäten Prag und Passau.

Ende September bereisten sieben ostbayerische CSU-Bundestagsabgeordnete Riesen- und Erzgebirge, um das Ausmaß der dortigen Waldschäden zu studieren und mit CSSR-Experten über gemeinsame Maßnahmen gegen das Waldsterben zu reden. Dabei wurde, wie Rose mitteilte, von seiten der CSSR den Bemühungen der Bonner Koalition zur Rettung des Waldes Anerkennung gezollt und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auf diesem Gebiet bekundet.

Die geplante Deutsch-Tschechoslowakische Gesellschaft soll die Kooperationsbemühungen vor allem auf kulturellem, sportlichem, wirtschaftlichem und touristischem Gebiet zusammenfassen.

Der 35-Stunden-Woche vorbeugen?

Spekulationen über Entlassungen bei Opel / WELT-Umfrage in der Automobilbranche

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die deutsche Autoindustrie will 1983 mit einer Produktion von allein 3,9 Millionen Pkw an die Rekordjahre von 1978/79 anknüpfen, 2,4 Millionen Stück davon allein in der Bundesrepublik absetzen, da werden Pläne der Adam Opel AG bekannt, in den drei deutschen Werken Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern – nicht bestätigt, aber auch nicht dementiert – ein knappes Fünftel der 50 000köpfigen Belegschaft bis 1988 „abzubauen", nicht etwa zu „entlassen".

Die jüngst erschienene Shell-Studie über die Entwicklung der Motorisierung sagt bis 1988 jährliche Neuzulassungen von durchschnittlich 2,6 Millionen Stück auf einen Bestand von 27 Millionen voraus, während Opels Betriebsratsvorsitzender Richard Heller die eigenen Mitarbeiter und die Öffentlichkeit mit dem Hinweis schreckt, der 20prozentige Personalabbau träfe bis 1988 die gesamte Automobilbranche. Im Klartext: 80 000 Arbeitsplätze gingen – und dies vermutlich unwiederbringlich – dahin.

Mehr Automaten und Roboter

Auf den ersten Blick ist die Darstellung des Opel-Betriebsrats, die auf „intern üblichen erstellten Planungsdaten zur Erzielung notwendiger Produktivitätsfortschritte" beruhen soll, nicht recht einsehbar. Denn während die Industrie in diesem Jahr ihre Produktion um 3 Prozent ausweitet, sinkt vermutlich die Mitarbeiterzahl um 1 Prozent. Dies dürfte bereits einen Produktivitätsfortschritt, um den es gegenüber dem Ausland auch auf Drittmärkten, um wettbewerbsfähig zu bleiben, geht, bedeuten.

Bei Opel werden, wenn die Planungsdaten „echt" sind, jährlich 5 Prozent der Belegschaft im Akkordbereich, also an den Montagebändern, 3,5 Prozent im Zeitlohn und 2,5 Prozent im Angestelltenbereich abgebaut. Opel betont, den Personalabbau nur durch natürliche Fluktuation, also durch Nichtersetzen ausscheidender Mitarbeiter, zu erreichen.

Für den Montagebereich steht hinter der Planung, Rationalisierung durch Automation, sprich die Aufstellung etlicher, auf Fragen schon vor Monaten nicht genannter Zahlen von Handhabungsautomaten und Robotern. In der Bundesrepublik sollen nach Expertenmeinung rund 2700 bereits in deutschen Auto-Montagehallen stehen. Mit ihnen wird nicht nur eine erheblich höhere Fertigung erzielt, sie kann aber auch mit weniger Beschäftigten erfolgen. Dadurch können, so argumentiert Opel, über Wettbewerbsvorteile der Absatz gesteigert werden und die Beschäftigung stabilisiert, vielleicht sogar gesteigert werden. Dies allerdings nur, wenn Produktion und Absatz tatsächlich wachsen. Immerhin: Opel hat 1983 dank seiner besonders guten Auftragslage rund 1000 Arbeitnehmer neu eingestellt.

In den übrigen deutschen Autowerken hält man es für äußerst riskant, Beschäftigungsprognosen bis 1988 zu stellen. Bei VW wird betont, keine Entlassungen aus Rationalisierungsgründen vorzunehmen. Bei Audi/NSU, auch einem Hersteller auf der Sonnenseite der Autokonjunktur, wurden 1983 rund 2100 neue Mitarbeiter eingestellt. „Wenn man berücksichtigt, wie vorsichtig wir in Planungsdingen sind, beantwortet das schon die Frage nach mittelfristigen Rationalisierungsmaßnahmen und den Einsatz von Robotern", meinte ein Sprecher. „Unsere Technik haben wir durch erhebliche Investitionen auf den modernsten Stand gebracht. Für die nächsten Jahre gibt es keinerlei Änderungen, die Mitarbeiter einsparen würden."

Auch bei Daimler-Benz sind Umstrukturierungen nicht aktuell. Die Anschaffung von mehr Handhabungsautomaten (nicht Robotern) würde keine Menschen einsparen. An diesem Rezept hält auch BMW fest: „Hier sind die Beschäftigtenzahlen von Jahr zu Jahr gestiegen, künftig vielleicht moderater." Für das neue BMW-Werk in Bayern müssen Neueinstellungen vorgenommen werden.

Belegschaft ist gewachsen

So ist man bei Autoherstellern versucht, die Opel-Abbau-Spekulation im Vorfeld der Diskussion um die 35-Stunden-Woche zu sehen. Früher als Mittel zur Humanisierung der Arbeitsplätze propagiert, wird die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung jetzt vorrangig unter dem Aspekt der Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze gesehen. Bei der IG Metall will man die 35-Stunden-Woche vor der (spekulativ) erwarteten Rationalisierungswelle „in trockene Tücher bekommen". Bei Beibehaltung der jetzigen Beschäftigungszahl sieht man die Hälfte der möglichen Arbeitszeitverkürzung durch Rationalisierung und Produktivitätsfortschritt entgleiten, die andere Hälfte sollte aber zusätzliche Arbeit schaffen.

Doch auch ohne Wachstum muß die Beschäftigung in der Autoindustrie nicht sinken. Obwohl in den vergangenen 10 Jahren die Produktion kaum gestiegen ist (1982: rund 3,8 Mill. Pkw und 301 000 Nutzfahrzeuge) ist die Belegschaft der Autobauer von 740 000 (1973) auf 782 000 (1982) gewachsen. Dies war nur dadurch möglich, daß aufwendigere und technisch wesentlich verbesserte Modelle mehr Mitarbeiter verlangen.

„DDR" bildet Frauen für Luftwaffe aus

GREGOR KONDEK, München

Die seit September in der „DDR" und Ost-Berlin begonnene Wehrerfassung von Frauen und die Zustellung von Wehrpässen an Frauen erstreckt sich nicht nur auf Frauen aus medizinischen Berufen und aus dem Nachrichtenwesen, wie ursprünglich angenommen wurde. Aus der „Nationalen Volksarmee" wird jetzt bekannt, daß eine generelle Integrierung von weiblichen Soldaten in die Streitkräfte der „DDR" geplant ist – für alle Waffengattungen.

Bestätigung für diese Entwicklung ist, daß die „DDR" zum 1. September 1984 im Bereich der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung mit der Ausbildung der ersten weiblichen Armeeangehörigen zu Fähnrichen an der Unteroffiziersschule „Harry Kohn" und zu Berufsoffizieren an der Offiziersschule „Franz Mehring" beginnt. Ziel ist es, wie es in dazugehörigen Ausführungsbestimmungen heißt, diese Frauen zu Offizieren der Führungsorgane, Politoffizieren und Offizieren des Fliegeringenieurdienstes auszubilden.

Wie aus dem Zentralrat der FDJ (staatliche Zwangsjugendorganisation) bekannt wird, sollen die 16- bis 18jährigen Mädchen in Diskussionszirkeln des FDJ-Schulungsjahres über ihren Einsatz in den einzelnen Waffengattungen der „Nationalen Volksarmee" der „DDR" aufgeklärt werden.

Hartmannbund übt Kritik an Bonn

AP, Baden-Baden

Erstmals seit der Amtsübernahme von Bundeskanzler Kohl hat der Hartmannbund (Verband der Ärzte Deutschlands) deutliche Kritik an dessen Gesundheits- und Sozialpolitik geübt. Die von den Unionsparteien geführte Regierung erweise sich bisher lediglich als „gewissenhafter Nachlaßverwalter" der sozial-liberalen Politik und lasse in „entscheidend wichtigen Grundfragen neue Weichenstellungen" vermissen.

Der Verbandsvorsitzende, Prof. Horst Bourmer, erinnerte daran, daß der Hartmannbund sich „dreizehn Jahre lang" gegen eine „Stärkung der staatlichen Einflußnahme und Lenkung" gewehrt habe. Die bisherige Bilanz der neuen Regierung sei für „viele von uns enttäuschend".

Angesichts „weniger taktischer Züge" der Regierung in der Gesundheitspolitik seien vom Hartmannbund nicht die „Jubelärzte der neuen Koalition" zu erwarten. Eine zukunftsorientierte Konzeption jedoch habe seine volle Unterstützung.

Aus den Briefen Achim Rohdes an Herrn Rau

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der in den einstweiligen Ruhestand versetzte Präsident des Regierungsbezirks Düsseldorf, Achim Rohde, hat gestern die für den 23. November vorgesehene Umweltschutztagung abgesagt. In einer Mitteilung schreibt der engagierte FDP-Politiker: „Ich bedauere, daß ich die meines Erachtens katastrophalen ‚Verzugsdefizite' in meinem Bezirk, aber auch Ansatzpunkte möglicher Lösungen aufgrund praktischer Erfahrungen mit Ihnen nicht mehr gemeinsam diskutieren kann!" Das Schreiben macht deutlich, daß ein wesentlicher Grund für die Entlassung Rohdes und die Spannungen zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten Johannes Rau in der Umweltschutzpolitik liegt.

Regierungssprecher Helmut Müller-Reinig verwies gegenüber der WELT darauf, daß Rohde für die Umweltschutztagung auch Rau eingeladen habe, nicht aber als Ministerpräsident, sondern als Mitglied des Landtages und als „Sehr geehrter Herr Rau". Darin werde das Mißverständnis Rohdes deutlich, der sich nicht als von der Regierung bestellter Beamter, sondern als eigenständiger Politiker gesehen habe. Es gebe Anzeichen dafür, daß Rohde gar versucht habe, Rau zu seiner Entscheidung, ihn zu entlassen, zu drängen. Rohde sei als politischer Beamter zur Loyalität verpflichtet. Dieser hingegen verweist auf seine Pflicht, Mißständen nicht nur nachzugehen, sondern auch die politisch Verantwortlichen zum Handeln zu drängen.

Rau selbst mag die „einfache" Anrede kaum angefochten haben – ist er doch ganz anderes von seinen Genossen gewohnt. Doch muß ihn vielmehr wurmen, daß Rohde in einer Schwachstelle seiner Regierungspolitik bohrt. Schließlich hat ihn das Zögern in der Frage des Umweltschutzes schon zwei Minister gekostet – Diether Deneke und Hans-Otto Bäumer. Jetzt bekanntgewordene Briefe an Rau belegen das.

Am 19. April nahm Rohde die Suche nach dem Verbleib der Seveso-Giftfässer zum Anlaß, mahnend zu erinnern, „daß an die Problemlösung des Staates sowohl im Abfallbereich, aber auch in dem Bereich der Sicherstellung des Wassers als Lebensgrundlage völlig unterentwickelt ist". Eindringlich warnte er Rau: „Der Staat – hier NRW – nimmt seine Aufgaben mangels Personal nicht so wahr, wie das notwendig wäre."

Im Gegensatz zu Aussagen der SPD, Rohde habe wo immer er nur konnte versucht, das Handeln der SPD-Landesregierung zu konterkarieren, steht in einem Brief Rohdes an Rau vom 28. Juni. Dort heißt es: „Ich möchte dieses Problem (des Rücktritts von Minister Bäumer, d. Red.) nicht auch noch personalisieren und habe daher davon abgesehen, die Dokumentation (die mit Bäumer erstellt worden war) jetzt herauszubringen, wo noch die Schlagzeilen über den Ministerrücktritt durch den Blätterwald rauschen." Rohde fährt fort: „Allerdings dürfte eines klar sein: Das gewaltige Problem des Vollzugsdefizites im Umweltschutz ist da und kann nur durch Änderung der Haltung der politisch Verantwortlichen in diesem Lande gelöst werden."

In seinem letzten Schreiben vom 20. September an Rau machte Rohde noch einen Anlauf, Gehör zu finden. Er schrieb: „Eine durch Ressortdenken abgeschottete Ministerialbürokratie auf der einen Seite und Ingenieure und Verwaltungsbeamte vor Ort auf der anderen Seite ... arbeiten nebeneinander her, ohne sich, wie erforderlich, zu ergänzen."

Unbestritten bleibt, daß Rau sehr wohl den Ernst der Fragen erkannt hat. In Wien führte er beispielsweise bei einem Besuch im Juli aus, Qualität und Quantität des Wassers werde die entscheidende Frage des kommenden Jahrzehnts sein werden. Außerdem veranlaßte er Arbeitsminister Farthmann, federführend ein Umwelt-Programm zu erarbeiten. Kritiker sagen Rau aber nach, er belaste die notwendigen Entscheidungen gerade in dieser Frage durch zu langes Zögern und Zaudern.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Hamburger Senat gab Druck der Linken nach

Die Bannmeile gilt nicht für die „Friedensbewegung“

UWE BAHNSEN, Hamburg

Drei Tage vor der als „Volksversammlung für den Frieden“ propagierten Großdemonstration auf dem Hamburger Rathausmarkt haben der Senat und der sozialdemokratische Bürgerschaftspräsident Peter Schulz das juristisch-politische Tauziehen um die Bannmeile rings um das Rathaus endgültig verloren. Die Kundgebung, zu der das auch kommunistisch beeinflußte „Hamburger Forum“ aufgerufen hat, wird mit maßgeblicher Beteiligung von Sozialdemokraten *sowie Rednern der GAL*, der DKP, aber auch des DGB stattfinden. Der Senat hatte es zunächst mit Mehrheit abgelehnt, die erforderliche Ausnahmegenehmigung vom Bannkreisgesetz zu erteilen.

Dennoch: Die „Friedensbewegung“ in der Hansestadt hat sich in dieser Sache auf der ganzen Linie gegen die Landesregierung durchgesetzt und mit dem Rathausmarkt einen Veranstaltungsort im Herzen der Stadt bekommen, dessen Symbolcharakter sie inzwischen auch schon nach Kräften propagandistisch ausbeutet. Dahin ist es gekommen, weil *der linke Flügel der hamburgischen* Regierungspartei SPD mit dem „Hamburger Forum“ stramm an einem Strang zog, und das Mitte-Rechts-Lager der Partei zunächst nur einen halbherzigen und zum Schluß überhaupt keinen Widerstand mehr leistete. Das Motiv war offenkundig, die „Volksversammlung“ nicht zu einer Veranstaltung gegen die Hamburger SPD werden zu lassen.

Die Position des Senats in dieser Sache war zunächst völlig eindeutig: Gegen die Stimmen der zum linken Flügel zählenden Senatoren hatte die Landesregierung beschlossen, einen Antrag auf Freigabe des Rathausmarktes unter Hinweis auf die Rechtslage und die bisherige Hamburger Praxis zurückzuweisen. Ausnahmen vom Bannkreisgesetz bedürfen der Zustimmung des Senats und des *Bürgerschaftspräsidenten*. Erteilt wurden sie bisher, so die Senatsjuristen, immer nur dann, wenn das Thema der geplanten Kundgebung zwischen den demokratischen Parteien nicht strittig war. Die geplante Volksversammlung aber sei ein Vorhaben, das von einem wichtigen Teil der Bürgerschaft, nämlich der Opposition, abgelehnt werde.

Die Veranstalter, die schon vor dieser Senatsentscheidung unbekümmert den Rathausmarkt als Schauplatz der „Volksversammlung“ bekanntgemacht hatten, zogen vor das Verwaltungsgericht und erwirkten eine Einstweilige Anordnung, die den Senat verpflichtete, die Ausnahmegenehmigung zu erteilen. Die Verwaltungsrichter beriefen sich dabei auf den eigentlichen Sinn des Bannkreisgesetzes – die Verfassungsorgane Senat und Bürgerschaft vor einem nötigenden Druck der Straße zu schützen. Am kommenden Sonnabend aber, so das Gericht weiter, fänden weder Sitzungen des Senats noch des Landesparlaments statt, und überdies seien beide für die Nachrüstung und die Raketenstationierung nicht zuständig, könnten also auch aus dem einen und dem anderen Grund in dieser Sache nicht unter Druck gesetzt werden.

Der Senat ging politisch in die Knie und wich vor dieser vordergründigen Beschlußbegründung des Verwaltungsgerichts zurück. Nach mehrstündiger Sondersitzung beschloß die Landesregierung, keine Beschwerde bei dem Oberverwaltungsgericht einzulegen, und zwar „im Interesse der *öffentlichen Sicherheit* und der Sicherheit der Teilnehmer an der beabsichtigten Versammlung“, wie der SPD-Fraktionschef Henning Voscherau dazu erklärte. Kurz darauf kam es zu einem politisch wie rechtlich gleichermaßen bedenklichen Vorgang: Auf den massiven Druck des linken Flügels im Senat, in der Bürgerschaftsfraktion und der Hamburger SPD gab der Senat den Rathausmarkt ohne Rücksicht auf die nicht erteilte Zustimmung des Bürgerschaftspräsidenten Peter Schulz frei; die Veranstalter erhielten den amtlichen Genehmigungsbescheid. Der Parlamentspräsident, der das originäre Recht der eigenen Beschwerde bei dem Oberverwaltungsgericht hatte, machte davon auch Gebrauch – aber nicht etwa, um die Einstweilige Anordnung des Verwaltungsgerichts als Entscheidung überprüfen zu lassen, sondern um die Begründung der Verwaltungsrichter anzugreifen, denn darin stehen nach Meinung des Senats und des Parlamentspräsidenten „Aussagen“, die man so nicht stehenlassen könne.

Das bezog sich unter anderem auf die Rolle dieser beiden Verfassungsorgane und deren Bewertung durch *das Verwaltungsgericht*. Die Tatsache, daß die Landesregierung entgegen dem Bannkreisgesetz die Zustimmung des Bürgerschaftspräsidenten nicht eingeholt hat, interpretierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Henning Voscherau, von Beruf Notar, hurtig als eine „innere Angelegenheit“ zwischen dem Senat und dem Parlamentspräsidenten. Der gesamte Vorgang verrät die taktische Handschrift des derzeit durch China reisenden Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi. Er hat Peter Schulz im Ergebnis persönlich, politisch wie juristisch in den Regen gestellt – und das sogar vor dem Oberverwaltungsgericht: Gestern mittag erklärte das OVG die von Schulz eingelegte Beschwerde kurzerhand für erledigt. Begründung: Der Senat habe eine neue Rechtslage geschaffen.

Was Yves Montand zur Friedensbewegung sagt

DW. Bonn

Der bekannte französische Schauspieler *und Chansonnier* Yves Montand hat sich in einem Interview des „ZDF-Magazins“ u. a. kritisch mit der „Friedensbewegung“ *auseinandergesetzt*. Der 61jährige Künstler galt viele Jahre lang gemeinsam mit seiner Frau Simone Signoret als Aushängeschild der kommunistischen Partei. Wir drucken das Interview im Wortlaut:

Frage: Herr Montand, es gibt derzeit vor dem Hintergrund einer eventuellen Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen in Europa eine breite, teilweise pazifistische, teilweise antiamerikanische Friedensbewegung. Was halten Sie von dieser Bewegung?

Montand: Ich glaube, daß wir in dieser Frage, und ich wäge meine Worte sorgfältig ab, dieselbe Haltung einnehmen wie der Präsident der Republik, François Mitterrand. Das heißt, wir haben absolut dieselben Eindrücke, ob es sich nun um deutsche, französische, belgische oder englische Pazifisten handelt. Wenn wir uns heute nicht den Pazifisten auf der Straße anschließen, so heißt das nicht, daß wir für den Krieg sind. Das wäre eine sehr ungeschickte Argumentation, und ich hoffe, daß das *deutsche Publikum nicht etwa meint*, wir seien für den Krieg. Aber ich glaube, es gibt da einen äußerst harten und nicht akzeptablen Widerspruch.

Ich will ihnen für ihre Generation, das heißt für die Generation von heute, *ein Beispiel* für uns geben. Die Atombombe in den 50er Jahren, das war der gleiche Vorgang. Wir haben *damals gekämpft*, wir *sind von* Tür zu Tür gegangen, ich habe Leute aufgesucht, ich habe sie eindringlich gebeten, es geht nicht darum, links oder rechts zu denken, es geht nicht darum, sozialistisch oder nicht sozialistisch zu denken, Sie können von mir aus Antisozialist sein, ich habe nur eine einzige Bitte, erhaltet den Frieden, und um den Frieden auf diesem Planeten zu erhalten, muß man die Atombombe ächten. Die Russen hatten die Atombombe noch nicht. Als sie dann die Atombombe hatten, gab es keine Friedensdemonstration mehr für die Ächtung der Atombombe. Heute verlangt man die Verurteilung der Pershings, im Fernsehen haben wir diese ungeheuren Demonstrationsmärsche erlebt. Und ich sage mir, es ist wirklich seltsam. Obwohl bekanntlich die SS 20 seit fünf, sechs Jahren an der russischen Grenze stationiert waren und eine einzige SS 20 eine Stadt wie Lille oder München zerstören kann, haben sich weder die Gewerkschaften noch die Intellektuellen, noch die Politiker gerührt. Wir alle haben keinen Demonstrationsmarsch veranstaltet. Wir haben nicht gesagt, hören Sie mal zu, wir sind nicht antirussisch, aber wir sind gegen den GULag, und wir wollen bitteschön keine auf Westeuropa richteten Raketen. Ich bin dafür, daß es keine Pershings gibt. Da stimme *ich ihnen zu*, aber *damit* es *keine* Pershings gibt, müssen die Russen zuerst ihre SS 20 zurückziehen, denn *diese Waffen sind seit fünf Jahren auf* Europa gerichtet, und trotzdem haben wir uns nicht gerührt. Das meine ich. In diesem Fall des Rückzuges würden wir dann natürlich keine Pershings hier aufstellen. Da bin ich einig mit ihnen. Aber nicht das Gegenteil.

Frage: Herr Montand, sprechen wir noch von etwas anderem. Ist der Friedensnobelpreis für Lech Walesa gerechtfertigt? Sind Sie glücklich darüber?

Montand: Ja, ich bin sehr, sehr, sehr glücklich darüber, daß Walesa diesen Preis bekommen hat. Ich bedaure nur, *daß er ihn nicht schon letztes* Jahr erhalten hat. Walesa, das ist schon in Ordnung. Der Mann ist eine Kraft, und er ist unsere Kraft. Die westeuropäischen Demokratien müssen der Macht des GULag gegenüber, die immer mehr vordringt, fest und stark bleiben. Noch einmal, ich bin nicht antirussisch, ich bin gegen GULag.

Frage: Wenn Sie so sprechen, ist das Lebenserfahrung. Sind das persönliche Erfahrungen oder sind das theoretische Überlegungen?

Montand: Nein, das ist eine Überlegung. Für mich ist diese Überlegung vorrangig und sehr einfach. Wenn es einerseits ein Land mit ungenügender Demokratie gibt und andererseits ein Land ohne jegliche Demokratie, *dann muß man sich für das* erste Land einsetzen. Verstehen Sie? Ich meine das so, und nun glaube ich, *daß in Deutschland die junge Generation* vielleicht große Komplexe wegen ihrer Eltern und Großeltern hat. Die deutsche Jugend sollte aber keine Komplexe haben, nur weil ihr Land stark und reich geworden ist. Das ist eben das deutsche Genie. Manchmal sind sie verrückt, aber sie sind ein großartiges Land und sie sind ein großartiges Volk. Sie sollten das doch verstehen.

Haben Sie doch bloß keine Komplexe, weil ihr Land erfolgreicher war und weil Sie viel Geld haben. Sie sollten wirklich nicht diese Komplexe haben. Was aber immer nötig ist in *Deutschland*, in meinem *Land*, in Europa, wir müssen immer für mehr Demokratie, für mehr Gerechtigkeit *kämpfen, immer, immer*. Und wir sollten keinesfalls diese Scheußlichkeit akzeptieren, die man uns angeblich für die Befreiung der Völker aufhalsen will, den GULag, wie es ihn in der CSSR, in Polen oder in den Lagern Sibiriens gibt. Man vergißt, daß es in Sibirien Todeslager gibt. Man vergißt Solschenizyn, man vergißt Sinowjew, man vergißt Herrn Pljutsch, man vergißt *Kundera*. Für meine Begriffe sind gerade das Leute, die das Recht haben, von der Sache der Linken zu sprechen. Dagegen sind wir Kinder, das ist meine Meinung.

„Mahnwache“ untersagt

„Funktionsfähigkeit der Ministerien gewährleistet“

DW./dpa, Hamburg

Mehrere tausend Schüler haben gestern in der Bundesrepublik Deutschland während der Schulzeit gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen demonstriert. Die „Friedensbewegung“ hatte den gestrigen Tag, *den sechsten Tag ihrer* Aktionswoche, zum sogenannten „Widerstandstag der Schulen, Volkshoch- schulen und Hochschulen“ erklärt.

Nach einer Übersicht von dpa fanden die Aktionen meist vor dem Unterricht und in den Pausen statt. In Baden-Württemberg müssen einzelne Schüler und Lehrer damit rechnen, zur Verantwortung gezogen zu werden, da sie sich an von den Schulbehörden nicht genehmigten Aktionen beteiligt hatten. In Hessen haben sich nach Aussagen der GEW „fast die Hälfte aller Schulen in irgendeiner Form *aktiv an der Aktionswoche* beteiligt“.

Auf vier „Volksversammlungen für den Frieden“ wollen morgen in Bonn, Berlin, Hamburg und Stuttgart/Neuulm angeblich rund 800 000 Teilnehmer demonstrieren. Bereits heute wollen mehrere „Friedensgruppen“ in Bonn das Entwicklungs- und das Verteidigungsministerium blockieren und „Mahnwachen“ im Regierungsviertel aufziehen lassen. Auch in West-Berlin und Hamburg sind Aktionen vorgesehen.

Das nordrhein-westfälische Oberverwaltungsgericht in Münster hat gestern die für heute in Bonn geplante „Mahnwache“ vor dem Bundeskanzleramt untersagt. Das Gericht bestätigte mit diesem Urteil eine entsprechende Anordnung des Polizeipräsidenten in Bonn. Den Organisatoren der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigten Kriegsdienstgegner“ wurde vom Gericht jedoch gestattet, die *„Mahnwache“* auf der dem Amt gegenüberliegenden Seite des Bundeskanzlerplatzes durchzuführen.

Vom nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor (SPD) war gestern klargestellt worden, daß die Polizei die Funktionsfähigkeit der Ministerien in Bonn gewährleisten will. *„Die Polizei wird das aber* in einer Weise tun“, fügte der Minister hinzu, „die auch den Teilnehmern an Blockaden deutlich werden läßt, daß die Polizei Konflikte mit friedlichen Mitteln lösen will“.

Verärgerung in Berlin

Wie die „DDR“ den Besuch Weizsäckers interpretiert

hrk. Berlin

Die „DDR“ versucht offenbar entgegen der ausdrücklichen Vereinbarung zwischen Richard von Weizsäcker und SED-Chef Erich Honecker, aus ihrer Begegnung am 15. September einseitig statuspolitische Vorteile *zu ziehen. Auf diesen alarmierenden* Umstand stießen SPD-Kommunalpolitiker, die im Vorfeld eines Gegenbesuchs von „DDR“-Bildungsexperten erst nach hartnäckigen Verhandlungen erreichten, daß der Delegation auch ein Ostberliner Pädagoge angehörte.

Ost-Berlin sieht offensichtlich in dem Besuch Weizsäckers in dem anderen Teil der Stadt eine Bruchstelle in den klaren Abmachungen der Siegermächte, daß der Ostteil der Stadt nicht zur „DDR“ gehört, sondern Bestandteil des Besatzungsgebietes von Groß-Berlin ist.

Die SPD-Gastgeber teilten gestern mit, die andere Seite sei lediglich bereit gewesen, sich den amtierenden Rektor der Humboldt-Universität, Professor Ehlert, als Ostberliner Delegationsmitglied anrechnen zu lassen. Anders als Mitte Mai, als die SPD-Gruppe ausschließlich Ostberliner Schulen und Einrichtungen besuchte, befand sich bei der Gegenvisite auch kein Vertreter des Ostberliner Stadtschulamtes unter den Gästen, die überwiegend der Volkskammer angehörten.

Verärgert reagierten die Sozialdemokraten gestern auf eine Meldung im „Neuen Deutschland“, die eindeutig einer verabredeten Textfassung zuwiderlief und den Eindruck erweckte, als sei eine Volkskammerdelegation mit Vertretern des Abgeordnetenhauses quasi als Parlament einer „selbständigen politischen Einheit“ zusammengetroffen.

Gegenüber der WELT kommentierte Senatssprecher Meinhard Ade den Gesamtvorgang: „Wenn die SPD vorher von der DDR-Haltung bezüglich einer neuen Bewertung des Treffens Weizsäcker–Honecker wußte, wäre zu wünschen gewesen, daß sie dies dem Senat vorher schriftlich mitgeteilt und zugleich diese Auslegung deutlich zurückgewiesen hätte.“ Jeder propagandistische Versuch, aus diesem Treffen zweier „deutscher Politiker“ statuspolitisches Kapital zu schlagen, führe dazu, „daß dies das erste und zugleich das letzte“ Treffen dieser Art gewesen sei.

Wie soll man zum Frieden erziehen?

PETER PHILIPPS, Bonn

Nachrüstungsdebatte und „Friedensbewegung“ haben eine neue Situation geschaffen – darüber war man sich einig. Doch ob dies nun eine eigene „Friedenspädagogik“ als wis*senschaftliche Disziplin erfordere*, oder ob Pädagogik sui generis sich der Aufgabe anzunehmen habe, zum *Frieden zu erziehen, und dazu* also eine bessere Pädagogik verlangt werden muß – dies war strittig. Die Diskussion wurde in einem ungewöhnlichen und doch zugleich dafür besonders prädestinierten Rahmen geführt: während eines Kolloquiums im Fachbereich Pädagogik der Bundeswehr-Hochschule in Hamburg.

Professor Rainer Kluwe, renommierter Erziehungswissenschaftler und stellvertretender Sprecher des Fachbereichs an der Bundeswehr-Hochschule, hatte zu Beginn der Diskussion dazu aufgefordert, sich mit dem „Erziehungsziel Friedfertigkeit *auseinanderzusetzen*“. Denn dies sei eine „wichtige Frage in der gesellschaftlichen Suche nach Frieden“. *Hans-Hermann Groothoff, Professor* an der Universität Köln und seit gestern abend erster Ehrenpromovent der Bundeswehr-Hochschule, sprach in seinem Diskussionsbeitrag davon, daß „Erziehung nichts anderes sein kann als die Interpretation von Erfahrungen“. Er bestritt den Standpunkt, daß die heutige Situation der möglichen Vernichtung der gesamten Menschheit ein „Novum“ sei, und erinnerte an den 30jährigen Krieg.

Die „pädagogische Aufgabe“ Frieden strich auch der Hamburger Erziehungswissenschaftler und Bürgerschaftsabgeordnete Wolfgang Schulz *in einer vehementen Erwiderung auf* die überspitzte Frage aus der Zuhörerschaft heraus, wann denn nach der „Friedenspädagogik“ nun die „Computerpädagogik“ komme. Schulz wollte sich nicht als „Friedenspädagoge“ vereinnahmen lassen, er spreche „nur von besserer Pädagogik“. Er sei sich allerdings darüber im klaren, daß er als Pädagoge nur auf einem „Nebenkriegsschauplatz“ arbeite und „durch Erziehung allein der Frieden nicht herbeigeführt“ werde.

Das Kolloquium gehörte zu den Festveranstaltungen, zu denen aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Bundeswehr-Hochschule eingeladen worden war. Zu den Versuchen einer Bilanz der eigenen Arbeit zählte auch die Ausstellung der besten Diplomarbeiten der vergangenen Jahre im Foyer. Dabei war es für die meisten Außenstehenden am überraschendsten, daß von den studierenden Soldaten im Fachbereich Pädagogik nur in ganz geringem Umfang Themen bearbeitet werden, die mit der Bundeswehr in Beziehung stehen. Es dominieren Fragen aus dem Bereich der Wirtschaft.



Weizsäcker: Eine große Geste der Freundschaft

Chirac bringt Bronzereliefs der Siegessäule zurück

hrk. Berlin

Die „Grande Nation" heftete beim Besuch des Pariser Bürgermeisters und Chefs der französischen Gaullisten, Jacques Chirac, ein neues Siegel unter die deutsch-französische Freundschaft. Er kündigte seinem Amtskollegen Richard von Weizsäcker („Eine große Geste"), die Rückgabe eines Bronzereliefs an, das französische Truppen bei der Übernahme ihres Sektors 1945 von der im britischen Gebiet gelegenen Siegessäule abmontiert und als Kriegsbeute an die Seine gebracht hatten. Die Siegessäule mitten im Tiergarten ist mit ihrer vergoldeten Siegesgöttin in 67 Meter Höhe eines der Wahrzeichen Berlins. Damit findet ein jahrzehntelang schwelender Streit zwischen der Bundesrepublik, dem Senat von Berlin und der französischen Regierung endlich sein erfreuliches Finale.

Das zwölf Meter lange Relief aus Bronze stammt von dem Bildhauer Karl Keil und befand sich auf der Westseite des Sockels der Siegessäule. Es zeigt eine Szene aus dem deutsch-französischen Krieg 1870–72, in der Kaiser Napoleon III. dem zu Pferde sitzenden König Wilhelm I. von Preußen die Kapitulationserklärung überreicht. Die fast demütige Geste, mit der dies gegenüber den Preußen-Siegern hoch zu Roß geschieht, kränkte seit Jahrzehnten Frankreichs Nationalstolz. 1946 hatte die französische Militärregierung sich bei den anderen westlichen Siegermächten vergebens dafür eingesetzt, die 1873 eingeweihte Siegessäule mit ihren Erinnerungen an die Feldzüge gegen Dänemark (1864), Österreich (1866) und Frankreich vollständig zu sprengen. Man pflanzte stattdessen die Trikolore auf.

Von Chiracs großzügigem Schritt ist jedoch ein weiteres Bronzerelief, das die von lorbeerbekränzten Ehrenjungfrauen gesäumte Rückkehr der siegreichen deutschen Heere nach Berlin 1871 darstellt, zunächst nicht betroffen. Es gehört der Französischen Republik, während sich die Rückgabe auf die Bronzetafel bezieht, die sich im Besitz der Stadt Paris selbst befindet.

Richard von Weizsäcker bedankte sich im Goldenen Saal des Rathauses Schöneberg bei seinem Amtskollegen: „Diese Geste beweist, daß zwischen den Deutschen und Franzosen eine Freundschaft entstanden ist, die von großer Bedeutung für die Zukunft Europas ist." Chirac hatte es seinerseits nicht an Komplimenten für die alte preußische Hauptstadt und den Geist der Aufklärung fehlen lassen, den Friedrich der Große und Voltaire pflegten. Er zitierte aus einem Brief des Philosophen: „Berlin beinhaltet in sich die Funken aller Künste; man sieht dort das Talent allerseits glänzen."

In der Frage der Reliefs indessen nahm sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen seit 1945 keineswegs glänzend aus. Schon 1952, noch unter Ernst Reuter, fühlte der damalige Berliner Senat behutsam in Paris vor. Reuter ließ drei französische Geschützrohre, Siegesbeute des Prinzen Friedrich Karl von Preußen auf Frankreichs Schlachtfeldern, wieder in die Heimat zurückbringen – als „Akt internationaler Ritterlichkeit".

Die umstrittenen Reliefplatten standen jahrelang in einem Hof des Pariser Invalidendoms. Als 1978 im Vorfeld der vom damaligen Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe ins Auge gefaßten „Preußen-Ausstellung" neues Interesse an den historischen Bildtafeln erwachte, gingen weitere Vorstöße ebenfalls zunächst ins Leere.

Genscher sprach mit Gromyko über Sacharow

100 000 Ausreisewünsche von Deutschen aus der UdSSR

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko am letzten Wochenende in Wien auch über das Schicksal der inhaftierten Sowjetbürger Andrej Sacharow, Anatoli Schtscharanski und Josef Begun gesprochen. Nach vorliegenden Informationen erklärte Genscher, er wäre dankbar, wenn die sowjetische Regierung zu einer Lösung in diesen Fällen beitragen könnte. Damit wäre auch eine internationale positive Wirkung für Moskau verbunden.

Der jüdische Sowjetbürger Josef Begun war erst vor kurzem zu sieben Jahren Gefängnis und fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Er hatte sich seit 1971 um die Auswanderung nach Israel bemüht und war auch für die Ausreise von anderen sowjetischen Juden eingetreten. Der seit 1978 inhaftierte Dissident Schtcharanski befindet sich offenbar in Lebensgefahr, weil sich die Sowjetbehörden weigern, ihn in ein Krankenhaus zu verlegen.

Nachdrücklich plädierte Genscher gegenüber Gromyko auch für eine großzügigere Behandlung der Ausreiseanträge von deutschstämmigen Sowjetbürgern. Dem Roten Kreuz lägen 100 000 Ausreisewünsche von Deutschen aus der Sowjetunion vor. Genscher übergab Gromyko eine neue Liste mit Härtefällen, nachdem er ihm schon beim letzten Besuch in Moskau im Juli eine Härteliste überreicht hatte. Der sowjetische Außenminister erklärte, an dem Problem werde weiter gearbeitet. Er könne noch nicht sagen, wann was unternommen werden könne.

Konkret bat Genscher darum, den nach einem schweren Verkehrsunfall mit Todesopfern festgenommenen deutschen Busfahrer Klanderhoff in die Bundesrepublik abzuschieben und das Verfahren gegen den deutschen Firmenvertreter Kiener einzustellen. Gromyko stellte generell fest, sowjetische Staatsbürger würden nach sowjetischem Recht behandelt. Was Staatsangehörige der Bundesrepublik angehe, so werde man unter Berücksichtigung der Bitten Genschers sehen, ob man etwas für sie tun könne.

Goethe-Institute sollen Bonner Politik verteidigen

AA will „wirklichkeitsgerechtes Deutschlandbild"

BERNT CONRAD, Bonn

Das Bonner Auswärtige Amt will künftig stärker darauf achten, daß durch die Goethe-Institute im Ausland ein „wirklichkeitsgerechtes und umfassendes Deutschlandbild" vermittelt wird. Dies geht aus einem Rundschreiben der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes an alle diplomatischen und konsularischen Vertretungen hervor, dessen Inhalt jetzt der WELT bekannt wurde.

In den vergangenen Jahren hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion häufig Kritik daran geübt, daß durch Vorträge in den Goethe-Instituten eine verzerrte, oftmals links gefärbte Darstellung der Zustände in der Bundesrepublik präsentiert wurde. Die Kulturabteilung des AA hat nun selbst festgestellt, „daß die Zusammenarbeit zwischen dem Leiter der Auslandsvertretung – gegebenenfalls vertreten durch den Kulturreferenten – und dem Leiter des Kulturinstituts am Ort nicht immer so funktioniert", wie es nach dem Rahmenvertrag zwischen Auswärtigem Amt und Goethe-Institut vorgesehen sei.

Dieser Vertrag verpflichte die Mitarbeiter des AA und des Goethe-Instituts, so heißt es in dem Bonner Rundschreiben, zur loyalen Zusammenarbeit. Der Text sehe auch regelmäßige Treffen zwischen den beiden örtlichen Leitern vor, die mindestens einmal monatlich stattfinden müßten. Derartige Gespräche sollten einem umfassenden Austausch von Informationen und Meinungen, vor allem über die innen- und außenpolitische Lage der Bundesrepublik dienen. „Der Leiter des Kulturinstituts braucht solche Hinweise, denn von ihm wird verlangt, daß seine Veranstaltungen ein wirklichkeitsgetreues Deutschlandbild wiedergeben." Da der überwiegende Teil der Veranstaltungen in den Kulturinstituten in der jeweiligen Region geplant und durchgeführt wird, soll der Inhalt der Programme vor Ort abgesprochen werden. Dabei soll der Leiter der Auslandsvertretung vorab klären, „ob eine geplante Veranstaltung Anlaß zu politischen Bedenken gibt und ob die Veranstaltungen des Instituts insgesamt ein wirklichkeitsgerechtes und umfassendes Bild der Bundesrepublik Deutschland vermitteln. Wichtige Kriterien für die Urteilsbildung sind ferner die politische oder religiös-ethische Akzeptanz im Gastland sowie der Respekt vor dem Grundgesetz, den Verfassungsorganen und unserer demokratisch legitimierten Rechtsordnung".

Die Auslandsvertretungen sollen auf Wunsch des AA an allen politisch orientierten Veranstaltungen teilnehmen und jederzeit den Standpunkt der Bundesregierung darlegen, „wenn vom Vortragenden oder anderen Teilnehmern deren Haltung falsch dargestellt oder angegriffen wird. Es genügt nicht, daß unser Vertreter sich darauf beschränkt, möglichst viele wörtliche Zitate zu notieren und anschließend dem Auswärtigen Amt zu berichten".

WELT-Intreview mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß

„Bei uns werden Politiker nicht hin- und hergeschoben wie Schachfiguren"

DW. München

Mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit ist nach Auffassung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß erst bei einem realen Wachstum von vier Prozent und mehr zu rechnen. Um dies zu erreichen, genügten die bisher in der Wirtschaftspolitik gesetzten Akzente nicht, sagte Strauß in einem WELT-Interview. Die Fragen stellte Manfred Schell.

> Die Auswirkungen der 13jährigen Fehler und Versäumnisse von 1969 bis 1982 werden noch viele Jahre zu spüren sein. Aber die Zeit, wo man die Folgen den Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher anlasten konnte, geht jetzt schnell zu Ende. In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gibt es zwar Anzeichen für eine Besserung, aber es gibt noch nicht den Hauruck-Anstoß, den man eigentlich mit dem Begriff ‚Wende' verbinden würde.



WELT: Herr Ministerpräsident, die Koalition ist jetzt gut ein Jahr im Amt, nachdem sie am 6. März eindrucksvoll bestätigt worden ist. Sind Sie mit der Arbeit, die in Bonn geleistet wird, zufrieden?

Strauß: Wer satte Zufriedenheit empfindet und ausstrahlt, ist immer in Gefahr, sich selbst auf die Schulter zu klopfen und von sich und anderen keine größeren Anstrengungen mehr zu verlangen. Wir hätten schon im Jahre 1976 mit Helmut Kohl als Kanzlerkandidaten dieselbe Mehrheit erreicht, wenn sich die FDP damals zur Koalition mit der CDU/CSU entschlossen hätte, das heißt, bereit gewesen wäre, den Abstieg der Wirtschaft und den Verfall der öffentlichen Finanzen sechs Jahre früher anzuhalten und die „Wende" auf diesem Gebiet herbeizuführen. Ein Hauptziel ist mit Erfolg angepackt worden, das ist die Konsolidierung der Finanzen, die Sanierung der öffentlichen Haushalte. Ich habe an dieser oder jener Sparmaßnahme aus gutem Grund Kritik geübt, aber selbstverständlich mit dem Zusatz, daß die Richtung im großen und ganzen stimmt.

WELT: Als Vorsitzender der zweitstärksten Koalitionspartei sind Sie vom Erfolg oder auch Mißerfolg der Regierung in Bonn direkt betroffen. Wie es aussieht, wird sich das Schicksal der Regierung in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entscheiden. Haben Sie hier Empfehlungen zu geben?

Strauß: Die Auswirkungen der 13jährigen Fehler und Versäumnisse von 1969 bis 1982 werden noch viele Jahre zu spüren sein. Aber die Zeit, wo man die Folgen den Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher anlasten konnte, geht jetzt schnell zu Ende. In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gibt es zwar Anzeichen für eine Besserung, aber es gibt noch nicht den Hauruck-Anstoß, den man eigentlich mit dem Begriff „Wende" verbinden würde. Es geht nicht darum, das vorhandene Quantum an Arbeit anders zu verteilen durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit, durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit um jeden Preis. Ob damit die Zahl der Arbeitslosen wirklich sinkt, vermag heute niemand mit Zuverlässigkeit vorauszusagen. Aber mit Sicherheit kann man sagen, daß damit kein höheres Wachstum unseres Sozialprodukts erreicht würde. Hier darf man an Orientierungsdaten nicht vorbeigehen.

WELT: Was meinen Sie damit?

Strauß: Bei einem realen Wachstum des Sozialprodukts von zwei bis drei Prozent steigt die Zahl der Arbeitslosen nach wie vor. Bei einem Wachstum von 3,5 bis vier Prozent halten sich der Verlust alter Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze etwa die Waage. Erst bei einem realen Wachstum von vier Prozent und mehr ist mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Dafür reichen die bisher gesetzten Akzente und die an Wochenenden jeweils verkündeten Erfolgsmeldungen über den bevorstehenden Aufschwung nicht aus. Die Krisenherde unserer Wirtschaft, Kohle, Stahl und Werften, zeichnen sich schon seit langem ab. Wir brauchen eine vorausschauende Industriepolitik und eine Senkung der auf Leistung liegenden Steuern und Abgaben. Was hat es für einen Sinn, die Arbeit immer noch teurer zu machen und damit nur den Anteil der Schattenwirtschaft auszudehnen.

WELT: Ernst Albrecht und Heimo George schlagen Steuererleichterungen für die Wirtschaft vor?

Belebung der Nachfrage nach Investitionsgütern

Strauß: Heimo George und Ernst Albrecht gehören nicht der CSU an. Das heißt, hier handelt es sich nicht um Störmanöver oder Querschüsse aus der CSU, wie es immer so schnell und leichtsinnig heißt, wenn von unserer Seite kritische Randbemerkungen gemacht werden. Die Vorschläge der beiden verdienen eine sorgfältige Prüfung; sie mit abwertenden Argumenten abzutun nützt niemandem. Leider haben die Regierungen von 1969 bis 1982 durch ihre liederliche Haushaltsführung, durch ihre schlampige Wirtschaftspolitik den Spielraum für Abgaben- und Steuersenkungen weitestgehend verbraucht. Sie haben die Wirtschaft mit Steuern und Abgaben nicht nur belastet, sondern überlastet. Man sollte auch keinen scharfen Trennungsstrich ziehen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Beide sind ja Lohn- oder Einkommensteuerzahler. Beide sind an einer Korrektur des Tarifs interessiert. Daneben gibt es spezifische Unternehmenssteuern, die in ihrer Gesamtwirkung zu hoch sind. Hier muß auf die Grenzen und die richtige zeitliche Abfolge geachtet werden. Wenn man mit Recht als dringlichste Aufgabe die Schaffung neuer Arbeitsplätze ansieht, dann wird sie nicht durch eine Verstärkung der Nachfrage nach Konsumgütern, sondern durch eine Belebung der Nachfrage nach Investitionsgütern mit einer in nicht allzu großem Abstand erfolgenden Belebung der Nachfrage nach Konsumgütern herbeigeführt werden.

Öffentlichkeitsarbeit erheblich verbessern

WELT: Sie sagen, es fehlt noch der große Investitionsaufschwung, der das Gefühl des tatsächlichen Aufstiegs vermittelt. Ist das eine Frage der Psychologie?

Strauß: Der Übergang von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl ist so reibungslos erfolgt, daß eine gründliche Abrechnung mit den Sünden und Fehlern der Vergangenheit, eine sorgfältige Darlegung der Ursachen des Niedergangs unserer Wirtschaft nicht in ausreichendem Maße stattfand. Wenn ich einen Vergleich gebrauchen darf: Wenn sich ein Patient nicht bewußt wird, wie krank er ist, dann ist es schwer, ihm Medizinen zuzumuten, die er nicht für notwendig hält. Das heißt, der Bewußtseinszustand, daß man wesentlich tiefer graben muß, um die Goldader des Aufstiegs freizulegen, ist seinerzeit zum Teil auch mit Rücksicht auf den neuen Koalitionspartner, der an dem Verfall der früheren Regierung ein gerüttelt Maß an Mitschuld hatte, eben nicht erfolgt. Aber es hat keinen Sinn, hier in die Vergangenheit zu blicken. Man darf sie nur nicht so vergessen, daß man die eigentlichen Ursachen des Niedergangs überhaupt nicht mehr erkennt.

WELT: Ist das Kritik an der Informationspolitik der Bundesregierung?

Strauß: Bei der Beantwortung solcher Fragen bin ich immer zwischen Scylla und Charybdis, nämlich zwischen der Scylla, nicht meine Meinung zu sagen, und der Charybdis, dann als Provokateur verdammt zu werden. Aber ohne jeden Zweifel bedarf die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung noch erheblicher Verstärkung und Verbesserung, sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht. Es ist zum Beispiel nicht genügend geschehen, die Hintergründe, Zusammenhänge und Notwendigkeiten einer realistischen Friedenspolitik den breiten Massen unseres Volkes und besonders der jüngeren Generation verständlich zu machen.

WELT: Herr Strauß, Norbert Blüm hat kürzlich erklärt, im Sozialbereich seien die Grenzen der Einsparungen erreicht. Stimmen Sie dem zu?

Strauß: Diese Frage kann man nicht einfach mit Ja oder mit Nein beantworten. Ohne Zweifel sind Einsparungsmaßnahmen erfolgt, die nicht nur sozialpolitischen Wildwuchs beschnitten haben, sondern auch in die Lebensverhältnisse einkommensschwächerer Schichten sehr schmerzlich eingegriffen haben. Das heißt aber nicht, daß es nicht noch Sozialausgaben gibt, die einer näheren Durchleuchtung bedürften.

WELT: Sie hatten zweimal das Angebot, einen Ministerposten in Bonn zu übernehmen, aber Sie sind in Bayern geblieben. Haben Sie diese Entscheidungen bereut?

Strauß: Für mich war das nicht eine Frage persönlicher Gefühle oder Empfindungen wie Freude und Leid oder Hoffnung und Vorsatz, sondern eine nüchterne Abwägung der politischen Pflichten und der mit mir verbundenen Erwartungen. Deshalb mußte ich als der Kandidat der CSU für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten zur Verfügung stehen und durfte nicht in der Endphase des Wahlkampfes meinen Freunden danke schön sagen und den Standort wechseln. Genauso wäre es nicht der Dank an die bayerischen Wähler gewesen, wenn ich wenige Monate nach der Wahl ein Bonner Amt angenommen hätte. Es war nicht so, daß ich das Amt des Verteidigungsministers nicht hätte übernehmen wollen. Aber ich hatte unter den geschilderten Umständen keinen Anlaß, dieses sicherlich hochwertige Bonner Amt sozusagen um jeden Preis zu übernehmen.

WELT: Sie sagen, es war richtig, daß Sie so entschieden haben?

Strauß: Ich glaube, daß es für meine Glaubwürdigkeit gegenüber dem bayerischen Wähler eine sicherlich nicht problemlose, aber richtige Entscheidung gewesen ist.

WELT: In Bonn wird über die politische Zukunft von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) spekuliert. Haben Sie in dieser Situation Ratschläge an den Minister zu geben?

Strauß: Diese Frage zu beantworten ist fast jeder andere besser geeignet als ich. Ich habe bedauert, daß der Name Graf Lambsdorff durch die Indiskretionen aus dem Bereich der Justiz, das heißt der Name eines hochkarätigen Amtsträgers, über Jahre hinweg im Zwielicht war. Das ist kein Ruhmesblatt für die nordrhein-westfälische Justiz. Die CSU und ich haben uns vorbildlich zurückgehalten. Ich selbst war es, der die Justizministerin in Düsseldorf unter dem Stichwort Justizskandal angeprangert hat. Es wäre erfreulich gewesen, wenn Graf Lambsdorff diese Zurückhaltung nicht mit einer Serie unbegründeter und zum Teil unqualifizierter Angriffe gegen mich und die CSU beantwortet hätte. Ich möchte nicht wissen, wie sich die FDP gegenüber einem CSU-Minister verhalten hätte, bei dem der Sachverhalt und die Veröffentlichungen genau dem Beispiel Lambsdorff entsprochen hätten.

WELT: Wie stehen Sie als Vorsitzender der CSU zu möglichen Veränderungen im Bundeskabinett?

Strauß: Sie werden verstehen, daß ich nach der wiederholten Nennung meines Namens in diesem Zusammenhang strikte Zurückhaltung übe.

WELT: Ist es abwegig, anzunehmen, daß Sie der nächste Bundeswirtschaftsminister sein könnten?

Strauß: Ich lese in manchen Zeitungen solche Überlegungen. Ich habe mich dazu nicht geäußert, ich habe mich auch nie um dieses Amt beworben, und ich werde diese zugeknöpfte Haltung auch noch für eine nicht überschaubare Zukunft beibehalten.

Einzige echte Chance im Herbst 1982

WELT: Die Wahlen in Hessen und in Bremen sind für die CDU nicht erfolgreich gewesen. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Bonn?

Strauß: Die CDU hatte eine einzige echte Chance, in Hessen an die Regierung zu kommen, und zwar im Herbst 1982. Vorher hatte es für die CDU zwar gute Wahlergebnisse gegeben, aber SPD und FDP hatten Mehrheiten. Im Jahre 1982 konnten wir aufgrund von Meinungsumfragen über einen längeren Zeitraum hinweg den Verfall der Wählersympathie für die SPD feststellen. Die plötzliche Ablösung von Schmidt hat auf einmal der SPD einen Auftrieb von sieben Prozent in Hessen wie in Bayern gebracht. Darum hat die CDU in Hessen den fast sicheren Sieg nicht erreichen können. Wäre die Änderung der Verhältnisse in Bonn nicht am 17. September 1982 erfolgt, sondern im Laufe des Winters vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Krise, wäre mit Sicherheit mein Freund Alfred Dregger heute Ministerpräsident in Hessen, und es hätte sich dann auch eine zweite Wahl in Hessen erübrigt.

WELT: Sie haben damals empfohlen, abzuwarten, bis der Auflösungsprozeß in Bonn für die Bürger noch sichtbarer wird. Aber Sie haben dann doch dem schnellen Sturz von Schmidt zugestimmt?

Strauß: Ich war selbstverständlich für die Bildung der Koalition mit der FDP. Das Verfahren, Schmidt über eine von ihm gestellte Vertrauensfrage abzulösen, hätte zu einer Änderung im Ablauf spätestens in einigen Monaten geführt, aber nicht zum Verlust des Wahlerfolgs in Hessen. Ich war mit dieser Meinung kein Solo-Vortänzer. Am stärksten hat diesen Gesichtspunkt im Parteivorstand der CSU Fritz Zimmermann vorgetragen, und der Parteivorstand hat einmütig diese Linie vertreten. Ich habe ihn auch in Bonn begründet. Wenn ich damit nicht durchgekommen bin, dann ist das nicht eine Angelegenheit, die mich bis zum Lebensende schmerzt, sondern eine Feststellung, über die heute vielleicht manche Grund hätten, nachzudenken.

WELT: Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen der CSU und der FDP im Bund?

Strauß: Das Verhältnis ist von Sachlichkeit, vom Willen zur Zusammenarbeit und von Nüchternheit geprägt, was die Aufgaben der Gegenwart, aber auch die Abläufe der Vergangenheit anbetrifft.

WELT: Herr Strauß, viele in der Union erwarten alsbald eine Entscheidung darüber, wer nächster Bundespräsident wird. Wie ist hierzu die Position der CSU?

Strauß: Ich habe erklärt, daß die CSU keinen Kandidaten namhaft machen wird. Hier ist zunächst eine Verwirrung entstanden, als ob Helmut Kohl für den bayerischen Kultusminister und ich dagegen sei. Ich habe kopfschüttelnd Überschriften gelesen, daß ein neuer Streit zwischen CDU und CSU bevorstehe. Ich kann nur wiederholen, daß Helmut Kohl mir mehrmals mündlich und mehrmals fernmündlich erklärt hat, daß für die Wahl 1984 für ihn Minister Maier als Kandidat nicht in Betracht käme. Es gibt eine Reihe von geeigneten Persönlichkeiten. Ich nenne Namen wie von Weizsäcker, Barzel und Dregger und vielleicht auch manche andere. Man wird bei der endgültigen Entscheidung sehr sorgfältig das Gesetz der psychologischen Ausgeglichenheit innerhalb der Union überlegen müssen. Mir geht es darum, in dieser Wahl Voraussetzungen zu schaffen, daß die Union auch über das Jahr 1987 hinaus an der Regierung bleiben kann.

Gespräche über Nachfolge des Bundespräsidenten

WELT: Was meinen Sie mit psychologischer Ausgeglichenheit?

Strauß: Was ich mir dabei denke, sei es richtig oder falsch, kann ich nur im Kreis derer sagen, die zur Vorberatung und zur Entscheidung über den nächsten Bundespräsidenten berufen sind.

WELT: Ist es richtig, diese Entscheidung erst Ende November zu treffen?

Strauß: Helmut Kohl hat mit mir keinen Zeitpunkt vereinbart, aber zugesichert, daß er hier noch im Laufe dieses Herbstes, spätestens in der Weihnachtsperiode, die klärenden Gespräche führen wird. Darauf warte ich, ohne zu drängen.

WELT: Herr Ministerpräsident, noch eine Frage zum Abschluß. Richard von Weizsäcker wird als Favorit für das Amt des Staatsoberhauptes genannt. Aber es gibt auch Besorgnisse, daß dann Berlin für die CDU verlorengehen könnte?

Strauß: Richard von Weizsäcker hat, ohne daß er meiner Zensur oder Kritik unterliegt, viele Voraussetzungen für dieses Amt. Niemand wird ihm die Qualitäten absprechen, die gerade dieses Amt verlangt, bei dem Zurückhaltung und ausgewogene Denk- und Ausdrucksweise wichtiger sind als stürmisches Zupacken. Aber in der Union gibt es natürlich schon nach der Enttäuschung in Hessen, nach der Entwicklung in Bremen, angesichts der Erfahrung, daß Länder mit typischer SPD-Mehrheit und Wähler mit SPD-Hintergrund wieder die früheren Mehrheiten aufweisen können, Überlegungen. Berlin war Jahrzehnte SPD-Land mit gewaltigen Wahlerfolgen der SPD. Der Verfall der SPD, vor allem die Regierungsunfähigkeit der SPD in außen- und sicherheitspolitischen Fragen, auch in ostpolitischen Fragen, hat viele bewogen, der SPD den Rücken zu kehren. Diese Wähler müssen erhalten bleiben. Hier sehen viele führende Persönlichkeiten in der Union Weizsäcker als eine Integrationsfigur für die schwierigen politischen Verhältnisse in Berlin, auf die man in den nächsten Jahren nicht verzichten kann. Das ist das Dilemma. Aber das ist ja eine Sache der Aufstellungsgremien und nicht zuletzt seine eigene Sache. Bei uns werden Politiker nicht hin- und hergeschoben wie Schachfiguren, sondern sie haben Anspruch darauf, nach ihren eigenen Vorstellungen und Ansprüchen gewertet zu werden.

„Gewaltandrohung mit Gewaltverbot nicht vereinbar"

Ro. Bonn

Botschafter James Goodby, designierter Leiter der amerikanischen Delegation auf der Europäischen Abrüstungskonferenz (KAE), traf gestern zu einem ausführlichen Gespräch mit Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt zusammen. Dabei wurden konkrete Fragen der diplomatischen Vorbereitung der KAE besprochen, die Anfang Januar in Stockholm eröffnet werden soll und deren Vorbereitungsarbeiten am 25. Oktober in Helsinki beginnen.

Beide Seiten drückten ihre Befriedigung über das hohe Maß an Übereinstimmung aus, das innerhalb des Bündnisses über das politische Konzept und die Zielrichtung der Konferenz bestehe. Mertes unterstrich besonders die herausragende Bedeutung der politischen Vertrauensbildung in der ersten Konferenzphase. Es sei wichtig, die politischen Ursachen des Mißtrauens zu mindern.

Als eine wichtige Aufgabe der KAE bezeichnete es der Staatsminister, Garantien dafür zu schaffen, daß der schriftlich schon vielfach vereinbarte Gewaltverzicht in der Praxis aller Teilnehmerstaaten zuverlässig eingehalten werde. So seien zum Beispiel die sowjetische Kriegsführung in Afghanistan und die Gewaltandrohung gegen Polen mit dem Gewaltverbot des Völkerrechts nicht zu vereinbaren. Auch der Aufbau übermächtiger Gewaltpotentiale widerspreche dem Geist des Gewaltverzichts. Notwendig seien Maßnahmen „kooperativer Sicherheit mit dem anderen".

Libanon-Konferenz in Genf?

AP/rtr, Beirut/Washington

Die ursprünglich für gestern vorgesehene Versöhnungskonferenz der Bürgerkriegsparteien in Libanon soll nun möglicherweise in Genf stattfinden. Von libanesischen Regierungsvertretern wurde mitgeteilt, daß die Schweizer Stadt von Präsident Amin Gemayel vorgeschlagen werde. Gemayel hatte die Vertreter der Bürgerkriegsparteien zunächst auf den internationalen Flughafen von Beirut eingeladen, doch war dieser Tagungsort von den drei führenden Vertretern der von Syrien unterstützten Opposition abgelehnt worden. Die Konferenz war daraufhin abgesagt worden. Der Absage des Konferenztermins waren am Mittwoch in Libanon neue schwere Kämpfe vorausgegangen.

Der amerikanische Präsident Reagan hat Syrien dafür verantwortlich gemacht, daß die Bemühungen um die Befriedung Libanons nicht vorankommen. Er sagte, die USA würden nicht tatenlos zusehen, wie „Syrien zerstört, was so viele Menschen wollen – Frieden und Ordnung in diesem Land". Die syrische Regierung verkalkuliere sich, wenn sie glaube, die USA durch Verzögerungstaktik vom Thema Libanon abzubringen, sagte Reagan während einer Fernseh-Pressekonferenz.

Gedenktag für Martin Luther King

dpa/AP, Washington

Martin Luther King, der 1968 ermordete Führer der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen in den USA, wird ab 1986 mit einem Nationalen Feiertag geehrt. Diese Auszeichnung war vor ihm nur einem einzigen amerikanischen Bürger gewährt worden, dem ersten Präsidenten der USA, George Washington.

Der Senat beschloß am Mittwoch mit 78 gegen 22 Stimmen, den dritten Montag des Januar – des Geburtsmonats Martin Luther Kings – zum zehnten gesetzlichen Feiertag der Vereinigten Staaten zu erklären. Er wird am 20. Januar 1986 das erste Mal begangen werden. Im Senat gehörte insbesondere Edward Kennedy zu den treibenden Befürwortern der Gesetzesvorlage.

Anklage wegen „Widerstand"

AFP, Wien

Der ungarische Soziologe Gabor Demszky, Begründer des unabhängigen Verlages „ABC" (Samizdat-Veröffentlichungen), ist von der Staatsanwaltschaft in Budapest der „Gewaltanwendung" angeklagt worden. Der ungarischen Opposition zufolge war Demszky am 24. September in Budapest von der Polizei brutal zusammengeschlagen worden. Demszky hat im Fall seiner Verurteilung mit sechs Monaten bis zu einem Jahr Gefängnis zu rechnen.

In einem in Wien übergebenen offenen Brief des Philosophen Gaspar Miklos Tamas, dessen letztes Buch im ABC-Verlag im August veröffentlicht worden war, vertritt dieser die Ansicht, daß das Vorgehen gegen Demszky das „Ende der offiziellen Toleranz gegenüber der Opposition bedeute". Tamas schreibt in diesem Brief weiter: „Die Politik der Nadelstiche, die gegen junge Schriftsteller angewandt wird, die Verschärfung der Zensur, die schwarzen Listen und die Diffamierungskampagne gegen die demokratische Opposition sind ein schlechtes Vorzeichen für den ‚Reformwillen' der Partei."

„62 Prozent der Belgier für Stationierung“

BODO RADKE, Brüssel

In einer von der Zeitschrift „Pourquoi pas?“ erstellten Meinungsumfrage haben sich 62 Prozent der befragten Belgier für eine Stationierung neuer US-Waffensysteme auch auf belgischem Territorium für den Fall ausgesprochen, daß die Genfer Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen. Begründung: Die Sicherheit Westeuropas würde dadurch erhöht.

Im flämischen Landesteil befürworten nach dem Umfrageergebnis sogar drei Viertel der Bewohner die NATO-Nachrüstung, wenn sich die Sowjetunion nicht zum Abbau ihrer SS-20-Raketen bereit findet. Große Beachtung hat in Belgien der Hinweis gefunden, daß in der flämischen Provinz von den Anhängern der Sozialistischen Partei auch 60 Prozent diesen Standpunkt vertreten. Ihr Parteichef Karel van Miert gehört zu den entschiedensten Gegnern einer belgischen Beteiligung an der eventuellen NATO-Nachrüstung.

Der Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft vom Dezember 1979 sieht beim Scheitern der Verhandlungen für Belgien die Stationierung von 48 Marschflugkörpern (Cruise Missiles) vor. Eine formelle Bereitschaftserklärung seitens der belgischen Regierung liegt noch nicht vor. Über die Haltung der derzeitigen Koalition von Christdemokraten und Liberal-Konsertiven gibt es jedoch kaum Zweifel.

Sozialwahlen in Frankreich

AFP, Paris

Bei den Wahlen zu den Verwaltungsräten der Sozial- und Krankenversicherung in Frankreich haben die von der bürgerlichen Opposition unterstützten Gewerkschaften mit insgesamt 53,3 Prozent der Stimmen einen deutlichen Erfolg erzielt. Die prokommunistische CGT und die prosozialistische CFDT mußten dagegen Stimmeneinbußen hinnehmen. Sie fielen – gegenüber den Arbeitsgerichtswahlen im vergangenen Jahr – von 37 auf 28 bzw. auf 18,5 Prozent zurück. Diesen Sozialwahlen war ein stark politisierter Wahlkampf vorausgegangen, der die politische Spaltung Frankreichs mit der regierenden Linken und der oppositionellen Rechten widerspiegelte. Dennoch beteiligten sich gestern nur 53 Prozent der 30 Millionen wahlberechtigten Franzosen und Ausländer.

Genscher steht zu Lambsdorff

hey, Bonn

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat sich im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren hinter Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestellt. Er könne, so Genscher zur Kölnischen Rundschau, „keinen Anlaß für einen Wechsel im Amt des Bundeswirtschaftsministers erkennen“. Wörtlich sagte er: „Ich stehe treu zu Otto Graf Lambsdorff.“

Zur gegenseitigen Kritik der Koalitionspartner, wie sie in dieser Woche der FDP-Abgeordnete Helmut Haussmann an der CDU-Wirtschaftspolitik geübt hatte, meinte Genscher, sie würden im Grunde nur den Gegnern der Koalition helfen. Er „halte von solchen flotten Sprüchen nichts“.

Genscher nannte die Entscheidung von SPD-Chef Willy Brandt, auf der Bonner Großdemonstration zu sprechen, „in sich konsequent“. Sie bestätige, daß die SPD auf dem Weg sei, „eine linke Protestbewegung“ zu werden.

Offensive Irans in Kurdistan

AP/gko. Bagdad/Bonn

Entlang der iranisch-irakischen Grenze durch Kurdistan hat Iran nach Angaben des irakischen Oberkommandos im Gebiet Baneh und Marivan mit einer militärischen Großoffensive begonnen. Den irakischen Streitkräften sei es aber gelungen, den iranischen Angriff zu stoppen. Die „Schlacht“, so Radio Bagdad gestern, halte jedoch noch an. Die Teheraner Nachrichtenagentur Irna meldete, Irak habe mit Kampfflugzeugen Angriffe auf iranische Grenzorte geflogen.

Die Kampfhandlungen haben ihren Schwerpunkt offenbar in Bereichen, die unter der Kontrolle des kurdischen Widerstands in Iran stehen. Es handelt sich um die Höhen des Homelsgebirges im Gebiet Sardascht und in der Umgebung der Dörfer Gerviss und Alut. Nach Angaben des kurdischen Widerstandes in Iran, den Pischmarga der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran und der Volksmudjahedin, ist es den Truppen Khomeinis nicht gelungen, die strategisch wichtigen Höhen zu nehmen.

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Reagan: Kreml wird schließlich verhandeln

Der Präsident erwartet ein Einlenken der Sowjets nach dem Beginn der Stationierung / Entschlossenheit auch in Nahost

TH. KIELINGER, Washington

Die Sowjets werden ernsthaft über Abrüstung verhandeln und selbst nach Beginn der NATO-Nachrüstung Ende dieses Jahres an den Verhandlungstisch zurückkehren. Diese Meinung vertrat US-Präsident Ronald Reagan am Mittwochabend auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus.

Die Antwort kam nach der Frage, ob nach Meinung Reagans die Sowjets das amerikanische Wahljahr 1984 abwarten und erst 1985 wieder in den Abrüstungsdialog eintreten würden. Ohne zu zögern antwortete der Präsident: „Die Sowjets werden ernsthaft verhandeln. Sie befinden sich zur Zeit in einer großen Propaganda-Kampagne ... Vielleicht glauben sie, sie könnten unsere Alliierten bewegen, abzuschwenken und uns zu bitten, nicht diese Mittelstreckenwaffen zu stationieren. Aber wir werden stationieren und zwar planmäßig. Sobald die Sowjets sehen, daß wir dies tun, daß wir entschlossen sind, unsere Stärke aufzubauen anstatt einseitig abzurüsten, wie wir das dummerweise in den vergangenen Jahren getan haben, werden sie meiner Meinung nach einsehen, daß es für sie am besten ist, mit uns zu verhandeln und zwar im guten Glauben.“

Es könnte sein, so fuhr Reagan fort, daß Moskau die Verhandlungen verlassen wolle, wie gerüchteweise gesagt worden ist. Aber der Westen „wird einfach am Verhandlungstisch sitzenbleiben und warten, und ich glaube, sie werden zurückkehren“. Die Aussicht auf ausgedehnte Verhandlungen beunruhige ihn nicht, fügte der Präsident hinzu. Das habe man aus der Vergangenheit gelernt: Die Sowjets brauchten nur auszuhalten und nichts zu tun, und der Westen pflegte schließlich einseitig abzurüsten und der Gegenseite zu geben, worauf sie wartete. „Nun, das tun wir jetzt nicht. Wir rüsten nach.“

Reagans Antwort spiegelt zwei allmählich sich durchsetzende Überzeugungen westlicher Regierungskreise wider: 1. Die Sowjets werden erst durch Beginn der Stationierung von der Entschlossenheit der NATO überzeugt werden, mit der Nachrüstung wie angekündigt ernst zu machen. 2. Moskau wird sich danach nicht die Blöße geben wollen, als der Abbrecher von Verhandlungen dazustehen, die für die Sowjets im übrigen desto dringender werden, je ernsthafter der Westen die eigene Nachrüstung betreibt.

Wie bei dem Thema der INF-Waffen legte der amerikanische Präsident auch zu anderen außenpolitischen Fragen eine Haltung wohl kalkulierter Entschlossenheit an den Tag. Mehrfach befragt nach der Lage um die amerikanische Marineinfanteristen in Libanon und die syrische Taktik eines Abnutzungskrieges, faßte Reagan nach längeren Ausführungen zusammen: „Wenn sie glauben, mich allmählich zu ermüden, dann werden sie (die Syrer) sehr enttäuscht werden.“

Offensichtlich habe Damaskus Ambitionen auf ein Libanon umfassendes Großreich Syrien, und die 7000 sowjetischen Berater und Ausbilder unterstützten diesen Angriff auf „Ordnung und Frieden“. Aber die USA würden sich in ihrer eigenen Friedensmission, gestützt auf die Hilfe der internationalen Streitmacht, nicht beirren lassen.

Ähnlich eindeutig reagierte der Präsident auf die Frage, was zu tun sei, falls Iran seine Drohung wahrmachen und die Schiffahrtsroute durch die Straße von Hormuz schließen wolle. „Ich glaube nicht“, sagte Reagan, „daß die Freie Welt tatenlos zusehen und irgend jemandem erlauben könnte, die Straße von Hormuz und damit die Ölroute abzuriegeln.“ Welche Maßnahmen die USA konkret einleiten würde, könnte öffentlich nicht diskutiert werden. Einzelheiten vermied Reagan auch bei dem Thema versteckter amerikanischer Hilfe für die in Nicaragua operierenden Aufständischen, die „Contras“.

Zurückhaltend reagierte Reagan auf Fragen nach den jetzt bekannt gewordenen Studien über neue strategische Defensivkonzepte für die amerikanische und westliche Verteidigung. Die genannten Zahlen – es wird von einem Fünf-Jahres-Forschungsprogramm von mindestens 26 Milliarden Dollar gesprochen – seien „nicht fundiert“, meinte der Präsident. Er blieb jedoch entschieden bei seiner schon im März dieses Jahres vorgetragenen Ansicht, daß die Welt nicht für immer einem auf offensiven Waffen beruhenden Gleichgewicht des Schreckens unterworfen werden könne.

Die Gefahr, in der die Welt sich heute befindet, sei schon 1956 von Dwight Eisenhower bloßgelegt worden, als der damalige Präsident von der Notwendigkeit sprach, „die Waffen, die wir heute bauen, und die auf Sieg oder Niederlage abzielen, obsolet zu machen. Denn wir kommen an eine Grenze, so schrieb Eisenhower, wo es keinen Sieg mehr geben kann, wie wir ihn zu denken pflegten, und auch keinen Gewinner mehr, sondern nur noch die Vernichtung von Menschen“.

Diese Grenze sei jetzt erreicht, fügte Reagan hinzu. „Wäre es da nicht common sense, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und den Krieg als Mittel abzuschaffen?“

Seite 7: Kreml wird verhandeln

„Pluralismus und freie Wahlen für Mittelamerika“

Washington setzt nach wie vor auf Verhandlungen

MANFRED NEUBER, Bonn

Die amerikanische Regierung setzt auf einen Erfolg der Vermittlung durch die Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) zur dauerhaften Entspannung der Lage in Mittelamerika. Ein hochrangiger Diplomat aus Washington warnte in einem Gespräch mit der WELT allerdings vor voreiligen Erwartungen.

Im Westen neige man zu sehr zu Ungeduld und Skepsis bei den Bemühungen, die Krise um Mittelamerika zu entschärfen. So sei der Contadora-Gruppe ein Fehlschlag prophezeit worden, sagte der US-Diplomat, doch dann habe sie einen Rahmenplan für Lösungen zustande gebracht. Nun müßte er von allen betroffenen Ländern in einen Vertrag „mit Zähnen zur Überwachung“ geformt werden.

„Die Lateinamerikaner brauchen dafür mehr Zeit“, gab der US-Regierungsvertreter zu bedenken. Die Vereinigten Staaten wollten in den Verhandlungsprozeß nicht direkt eingreifen, ihn aber nach ihren Möglichkeiten unterstützen. „Mit vorsichtigem Optimismus“ könne in sechs bis zwölf Monaten mit einem Übereinkommen gerechnet werden.

Nach Darstellung des für Mittelamerika zuständigen Diplomaten läßt sich die Reagan-Administration in ihrer Politik gegenüber dieser explosiven Region von drei Gesichtspunkten leiten, nachdem mit Zuckerbrot allein nichts erreicht worden sei:
1. Mit dem Angebot wirtschaftlicher Hilfe sollen die in ihren Gesellschaftssystemen unterschiedlichen Staaten vom Nutzen friedlicher Zusammenarbeit überzeugt werden.
2. Durch die Anwendung militärischen Drucks wollen die USA einem Übergreifen der revolutionären Gefahr in Mittelamerika entschlossen entgegenwirken.
3. Mit diplomatischer Unterstützung für die Vermittlungsbemühungen sollen die Anstrengungen der Contadora-Gruppe und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zum Erfolg gebracht werden.

Der US-Diplomat ließ keinen Zweifel daran, daß es Washington nicht um die Etablierung den USA genehmer Regierungen in Mittelamerika, sondern um die Durchsetzung von politischem Pluralismus und freien Wahlen geht. Sowohl linke wie rechte Regime müßten eine freie Presse und eine ungehinderte Opposition zulassen. Nur im Falle einer weiteren Verstärkung des gegen Nachbarstaaten Nicaraguas gerichteten militärischen Potentials denke man an die Verhängung einer Quarantäne.

Zu Nicaragua äußerte der hohe Regierungsvertreter: „Das Volk hat es verdient, daß die Versprechungen der Sandinisten beim Siege der Revolution erfüllt werden.“ Dazu gehörten auch Wahlen. Inzwischen sei aber kaum noch an einen baldigen Zeitpunkt und an einen freien Ablauf zu denken. Managua müsse davon abgehen, die Sicherheit seiner Nachbarn zu gefährden.

Zu El Salvador sprach der Diplomat die Hoffnung aus, daß nach der Verkündigung einer neuen Verfassung im nächsten Jahr nacheinander Präsidentschafts-, Kommunal- und Parlamentswahlen stattfinden können. Sobald sich der demokratische Wandel festige und die Regierung den Terror der „Todeskommandos“ breche, würde mehr US-Hilfe geleistet werden.

Die USA hätten großes Interesse an der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Mittelamerika, weil bei einer Ausbreitung der Revolution auf Mexiko gigantische Ströme illegaler Einwanderer zu befürchten seien. Deshalb sei das Hilfeprogramm für Mittelamerika und die Karibik von Präsident Reagan initiiert worden.

Moskaus Taktik für Genf bleibt unverändert

Schlußfolgerungen aus dem Wiener Treffen mit Gromyko

BERNT CONRAD, Bonn

Moskau ist über die positive öffentliche Wirkung der neuen amerikanischen Vorschläge für die INF- und START-Verhandlungen, sowie über die freundliche Aufnahme Präsident Reagans in der UNO-Vollversammlung verärgert. Gerade deshalb bemühen sich die Sowjets derzeit intensiv darum, die US-Vorschläge intern abzuwerten und öffentlich zu konterkarieren. Diese Schlußfolgerungen haben Bonner Experten aus dem Verlauf der Wiener Gespräche zwischen den Außenministern Genscher und Gromyko gezogen.

Für die kommenden Wochen zeichnet sich nach einer gründlichen Auswertung der Wiener Begegnung folgende Taktik Moskaus ab:

- Die Sowjetunion wird weiter versuchen, die Vereinigten Staaten für ein mögliches Ausbleiben von Ergebnissen bei den Mittelstreckenverhandlungen und den Verhandlungen über strategische Waffen in Genf verantwortlich zu machen. Um die Wirkung dieser Schuldzuweisung zu verstärken, wird die Beteiligung der europäischen NATO-Partner an den amerikanischen Verhandlungspositionen heruntergespielt. Auf diese Weise bleibt Moskau für einen Dialog mit den westeuropäischen Regierungen offen.
- Die Sowjets weigern sich, die neuen westlichen Vorschläge ernsthaft und sachgerecht zu diskutieren. Denn eine Sachdebatte würde in sowjetischer Sicht die Kritik am angeblich mangelnden Verhandlungswillen der USA entkräften.
- Moskau hält an den beiden derzeitigen Grundbedingungen der sowjetischen INF-Verhandlungsposition fest: Nichtstationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, sowie Anrechnung der britischen und französischen strategischen Systeme.
- Die Frage, ob die Sowjets nach einem Beginn der westlichen Nachrüstung in Genf weiter verhandeln werden, bleibt offen. Damit signalisiert Moskau einerseits weitere Verhandlungsbereitschaft und bemüht sich andererseits, der im Westen erhobenen und von den Ostblock-Außenministern aufgenommenen Forderung nach Verschiebung des Stationierungstermins nicht zu schaden.
- Grundsätzlich denkt die Sowjetführung schon über einen Beginn der westlichen Stationierung hinaus. Dafür spricht, daß sich Gromyko gegenüber Genscher konkret zur Fortsetzung des politischen Dialogs im nächsten Jahr bereiterklärt hat.

Bei dem Wiener Treffen hat sich Gromyko, wie zuverlässig zu erfahren war, über die neuen amerikanischen START-Vorschläge nur kurz und polemisch geäußert. Er bezeichnete sie als einen Versuch, die Struktur der sowjetischen interkontinentalen Rüstung zu verändern.

Die im INF-Bereich bekundete Bereitschaft Washingtons, die in Asien stationierten SS-20-Raketen bei grundsätzlicher Beachtung einer globalen Obergrenze in bezug auf ein nukleares Gleichgewicht in Europa nicht mit anzurechnen, wurde von Gromyko ebenfalls beiseite geschoben. Er lehnte einen globalen Ansatz insgesamt ab und meinte, die im Osten stationierten SS-20-Raketen seien für die Sowjetunion militärisch notwendig. Die amerikanische Verpflichtung, nicht alle neuen Systeme in Europa zu stationieren, zeuge nicht von Flexibilität, da sie anderswo gegen die Sowjetunion stationiert werden sollten.

Als Fortschritt könnte, so Gromyko, allenfalls die amerikanische Bereitschaft gewertet werden, auch Flugzeuge in die INF-Verhandlungen einzubeziehen, falls dies ohne Vorbedingungen geschähe. Die USA stellten jedoch Vorbedingungen, daß Moskau die amerikanische Position bei den Raketen akzeptieren müsse.

Papandreous Bilanz: Ein Feuerwerk der Parolen

Von E. ANTONAROS

Aus allen Teilen Griechenlands waren die Busse mit treuen Anhängern gekommen. Grün-weiße Fahnen der regierenden Pasok-Partei mit der aufgehenden Sonne schwenkten hin und her, der Name „Andreas“ wurde pausenlos skandiert. 600 Scheinwerfer, bei der Firma Philips für umgerechnet 570 000 Mark bestellt, illuminierten Athens Syntagma-Platz direkt vor dem griechischen Parlament, drei Dutzend Fernsehkameras sollten festhalten, was 450 000 Plakate schon seit Wochen angekündigt hatten: In einem „Bad in der Menge“ – so eine Parteinahe Zeitung – wollte der griechische Premier Andreas Papandreou den zweiten Jahrestag seines sozialistischen Wahlsieges feiern.

Es sollte die „größte Massenkundgebung in der Geschichte Griechenlands“ werden. Aber wer ein paar bunte griechische Wahlkämpfe erlebt hat, kam schnell zum Schluß, daß die eine Million Menschen, die ein Regierungssprecher gezählt haben will, bei weitem nicht präsent waren. Und die ein paar hunderttausend Pasok-Anhänger und Schaulustige, die „diese historische Begegnung mit dem Volk“ live erleben wollten, verhielten sich sehr zurückhaltend. Von einem überschäumenden Enthusiasmus war kaum etwas zu spüren, vermutlich weil viele von ihnen – wie die Oppositionspresse nicht zu Unrecht behauptete – nicht spontan gekommen waren.

Vermutlich lag es jedoch auch an Papandreou selbst, der seinem Wahlvolk während seiner einstündigen Rede nur wenig Erfreuliches und noch weniger Konkretes zu verkünden hatte. Er konzentrierte sich auf die Sozialpolitik, die auch die größten und durchgreifendsten Reformen seiner bisher zweijährigen Amtszeit aufzuweisen hat. Darunter fallen die Reform des Ehe- und des Scheidungsrechts, die Gleichstellung der Frau wurde vollzogen, das Wahlalter wurde auf 18 Jahre herabgesetzt, die Macht der konservativen griechisch-orthodoxen Kirche wurde erheblich eingeschränkt, viele unzeitgemäße

GRIECHENLAND

Gesetze wurden im Eiltempo liberalisiert. Mehr noch: Die Sozialisten konnten die Mindestrenten verdoppeln, die griechischen Bauernfrauen kommen in den Genuß einer selbständigen Rente.

Freilich: Mit großem Trommelschlag wurden viele große Sozialreformen angekündigt, die kaum zu finanzieren sind. Dazu gehört vor allem die Reform des griechischen Gesundheitswesens, dessen Umkrempelung die Einnahmen von zwei Jahreshaushalten verschlingen müßte und daher kaum realisierbar ist, zumindest in der absehbaren Zukunft nicht.

Versagt haben die Sozialisten innerhalb von zwei Jahren hingegen in der Wirtschaftspolitik: Als Papandreou an die Macht kam, stellte er ein „100-Tage-Notstandsprogramm“ in Aussicht, daß zur Überwindung der ersten Schwierigkeiten bereitstehen sollte. Zwei Jahre später wissen nur die wenigsten Griechen, möglicherweise nicht einmal manche Kabinettsangehörige, wie der wirtschaftspolitische Kurs dieser Regierung aussieht. Die Inflation läuft mit 23 Prozent davon, die Devisenreserven schrumpfen beachtlich, die Auslandsverschuldung wächst, Tausende von Groß- und Kleinunternehmen stehen vor der Pleite.

Griechenlands Alleinherrscher Andreas Papandreou, den oppositionelle Politiker mit einem „römischen Triumphator nach einem Debakel“ verglichen, ist sich der Brisanz der Wirtschaftslage bewußt: Daher stellte er den um beträchtliche Einkommenseinbußen bangenden Hellenen „für 1984 die rechtzeitige Zahlung eines Inflationsausgleichs“ in Aussicht.

Neben der Inflation bereitet die immer stärker zunehmende Arbeitslosigkeit den Sozialisten Kopfzerbrechen: Weil Papandreou und seine Mitarbeiter mit radikalsozialistischen Parolen und einer Reihe von versteckten Verstaatlichungen auch den letzten Investor verschreckt haben, gibt es kaum neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Jeder zehnte Grieche geht stempeln, vor zwei Jahren waren nur halb so viele Arbeitnehmer auf der Suche nach einem Job. Daher nannte Papandreou als ein „besonders wichtiges Ziel für 1984 die effektive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor allem unter den Akademikern“. „Statt Arbeitslosenunterstützungen zu zahlen, wollen wir die Arbeit subventionieren“, sagte er. Mit anderen Worten: Papandreou will bankrotte Privatunternehmen dem Staatssektor einverleiben, um die Arbeitsplätze zu retten.

„Griechenland gehört den Griechen“, skandierten die Sprechchöre und wiederholten einen der erfolgreichsten und bekanntesten Slogans Papandreous. Die Außenpolitik der Sozialisten kommt beim Durchschnittsgriechen, vermutlich wegen ihrer schrillen nationalistischen Töne, gut an. Papandreous Anhänger genießen es, daß ihr Ministerpräsident bei der Ausübung „einer echt multidimensionalen Außenpolitik“ die EG-Partner und die NATO-Alliierten immer wieder vor den Kopf stößt.

Papandreou: „Wir gehören weder dem Westen noch dem Osten an, wir sind für den Frieden.“ Griechenland sei nicht bereit, seine Truppen so aufzustellen, wie die Allianz es „diktieren“ wolle. Athen müsse seine eigene Verteidigungsinteressen berücksichtigen. Im Klartext bedeuten diese Worte: Unser Feind sind nicht Bulgarien und der Ostblock, sondern der NATO-Nachbar Türkei.

Doch Papandreous Massenkundgebung war nicht nur eine Geburtstagsfeier, sondern auch eine Vorwahlkampfveranstaltung. Zwar sagte Papandreou, daß er noch zwei Jahre im Amt bleiben wolle, also bis zum Ende der vierjährigen Legislaturperiode. Aber in Athen verdichten sich die Anzeichen dafür, daß Frühwahlen im Frühjahr sehr wahrscheinlich sind. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Irrwege der Genossen

„Die SPD-Führung tabuisiert die Bedrohung durch die Sowjetunion"; WELT vom 14. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal ist es das Verdienst Frau Prof. Gesine Schwans, schonungslos den Verrat ihrer Partei, der SPD, an den eigenen Idealen anzuprangern. Es gibt zwar Genossen, die den Irrweg der SPD mit Schaudern verfolgen, aber nicht den Mut zur Kritik finden, um die Wut der Meute nicht auf sich zu ziehen. Der Redakteur Schumacher hat recht, wenn er Frau Schwan „blanke Kühnheit" bescheinigt, denn die Intoleranz der SPD führt zu erbarmungsloser Verfolgung aller, die von der befohlenen Generallinie abweichen.

Bei der Auseinandersetzung um die Erhaltung des Friedens kommt der sowjetischen Vorrüstung eine große, aber nicht die einzige Rolle zu. Entscheidend ist der abgrundtiefe Unterschied zwischen den Systemen der westlichen Demokratien und des östlichen Totalitarismus. Seit dem Beginn der sogenannten Entspannungspolitik, die die Sowjets zum Ausbau ihrer militärischen Überlegenheit und ihres Machtimperiums nutzten, war die SPD eifrig bemüht, diesen Unterschied der Systeme zu nivellieren. Der Begriff „Antikommunist", ursprünglich eine Ehrenbezeichnung, wurde zum Schimpfwort. Es gab nur noch den Begriff Faschismus, nicht mehr den des Totalitarismus, und die Verwandtschaft zwischen roter und brauner Diktatur wurde geleugnet. Das Wertesystem, das uns mit den USA verbindet, wurde so ausgehöhlt, daß für die der Realität nicht mehr zugänglichen Genossen Gefahr nicht von der hochaggressiven Sowjetunion, sondern von den nur auf die Verteidigung der gemeinsamen Freiheit ausgerichteten USA droht.

Frau Schwans treffende Folgerung, daß dieser Kurs „die Sozialdemokratie de facto zu einem der wirksamsten Instrumente sowjetischer Hegemonialpolitik" mache, unterscheidet sich inhaltlich nicht von der so heftig attackierten Aussage Heiner Geißlers. Angesichts der beängstigenden Gefährdung nicht des Friedens, sondern unserer freiheitlichen Demokratie sollte die Devise lauten: Demokraten aller Parteien vereinigt euch!

Mit freundlichen Grüßen
Ilse Schumann,
Berlin 37

Blinde Friedensapostel

Herrn Hübner gebührt Dank, denn er hat in seiner Leserzuschrift („Amtsanmaßung?", WELT vom 13. Oktober) die Dinge beim Namen genannt, indem er die sowjetische Idee der Weltrevolution als das größte Friedenshindernis bezeichnet hat. In der Friedensdiskussion spielen Worte wie „Abschaffung der Feindbilder" oder Einführung „vertrauensbildender Maßnahmen" eine große Rolle, mit Recht, denn hier liegen wirksame Ansätze für die Schaffung einer echten Friedensordnung. Wo aber wäre der Abbau von Feindbildern dringender als z. B. in der Sowjetunion, die den Westen als Klassenfeind bezeichnet, dessen Vernichtung eines der Hauptziele ihrer offiziell erklärten Politik darstellt. Oder vielleicht in der DDR, die die Volksarmisten zum Kampf gegen die imperialistischen Söldner der revanchistischen Bundesrepublik drillt, oder die die durch Deutschland gehende Grenze als „antifaschistischen Schutzwall" bezeichnet, wodurch sie die Bundesrepublik gleichzeitig als faschistisch und als aggressionslüstern darstellt. Hier wäre ein reiches Betätigungsfeld für Friedensapostel, die aber vielfach zu bequem sind, den unerfreulichen Realitäten ins Auge zu sehen, sondern sich statt dessen auf allgemeine, aber eben deshalb gänzlich nutzlose Beschwörungen beschränken.

Dr. Fritz Herbst,
Bonn 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Krug „halbvoll"

„Im Schatten der Angst"; WELT vom 22. September

Leider scheint es zu stimmen, daß viele Deutsche einschließlich mancher Anhänger von Friedensbewegungen noch immer die alte Untugend in sich tragen, von der blanken Macht (in diesem Falle der sowjetischen) mehr fasziniert zu sein als vom Eintreten für die Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft. Und sicher neigen deshalb nicht wenige dazu, mit solch gewaltiger Macht ihren separaten inneren „Frieden" zu machen – blind für die Konsequenzen solcher Unterwerfung.

Widersprechen möchte ich Hans-Josef Horchems Behauptung, nur die Amerikaner, nicht aber die Sowjets hätten international Rückschläge erlitten. Im Ostblock und in der Dritten Welt wächst die Ablehnung der sowjetischen Politik. In Frankreich, Spanien und anderen westlichen Ländern schrumpfen die Kommunistischen Parteien dank sozialdemokratischer Stärke. In Afghanistan und Polen hat die Sowjetunion Pyrrhussiege erzielt. Doch Lech Walesa hat den Friedens-Nobelpreis erhalten.

Der Westen ist nicht schwach, wenn wir berücksichtigen, daß außer militärischen auch ethisch-moralische (auf die H.-J. Horchem zu Recht pocht), wirtschaftliche, soziale, kulturelle und demokratische Faktoren zählen. Diese so verstandene vielfältige Stärke der demokratischen Welt muß selbstbewußt eingesetzt werden. Dann imponiert auch wieder die dauernde demokratische Aufgabe, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu streiten. Freiheitliche Demokratie muß nicht langweilig sein.

Wenn der Leitartikler also meint, der Krug sei halbleer, so sei ihm entgegengehalten, daß er immerhin auch halbvoll ist.

Jürgen Maruhn,
München 45

Wort des Tages

» Der Christ hat dem Elend gegenüber eine große Aufgabe, und nur, wenn er sie erfüllt, kann er die daraus entstehenden Probleme lösen. Die Aufgabe ist: in Gemeinschaft mit den Armen zu leben. Gemeinschaft mit den Armen verwirklicht sich, indem man ihnen beisteht, sie liebt und über die Hilfe und Liebe hinaus aufrichtet. «

Amintore Fanfani, ital. Politiker (geb. 1908)

Stromprobleme

„Gegen ‚unlautere Praktiken' kommunaler Energieversorger"; WELT vom 5. Oktober

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

dieses sattsam bekannte Pauschalurteil des Brennstoffhandels über Unternehmen der leitungsgebundenen Strom- und Gasversorgung entbehrt nach wie vor seiner Grundlage; es wird nicht dadurch richtig, daß es wiederholt wird.

Daß die Strom- und die Gasversorgung heute eine starke Stellung im Wärmemarkt haben, ist das Ergebnis marktgerechten Bemühens der Branche.

Wenn nun durch Initiative und Ideenreichtum der Strom- und Gaswirtschaft dem Mineralöl starke Wettbewerber erwachsen sind, dann ist das gerade ein Zeichen flexibler Reaktion auf das Marktgeschehen und genau das Gegenteil eines Monopolverhaltens.

Kunden entscheiden sich nämlich wegen anwendungstechnischer Vorteile, aus Bequemlichkeit, wegen marktgerechter Preise und nicht zuletzt wegen des umfassenden Serviceangebotes ihrer Energielieferanten für Strom und Gas.

So sind beispielsweise Bestimmungen der Wärmeschutzverordnung von 1977 für Stromlieferanten ein „alter Hut"; schon vor mehr als 20 Jahren haben sie ihren Nachtspeicherkunden bauliche Maßnahmen empfohlen, die über diese Bestimmungen weit hinausgehen.

Strom – insbesondere aus Kernenergie – und Erdgas sind die umweltfreundlichsten verfügbaren Energieträger, die wir kennen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die Ausweitung von Strom und Erdgas im Wärmemarkt zu begrüßen, zumal diese Energieträger nicht nach Subventionen aus Steuermitteln rufen wie das Hätschelkind mancher Energiehysteriker, die Fernwärme.

Mit freundlichen Grüßen
Ernst-Markfried Kraatz,
Hagen 5

„Dicker Hund"

„Dicke Hunde, kleine Fische"; WELT vom 6. Oktober

Von frühester Kindheit an – in einem „Oberlehrer"-Elternhaus – zu pfleglichem Umgang mit der deutschen Sprache erzogen, las ich mit Interesse und Zustimmung Ihre Glosse über die Varianten im Gebrauch des Genitivs bzw. Dativs. Im Ruhrgebiet wohnend habe ich mich an diese „kleinen Fische" – sozusagen Stichlinge – lange gewöhnt. Über einen „dicken Hund" stolperte ich allerdings beim Weiterlesen.

Da heißt es – ich zitiere: „Trotzdem es manchmal schwerfällt ..., und trotzdem das ja kleine Fische sind ..." Nach meiner bisherigen Kenntnis der deutschen Grammatik muß hier „obwohl" oder „obgleich" stehen. Mein Sprachgefühl wehrt sich gegen diesen „dicken Hund" und ich frage mich nur, ob wir etwa schon so weit (herunter)gekommen sind, daß die elementarsten grammatikalischen Regeln in dieser Weise mißachtet werden können.

Trotzdem werde ich die WELT auch in Zukunft mit Interesse lesen.

Mit freundlichem Gruß
Lotte Bubenzer,
Sprockhövel

Realitätsfern!

„Diäten sollen um 4,3 Prozent steigen"; WELT vom 12. Oktober

Wenn die Politiker es schaffen, durch falsche Reformen und Wahlgeschenke die Wirtschaft so zu lähmen, daß über zwei Millionen Menschen keine Arbeit finden, so wollen sie sich anscheinend für dieses Meisterstück auch noch belohnen. Wie kann man vom Rentner und vom Arbeitslosen Opfer verlangen und im gleichen Atemzug seine bestimmt nicht knapp bemessenen Bezüge in der *heutigen Zeit erhöhen! Das ist* Wasser auf die Mühlen der Grünen und muß Staatsverdrossenheit erzeugen, es zeigt auch die Realitätsferne, in der die Abgeordneten des Bundestages leben. Der angerichtete Schaden wird auch dadurch nicht kleiner, daß die Erhöhung nur gering ausgefallen ist. Von diesem Betrag muß heute ein Sozialhilfeempfänger einen ganzen Monat lang leben. Überall wird Leistung gefordert. Saniert die Staatsfinanzen, verringert die Arbeitslosenzahlen und wenn das geschafft ist, dann ist ein Nachschlag aus der Staatskasse auch dem Abgeordneten gegönnt.

Wilhelm Graf von der Groeben,
Bremervörd

Personalien

EHRUNGEN

Ulrich K. Wegener, Kommandeur des Grenzschutzkommandos West in Bonn und Gründer der Elite-Einheit GSG 9, erhielt in der texanischen Stadt Dallas, die auch der berühmten Fernsehserie den Namen gab, den „Goldenen Schlüssel" der Stadt. Das symbolische Geschenk wurde von Bürgermeisterin Pro Tem **Annette Strauss** überreicht. Wegener war in Dallas Gastredner bei einem Internationalen Anti-Terrorismus-Seminar, zu dem die Polizeiakademie von Texas eingeladen hatte. Die Expertenrunde in Dallas ließ die Gelegenheit nicht vorübergehen, Ulrich K. Wegener, der durch die Geiselbefreiung von Mogadischu 1977 weltberühmt geworden war, „als den zur Zeit führenden Spezialisten in der operativen Bekämpfung des Terrorismus" zu ehren und zu würdigen.

*

Robert S. McNamara, früherer Präsident der Weltbank und ehemaliger amerikanischer Verteidigungsminister, wird am 23. Oktober in Berlin mit der „Dag-Hammarskjöld-Medaille" ausgezeichnet, die die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen verleiht. Die Laudatio auf McNamara wird Altbundeskanzler **Helmut Schmidt** halten.

*

Mit dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens zeichnete Niedersachsens Ministerpräsident **Ernst Albrecht** jetzt Professor Dr. **Fritz Borinski** für seinen „hervorragenden Einsatz und seine impulsgebende Rolle in der niedersächsischen Erwachsenenbildung" aus. Der heute 80jährige Pädagoge floh 1934 vor den Nazis nach England. Später gründete er in australischer Internierung hinter dem Stacheldraht des Lagers eine Schule für Erwachsene. 1947 wieder in Deutschland, übernahm Borinski die Leitung der Heimvolkshochschule im Jagdschloß Goehrde und beteiligte sich maßgebend am Aufbau der Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik.



Held von Dallas: Ulrich K. Wegener FOTO: WELT

GEBURTSTAG

Hans Priegnitz, einer der Altmeister unter den deutschen Pianisten von Geltung, feierte am 20. Oktober seinen 70. Geburtstag. Der Berliner ist noch ein „Enkelschüler" von Johannes Brahms, eine Tradition, die er seit 15 Jahren als Professor an der Musikhochschule Hannover an die jüngere Generation weitergibt.

ERNENNUNG

Hartmut Schulze-Boysen, seit 1979 Generalkonsul in New York, wird deutscher Botschafter in Rumänien. Der Berliner ist Jahrgang 1922. Er studierte Volkswirtschaft, englische und französische Sprache und trat 1950 in den Auswärtigen Dienst ein. Zu seinen Auslandsstationen gehörten die NATO, seinerzeit in Paris, und die deutsche Botschaft in Washington. 1970 übernahm er im Auswärtigen Amt die Leitung der Bonner Diplomatenschule. 1973 wurde er Ständiger Vertreter an der deutschen Botschaft in Tokio. 1977 ging er als Generalkonsul nach São Paulo.

TODESFÄLLE

Der frühere Bundestagsabgeordnete **Heinz Brenck**, CSU, starb in Bonn im Alter von 68 Jahren. Brenck gehörte dem Deutschen Bundestag von 1961 bis 1969 an, wo er für die CSU den Wahlkreis 211, Traunstein, vertrat. In seiner politischen Arbeit hatte er sich vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich engagiert. Bevor Brenck in den Deutschen Bundestag ging, war er Regierungsdirektor in der Bayerischen Vertretung in Bonn gewesen.

Walrab Rudolf von Buttlar, Inspekteur des Bundesnachrichtendienstes (BND), ist im Alter von 60 Jahren in München gestorben. Die Beisetzung fand auf dem Familienfriedhof auf Schloß Elberberg in Hessen statt. Von Buttlar war über Jahrzehnte hinweg beim Bundesnachrichtendienst tätig und als Sachverständiger auch bei Spionageprozessen aufgetreten.

Die ungewöhnliche Karriere des Sidney Poitier

Der schwarze Superstar

Hattie McDaniel war die erste farbige Schauspielerin, die 1939 für die „beste Nebenrolle" in „Vom Winde verweht" einen Oscar erhielt. Dann dauerte es fast ein Vierteljahrhundert, ehe sich die Jury dazu entschließen konnte, wiederum einen Schwarzen mit der begehrten Trophäe auszuzeichnen: Sidney Poitier.

Ausgetrickst – ZDF, 23.35 Uhr

Er erhielt sie für seine Darstellung in Ralph Nelsons „Lilien auf dem Felde"; ein Film, der sich – quasi nebenbei – auf sehr behutsame und humorvolle Art mit der Rassendiskriminierung auseinandersetzte.

Nelsons Film aus dem Jahre 1963 stellt einen ersten Versuch dar, das sich wandelnde Selbstverständnis der schwarzen Bevölkerung in Amerika zu zeigen. Sidney Poitier war an dieser Entwicklung, die in den „All-black-movies" zu Beginn der siebziger Jahre ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte, maßgeblich beteiligt. Der Konflikt zwischen Schwarzen und Weißen wird in den Filmen „A Patch of Blue" (1965) und „Guess Who's Coming to Dinner" (1967) eindringlich thematisiert. In beiden Fällen spielt Poitier den farbigen „Eindringling" in eine weiße Familie: im ersten den „Erlöser" eines blinden(!) Mädchens aus ramponierten Familienverhältnissen, im zweiten einen Arzt(!), der sich mit der Ablehnung durch den „liberalen" Vater seiner Braut auseinandersetzen muß. „In der Hitze der Nacht", Poitiers wohl bekanntester Film, setzte die Auseinandersetzung zwischen Schwarz und Weiß mit den Mitteln des Polizeifilms fort.

Diese Werke, die sich den Vorwurf gefallen lassen mußten, „verantwortungslos" zu sein, weil sie zu oberflächlich aus dem Rassenproblem kinoträchtige Themen zogen, trugen Poitier das Prädikat ein, der „weiße Renommierfarbige Hollywoods" zu sein. Auf seine politischen Ansichten angesprochen, sagte er einmal in einem Interview: „Ich bin nicht ‚politisch', ich bin ein Neger. Deshalb möchte ich nichts sagen oder tun,


Sidney Poitier als Gauner Manny Durrell in „Ausgetrickst"
FOTO: KINDERMANN

was einen Schritt zurück in der Integration unserer Rasse bedeuten könnte."

Poitier, 1924 als jüngstes von acht Kindern in Miami geboren, begann in den fünfziger Jahren mit der Filmarbeit; dieses Jahrzehnt schloß er recht erfolgreich ab mit dem Film „The Defiant Ones", für den er 1958 mit dem „Silbernen Bären" der Berliner Filmfestspiele ausgezeichnet wurde – dem ersten Preis in seiner Schauspielerkarriere. no.

KRITIK

Oben Satelliten, unten verkabelt

Fiktion vom Fernsehen übermorgen: Oben Satelliten, unten alles verkabelt. Mittendrin die ARD mit Kanal fünf (Was wäre, wenn ...). Unter Stabführung von Reinhard Münchenhagen gab man sich öffentlich-rechtlich verkrampft locker und leicht. In umständlichen Wendungen wollte der Ex-Talkmaster dem Zuschauer vorführen, wie es einst aussehen könnte, wenn die Republik im Netzwerk der Medien total verkabelt sein wird.

Microcomputer entvölkern Büroetagen. Die Bundesliga will von ARD und ZDF nichts mehr wissen – der Fußballbund sendet über Kabel-TV. Panorama und Report sind mangels Zuschauermasse gestrichen, was Münchenhagen folgendermaßen begründet: „Zensur durch Marktgesetze."

Um es kurz zu machen: So wie Münchenhagen die Kabel-Zukunft zeigte, langweilig und doktrinär, wird das Medienmorgen nicht sein.

REGINALD RUDORF

Ab und zu ein echtes Pferd

Spielbanken locken mit Roulette, das Zahlenlotto bietet zweimal pro Woche enorme Gewinnsummen. Andere schließen Wetten ab auf den Ausgang von Fußballspielen oder von Pferderennen. Der Traum vom großen – und leichten – Geld ist nicht auszurotten. Grund genug, sich solche „Zocker" einmal genauer anzusehen. Eberhard Scharfenberg versuchte das mit **„Morgen siegt Arszlan in Cagnes-sur-Mer"** (ARD).

Er wußte auch genau, wie man das macht, und schrieb das Rezept gleich ins Drehbuch: „Wir sehen uns Pferde an, reden mit den Leuten, und in den Zeitungen steht auch manchmal was." Denn das glaubt einer, der auf Pferde wettet: Informiert sein ist alles. Für Scharfenberg war das allerdings mehr der Anlaß, am Originalschauplatz die originalen „Leute" – Rennstallbesitzer Curt Reich nebst Frau, Trainer Charly Milbank, Jokkeys und Stallknechte – vorzuführen. Gelegentlich kam sogar ein originales Pferd ins Bild.

Aber siehe da: So viel Originalität samt O-Ton, Kantine mit störenden Hintergrundgeräuschen oder englischen und französischen Textbrokken garantiert keineswegs Originelles. Das gilt vor allem dann, wenn ein Regisseur statt eines Rennens lieber eine Elektronik zeigt, die Bildschirmpferde um ein Spielfeld herumhoppeln läßt. Wie spannend es dagegen auf dem Rennplatz sein kann, wie es zugeht an den Wettschaltern, oder daß die Zuschauer durchaus nicht herumstehen wie die Salzsäulen, alles das ließ Scharfenberg nicht einmal ahnen. Die originalen Matadore braucht man dazu gar nicht, aber ohne Atmosphäre kommt ein solcher Film nicht aus. Weil Scharfenberg das glaubte, bescherte er eitel Langeweile.

KATHRIN BERGMANN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Pfarrer Johannes Kuhn antwortet
10.55 Bei Bio
12.10 Raumfahrt international
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.15 Tagesschau
16.20 Südtirol
17.05 Der Schatz von Lincoln County
Ein Schülerfilm
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein süßer Fratz
Amerik. Spielfilm, 1957
Mit Audrey Hepburn, Fred Astaire u. a.
Regie: Stanley Donen
Musik: George und Ira Gershwin
21.55 Plusminus
Moderation: Manfred Trebess und Wolf-Dieter Ebersbach
Unter anderem sind folgende Themen geplant:
Agrarmarkt – Gelingt endlich die fällige Reform? / Der Bau- und Wohnungsmarkt – Was brachten Bauförderung und neues Mietrecht? / Veraltete Fabriken – droht unserer Wirtschaft die „englische Krankheit"? / Das Konjunktur-Barometer – die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Monate.
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Tatort
Mord in der Oper (Wh. v. '81)
Von Fritz Eckhardt
Während auf der Opernbühne Carmen unter den Stichen des eifersüchtigen Don José in Schönheit stirbt, ereignet sich in der Garderobe ein viel weniger schöner, echter Mord: eine Garderobiere wird unmittelbar nach der Vorstellung mit durchschnittener Kehle gefunden.
00.20 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Die Schlümpfe
Die Schlümpfe im ewigen Eis
16.20 Schüler-Express
Eine Tagung der Jux- und Quatsch-Wissenschaftler
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Harald Serafin, Ricchi e Poveri
17.50 Western von gestern
Letzte Folge: Wie vom Winde verweht
Mit John Wayne u. a.
Regie: Joe Kane
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
USA: Ein Astronaut ins Weiße Haus? / Großbritannien: Die Frauen von Greenham Common / Türkei: Wer nicht zur Wahl steht / Südkorea: Familiensuchdienst per Fernsehen
Moderation: Peter Berg
20.15 Ein Fall für zwei
Strich durch die Rechnung
21.15 Die Pyramide
22.00 heute-journal
22.20 Friedlich für den Frieden
Anatomie eines Protests
In einer analytischen Reportage werden ZDF-Teams den Ereignissen dieser Woche nachgehen.
23.05 Sport am Freitag
23.35 Ausgetrickst
Amerik. Spielfilm, 1977
Mit Sidney Poitier, Bill Cosby u. a.
Regie: Sidney Poitier
01.45 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
Mit „Blickpunkt Düsseldorf"
20.00 Tagesschau
20.15 Tele-Rat
21.45 Nachtreporter
Die Bäuche
22.15 Der Doktor und das liebe Vieh (5)
23.00 Rockpalast
24.00 Letzte Nachrichten

NORD
19.00 Sehen statt Hören
19.30 Glaube + Hoffnung + Liebe
20.00 Tagesschau
20.15 III international
Eine Reportage über „Caesars Palace" in Las Vegas
21.00 Treffpunkt 83
21.45 Energiespartip
21.50 Talk op platt
23.50 Letzte Nachrichten

HESSEN
19.00 Avanti! Avanti! (5)
19.30 Mensch, ärgere dich doch! (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Letzte Hilfe
„Ärzte warnen vor dem Atomkrieg"
21.00 Drei aktuell
21.15 Berichte aus der Wissenschaft
22.00 Hessen Drei dabei

SÜDWEST
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Lieder und Leute extra
20.15 Wissenschaft und Forschung
21.00 Tele-Tip
21.15 Mathematik und Experiment (7)
21.45 Wortwechsel
22.30 Eine amerikanische Familie (33)

BAYERN
19.00 Wildnis „Kleine Camargue"
19.45 Bayern-Report
20.15 Der Besuch
21.05 Tropische Fischwelt
21.15 Tibetische Totenfeier
22.00 Rundschau
22.15 Sport heute
22.30 Z. E. N.
22.35 Die Fabrikanten
Schweizer Spielfilm, 1975
00.05 Rundschau

Grenada rückt noch enger an Kuba und Moskau heran

Auf der Karibik-Insel übernimmt das Militär die Macht

Von GÜNTHER BADING

Auf der kleinen Karibikinsel Grenada vor dem südamerikanischen Teilkontinent hat das Militär nach heftigen Flügelkämpfen der marxistisch orientierten Regierungspartei die Macht übernommen. Der schon in der vergangenen Woche im Streit mit seinem Stellvertreter Bernard Coard abgesetzte und unter Hausarrest gestellte Regierungschef Maurice Bishop wurde nach seiner Befreiung durch Tausende seiner Anhänger gestern morgen von Soldaten erschossen.

An der Spitze einer Menschenmenge hatte Bishop nach Rundfunk- und Augenzeugenberichten aus Grenada versucht, das Hauptquartier der „Revolutionären Volksarmee" in Fort Rupert über der Inselhauptstadt St. Georges zu stürmen. Neben Bishop starben die Minister für Äußeres, Unison Whiteman, für Landwirtschaft, George Luison, für Wohnungsbau, Morris Bain, und die Erziehungsministerin Jacqueline Creft.

Auf Grenada regiert bis auf weiteres jetzt ein „Revolutionärer Militärrat des Volkes", offenbar unter Führung von Armee-Befehlshaber General Austin Hudson. Er jedenfalls rief über Radio Free Grenada den Ausnahmezustand aus, gab den Tod von Ministerpräsident Bishop bekannt und ordnete eine viertägige Ausgangssperre an.

Schon in der vergangenen Woche war Bishop als Regierungschef abgelöst worden. Er habe sich geweigert, die Macht mit der in der Regierungspartei New Jewel Movement vorgesehenen kollektiven Führung zu teilen, hieß es in Grenada. Sein ärgster Widersacher war Stellvertreter Coard, ein Befürworter noch engerer Anbindung des Inselstaates an Kuba und ein Verfechter noch eindeutigerer Ausrichtung der Innenpolitik an marxistisch-leninistischen Grundsätzen.

Die nur 120 000 Einwohner zählende Insel rückte 1979 zunächst durch den Putsch gegen Regierungschef Gairy ins öffentliche Interesse. Bald nach diesem unblutigen Staatsstreich begann der neue Machthaber Bishop mit einer Politik deutlicher Annäherung an Kuba. Bishop galt auch als persönlicher Freund des kubanischen Diktators Fidel Castro. Bishop hatte in London studiert, wurde Mitbegründer des New Jewel Movement (Jewel steht für Joint Endeavour for Welfare, Education and Liberation), errang in den Parlamentswahlen 1976 – die Insel war 1974 unabhängig von Großbritannien geworden – einen Parlamentssitz und wurde Oppositionsführer.

Nach der Machtübernahme 1979 versprach Bishop Neuwahlen, ein Versprechen, das nie eingelöst wurde. Er begann eine Politik der Annäherung an Kuba und auch an die Sowjetunion. Mit Moskau unterzeichnete er 1982 ein Wirtschaftsabkommen, um seine Insel angeblich aus der Abhängigkeit vom Westen zu lösen. Die Sowjets garantierten für mehrere Jahre die Abnahme der Hauptprodukte der drei Grenadinen-Inseln, Kakao und Muskatnuß.

Schon bald nach der Revolution begann Bishop mit der Organisation von Massenbewegungen nach kubanischem Vorbild. Vor allem aber begann er mit kubanischer Hilfe mit dem Bau eines Großflughafens im Südwestteil der Hauptinsel. Der Flughafen soll eine gut drei Kilometer lange, asphaltierte Rollbahn erhalten – genug, um darauf Langstreckenflugzeuge, schwere Militärtransporter oder auch superschnelle Kampfflugzeuge landen zu lassen. Präsident Ronald Reagan hat in einer Rede vor US-Unternehmer-Verbänden einmal darauf hingewiesen, daß die Insel damit zu einem Stützpunkt des kubanischen und des sowjetischen Militärs werden könnte. Es gehe auf den Grenadinen nicht um Tourismus oder Muskatnuß-Export wie von der Regierung Bishop vorgegeben, sondern um die Sicherheit der USA. Die Lage der Insel am Südostausgang der Karibik, direkt gegenüber Südamerika und als Sprungbrett nach Afrika würde Grenada zu einem idealen Stützpunkt für Kuba – als Brücke nach Afrika – und die Sowjets, vor der Haustür der USA, machen. Den Flughafen baut Kuba mit einem Kostenaufwand von etwa 70 Millionen Dollar; gegen den Widerstand der USA hat auch die EG rund sechs Millionen Dollar dafür zur Verfügung gestellt.

Neben dem Flughafen planen jetzt kubanische und sowjetische Experten an der Seite der marxistischen Regierung Grenadas auch einen Tiefseehafen – potentieller Stützpunkt der Sowjets vor der Haustür der USA.

Seite 2: Lektion unter Palmen

Wir mußten unerwartet Abschied nehmen von

Dr. med.
Berthold Felix Winckelmann

* 17. 3. 1921 † 19. 10. 1983

Heide Winckelmann geb. Winkhaus
mit Bille, Katrin, Butje und Antje
Dr. med. Peter und Dr. med. Frauke Winckelmann
mit Jan
Gerd Paul und Ilse Winkhaus

Eduard-Pfeiffer-Straße 97, 7000 Stuttgart 1

Die Trauerfeier findet in engster Familie statt. Anstelle von Blumen bitten wir um Spenden an das DRK Stuttgart, Konto-Nr. 2 492 221 Landesgirokasse Stuttgart.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Teifjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

„Deutsche Politik durch und durch friedlich“

Wörner legt Weißbuch zur Sicherheitspolitik vor

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Als ein Dokument der Zuversicht und als Absage an eine panische Kriegsangst hat Bundesverteidigungsminister Wörner das Weißbuch zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung bezeichnet, das gestern in Bonn offiziell vorgestellt wurde. Nach seinen Worten will die regierungsamtliche Veröffentlichung die Friedenspolitik des Kabinetts Kohl/Genscher umfassend darstellen. Sie soll außerdem verdeutlichen, daß Bonn neben den Anstrengungen zur Sicherung des militärischen Gleichgewichts in Europa auch eine Politik der Verständigung, des friedlichen Ausgleichs und der Zusammenarbeit mit allen Staaten betreibt, die er als beispielhaft verstanden sehen möchte.

Der Minister schilderte die Absichten der deutschen Politik als „durch und durch friedlich“. Würden alle Völker eine derartige Politik des Ausgleichs und der aktiven Friedenssicherung betreiben, meinte Wörner, ließe sich das Zusammenleben der Staaten mit einem immer geringer werdenden Maß an Spannungen regeln.

Auffallend war, wie sehr der Verteidigungsminister bei der Vorstellung des Weißbuchs, über das die WELT bereits ausführlich am 12. Oktober berichtet hatte, auch herauszustellen versuchte, daß die militärischen Vorkehrungen der NATO ausschließlich defensiver Natur sind. Darin schloß Wörner auch das westliche Konzept des NATO-Doppelbeschlusses ein, das der Westen allein deshalb verfolge, weil er sich durch die sowjetische Mittelstreckenrüstung in einer Weise bedroht fühle, die er, wenn sie die Sowjetunion nicht beseitige, mit eigenen Maßnahmen beantworten müsse.

NATO ist rein defensiv

Der Minister erinnerte an den NATO-Verzicht auf den Gebrauch jeglicher Art von Waffen außer zur eigenen Verteidigung und sagte: „Unsere Waffen braucht niemand, nur der zu fürchten, der uns angreift.“

Die Veröffentlichung des neuen Weißbuches, das, wenn über die künftige Entwicklung der Bundeswehr die nötigen Entscheidungen gefällt sein werden, im nächsten Jahr mit einem zweiten Teil über die Lage der deutschen Streitkräfte ergänzt werden soll, ist nach den Worten des Ministers vor allem wichtig, weil die Bevölkerung über die eigene Sicherheit mehr Informationen brauche.

Die Regierung unter Helmut Schmidt, vor allem aber die SPD als Partei habe es in den letzten Jahren ihrer Verantwortung als Koalitionspartner der FDP versäumt, die „unangenehmen Wahrheiten“ in der erforderlichen Deutlichkeit zu verkünden. Das gelte vor allem auch für den *NATO-Doppelbeschluß*, den die SPD immer nur im Abrüstungsteil favorisiert habe, während der Nachrüstungsteil möglichst beiseite gelassen worden sei. Dies ist nach Wörners Worten ein entscheidender Grund dafür, daß der Meinungsstreit über die „Nachrüstung“ heute so heftig sei.

„UdSSR setzt auf Gewalt“

Wie das im Weißbuch sehr ausführlich getan wird, legte der Verteidigungsminister auch in seiner Pressekonferenz Gewicht auf die Feststellung, daß nicht Waffen in erster Linie die Instrumente der Bedrohung seien, sondern die Politik, die sie in deren Folge hervorbrächten. Zur Bekräftigung erläuterte Wörner deshalb, die Sowjetunion gehöre auf der Welt zu den Staaten und führe ein Bündnis an, die auf Macht und Gewalt setzten, „um ihre expansiven Ziele zu verfolgen“. Nur darum brauche die NATO ein Gegengewicht, um die Sowjetunion „vom Gebrauch der Macht abzuhalten“.

Dieses Ziel suche der Westen mit der Strategie der Abschreckung zu realisieren, auf die viele laut Wörner „nicht gut zu sprechen“ sind, die aber „auf absehbare Zeit“ ohne realistische Alternative sei. Die NATO werde die eigene Strategie dennoch weiterentwickeln und die konventionelle Komponente der Abschreckung zugunsten des Zurückdrängens des atomaren Elements stärken.

Nicht der Protest gegen Atomwaffen bringe sie aus der Welt. Der Weg, sie zu vermindern, führe allein über eine beiderseitige und kontrollierte Abrüstung. Auch der These angeblicher deutscher Äquidistanz zu den USA und der Sowjetunion trat Wörner mit großer Eindeutigkeit entgegen.

Gipfeltreffen der RGW-Staaten angekündigt

AFP/AP/rtr, **Berlin**

Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Tichonow hat gestern in Ost-Berlin ein baldiges Gipfeltreffen der Ostblock-Staaten angekündigt. Die Vorbereitung dieser Konferenz sei eines der Hauptergebnisse der 37. Comecon-Tagung, erklärte Tichonow auf einem Empfang von Staats- und Parteichef Erich Honecker.

Wie die rumänische Nachrichtenagentur Agerpres meldet, hat der rumänische Ministerpräsident Dascalescu während der Beratungen auf die rasche Einberufung eines Wirtschaftsgipfels gedrängt. Seit 1980 ist in den RGW-Ländern von der „bevorstehenden“ Einberufung eines Wirtschaftsgipfels die Rede, der jedoch immer wieder verschoben wurde.

Die Sowjetunion und Polen haben eine längerfristige „Koordinierung“ ihrer Wirtschaftspläne vereinbart. Nach einer Meldung der amtlichen „DDR“-Nachrichtenagentur ADN seien beide Länder übereingekommen, ihre Volkswirtschaftspläne „für die Jahre 1986 bis 1990 und für einen längeren Zeitraum zu koordinieren“. Dabei solle „der weiteren Umorientierung“ der Wirtschaft Polens auf ein enges Zusammenwirken mit der UdSSR Rechnung getragen werden.

„Western Goals“ verklagt UdSSR

AP/DW. **Chicago**

Vor einem US-Bundesgericht ist die Sowjetunion wegen des Abschusses eines südkoreanischen Verkehrsflugzeuges auf Schadenersatz in Höhe von 100 Millionen Dollar (rund 255 Millionen Mark) verklagt worden. Ebenfalls verklagt wurde die südkoreanische Fluggesellschaft KAL. Sie soll nach dem Willen der Kläger 110 Millionen Dollar (rund 280 Millionen Mark) zahlen. Bei dem Abschuß waren alle 269 Menschen an Bord des KAL-Jumbojets ums Leben gekommen, darunter auch der demokratische amerikanische Abgeordnete Larry McDonald. Kläger ist die von McDonald gegründete Organisation „Western Goals“, die die Klage damit begründet, daß sie durch den Tod McDonalds ihrer Führung beraubt worden sei. Der KAL wirft die Organisation in ihrer Klage vor, die Flugzeugbesatzung nicht hinreichend ausgebildet zu haben.

Wallmann wünscht große Koalition

Hessische CDU ohne Vorbedingungen zu „offenen und ehrlichen“ Gesprächen mit SPD bereit

dpa/DW. Wiesbaden

Zur Lösung der politischen Krise in Hessen hat der CDU-Landesvorsitzende Walter Wallmann erneut die Bildung einer großen Koalition mit der SPD vorgeschlagen. „Meine Wunschvorstellung wäre sogar eine Regierung aus SPD, CDU und FDP, aber ich kann nur für die Union sprechen“, erklärte Wallmann gestern in Wiesbaden. Allerdings müßten sich die Parteien vor der Bildung eines gemeinsamen Kabinetts in wesentlichen Fragen der Landespolitik einigen.

Wallmann sagte, die Christdemokraten als Verlierer der Landtagswahl vom 25. September, die nur noch die zweitstärkste Fraktion stellten, hätten keine Angebote zu unterbreiten. Handeln müsse die SPD, darunter vor allem ihr Landesvorsitzender und geschäftsführender Ministerpräsident Holger Börner. Die CDU sei jedoch „ohne Vorbedingungen“ zu „ehrlichen und offenen“ Gesprächen mit der SPD bereit.

„Wir stehen nicht als Bittsteller vor der Tür der SPD, nur damit einige von uns Posten bekommen. Aber wir stehen für Gespräche zur Verfügung, wenn uns Angebote zur Bildung einer gewählten Regierung gemacht werden“, sagte der CDU-Landesvorsitzende. Seine Partei wolle alle seriösen Offerten sorgfältig prüfen, möglichst bald zu einer parlamentarisch legitimierten Regierung gelangen und zugleich ein rot-grünes Bündnis verhindern.

Börners Anregung, eine SPD-Minderheitsregierung zu dulden, wurde von Wallmann abgelehnt. „Eine geschäftsführende Regierung über vier Jahre wird es nicht geben, und wir werden auch keine Minderheitsregierung tolerieren“, kündigte der Unionspolitiker an. Wenn der SPD-Landesvorsitzende Gespräche mit der CDU auf die Unterstützung eines Minderheitskabinetts beschränken wolle, dann gebe er klar zu erkennen, daß es ihm nur um die Macht gehe, obwohl seine Partei allein keine Landesregierung bilden könne. Auf die Frage, wie er die Überlegung des hessischen CDU-Generalsekretärs Manfred Kanther bewerte, mit der SPD „oberhalb der Tolerierung einer Minderheitsregierung, aber unterhalb einer großen Koalition“ zu kooperieren, erwiderte Wallmann, er halte nur „klare und feste Vereinbarungen“ für sinnvoll.

Die Chancen für eine Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU nannte Wallmann „außergewöhnlich gering“, da sich die Sozialdemokraten nicht einig seien, wie es in Hessen weitergehen solle, und sachliche Gemeinsamkeiten gering seien.

Im Zusammenhang mit dem diesjährigen Landeshaushalt nannte es Wallmann eine „Zumutung“, daß die SPD dem Plenum erneut praktisch den gleichen Etat vorlege, der vom Parlament bereits abgelehnt worden sei, was zur Auflösung und Neuwahl des Landtags geführt habe. Bei der Wahl hatte keine Partei eine regierungsfähige Mehrheit erzielt.

UdSSR empfiehlt „DDR“-Sparpraxis

Der „Musterknabe Moskaus“ soll allen RGW-Staaten als Vorbild dienen / Kritik an Polen

WERNER KAHL, Berlin

Unter der Überschrift „In der DDR versteht man zu rechnen“ haben die Sowjets mit einem offiziösen Wirtschaftsvergleich zum RGW-Gipfel in Ost-Berlin die „DDR“ den anderen Mitgliedsstaaten des Ostblocks als Vorbild für strenge sozialistische Sparpraxis empfohlen. Das geht aus einem Artikel des Moskauer „Institutes für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems“ hervor, der von dem Sektorenleiter Jewgeni Ambarzumow unterzeichnet ist. Während der dreitägigen Konferenz des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) lag der Bericht in der deutschen Oktober-Ausgabe des von der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti herausgegebenen Magazins „Sputnik“ im Tagungshotel „Stadt Berlin“ aus.

Als Anspielung auf die vom Westen erwarteten Gegenleistungen für den im Ostblock ebenfalls heftig diskutierten Milliardenkredit für die „DDR“ werteten Beobachter am Rand der RGW-Tagung einen Hinweis des Autors auf die „Valutaschulden“ der „DDR“. Darin heißt es, „als Außenhandelspartner hat sich die DDR stets durch Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit ausgezeichnet. Das hinderte den Westen nicht daran, die weitere Zusammenarbeit in Zweifel zu ziehen und für gewöhnliche Kredite und Lieferungen politische und ideologische Zugeständnisse zu verlangen. Das sozialistische Deutschland ließ sich jedoch nicht erpressen“.

Zur Illustration des „rigorosen Sparprogramms“, das die „DDR“ jetzt praktiziere, wählte der Moskauer Wirtschaftspolitiker ein Beispiel aus dem Alltag in Mitteldeutschland: „Schmieröl für den PKW wird heute in der DDR nur gegen Abgabe von Altöl verkauft.“ Die Kraftfahrer hätten das als „zeitgemäße Entscheidung hingenommen“. Allein durch die Regeneration von Altöl spare die „DDR“ jährlich bis zu 350 000 Tonnen Rohöl ein.

Die Ostberliner Führung, unter Ostblock-Delegierten als „Musterknabe Moskaus“ apostrophiert, hat nach der Analyse des sowjetischen Weltwirtschaftsinstitutes „überzeugend nachgewiesen, daß sich trotz der angespannten Rohstoff- und Brennstoffsituation ein Rückgang der Produktion vermeiden“ lasse. „Freilich nur“, so der Artikel, „wenn man mit seinen Ressourcen klug umgeht“. Daß Moskau an der Preisschraube selber dreht, erwähnte der Autor jedoch nicht.

Die Kritik richtete sich erwartungsgemäß vor allem gegen Polen. Die „DDR“ habe ab Mitte der siebziger Jahre „genau zum richtigen Zeitpunkt, nämlich zu Beginn der ‚Preisrevolution‘ im Unterschied zum Nachbarland Polen“ ihr Sparprogramm entwickelt. Seitdem habe sich der spezifische Rohstoffverbrauch um durchschnittlich drei Prozent im Jahr verringert; für die achtziger Jahre sei sogar eine Senkung um bis zu sechs Prozent geplant. Die Produktion habe sich in dieser Zeit gleichmäßig um 5 bis 6 Prozent erhöht. „Das ist mehr als in den anderen sozialistischen Ländern“, rechnete der Sowjet-Autor neben den Polen vermutlich den Rumänen vor.

Gelobt wurde „das Vermögen der DDR-Bürger, richtig zu rechnen“, und der Verfasser betonte, es sei eben kein Zufall, „daß sich die DDR früher als die anderen RGW-Mitglieder auf die Entwicklung der Mikroelektronik und des Roboterbaues – der beiden entscheidenden Faktoren der modernen Industrie – orientiert hat“.

Kohl antwortet auf Brief Honeckers

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern seinen Antwortbrief an SED-Generalsekretär Erich Honecker unterschrieben. Er soll nach der Übergabe in Ost-Berlin veröffentlicht werden. Die Tendenz, die in dem längeren Schreiben Kohls zum Ausdruck kommt, geht dahin, ungeachtet der unterschiedlichen Standpunkte von West und Ost in der Sicherheitspolitik die deutsch-deutsche Zusammenarbeit im Interesse der Menschen zu erhalten und dort, wo es möglich ist, auszubauen. Der Bundeskanzler erklärt dazu ausdrücklich die Bereitschaft Bonns.

In dem Brief, mit dem Kohl auf das Schreiben Honeckers vom 5. Oktober antwortet, greift er auch den Hinweis des SED-Generalsekretärs auf, eine „Koalition der Vernunft“ in der Sicherheitspolitik zu bilden. Honecker hatte diesen Hinweis mit der Aufforderung an Bonn verknüpft, Einfluß auf die USA auszuüben. Kohl macht nun seinerseits deutlich, daß er von der „DDR“ eine objektive Betrachtungsweise und vor allem mäßigende Einwirkung auf die Sowjetunion erwartet. Relativ ausführlich legt Kohl in diesem Zusammenhang die Position Bonns zur Sicherheitspolitik dar.

Engelhard sprach mit Galinski

dpa, **Berlin**

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat sich zur besonderen Verantwortung der Deutschen zum Schutz der jüdischen Mitbürger bekannt. Bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, verwies Engelhard gestern auf einen in der Bundesrepublik immer wieder aufflackernden Rassenhaß, auf Fremdenfeindlichkeit und Aggressivität gegen Minderheiten. Der Minister nannte den Neonazismus eine Verblendung, die bekämpft werden müsse.

Engelhard und Galinski sprachen sich dafür aus, noch bestehende Lücken im Strafrecht für die Einfuhr neonazistischen Propagandamaterials und für das Leugnen von Greueltaten aus der NS-Zeit („Auschwitz-Lüge“) bald zu schließen. Der Minister erinnerte daran, daß er sich für die rasche Verabschiedung eines dazu vorgelegten Gesetzentwurfes eingesetzt habe.



Verflixte Dreizehn

Bm. – Der Benzinmarkt steht kopf. Binnen zehn Tagen haben die Mineralölgesellschaften zweimal zwei Pfennig auf ihre Preise für Vergaserkraftstoff gelegt und in den letzten fünf Tagen haben sie sie wieder um fünf Pfennig – je nach Region – zurückgenommen. So kostet Super jetzt im Ballungsraum Ruhrgebiet 139,9 Pfennig je Liter, vor fünf Tagen mußte man noch mindestens 144,9 Pfennig bezahlen.

Die Unruhe hält jetzt an seit dem 11. April, dem Tag des ersten Versuchs, den Kraftstoffpreis auf eine Höhe zu heben, die wenigstens die Kosten wieder einspielt. Dreizehn Preisbewegungen gab es seit dieser Zeit. Die letzte war die konservative 13, denn sie führte wieder nach unten – und man schließt nicht einmal aus, daß es auch eine verflixte 14 geben könnte.

Insgesamt hat die Mineralölindustrie seit dem 11. April versucht, den Preis im Durchschnitt aller Sorten um 32 Pfennig zu erhöhen. Damals lag dieser Durchschnittspreis bei 125,2 Pfennig je Liter. Von den 32 Pfennig Preiserhöhungen sind bis zum heutigen Tag ganze 12,8 Pfennig hängengeblieben. Um 19,2 Pfennig zwangen die Autofahrer die Ölanbieter wieder herunter, indem sie weniger fuhren und es zu einem Sport machten, dort zu tanken, wo es den Sprit um einen Pfennig billiger gibt.

Der Hintergrund dieser Preis-Springprozession ist sehr durchsichtig. Die Ölindustrie schwimmt im Treibstoff – und sie weiß, daß nur dieser Markt der rund 22 Millionen Tonnen im Jahr der relativ gesicherte Markt ist, denn am Wärmemarkt und auch bei der Chemie erleidet sie wohl auch mittelfristig weiter Absatzverluste. Der Autofahrer profitiert also vom Wettbewerb.

Börsenneulinge

lf. – Jahrelang führte die Aktie in der Bundesrepublik ein Schattendasein. Die Kurse verfielen, die Dividenden waren im Vergleich zu den am Rentenmarkt erzielbaren Renditen bescheiden. Hinzu kam: Jährlich verschwanden auf Grund von Fusionen, Übernahmen oder Pleiten Dutzende von Werten von der Kursliste. Dem Verlust standen kaum Neuemissionen gegenüber. Seit 1977 haben gerade 23 Unternehmen den Schritt an die Börse gewagt. In den USA ist es jährlich ein Vielfaches davon. In diesem Jahr nun hat sich der Trend offensichtlich geändert. Eine Vielzahl von Firmen, wie etwa Wella und Gestra wagten allein in den letzten Wochen den Schritt an die Börse. Mit Erfolg. Denn alle Emissionen waren manchmal bereits innerhalb weniger Stunden mehrmals überzeichnet. So auch die am Montag erstmals angebotenen 10 000 Aktien der GFC-Aktiengesellschaft für Computersysteme in der Medizin, Berlin. Schon am Morgen des ersten Zeichnungstages lagen 230 000 Aufträge vor. Auf mangelndes Interesse der Anleger können sich die Banken als Emissionsinstitute also kaum mehr berufen.

ENERGIEMARKT / Eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums

Auch bei einer Konjunkturbelebung wird der Verbraucher weiter sparen

HANS BAUMANN, Essen

Da die kurzfristig realisierbaren Möglichkeiten des Energiesparens weitgehend ausgenutzt sind, wird für 1983 allenfalls mit einem Rückgang des Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik von einem Prozent gerechnet. Dennoch nennt eine Studie des Bundeswirtschaftsministeriums über den strukturellen Wandel des Energieverbrauchs einen solchen Rückgang bedeutsam, da nach zwei Jahren Rückgang des Bruttosozialprodukts im laufenden Jahr mit einem Zuwachs von mindestens 0,5 Prozent gerechnet wird.

Die Studie von Hans-Wilhelm Schiffer, früher beim Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln, kommt auch zu dem Schluß, daß selbst bei nicht weiter steigenden Energiepreisen die Verbraucher nicht in ihren Energiesparbemühungen nachlassen werden. Der seit Ende 1978 fast verdreifachte Ölpreis, der die Realeinkommen fallen ließ, wird nach Schiffer den Verbraucher auf Sparkurs halten.

Auch wenn die Flaute mit zum Rückgang des Energieverbrauchs beigetragen hat, so wird eine Belebung der Wirtschaft nicht automatisch zu einer Erhöhung des Verbrauchs im Ausmaß des Rückgangs eintreten. Alle Indizien sprächen vielmehr dafür, daß eine Belebung etwa aus dem Bereich der Investitionsgüterindustrie kommen könnte. Die energieintensiven Produktionsbereiche – insbesondere der Grundstoffindustrie – könnten bei einer Belebung kaum wieder an ihre Erfolge bis 1979 anknüpfen.

Die Studie weist zudem darauf hin, daß die Investitionen der vergangenen Jahre und der Gegenwart zur Energieeinsparung oder zur Substitution von Öl auch in den kommenden Jahren wirken werden. Die gegenwärtige Atempause in der Energiepreisentwicklung bescheere einem Teil der Verbraucher die Mittel für Spar- und Substitutionsinvestitionen.

In dem von Schiffer erforschten Zeitraum von 1979 bis 1982 ist der Primär-Energieverbrauch um 46,5 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) zurückgegangen. 40 Prozent davon stammen aus der Einsparung von Energie und 60 Prozent aus verminderter Wirtschaftstätigkeit.

Den größten Sparerfolg hatten Haushalt und Kleinverbrauch mit 53 Prozent der insgesamt gesparten Primärenergie von 18,7 Millionen Tonnen SKE. Aber auch die an sich schon sparsam wirtschaftende Industrie konnte in der Zeit seit 1979 gut 43 Prozent des gesamten Energieverbrauchsrückgangs für sich buchen.

Am härtesten wurde die Ölindustrie getroffen. Sie verlor von 1979 bis 1982 am Primärenergiemarkt 47 Millionen Tonnen SKE. 32 Millionen Tonnen davon stammen aus der Einsparung (68 Prozent). Diese 32 Millionen Tonnen entsprechen dem gesamten Ölverbrauch von Österreich und der Schweiz in 1982. An dieser Abkehr vom Öl haben wiederum Haushalt und Kleinverbrauch den größten Anteil mit 13,7 Millionen Tonnen SKE. Der industrielle Verbrauch ging um 8,2 Millionen Tonnen zurück. Im nichtenergetischen Bereich, also dort, wo die Energie als Rohstoff eingesetzt wird, in der Chemie, im Straßenbau (Bitumen) sowie in Industrie und Verkehr (Schmierstoffe) hat sich der Energieeinsatz von 32,7 auf 24,3 Millionen Tonnen SKE vermindert.

Kaum verändert hat sich der Einsatz von Öl im Verkehrsbereich. Er ging lediglich um 0,5 Millionen Tonnen SKE zurück. Dennoch wurde auch hier sehr gespart, denn bei Motorenbenzin wurden 2,5 Prozent weniger verbraucht, obwohl von 1979 bis 1982 der Bestand an Personenkraftwagen um 4,4 Prozent zugenommen hat. Während die effektive Benzineinsparung eine Million Tonnen SKE betrug, hat sich in der Berichtszeit der Verbrauch an Dieselkraftstoff um eine Million Tonnen SKE erhöht. Das ist die Folge des Trends zum Diesel-Fahrzeug.

Substitution im Verkehrsbereich trat so gut wie gar nicht ein. 1982 wie 1979 trug hier das Öl zu 97 Prozent zur Bedarfsdeckung bei. Insgesamt ist der Primärenergieverbrauch von 1979 bis 1982 von 408,2 auf 361,7 Millionen Tonnen SKE zurückgegangen. Überproportional wurden Öl und Erdgas betroffen, Steinkohle konnte 1,5 Prozent mehr absetzen, Braunkohle 0,8 und Kernenergie 50 Prozent.

STAHL-FUSION

Kabinett entscheidet am Mittwoch über Sonderhilfe

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Auf der nächsten Kabinettssitzung am Mittwoch will die Bundesregierung über eine mögliche Sonderhilfe entscheiden, mit der die ins Auge gefaßte Fusion der Thyssen-Stahl AG und der Krupp-Stahl AG doch noch ermöglicht werden könne. Dies hat eine Ministerrunde am Mittwochabend beim Bundeskanzler entschieden. Wie nach der Sitzung aus dem Wirtschafts- und aus dem Finanzministerium verlautete, will die Bundesregierung jedoch nicht auf die Forderungen der Unternehmen eingehen, die kurz vor der Sitzung ein modifiziertes Konzept vorgelegt hatten.

Im Wirtschaftsministerium hieß es dazu, daß dies keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem bisherigen Verlangen nach einer Schuldbuchforderung des Bundes von 1,5 Milliarden Mark gebracht habe. Das bisherige Angebot der Bundesregierung liege bei 300 Millionen. In einem Interview sagte Lambsdorff im Hinblick auf die Kabinettsentscheidung wörtlich: „Wenn die Unternehmen ihre Subventionsforderungen nicht wesentlich reduzieren, gibt es eine klare Tendenz zum Nein."

Die beiden Unternehmen hatten erklärt, sie würden allein weiterarbeiten, wenn die Fusion nicht in ausreichendem Maße unterstützt würde. Die Bundesregierung befürwortet zwar eine Fusion. Wenn dies jedoch nicht zu tragbaren Bedingungen möglich sei, so müßten andere Lösungen gefunden werden.

„Sehr enttäuscht" äußerte man sich im Finanzministerium über das kürzlich vorgelegte Unternehmenskonzept von Arbed Saarstahl. Es seien Monate ungenutzt verstrichen, um tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Die Bundesregierung erwarte, daß innerhalb der nächsten zehn Tage unter Mitwirkung aller Beteiligten ein neues Konzept für die saarländische Stahlindustrie vorgelegt werde.

Bei der Ablehnung der bisherigen Vorschläge hat eine erhebliche Rolle gespielt, daß für Arbed auch nach 1985 noch Subventionen gezahlt werden sollten. Und das, obwohl nach dem EG-Subventionskodex dies nicht mehr zulässig sein soll. Lambsdorff kündigte an, die Bundesregierung werde sich streng an diesen Kodex halten.

Die Bundesregierung hat beschlossen, die EG-Kommission aufzufordern, sofort wirksame Schritte zur Begrenzung der stark gewachsenen Stahleinfuhren in die Bundesrepublik einzuleiten. Diese Importe hätten zu einem starken Preisverfall geführt. In dem Kabinettsbeschluß, der im Umlaufverfahren gebilligt werden soll, will die Bundesregierung die EG-Kommission noch einmal darauf hinweisen, daß ernsthafte Reaktionen in der Bundesrepublik nicht zu umgehen seien, falls die Importe nicht eingedämmt werden.

Im Hinblick auf den nächsten Europäischen Rat am 6. Dezember in Athen hat die Kanzlerrunde noch einmal bekräftigt, daß die anstehenden Finanzprobleme nur gelöst werden können, wenn auch bei Stahl eine Einigung erzielt werden könne.

Umstrittene Sparpolitik

Von WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung unter Premierministerin Margaret Thatcher hat zweifelsohne ihren bisher schwierigsten Parteitag hinter sich. Ganz abgesehen vom Schaden, den die Affäre um den bisherigen Handels- und Industrieminister Cecil Parkinson und dessen Rücktritt angerichtet hat, war die konservative Partei nie zuvor seit der Amtsübernahme durch Frau Thatcher im Jahre 1979 bezüglich der wirtschaftspolitischen Stoßrichtung so gespalten wie derzeit. Im Mittelpunkt der offen ausgetragenen Kontroverse steht das Problem der Staatsfinanzen.

Sir Ian Gilmour, ehemaliges und von der Premierministerin abgeschobenes Kabinettsmitglied, bezeichnete die auf dem Parteitag von Schatzkanzler Nigel Lawson vorgetragene strikte Sparpolitik der Regierung in aller Öffentlichkeit als „Hausfrauen-Wirtschafterei" und merkte an, die Konservativen hätten die Wahlen im Juni nicht wegen, sondern trotz ihrer Wirtschaftspolitik gewonnen. Diese Meinung vertreten etliche Parteimitglieder. Ihnen ist unverständlich, daß trotz einer verheerend hohen Arbeitslosenrate von gegenwärtig 13,3 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung die Staatsausgaben weiter gedrosselt werden sollen. Ihrer Ansicht zufolge, der sich unter anderem der ehemalige konservative Premierminister Edward Heath anschließt, sollte angesichts des ausbleibenden Konjunkturaufschwungs vor allem im Bereich der staatlichen Kapital-Investitionen erheblich mehr getan werden.

Doch die Realitäten in Großbritanniens Staatsfinanzen sehen nun einmal alles andere als rosig aus. Ohne eine Verschärfung des Sparkurses werden die Staatsausgaben bis zu den nächsten Wahlen steigen – und entsprechend die Steuerbelastung, um sie bezahlen zu können. Mehr noch: Alles spricht dafür, daß sich der Anstieg bei Staatsausgaben und Steuern in den neunziger Jahren erheblich verschärfen würde – eine Entwicklung, die eine derartige Regierung mit ihrem mehrfach wiederholten Versprechen, die Steuerlast zu senken, nicht hinnehmen werden kann.

Im Gegenteil, der Schatzkanzler und mit ihm der überwiegende und bei weitem einflußreichste Teil des Kabinetts sind der Ansicht, daß Steuererleichterungen der einzig gangbare Weg sind, um „unsere Wirtschaft in Bewegung zu halten", wie sich Schatzkanzler Lawson in seiner Parteitagsrede ausdrückte. Dies setze aber voraus, daß die Staatsausgaben so niedrig wie möglich gehalten werden müßten, selbst wenn dies harte Entscheidungen bei den Wohlfahrts-Programmen zur Voraussetzung mache.

Noch immer weiß das Schatzamt nicht, wo die 2,5 Milliarden Pfund oder 9,75 Milliarden Mark eingespart werden sollen, wenn die Staatsausgaben die im letzten Budget für das Finanzjahr 1984/85 festgelegte Grenze in Höhe von 126,4 Milliarden Pfund (493 Milliarden Mark) nicht überschreiten sollen. Doch weit schwieriger zu lösen sind die Finanzprobleme, denen sich diese Regierung bis 1987 gegenübersehen wird.

Nachdem die Staatsausgaben 1979/80 einen Anteil am Bruttosozialprodukt von 40,5 Prozent hatten, ist dieser Anteil bis zum Finanzjahr 1982/83 auf 44 Prozent gestiegen. Mit dem rapide wachsenden Verhältnis älterer Leute an der Gesamtbevölkerung und dem damit verbundenen erheblichen Anstieg der Fürsorgekosten, den überproportional steigenden Verteidigungsausgaben sowie der immer noch steigenden Arbeitslosenzahl – dies alles wohlgemerkt bei einem eher bescheidenen Wirtschaftswachstum – können sich Frau Thatcher und ihre Minister ausmalen, was ihnen für den Rest ihrer Amtsperiode bevorsteht.

Dabei sollten sie sich allerdings auf wesentliche und gerade in Großbritannien bislang viel zu kurz gekommene Tugenden besinnen: Die zur Verfügung stehenden Mittel effektiver und weitsichtiger einzusetzen und bei aller Haushalts-Arithmetik die Ankurbelung der Wirtschaft nicht zu vergessen. Beispiele hierfür gibt es genügend.

Sie reichen vom überdimensional aufgeblähten Verwaltungsapparat des Nationalen Gesundheitsdienstes, des gegenwärtig größten Arbeitgebers in ganz Europa, über eine in den meisten Bereichen weit hinter dem deutschen Standard hinterherhinkende Infrastruktur, eine angesichts der Bedeutung neuer Technologien immer unsinniger anmutende Finanzhilfe für veraltete Industriezweige und schwache Staatsunternehmen, bis hin zu dem weiten Feld staatlicher Eingriffe und hoher Belastungen, die die britische Wirtschaft in Mitleidenschaft ziehen.

AUF EIN WORT

„ Totale Mitbestimmung, Kostenexplosionen durch eine neue Lohnstruktur, durch die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich – die IG Druck und Papier läßt nichts unversucht, zur Arbeitsplatzvernichtung in der Druckindustrie nachhaltig beizutragen. „

Gerold Mack, Vizepräsident des Bundesverbandes Druck e. V., Wiesbaden FOTO: DIE WELT

Auslandsnachfrage bessert sich

rtr, Bonn

Die wirtschaftliche Erholung setzt sich nach Angaben des Wirtschaftsministeriums in der Bundesrepublik nach der Jahresmitte weiter fort. Wie das Ministerium in seinem am Donnerstag veröffentlichten Monatsbericht für Oktober weiter feststellt, zeigt sich erstmals wieder seit dem Frühjahr 1982 ein ausgeprägter Anstieg der Auslandsnachfrage. Es sei jedoch noch nicht zu übersehen, inwieweit dies bereits als Beginn einer länger anhaltenden Aufwärtsentwicklung im Exportgeschäft gewertet werden könne. Die Baunachfrage habe sich im zweiten Halbjahr weiter gefestigt. Das Ausgabeverhalten der Konsumenten scheine andererseits in jüngster Zeit zurückhaltender geworden zu sein.

RAFFINERIEN

Kohl: Umweltschutz braucht leistungsfähige Wirtschaft

HEINZ HECK, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat dem deutschen Steinkohlebergbau seine Unterstützung zugesichert, zugleich aber betont, daß dieser „die notwendige Kapazitätsanpassung in eigener Verantwortung durchführen" müsse. Bei der Einweihung der neuen Konversionsanlage der Deutschen Shell AG in Godorf bei Köln trat Kohl dem Vorwurf entgegen, die Bundesregierung betreibe eine Politik der Öldiskriminierung. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen sei es jedoch geboten, „unsere Abhängigkeit vom krisenanfälligen Ölmarkt weiter abzubauen".

Das bedeute, „daß wir auf die heimische Steinkohle nicht verzichten können. Wir können es uns nicht leisten, diese nationale Energiequelle versiegen zu lassen. Die Kohle gibt uns einen Grundsockel an Versorgungssicherheit, den wir uns erhalten müssen", betonte der Kanzler. Er widersprach der These vom Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie. Wirksamer Umweltschutz setze vielmehr eine leistungsfähige Wirtschaft voraus; die Schäden in den deutschen Wäldern seien alarmierend.

Kohl bestätigte für 1984, daß die Bundesregierung mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa 2,5 Prozent rechne. Neuen Ausgabenprogrammen erteilte er eine Absage, da sie den wirtschaftlichen Erholungsprozeß nur „gefährden" würden. Vorrang habe die Belebung der privaten und öffentlichen Investitionen. Der Freiraum für private Initiative und Selbstverantwortung soll Schritt für Schritt erweitert, Investitionshemmnisse weiter abgebaut werden. Strenge Ausgabendisziplin bleibe auf Dauer „die oberste Richtlinie unserer Finanzpolitik".

VEREINIGTE STAATEN

Reagan gibt Kongreß Schuld am hohen Budgetdefizit

H.-A. SIEBERT, Washington

Präsident Reagan will den Kongreß bedrängen, die riesigen Haushaltsdefizite durch Ausgabenstreichungen abzubauen. Wie er in seiner 20. Pressekonferenz in Washington erklärte, ist jeweils die Hälfte der rund 200 Milliarden Dollar rezessions- und strukturbedingt. Schuld an diesem Dilemma sei die über viele Jahre von der Legislative praktizierte Spendierfreudigkeit. „Wenn der Kongreß unsere Ausgabenschnitte akzeptiert hätte, wäre das Budgetdefizit um 40 Milliarden Dollar niedriger", sagte Reagan, der Steuererhöhungen als mögliche Abhilfe mit keinem Wort erwähnte.

In den ersten 1000 Tagen seiner Amtszeit sei es gelungen, einen neuen Wirtschaftskurs für Amerika abzustecken, der Vertrauen schaffe und eine dauerhafte Expansion erlaube, betonte der Präsident. Nur auf diese Weise habe die schlimmste ökonomische Krise seit 1945 bewältigt werden können. Die USA machten Fortschritte, was sich an der gesunkenen Inflationsrate, den gedrückten Zinsen und der steigenden Beschäftigung ablesen lasse. Den Konjunkturaufschwung bezeichnete Reagan als „stark".

Gestützt wird der Optimismus des Präsidenten durch neue kräftige Signale, die auf eine weiterhin solide wirtschaftliche Erholung hindeuten. Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington erhöhte sich das persönliche Einkommen in den USA im September um 0,9 (August: 0,3) Prozent; das verfügbare Einkommen nahm um ein (0,2) Prozent zu. Gleichzeitig schossen die Verbraucherausgaben um 1,5 (minus 0,2) Prozent in die Höhe. Die Kaufwut spiegelt sich auch in der von 4,7 auf 4,5 Prozent geschrumpften Sparrate.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Förderungsmaßnahmen für den Wohnungsbau

Bonn (HH) – Das Bonner Wohnungsbauministerium arbeitet „mit Hochdruck" an langfristigen steuerlichen Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus, die sich nahtlos an die im vergangenen Jahr beschlossenen Sofortmaßnahmen anschließen sollen. Das hat Minister Schneider (CSU) im Gespräch mit Vertretern der wohnungswirtschaftlichen Spitzenverbände am Mittwochabend erklärt. In der Runde, in der sowohl die Verbände der Hauseigentümer wie der Mieter vertreten waren, habe Einigkeit darüber geherrscht, daß die Mieten im Durchschnitt – trotz einiger regionaler Probleme – „nicht dramatisch gestiegen" seien. Dagegen gab es in der Frage der künftigen Neugestaltung des Mietrechts keine Übereinstimmung.

EG verhängt Bußgelder

Brüssel (AP) – Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat gegen 25 europäische Stahlunternehmen wegen illegaler Preis- und Marktabsprachen Bußgelder in Höhe von 1,25 Millionen Europäische Währungseinheiten (2,83 Millionen Mark) verhängt. Nach Angaben eines Kommissionssprechers hatten die Unternehmen, darunter neun deutsche und eine österreichische Gesellschaft, in den Jahren 1968 bis 1980 über ein Konsultationssystem Preise für Gußeisen und Stahlrollen abgesprochen und die Absatzmärkte untereinander aufgeteilt.

Höhere Erzeugerpreise

Wiesbaden (VWD) – Beschleunigt hat sich der Anstieg der deutschen Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im September 1983. Der Index stieg gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent und lag damit gegenüber Jahresfrist um 1,5 Prozent höher. In den Monaten August und Juli 1983 betrugen die Jahressteigerungsraten 1,3 bzw. 0,8 Prozent, teilte das Statistische Bundesamt mit.

Weiter ausgesetzt

Brüssel (Ha) – Auf unbegrenzte Zeit verlängert hat die EG-Kommission die Aussetzung der Vorauszahlungen für landwirtschaftliche Exportsubventionen und bestimmte Agrarbeihilfen. Spätestens sollen diese Einsparungsmaßnahmen allerdings am Jahresende aufgehoben werden. Um einer Zahlungsunfähigkeit der EG vorzubeugen, hat die Behörde darüber hinaus weitere Kürzungen vorgenommen, unter anderem bei den Beihilfen zugunsten der Verfütterung von Milchpulver an Tiere.

Heringsstreit geht weiter

Luxemburg (Ha) – Ohne Ergebnis ist auch die jüngste Verhandlungsrunde über die Heringsquoten in der Nordsee geblieben. Am 14. Dezember wollen die zuständigen Minister einen neuen Anlauf nehmen.

Unveränderte Leitzinsen

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Sitzung am Donnerstag erwartungsgemäß keine kreditpolitischen Beschlüsse gefaßt. Das höchste Gremium der Bundesbank war in Frankfurt unter Vorsitz von Präsident Karl Otto Pöhl zu seiner vierzehntäglichen Routinesitzung zusammengekommen.

Bau-Umsatz gesunken

Wiesbaden (VWD) – Der baugewerbliche Umsatz ist in der Bundesrepublik im August gegenüber dem Vormonat um 9,08 Milliarden Mark um 4,9 Prozent zurückgegangen, lag allerdings nominal um zwei Prozent über dem Ergebnis des August 1982. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, stiegen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe wertmäßig gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,7 Prozent, wobei der Hochbau ein Plus von 14,4 Prozent und der Tiefbau ein Plus von 7,2 Prozent verbuchen konnten.

Wochenausweis

	15.10.	7.10.	15.9.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	70,8	67,7	66,3
Kredite an Banken	66,6	72,7	63,7
Wertpapiere	7,8	7,7	7,9
Bargeldumlauf	100,7	101,9	100,8
Einl. v. Banken	44,7	44,6	43,8
Einl. v. öffentl. Haushalten	4,6	4,1	3,8

BRASILIEN

Parlament blockiert das Programm zur Sanierung

rtr, Brasilien

Das für die Sanierung der brasilianischen Wirtschaft und Staatsfinanzen dringend erforderliche Sparprogramm der Regierung ist erneut im Parlament gescheitert. Am Mittwochabend hat das Parlament die darin enthaltene Begrenzung der Lohn- und Gehaltserhöhungen abgelehnt. Das Sparprogramm ist wesentlicher Faktor für die Stundung von Auslandsschulden des Landes von schätzungsweise über 90 Milliarden Dollar.

Nur wenige Stunden vor der Abstimmung hatte Präsident Joao Figueiredo vorübergehende Notstandsmaßnahmen über die Hauptstadt verhängt. Präsidialamtssprecher Carlos Atila sagte dazu, damit sollten Versuche von Gewerkschaften und Oppositionellen abgeblockt werden, die Abgeordneten vor der Abstimmung zu beeinflussen. Vor der Abstimmung berichtete Zentralbank-Chef Pastore aus Zürich, die ausländischen Banken hätten auf seine Anfrage nach neuen Krediten positiv reagiert.

Minister und ausländische Bankenvertreter hatten vor der Abstimmung darauf hingewiesen, die Billigung des Gesetzes oder einer ähnlichen Maßnahme zur Kürzung der öffentlichen Ausgaben und Reduzierung der Inflationsrate von derzeit 175 Prozent sei für das Land äußerst wichtig, um neue Mittel vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erhalten.

Die Regierung hat bereits einen alternativen Erlaß ausgearbeitet und wird ihn im Amtsblatt der Regierung veröffentlichen. Seit Mai haben die Banken so gut wie keine neuen Mittel an Brasilien vergeben. Damals hatte der IWF einen Kredit über 4,9 Milliarden Dollar blockiert, weil das Land den Auflagen des Fonds für die Sanierung der Wirtschaft nicht hatte nachkommen können.

IMMOBILIENMESSE / Vielfach überzogene Forderungen der Verkäufer

Die Häuserpreise geben weiter nach

HANS BAUMANN, Essen

Entgegen den Erwartungen der Immobilienmakler im Frühjahr zeigt sich auf der Immobilienmesse '83 in Essen, daß die Preise für Immobilien weiter zur Schwäche neigen. In zahlreichen Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes haben Häuser und Wohnungen nur dann eine Absatzchance, wenn die Preisforderungen um mindestens zehn Prozent zurückgenommen werden.

Überhaupt ist nach Auskünften auf der Messe das Problem dieses Herbstes am Markt für Immobilien die überzogene Preisforderung. Anbietern von Objekten ist nicht klargeworden, daß sich die Preise für Häuser und Wohnungen seit zwei Jahren zum Teil kräftig zurückentwickelt haben. In der Regel, so sagen die Makler in Essen, liegen die Preisforderungen um 20 Prozent über dem Marktniveau.

Der Verkauf gebrauchter Immobilien wird aber nicht nur allein durch zu hohe Preiserwartungen gehemmt. Immer mehr macht sich die Konkurrenz von Sparhäusern bemerkbar. So baut – zum Beispiel – die Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen Reihenhäuser mit 82 Quadratmeter Wohnfläche und 20 Quadratmeter ausbaufähigem Dachgeschoß einschließlich Grundstück für 190 000 Mark.

Zudem wird häufiger von der „Muskelhypothek" Gebrauch gemacht, der Einbringung von Eigenleistung. Hinzu kommen Steuervorteile beim Neubau durch den begrenzten Schuldzinsabzug (10 000 Mark pro Jahr). Groß ist auch das Interesse an Steuersparmöglichkeiten, nicht nur über den klassischen Förderungsweg von Paragraph 7 b, sondern auch über die steuerlichen Möglichkeiten bei Einliegerwohnungen. Einfamilienhäuser und Reihenhäuser, die für die Schaffung von Einliegerwohnraum geeignet sind, haben die größere Nachfrage und den besseren Preis.

Auffallend in Essen auch: Die Preisdifferenz zwischen freistehenden Einfamilienhäusern und Reihenhäusern schrumpft. Vor fünf Jahren betrug sie noch rund 33 Prozent. Jetzt ist der Abstand auf 20 Prozent zurückgegangen. Auch hier wird die Tendenz deutlich, daß die Kaufinteressenten den Preis begrenzen wollen.

In Großstädten über 500 000 Einwohner werden zur Zeit freistehende Eigenheime mittleren Wohnwertes für rund 400 000 Mark angeboten. Vergleichbare Reihenhäuser kosten etwa 320 000 Mark. Deutlich niedriger ist das Preisniveau im Industrierevier. Hier kosten Einfamilienhäuser rund 300 000 Mark und Reihenhäuser rund 270 000 Mark. Eine Sonderentwicklung haben manche Renditeobjekte durch. Gegenüber Ende vorigen Jahres haben sich hier die Preise kräftig erholt (zum Teil um 20 Prozent).

WELTBÖRSEN / Abwärtsbewegung an Wall Street

Technologiewerte verlieren

New York (VWD) – Schwächer, jedoch deutlicher über ihren Tagestiefstständen schlossen am Mittwoch die Kurse an der New Yorker Effektenbörse. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte notierte am Ende mit 1246,75 (Vorwoche 1259,65). Der Umsatz war mit 107,79 Millionen Aktien noch höher als am Vortag, an dem 91,09 Millionen gehandelt wurden. Nachdem am Dienstag der Hochtechnologiesektor von einer massiven Verkaufswelle erfaßt wurde, verloren die Aktien in diesem Bereich weiter an Boden. Händler begründeten dies mit einer Verkaufspanik bei den institutionellen Anlegern, die ihre großen Bestände reduzieren wollten. Zur Abwärtsbewegung am Berichtstag trug die Bekanntgabe weiterer schlechter Unternehmensergebnisse bei. So mußte American Telephone + Telegraph einen deutlichen Gewinnrückgang im dritten Quartal hinnehmen. Digital Equipment wurde nach den hohen Verlusten am Vortag weiter zurückgenommen. Weitere Hochtechnologiewerte wie Hewlett Packard, Commodore International und Honeywell erlitten ebenfalls hohe Verluste.

London (fu) – Nachdem sich die Londoner Wertpapierbörse in der vergangenen Woche sowie in der ersten Hälfte dieser Woche in einer Schwächeperiode befunden hat wie seit Monaten nicht mehr, kam es am gestrigen Donnerstag zu einer unerwarteten Hausse. Vor allem aufgrund einer wiedereinsetzenden starken Nachfrage institutioneller Anleger zogen die Aktienkurse auf breiter Front um zwischen fünf und 15 Pence an. Bis zum frühen Nachmittag kletterte der Financial-Times-Index für 30 führende Industriewerte zwölf Punkte auf 690,4.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche, in der Freitagsausgabe, einen Überblick über den Kurstrend an den wichtigsten internationalen Börsen.

Tokio (dlt) – In Tokio kam es teilweise zu spürbaren Rückschlägen. Zum Schluß war die Tendenz aber wieder steigend wegen der von der Regierung beschlossenen neuen Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur und Förderung der Importe. Der Dow-Jones-Index verlor im Wochenvergleich 152,8 Punkte und sank auf 9319,6. Die Tagesumsätze bewegten sich zwischen 239 Millionen und 426 Millionen Aktien.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Dortmund: Nachl. d. Erwin Heinrich Waldemar Hohmann; **Fritzlar:** August Adam, Schallschluck u. Akustikbau, Borken, Inh. August Adam, Tischlermeister i. Borken, OT Arnsbach; **Münster:** Bernhard Knoblauch, Kraftfahrzeugmeister, Inh. d. Auto-Knoblauch, Roxel; **Schleswig:** Dr. rer. nat. Ursula Lemke geb. Rohnert, Selk-Wedelspang; **Wolfsburg:** Horst Wydwaldt, Betonwerk, Brome.

Vergleich beantragt: Schwäbisch Hall: Möbel+Deckenfertigung Gerhart Blesch GmbH, Pfedelbach; **Ulm (Donau):** Handelspark Warenhaus GmbH, Ulm-Lehr.

KONJUNKTUR / Arbeitslosenzahl nimmt weiter zu – Inflationsrate sinkt

Aufschwung in Europa bleibt anfällig

W. HADLER/rtr, **Brüssel/Basel**

Der konjunkturelle Aufschwung in Europa ist nach Meinung der EG-Kommission noch sehr anfällig und unterschiedlich stark ausgeprägt. In ihrem Jahreswirtschaftsbericht spricht die Brüsseler Behörde jedoch von der „Chance einer fortschreitenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage". Die Analyse geht für 1984 von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes für die gesamte Gemeinschaft von 1,5 Prozent aus (1983: 0,5 Prozent). Getragen werden soll es vor allem von Großbritannien und der Bundesrepublik, für die die Kommission Zuwachsraten von über 2 Prozent voraussagt.

Fest steht für die EG-Behörde, daß der Aufschwung vorerst nicht ausreichen wird, eine spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit zu bewirken. Im Gegenteil: Trotz einer gewissen Stabilisierung in den letzten fünf Monaten muß die EG im kommenden Jahr voraussichtlich wieder mit einer Zunahme (von 10,4 auf 10,6 Prozent der Erwerbsbevölkerung) der Arbeitslosenrate rechnen.

Dagegen sagen die Brüsseler Experten für 1984 eine Verringerung der durchschnittlichen Inflationsrate von 6,3 auf 4,9 Prozent voraus. Diese erfreuliche Entwicklung wird noch durch eine deutliche Abflachung des Inflationsgefälles in der Gemeinschaft unterstrichen. Während 1980 bei einem Durchschnittswert von 15,3 Prozent in den vier großen EG-Ländern die Teuerungsraten zwischen 5,5 Prozent (Bundesrepublik) und 21,2 Prozent (Italien) lagen, betrugen sie im Zeitraum von August 1982 bis August dieses Jahres in der Bundesrepublik drei Prozent und in Italien 13,6 Prozent (EG-Durchschnitt: 8,2 Prozent). Als wichtigste Unsicherheitsfaktoren nennt die Kommission die Instabilität der internationalen Umwelt und die Verzögerungen beim Strukturwandel der europäischen Wirtschaft. Notwendig sei eine Senkung der Zinssätze.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos AG, Basel, erwartet für Westeuropa für 1984 einen Zuwachs des realen Sozialprodukts von 1,5 bis zwei Prozent nach einem voraussichtlichen Wachstum von zwischen 0,5 und einem Prozent im laufenden Jahr. In seiner am Donnerstag veröffentlichten kurzfristigen Prognose rechnet das Institut im weiteren damit, daß die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1984 mit 11,5 Millionen noch um „einiges höher" liegen werde als in 1983.

Die Besserung der Wirtschaftslage habe in den letzten Monaten in einer Reihe von Ländern deutliche Gestalt angenommen, heißt es in der Prognos-Studie. Am meisten Fahrt habe die Konjunktur in den USA gewonnen. In Westeuropa sei die Entwicklung indessen gespalten. Während es in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien aufwärts gehe, stagniere die Wirtschaft in Italien, und in Frankreich würden die rezessiven Einflüsse überwiegen.

In der Bundesrepublik Deutschland mache die wirtschaftliche Erholung Fortschritte. Zu den expansiven Impulsen, die vom Wohnungsbau und vom privaten Verbrauch ausgingen, sei in den letzten Monaten ein deutlicher Anstieg der Unternehmensinvestitionen hinzugekommen. In 1983 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion laut Prognos um rund ein Prozent über jener von 1982 liegen. Bedingt durch das günstigere Ausgangsniveau und etwas anziehende Exporte rechnet Prognos für 1984 mit einer merklich höheren Zuwachsrate von 2,5 bis drei Prozent.

JAPAN / Tokio will Gesprächsklima vor Kohl- und Reagan-Besuch verbessern

Maßnahmen zur Importförderung

FRED de la TROBE, **Tokio**

Die Bank von Japan hat am Donnerstag beschlossen, den Diskontsatz mit Wirkung vom Samstag um 0,5 Prozent auf fünf Prozent zu senken. Im Gefolge dieser Maßnahme ist auch ein Rückgang der Privatbank- und Postsparzinsen um 0,25 Prozent sowie ein Nachgeben der langfristigen Zinsen zu erwarten.

Der Gouverneur der Bank von Japan, Maekawa, hatte lange Zeit eine Diskontsenkung abgelehnt, weil er wegen zu starker Kapitalabflüsse eine Schwäche des Yen und damit neue Exportanreize befürchtete. Da die japanische Währung in den letzten Wochen aber eine beträchtliche Festigung erfuhr, gab Maekawa seinen Widerstand auf.

Die Diskontsenkung ist Teil eines Maßnahmenpakets, das die japanische Regierung heute zur Stimulierung der Konjunktur und Förderung der Einfuhren beschließen will. Dazu werden auch zusätzliche Staatsausgaben für öffentliche Bauvorhaben im Wert von 20,9 Milliarden Mark für den Rest des laufenden Fiskaljahrs (bis Ende März 1984) gehören. Die Regierung wird zu diesem Zweck einen Zusatzhaushalt beschließen müssen. Zur Förderung der Einfuhren sieht das Paket auch niedrigverzinsliche Kredite auf Importwechsel vor, die die Bank von Japan bereitstellen wird. Die japanische Export-Importbank wird außerdem Kredite zu einer niedrigen Sonderrate für die Einfuhr ausgewählter Produkte wie medizinische Geräte, große Computer und Flugzeuge zur Verfügung stellen.

Eine vorgesehene Senkung der Einkommens- und Residenzsteuer im Umfang von elf Milliarden Mark mußte noch zurückgestellt werden wegen eines Boykotts aller Oppositionsparteien im Zusammenhang mit dem Tanaka-Fall. Von April 1984 an ist die um ein Jahr vorgezogene Senkung von Importzöllen für 1200 bis 1300 Industrieprodukte vorgesehen. Davon sollen 40 Positionen für die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft von besonderem Interesse sein. Die durchschnittlichen Zollsenkungen werden bei etwa fünf Prozent liegen.

Das neue Maßnahmenpaket ist in Anbetracht der in diesem Jahr besonders hohen japanischen Exportüberschüsse nötig geworden. In den sechs Monaten zwischen April und September dieses Jahres belief sich das Aktivsaldo der Handelsbilanz auf einen Wert von 32,8 Milliarden Mark.

Der Druck aus Washington und Brüssel auf einen Abbau der japanischen Überschüsse hat sich in den letzten Wochen merklich verschärft. Vor den Japan-Besuchen von Bundeskanzler Kohl und dem amerikanischen Präsidenten Reagan Ende Oktober und Mitte November möchte die Regierung in Tokio durch diese Maßnahmen ein besseres Gesprächsklima schaffen. (SAD)

US-AUSFUHRGESETZ

Lizenzzwang bleibt erhalten

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Im Repräsentantenhaus, in dem die Demokraten über eine klare Mehrheit verfügen, kommt das wichtigste US-Ausfuhrgesetz, der modifizierte Export Administration Act, besser voran als im republikanisch beherrschten Senat. Abgelehnt hat das Plenum jetzt eine vom Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschlossene Verwässerung der von der Reagan-Administration vorgelegten Neufassung. Mit 240 gegen 173 Stimmen votierten die Abgeordneten gegen den Verzicht auf den Lizenzzwang für strategisch sensible Erzeugnisse, die in alliierte Länder exportiert werden.

Das Foreign Affairs Committee hatte sich für die Lockerung ausgesprochen, um Vertrauen in die Verbündeten zu demonstrieren. Die Mehrheit wollte jedoch nicht das Risiko einer Weitergabe der hochtechnologischen Produkte und Infomationen von hohem militärischen und wirtschaftlichen Wert an die Sowjetunion oder andere kommunistische Staaten eingehen.

Das Haus entzog dem US-Präsidenten andererseits die Vollmacht, die Ausfuhr von Nahrungsmitteln aus außenpolitischen Günden zu kontrollieren. Sollte der Senat noch einem Gesetzeszusatz zustimmen, darf das Weiße Haus in Zukunft auch dann keine unbefristeten Exportkontrollen aus außenpolitischen Gründen verhängen, wenn das gleiche Material in anderen Ländern verfügbar ist. Künftig gilt ein Exportverbot nur für sechs Monate. Es wird aufgehoben, wenn sich die anderen Regierungen bis dahin dem Boykott nicht angeschlossen haben.

SUBVENTIONEN

HWWA: In der Regel sinnlos

dpa/VWD, **Hamburg**

Staatliche Hilfen zur Verhinderung von notwendigen Strukturanpassungsprozessen, die oft mit dem Argument der Erhaltung von Arbeitsplätzen gefordert und auch gewährt werden, sind in der Regel nur hinausgeworfenes Geld. Diese Ansicht vertritt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in seiner jüngsten Ausgabe der wirtschaftspolitischen Monatsschrift „Wirtschaftsdienst". Die grundlegenden Probleme werden nach Ansicht des Instituts häufig auf diese Weise nicht gelöst, sondern nur auf die lange Bank geschoben.

Es wird jedoch eingeräumt, daß in zwei Fällen staatliche Hilfen angebracht sein könnten: Erstens könne der Rückschlag für eine Branche so plötzlich kommen und der Niedergang so dramatisch verlaufen, daß es aus sozialen Gesichtspunkten gerechtfertigt sei, vorübergehend Hilfen zu geben. Bei den zur Zeit in der Diskussion stehenden Krisenbranchen sei dies aber nicht der Fall.

Zweitens könne es volkswirtschaftlich sinnvoll sein, vorübergehende Hilfen zu gewähren, um der Branche Kapazitätsanpassungen und/oder Investitionen in neue Verfahren und Produkte zu ermöglichen, falls berechtigte Aussichten bestünden, daß sie dann im internationalen Wettbewerb bestehen könne.

In beiden Fällen müsse aber gewährleistet sein, daß das staatliche Engagement nur zeitlich begrenzt sei. Außerdem sollte öffentliche Hilfe nicht einzelnen Firmen, sondern der gesamten betroffenen Branche gewährt werden.

NAMEN

Dr. **Wolfgang Heintzeler**, bis 1973 im Vorstand und bis 1983 im Aufsichtsrat der BASF Aktiengesellschaft vollendet am 24. Oktober das 75. Lebensjahr.

Peter-Michael Wallenborn wurde zum Vorsitzenden des Fachverbandes Deutscher Sprachreiseveranstalter e. V. gewählt. Er ist Nachfolger von Dr. **Josef Steinfels**.

Horst-Dieter Heuer, Geschäftsführer der Stadtwerke Wolfenbüttel GmbH, ist per 1. April 1984 in den Vorstand der Hannover-Braunschweigischen Stromversorgungs AG (Hastra), Hannover, berufen worden. Er löst **Werner Köster** ab, der Ende Juni 1984 in den Ruhestand treten wird.

Joachim Praßer, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Essen, wird am 24. Oktober 65 Jahre alt und tritt zum Jahresende 1983 in den Ruhestand.

Martin Parsons (44), zuletzt in leitenden Funktionen bei Nissan und Ford, ist als Nachfolger von **Hans C. Akerhult** (44) zum Marketing-Chef der Adam Opel AG, Rüsselsheim, bestellt worden. Akerhult wurde Direktor der Verkaufsleitung Export.

LANDESBETEILIGUNG

Stuttgart gründet Staats-Holding

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die bedeutendsten der vom Land Baden-Württemberg gehaltenen Unternehmensanteile sollen bis Ende dieses Jahres in eine noch zu gründende Staats-Holding eingebracht werden. Ein entsprechender Antrag des Stuttgarter Finanzministeriums ist vom Ministerrat der baden-württembergischen Landesregierung gebilligt worden. Die Maßnahme zielt darauf ab, die mit einer Transaktion der Anteile an eine privatrechtliche Holding (die steuerrechtlich anders als das Land selbst behandelt wird) erzielbaren Mehreinnahmen von jährlich 7 bis 8 Mill. DM der Forschungsförderung zukommen zu lassen.

Vorgesehen ist, daß das Land zunächst seine Beteiligungen an vier Unternehmen an die Holding veräußert. Dies sind der Anteil von 50 Prozent am 150 Mill. DM betragenden Grundkapital Badenwerk AG, Karlsruhe, der 29prozentige Anteil an der Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart (28,1 Mill. DM Grundkapital), der 26prozentige Anteil an der Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn (7,8 Mill. DM Grundkapital), sowie der 95prozentige Anteil am Grundkapital von rund 4,3 Mill. DM der Badische Staatsbrauerei Rothaus AG, Rothaus. Das gesamte zu veräußernde Vermögen beläuft sich auf 620 Mill. DM.

Den Plänen zufolge soll die zunächst mit einem Stammkapital von 2 Mill. DM ausgestattete Holding den Erwerb der Anteile mit einem Darlehen des Landes in Höhe von 310 Mill. DM zu einem zugrundegelegten Zins von 7,25 Prozent finanziert werden. Die verbleibenden 310 Mill. DM sollen durch eine Kapitalerhöhung des Landes bei der Holding aufgebracht werden.

KAELBLE-GRUPPE

Kapitalbasis wird verstärkt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen für die vorübergehend in Liquiditätsengpässe geratene Kaelble-Firmengruppe, Backnang/Mosbach, Hersteller von Sonderfahrzeugen, Baumaschinen, Lokomotiven und Getriebe, soll die Eigenkapitalbasis weiter verstärkt werden. Vorgesehen ist eine „unverzügliche" Verdoppelung des Stammkapitals von 13,5 Mill. Auf 27 Mill. DM.

Obwohl die Eigenkapitalquote der Gruppe mit deutlich über 30 Prozent überdurchschnittlich ist, diene die weitere Verbesserung der Kapitalstruktur dazu, dem Unternehmen zusätzliche Liquidität zuzuführen, unterstrichen Aufsichtsrats-Vorsitzender Ekkehart Schott und der Stuttgarter Unternehmensberater Hellmuth Fischer, der das Sanierungskonzept ausarbeitete und für ein Jahr lang ein „begleitendes Zeitmanagement" wahrnimmt. Das Kapital des Unternehmens liegt zu 50 Prozent über die Contrust Vermögensverwaltungs GmbH, Karlsruhe, bei libyschen Gesellschaftern, zu je 10 Porzent bei den jordanischen Gebrüdern Khoury, 30 Prozent hält Frau Bärbel Kaelble-Rösch.

Bei der Kaelble-Gruppe hatten sich die Schwierigkeiten kumuliert, nachdem durch unerwartete Auftragsstornierungen statt der für 1983 eingeplanten 167 Mill. DM Umsatz (1982: 155 Mill. DM Umsatz bei ausgeglichenem Ergebnis) in diesem Jahr nur mit 131 Mill. DM Umsatz und einem Verlust von 13 Mill. DM zu rechnen ist. Der Sanierungsplan sieht auch den Neubau einer Werkshalle (10 Mill. DM Investitionen) zur Konzentration der Fertigung vor, außerdem sind Rationalisierungsmaßnahmen vorgesehen. Die Beschäftigtenzahl wird um 100 auf 1050 Mitarbeiter abgebaut.

US-UNTERNEHMEN / Digital Equipment und Gulf Oil im Gerede

Wall Street zittert um zwei Aktien

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA sind zwei Unternehmen ins Gerede gekommen: Der Mineralölkonzern Gulf Oil Corp., dessen Aktien von einer Finanzgruppe unter Führung der Mesa Petroleum Co. im texanischen Amarillo aus durchsichtigen Gründen aufgekauft werden, und die zweitgrößte Computerfirma Digital Equipment Corporation. Ihre Anteilspapiere verloren mit einem Schlag mehr als ein Viertel ihres Wertes; in einer Art Massenhysterie wurden die Aktien von IBM, NCR, Burroughs, Control Data, Honeywell, Data General und Hewlett-Packard mitgerissen. Die Liste läßt sich noch verlängern.

Digital Equipment ist ein neues Opfer der schweren Erschütterungen am übersättigten US-Computermarkt. In der Rangliste der 500 größten amerikanischen Industrieunternehmen nimmt die noch junge Firma den 95. Platz ein; im vorletzten Jahr erreichten Umsatz und Nettogewinn 3,9 Milliarden und 417 Millionen Dollar. Die Aktiva machen vier Milliarden Dollar, die Zahl der Beschäftigten 67 100 aus. Der Digital-Aktienkurs stürzte um 28 auf 72,50 Dollar, als die Börse auf einen verringerten ersten Quartalsgewinn mit Untergangsstimmung reagierte. Er liegt um 65 bis 75 Prozent unter dem Vorjahr.

Die Reaktion der Investoren zeigt deutlich, daß sie den Höhenflug auch profilierter Computerunternehmen fürs erste als beendet ansehen. Digital Equipment hat ihren Nettogewinn zwölf Jahre ohne Unterbrechung gesteigert; im letzten Geschäftsjahr, das am 2. Juli schloß, sank er dann um 32 Prozent. Die Schwierigkeiten liegen im Bereich der Minicomputer, dem wichtigsten Produkt. Dieser Markt schrumpft, weil nun kleinere Personal Computer und billigere Standardcomputer angeboten werden. An der Wall Street ist allerdings auch von Management-Problemen die Rede. Nicht befriedigt werden kann zum Beispiel die Nachfrage nach einem neuen Superminicomputer und Disk-Geräten.

Ähnlich spannend ist das Geschehen um Gulf Oil, dem neuntgrößten US-Industrieunternehmen. Die Finanzgruppe, die von dem Mesa-Chef T. Boone Pickens geleitet wird, habe bisher für 630 Millionen Dollar 8,75 Prozent der Gulf-Aktien erworben. Obwohl vier inzwischen abgesprungen sind, stellten Banken weitere 210 Millionen Dollar als Kreditlinie bereit. Niemand glaubt, daß es sich hier um einen Aufkaufversuch handelt; immerhin setzt Gulf 75 mal soviel um wie Mesa. Vielmehr sieht es so aus, daß Pickens Gulf zu einer Teilliquidierung, zum Verkauf von Vermögenswerten oder der Bildung eines „Royalty Trust" zwingen will, der die wertvollsten Öl- und Erdgasaktiva des Großkonzerns enthalten würde. Das käme einer Teilung gleich, von der die Aktionäre profitieren würden.

Möglich ist aber auch, daß die Finanzgruppe nur den Aktienkurs nach oben treiben will, um später den Gewinn zu kassieren. Pickens hat das schon des öfteren durchexerziert. So im Sommer 1982, als Mesa die Cities Service Co. in die Arme der Occidental Petroleum Co. trieb und dabei 32 Millionen Dollar verdiente. Danach verlor Mesa bewußt das Wettrennen um die General American Oil Co. of Texas, die von der Phillips Petroleum Co. geschluckt wurde. Hier betrug der Aktiengewinn 45 Millionen Dollar. Im vergangenen Monat ließ sich Pickens eine Beteiligung von drei Prozent an der Superior Oil Co. teuer abkaufen. Die Wall Street zittert um Amerikas fünftgrößten Ölkonzern, der 1982 mehr als 28 Milliarden Dollar umsetzte und unterm Strich 900 Millionen Dollar verdiente.

GHH / Konzernchef Lennings bietet Rücktritt an

Zank um die MAN-Sanierung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nicht die erforderliche einhellige Zustimmung seiner Großaktionäre hat Manfred Lennings (49) als Vorstandsvorsitzender der Holding Gutehoffnungshütte Aktienverein AG (GHH), Oberhausen, für sein Sanierungskonzept bei der großen Tochter MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG gefunden, das er mit befristetem Doppel-Vorstandsvorsitz bei GHH und MAN begleiten wollte. Das aus Großaktionärskreisen vom Commerzbank-Aufsichtsratsvorsitzenden Paul Lichtenberg favorisierte „Gegenkonzept" reicht nach Ansicht von Lennings nicht aus. Als Konsequenz daraus, wie gestern kurz berichtet, hat der seit acht Jahren an der Spitze des größten europäischen Maschinenbaukonzerns stehende GHH-Chef dem Aufsichtsrat seinen Rücktritt angeboten. Darüber wird am 8. November entschieden.

Gebt Lennings, was derzeit als das Wahrscheinlichste gilt, so dürfte Klaus Götte (51) sein Nachfolger werden. Der gelernte Jurist, in der Vogelsang-Ära bei Krupp Finanzdirektor, danach Allianz-Vorstand, von 1980 bis 1982 Flick-Gesellschafter, wurde Anfang 1983 als Vertrauensmann des GHH-Großaktionärs Allianz in den MAN-Aufsichtsrat entsandt. Nach dem Konzept von Lennings sollte er dort diesen im Vorsitz ablösen. Offenbar aber haben die von Götte entwikkelten MAN-Sanierungsvorschläge zumindest bei Lichtenberg mehr Gegenliebe gefunden.

Jedes der beiden bislang nur bruchstückhaft bekanntgewordenen Konzepte zielt zumal in den größten MAN-Verlustbereichen auf Straffung nebst deutlichem Personalabbau. Der gesamte MAN-Bereich (75,19 Prozent von 429,6 Mill. DM Aktienkapital bei GHH) hatte 1982/83 (30. 6.) bei 8,8 Mrd. DM Umsatz und 59 000 Beschäftigten etwa 300 Mill. DM Betriebsverlust, der voraussichtlich zur Hälfte ausgewiesen wird. Der MAN-Umsatz macht gut die Hälfte des GHH-Gesamtgeschäfts aus. An 583,2 Mill. DM Grundkapital der GHH-Holding (davon 151,2 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien) sind die durch Poolvertrag verbundenen Großaktionäre Haniel-Familie und REGINA Verwaltungs mbH (¾ Allianz, ¼ Commerzbank) mit 51 Prozent der Stimmrechte beteiligt.

FUJITSU / Komplettangebot für Mikrorechner

Keine Dumping-Strategie

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Von einer Verkaufsstrategie, die nicht nur entfernt an die „Kollegen" aus der Autiondustrie erinnert, erhofft sich der japanische Ableger Fujitsu Mikroelektronik GmbH, Frankfurt, Erfolge am deutschen Kleinstcomputermarkt: Die Mikrocomputer werden in einer kompletten Grundausstattung mit Bildschirm, Diskettenspeicher und drei Einstiegsprogrammen (Textverarbeitung, Finanzbuchhaltung und Grafik-Darstellung) zu Preisen geliefert, von denen man sich einen deutlichen Vorsprung vor der Konkurrenz verspricht.

Nahziel des Einstiegs in den deutschen Mikrocomputer-Markt, der ausschließlich über qualifizierte Fachhändler bedient werden soll, ist ein Umsatz allein in diesem Bereich von 50 Mill. DM im Jahr, hinzu kommen noch rund 80 Mill. DM aus dem Bauelementegeschäft.

In Japan ist Fujitsu der größte Computeranbieter noch vor der IBM. In Europa wie auch in den USA werden die Großrechner des einstigen Nachrichtentechnik-Konzerns bislang von Handelspartnern vertrieben: Siemens, ICL, Amdahl. Computer und Industrieroboter (Marke „Fanuc") trugen 1982/83 (31. 3.) fast 60 Prozent zum Weltumsatz von umgerechnet knapp 10 Milliarden Mark (plus 20 Prozent) bei. Darin sind die „Mikros" noch nicht einmal enthalten: Bezeichnenderweise werden sie gemeinsam mit der Bauelementesparte geführt, die 16 Prozent der Umsätze brachte. Daß Fujitsu im Gegensatz zu großen Teilen der weltweiten Branche den Reingewinn im vergangenen Jahr um 52 Prozent auf 4[illegible]3 Mill. DM gesteigert hat, deutet nicht eben auf Dumping-Strategien hin.

Umsatzrückgang bei Benteler-Gruppe

dpa/VWD, Paderborn

Die Stahlverarbeitungsgruppe Benteler, Paderborn, mußte 1982 einen Umsatzrückgang um 8,3 Prozent auf 1,61 (1,75) Mrd. DM hinnehmen. In dieser Zahl sind die Ergebnisse der Benteler-Werke AG, der Paderwerk Gebr. Benteler GmbH + Co. sowie der Benteler Stahl- und Röhrenwerke GmbH + Co. berücksichtigt. Nach den im Bundesanzeiger veröffentlichten Angaben war die Umsatzentwicklung in der Benteler-Werke AG 1982 mit einer Zunahme um 6,4 Prozent auf 459,55 (431,71) Mill. DM und im Konzernbereich 5,7 Prozent auf 460,25 (435,54) Mill. DM positiv. Bei den beiden anderen Unternehmen waren die Umsätze dagegen deutlich rückläufig. Das Stammhaus investierte 52,64 (17,86) Mill. DM.

Schneider wieder in schwarzen Zahlen

dpa/VWD, Bad Kreuznach

Die Optischen Werke Jos. Schneider GmbH, Bad Kreuznach, nach dem Konkurs seit Dezember 1982 unter der Geschäftsführung Heinrich Mandermanns, schreiben wieder „konstant schwarze Zahlen". Das Unternehmen habe für die ersten neun Monate 1983 einen Umsatz von 27 Mill. DM erzielt, berichtete Mandermann. Bis zum Jahresende rechnet er mit einem Umsatz von 38 Mill. DM, die von etwa 380 Beschäftigten erwirtschaftet werden. Seit der erneuten Gründung im Dezember 1982 ist die Belegschaft wieder um zehn Prozent aufgestockt worden. Bis zum Konkurs im September letzten Jahres hatten die Optischen Werke mit ihren damals 850 Beschäftigten innerhalb von acht Monaten einen Umsatz von 32 Mill. DM erzielt.

Bankier Simon gestorben

Friedrich Simon, einer der „großen alten Männer" des deutschen Nachkriegs-Bankwesens, Gründer, Partner, später Aufsichtsratsvorsitzender und seit 1972 Ehrenvorsitzender der Simonbank AG, Düsseldorf, ist im Alter von 81 Jahren gestorben. Der gebürtige Ostpreuße, nach verschiedenen Tätigkeiten im Prüfungs- und Bankwesen und als langjähriger Sprecher der Bank für Gemeinwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, gründete Simon 1959 „seine eigene Bank", das damalige Bankhaus Friedrich Simon KGaA. Auch als das Institut in den jetzt fast vollständigen Besitz der Bayerischen Vereinsbank überging, behielt es den Namen des Mannes, der über Jahre mit dem Wiederaufbau von Wirtschaft und Kreditwesen verbunden war. (Py.)

Die WELT berichtet von der Anuga

Konsequenter Schritt

Jeder fünfte Weinbrand, der heute in der Bundesrepublik getrunken wird, kommt aus Elsfleth an der Unterweser, aus dem Hause Pabst & Richarz, dem inzwischen drittgrößten Weinbrenner in unserem Lande. Entstanden ist das Unternehmen erst 1969 aus den ursprünglich rheinischen Brennereien des Wilh. Jos. Richarz und des Hermann Papst. Beide erzielten im Jahr ihrer Fusion einen Gesamtumsatz von 49 Mill. DM.

Im Geschäftsjahr 1981/82 war dieser Umsatz bereits auf 240 Mill. DM gestiegen, trotz Branntweinsteuererhöhung ein Absatzplus von 16 Prozent. Die gleiche Umsatzhöhe wurde auch im letzten Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) wieder erzielt, sie bedeutete jedoch erstmalig einen Absatzverlust von 6 Prozent, mit dem man im Vergleich zur Branche noch glimpflich davon kam. Nach wie vor bedient die Pabst & Richarz GmbH den Markt mit preiswerten Spirituosen, produziert zahlreiche Eigenmarken namhafter Handelsunternehmen. „Mit durchgängig strengstem Kostenbewußtsein ist gleichzeitig auch eine Qualitätsgarantie möglich", erläutert Geschäftsführer Claus Steinacker das Konzept.

Aktiv ist man seit Jahren jedoch auch im Import-Bereich, mit Whisky, französischen Markenspirituosen, aber auch mit Vermouth, Sherry, Portwein und Aperitifs, seit 1980 auch mit Wein. Ein weiteres Standbein des Unternehmens ist das Industriegeschäft mit Destillaten. Der Schritt ins eigenständige Markenartikelgeschäft wurde 1980 getan und im folgenden Jahr durch die inzwischen erworbene Tochtergesellschaft Tisserand GmbH intensiviert. Der Weinbrand dieser Marke hat sich inzwischen am Markt etabliert. H. HILDEBRANDT

Sortiment für Discountbereich

Die 1980 von fünf Großmolkereien aus dem Bundesgebiet und Berlin mit Segen des Kartellamtes gegründete Arbeitsgemeinschaft Milch verstand sich ursprünglich als Spezialisierungskartell für den Vertrieb hochwertiger Milch-Frischprodukte. Seit 1981 vermarktet sie mit Erfolg unter der Marke „Tiffany" zahlreiche Produkte mit Spezialitäten-Charakter. Schon 1982 konnte der Umsatz verdoppelt werden, für 1983 wird mit einem weiteren Umsatzplus von 15 bis 20 Prozent gerechnet. Die ursprüngliche Konzeption, nur hochpreisige Artikel anzubieten, mußte unter dem Zwang der konjunkturellen Entwicklung jedoch revidiert werden. Die Mitglieder haben daher beschlossen, ihr Tiffany-Sortiment zu verbreitern und Produkte in das Angebot aufzunehmen, die bis in den Discountbereich hineinreichen. (hdt.)

Zuversicht nach der „Messe der Rekorde"

Als „Bombenerfolg" und eine „Messe der Rekorde" ist gestern die Anuga, die weltgrößte Messe der Ernährungsbranche, zu Ende gegangen. Wie die Kölner Messegesellschaft mitteilte, informierten sich 170 000 Fachbesucher aus 111 Ländern über das Angebot, das mehr als 4800 Unternehmen der Ernährungswirtschaft vorgestellt hatten.

Die Zuversicht in eine künftig günstigere konjunkturelle Entwicklung sei durch das „äußerst lebhafte Interesse" des Handels und der Fachleute aus den Bereichen Gastgewerbe, Gemeinschaftsverpflegung und Nahrungsmittelhandwerk bestätigt worden. Größer als in früheren Jahren war nach Angaben der Messe-Veranstalter auch der Umfang der Auslandsgeschäfte. Die Hersteller fast aller Warengruppen berichteten hier über gute Exportaufträge. (dpa)

Volma: Erfolg mit modischem Bereich

adh. Frankfurt

Steigende Tendenz bei Umsatz und Gewinn meldet die Volma Wirkwaren GmbH, Hechingen. Nach Investitionen von 8,5 (rund 2) Mill. DM in diesem Jahr, davon gut 6 Mill. DM für einen Neubau, sieht sich die deutsche Lizenznehmerin der Marke „Jockey" in der Lage, schneller und effektiver auf die „Saisonspitzen" zu reagieren, die ihr die Wandlung vom reinen Herrenunterwäsche-Anbieter zum modischen Herrenausstatter aufgezwungen hat. „Ohne Verlust von Marktanteil", so betont Geschäftsführer Gerd Hauschild, macht Jockey heute 23 Prozent seines Umsatzes mit Unterwäsche und bereits 77 (75) Prozent im modischen Bereich.

Daß die Jockey-Produzenten mit ihrer rechtzeitigen Hinwendung zum modischen Bereich auf das richtige Pferd gesetzt haben, zeigt sich auch daran, daß heute etwa dreimal so viel Umsatz wie vor zehn Jahren mit der gleichen Kundenzahl (rund 2000) gemacht wird.

Um dies zu bewerkstelligen, muß Jockey in zunehmendem Maße auf die Hilfe anderer Lizenznehmer (und Auslandsfertigung) zurückgreifen. In Hechingen selbst arbeiten 393 (380) Mitarbeiter; mit rund 8 Prozent höheren Aufträgen für das kommende Frühjahr als im vorigen Jahr sind sie für das erste Halbjahr 1984 vollbeschäftigt.

In diesem Jahr wuchs der Umsatz – gebremst durch die Bautätigkeit – in den ersten neun Monaten gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um vier Prozent. Die Preise für vergleichbare Artikel wurden nicht erhöht. Für das ganze Jahr rechnet Hauschild mit gut 70 Mill. DM Umsatz, im Jahr zuvor waren 68,7 Mill. DM erreicht worden.

VDO MESS- UND REGELTECHNIK / Ziel wird nicht erreicht

Druckmeßtechnik belastet Ergebnis

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die VDO Meß- und Regeltechnik GmbH in Hannover, Tochtergesellschaft der VDO Adolf Schindling AG, Frankfurt, wird ihr für 1983 angestrebtes Ziel, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwirtschaften, nicht erreichen. Helmut Viemann, Vorsitzender der Geschäftsführung, nennt als Gründe dafür die unbefriedigende Entwicklung des Unternehmensbereichs Druckmeßtechnik, aber auch nicht voll aufgegangene Erwartungen auf dem Gebiet der neuen Technologien. Derzeit seien intensive Bemühungen im Gange, um die in den Werken Frankfurt und Freiburg angesiedelte konventionelle Druckmeßtechnik zu bereinigen. Die entsprechenden Überlegungen seien aber noch nicht spruchreif.

Im Geschäftsjahr 1982 hat die Meß- und Regeltechnik GmbH zwar den Umsatz um 6,4 Prozent auf 93 (87) steigern können; gleichzeitig mußte aber die Mutter im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages einen auf rund 5 (3) Mill. DM erhöhten Verlust ausgleichen. Für das laufende Jahr rechnet Viemann mit einem Umsatz von knapp 100 Mill. DM. Der Verlust dürfte wieder das Niveau des Vorjahres erreichen.

Die Planungen für 1984 sind eher vorsichtig. Zwar zeichnen sich für das neue mikroprozessorgesteuerte Prozeßleitsystem „Micon" kräftige Zuwachsraten ab; die anderen Produktgruppen indes werden diese Entwicklung kaum nachvollziehen. Vom Gesamtumsatz entfällt derzeit gut die Hälfte auf Druckmeßgeräte, der Rest auf Prozeßtechnik. Daran wiederum hat „Micon" einen Anteil von 12 Prozent.

Positive Impulse verspricht sich Viemann von der Eingliederung der Motorenfertigung, die derzeit vom Werk Bebra nach Hannover gelegt wird. Neben der Druckmeßtechnik und den Prozeßgeräten verfügt die Meß- und Regeltechnik GmbH dann über ein drittes Standbein, das Handhabungsantriebe unter anderem für Computer und Roboter liefert.

Weiter forciert hat das Unternehmen die Aktivitäten im Bereich der Neuen Technologien. Die Zusammenarbeit mit der US-Firma Process Systems Inc., einer Tochter der Powl Industries, wird auf eine neue Grundlage gestellt. Die gemeinsame Entwicklungsgesellschaft in Costa Mesa betreibt zwar weiter die Grundlagenforschung; die Weiterentwicklung der Systeme und Teilprojekte aber wird in der Bundesrepublik vorgenommen.

Zufrieden zeigt sich Viemann mit der Auftragsentwicklung. Der Auftragsbestand sichere den 940 Mitarbeitern, davon 430 in Hannover, die Beschäftigung für die Dauer von drei Monaten. Mit der Eisen- und Hüttenindustrie sei für die Prozeßleittechnik eine weitere Branche erschlossen worden. Schwierigkeiten gebe es bei der Abwicklung einiger Ostblock-Aufträge. Die Auflagen und Genehmigungsverfahren der USA im Bereich der „High Technologie" verzögere die Auslieferung der Anlagen.

Sonderbewegungen bei den Aktien

Unsichere Gesamttendenz durch fehlende Auslandskäufe

DW. – Als sich am Börsenbeginn zeigte, daß Kaufaufträge aus dem Ausland für Aktien kaum vorlagen, versuchte die Börsenkulisse, ihre vorbörslich erworbenen Bestände wieder abzustoßen. Da gleichzeitig auch die private Kundschaft das in den vergangenen Tagen stark gestiegene Kursniveau zu Glattstellungen benutzen wollte, kam es zunächst auf breiter Front zu rückläufigen Notierungen. Eine Kursbesserung setzte erst nach den Cassakursen ein, als Kaufaufträge aus der Schweiz für eine gewisse Stimmungsbesserung sorgten. Aufgelockert wurde der Aktienhandel weiter durch einige Sonderbewegungen, die erkennen ließen, daß nach wie vor Risikobereitschaft in Anlegerkreisen vorhanden ist.

Im Mittelpunkt standen diesmal Thyssen-Aktien, die um 3,70 DM auf 86 DM anzogen. Von verschiedenen Banken werden diese Papiere wie auch Hoesch wegen der nach ihrer Meinung im kommenden Jahr zu erwartenden Stahlwende zum Kauf empfohlen. Um 14 auf 711 DM wurden Allianz-Aktien heraufgesetzt, eine Bewegung, die im Zusammenhang mit der festeren Tendenz auch anderer Versicherungspapiere gesehen werden muß. Im Maschinenbaubereich fielen IWKA-Aktien mit einem Anstieg von 3,50 DM auf 162 DM deshalb aus dem Rahmen, weil die Mehrzahl der Papiere dieses Bereiches schwächer tendierte.

Düsseldorf: Heinrich erhöhten um 11 DM auf 296 DM und Hein. Lehmann um 7,50 DM auf 200 DM. DAT stockten um 5 DM auf 330 DM auf und Stinnes um 5 DM auf 535 DM. Leffers gaben um 15 DM auf 400 DM nach und Pongs u. Zahn um 4 DM auf 84 DM. Dahlbusch VA verloren 3 DM auf 465 DM und Schiess 2 DM auf 123 DM.

Frankfurt: Größere Umtauschoperationen gab es von VW in Bankaktien. Daher gingen VW um 4 DM auf 223,50 DM zurück. Fest waren Thyssen mit 86,50 DM plus 4,20 DM, angeblich soll mit Krupp neu verhandelt werden.

Hamburg: HEW setzten mit 107 DM (plus 2 DM) ein und lagen danach bei 106 DM. NWK-Vorzüge gaben um 1 DM auf 172,50 DM nach. Phoenix Gummi fielen um 2,50 DM auf 152 DM und Bremer Vulkan um 1,90 DM auf 39,60 DM zurück. Haller Meurer wurden in der Kasse mit 166 DM (minus 4 DM) gehandelt.

München: Audi NSU erhöhten um 2 DM auf 280 DM und Dywidag um 4,50 DM auf 192 DM. Gehe AG nahmen um 1 DM auf 245 DM ab und Wanderer Werke um 5 DM auf 260 DM. NAK Stoffe verbesserten sich um 3 DM auf 54 DM und Zahnräder Renk verloren 1,80 DM auf 365,20 DM.

Berlin: Dt. Hyp. Berlin konnten sich um 4 DM, Orenstein um 2,50 DM sowie Herlitz Stämme und Herlitz Vorzüge um 1,50 DM festigen. Berthold und DUB-Schultheiss lagen um 1 DM geringfügig freundlicher. DeTeWe und Schering wurden um 3 DM zurückgenommen.

Nachbörse: behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

	20. 10.	19. 10.		20.10.	19.10.		20.10.	19.10.		20. 10.	19. 10.
H AachM Beteil. 9	910	905	HaBrach. Jute *0	76G	76G	M En. Ostb. 5	305	310bG	H Holsten-Br. 6	275bG	275
H Aach. M. Vers. 6+1	375	375	H Breitenb.-C. *28	510G	510G	H Elikraft 0	47,2	47	F Holzmann 10	430,5	428
D Aach. Rück. 9+7,5	1518G	1310	H Br. Straßb. *0	–G	–G	B Engelhardt 7	346G	346G	D Hortea 0	171	169
D Aseag *4	165G	165G	H Br. Vulkan 0	40	41	D Erka 2,67	156	156	B Hw. Kayser *12	268T	268T
M Act-Gögg 0	106,2	107bG	H Br. Wollk. 4,5 + 1,5	126bG	124	M Erlus 10	475B	475B	D Hussel 7	267	271
H Adca 0	126	128,2	F BBC 6	228	226,7	M Erste Kulmb. 8	845G	845	D Huta Heg. 0	110G	110G
D Adler 9	291G	291G	S BSU Textil %28	1300	1300G	S esbi *0	18,3bB	18,9bG	M Hutschenr. 9	245bB	245b
F Adt AG 4	160,5	161,5	D Buckau-W. 0	113G	113G	S Essl. Masch. *10	520G	520G	H Hypo Hbg. 10+2,5	434G	434G
F AEG-Telef. 0	82	84,5	D Buderus *12	446G	446G	M Esterer **10	540B	540B			
D AEG-Kabel 7,5	247G	247	M Bgl. Br. Ing. *11+1	750G	750G	D Farb. Liqu. RM 0	10,65	10,9	D IKB 7	189,5	197
S Aesculap 8	320	318	S Bgl. Brh. Rav. *0	365G	365G	F Flachglas 8	290	292bG	S IWKA 0	160	158
F AGAB 5	135	135	S Calw D. **18	670G	670G	D Ford *0	1100G	1100	M Isar-Amper 6	330bG	332b
D Agrippina *7	590G	590G	F Cassella *7	495bG	499	B Forst Ebn. *4	1920G	1920G	D Isenbeck *9,5	303	305G
M Agrob *0	355bG	355bG	F Ceag 0	114,5	112	M Fr. Übld.W. 5	305bG	305bG	H Jacobsen *8	615G	615G
M dgl. Vz. *0	336,2	335,2	F Chem. Vw. *0	290	287	F Frf. Hypo 11	548	547	H Jute Bremen *3	162G	158G
M Alz. Kaufb. *17	1000G	1000G	D Colonia 5	267	265	F Frankona R. 8	438,5G	438			

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Umnotierte Werte

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

	19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.		19. 10.	18. 10.		19. 10.
Delta Airlines	36	35,75	Pfizer	41,125	41,625	Husky Oil	4,38	4,50	Barclays Bank	[illegible]
Digital Equipm.	77	78,75	Phibro	27,375	27,50	Bow Valley	24,75	25	Beecham	301
Dow Chemical	34,50	34,75	Philips Petroleum	33,75	33,625	Brenda Mines	16,50	17	Bowater	199
Du Pont	51,75	51,50	Philip Morris	69,375	68,75	Brunswick M. & Sm.	18,75	18,25	B. A. T. Industries	138
Eastern Gas-Fuel	24,625	25	Pittston	16,50	16,50	Cdn. Imperial Bk.	30,875	30,625	Br. Leyland	55
Eastman Kodak	69,50	70,50	Polaroid	34,50	34,375	Cdn. Pacific Ltd.	48,875	48,75	British Petroleum	424
Exxon	39	39,25	Prime Computer	15,65	15,50	Cdn. Pacif. Enterpr.	22,75	22,875	Burmah Oil	–
Fabergé	22,25	22,75	Procter & Gamble	57,75	57,75	Cominco	59	58,625	Cadbury Schweppes	96
Firestone	21	21,25	RCA	33	32,75	Coseca Res.	3,60	3,70	Charter Cons.	218
Fluor	18	8,25	Revlon	31,50	31,75	Denison Mines	43,875	43,25	Cons. Gold. Fields	479
Ford	65,875	67,625	Reynolds Ind.	61,75	61,375	Dome Petroleum	4,70	4,80	Cons. Murchison	–
Foster Wheeler	16,375	16,50	Rockwell Int.	30,625	31	Domtar	26,625	27,625	Courtaulds	97
Fruehauf	46,875	47,75	Rorer Group	26,875	27,125	Falconbridge Nickel	72,25	73,50	De Beers 5	7,85
GAF Corp.	15,875	15,75	Schlumberger	54,125	53,375	Great Lakes Paper	79	82	Distillers	211
General Dynamics	54	55	Sears, Roebuck	38,25	38	Gulf Canada	18,25	18,375	Driefontein $	29,12
General Electric	53,375	52,75	Shell Oil	45,125	42,50	Gulfstream Res.	1,05	1,05	Dunlop	52

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

	19. 10.	18. 10.
Barclays Bank	[illegible]	434
Beecham	301	305
Bowater	199	197
B. A. T. Industries	138	139
Br. Leyland	55	58
British Petroleum	424	424
Burmah Oil	–	153
Cadbury Schweppes	96	97
Charter Cons.	218	221
Cons. Gold. Fields	479	492
Cons. Murchison	–	–
Courtaulds	97	92
De Beers 5	7,85	8,00
Distillers	211	211
Driefontein $	29,12	30,12
Dunlop	52	53

Amsterdam

[illegible]

Mailand

[illegible]

	19. 10.	18. 10.
Lepetit St.	26400	25900
Magneti Marelli	866	860
Mediobanca	63900	63900
Mondadori	2556	2527
Montedison	185	179
Olivetti Vz.	2965	2970
dgl. St.	3165	3130
Pirelli SpA	1470	1425
Rinascente	320	320
RAS	136800	136500
S. A. I.	12010	11850
SIP	1561	1570
Snia Viscosa	1140	1118
STET	1650	1660
Index	–	182,13

Wien

	19. 10.	18. 10.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	212
Gösser-Brauerei	316	319
Länderbank Vz.	212	211
Österr. Brau AG	290	287
Perlmooser	335	340
Reininghaus	379	375
Schwechater Br.	179	171
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	150	150
Universale Hoch Tief	224	220
Veitscher Magnesit	201	209
Index	54,50	54,95

Tokio

[illegible]

	19. 10.	18. 10.
Tokyo El. Power	1060	1060
Toray	408	418
Toyota Motor	1250	1240
Index	679,80	674,89

Kopenhagen

	19. 10.	18. 10.
Den Danske Bank	288	278
Jyske Bank	698	595
Kopenh. Handelsbk.	247	242
Novo Industri	3150	3215
Privatbanken	284	277
Ostasiat. Komp.	177	175
Dan. Sukkerfabr.	764	755
For. Bryggerier St.	1210	1180
Kgl. Porc. Fabr.	390	380

Zürich

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Brüssel

	19. 10.	18. 10.
Arbed	–	1250
Brux. Lambert	2535	2535
Cockerill Ougrée	175	175
Ebes	2215	2220
Gevaert	2430	2420
Kreditbank	–	4300
Pétrofina	5480	5540
Soc. Gén. d. Belg.	1700	1725
Sofina	4880	4905
Solvay	3385	3405
UCB	3905	4030
Index	125,15	126,07

Madrid

[illegible]

Singapur

	19. 10.	18. 10.
Cycle + Car.	6,75	6,75
Cold Storage	5,00	5,00
Dev. Bk. of Sing.	9,45	9,45
Fraser + Neave	4,25	4,26
Kl. Kepong	3,14	3,12
Mal. Banking	9,55	9,45
Nat. Iron	4,70	4,70
OCBC	10,90	10,90
Sime Darby	2,48	2,45
Singapur Land	5,90	5,95
Un. Overs. Bank	5,45	5,40

Paris

[illegible]

Sydney

[illegible]

	19. 10.	18. 10.
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	12,05	11,95
Coles	4,50	5,57
CRA	5,42	5,40
CSR (Thales)	3,80	3,75
Metals Expl.	0,78	0,78
MIM-Holdings	3,57	3,58
Myer Emporium	1,68	1,67
North Broken Hill	3,05	2,98
Oakbridge	1,10	1,05
Peko Wallsend	4,64	4,60
Poseidon	4,48	4,45
Thomas Nat. Tr.	1,83	1,82
Waltons	0,54	0,53
Western Mining	3,66	3,60
Woodside Petr.	1,25	1,19
Index	484,8	479,8

Optionshandel

Frankfurt: 19. 10.: 1065 Optionen = 56 150 (78 800) Aktien, davon 258 Verkaufsoptionen = 12 850 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-80/9, 1-85/7, 4-90/7,60, 4-95/6, 4-100/5, 7-95/8,50, 7-95/8,50, 7-100/6, Siemens 1-330/46, 1-340/40, 1-348,05/32, 1-350/31, 1-360/23,50, 1-370/16,60, 1-380/9,10, 1-390/7,50, 4-350/42, 4-360/30, 4-380/21, 4-390/11, 7-400/13,20, Veba 1-180/5,30, 4-170/16,90, 4-180/11,60, 7-180/15, 7-200/7,60, Basf 1-134,30/28, 1-149,30/13, 1-150/12,90, 1-160/6,10, 1-170/2,30, 4-150/17,90, 4-160/11,50, 4-170/6, 4-180/4,60, 170/13, Bayer 1-150/12,90, 1-160/7,70, 4-150/19,90, 4-160/11,95, 4-170/6, 7-160/16, Hoechst 1-134,50/36, 1-140/33, 1-150/20,20, 1-160/11,60, 1-170/7,20, 1-160/20, 4-170/12, 4-180/7, 7-170/17,20, 7-180/10, BMW 1-400/13, VW 1-180/53, 1-190/43, 1-200/38, 1-210/28,20, 1-220/18, 1-230/12, 1-250/4,70, 4-220/30, 4-230/22,50, 4-240/15, 4-250/12, 4-260/6,85, 4-270/5,50, 7-250/15, 7-260/11,50, 7-280/5, Conti Gummi 1-110/12,40, 1-120/6,10, 4-100/26, 4-110/16,40, 4-120/9,10, 4-130/6, Lufthansa St. 1-130/7, Lufthansa Vz. 4-130/7,50, Commerzbank 1-160/24, 1-170/15,20, 1-180/8,15, 1-190/4,60, 1-200/2,40, 4-160/30, 4-170/18,90, 4-180/13,10, 4-190/10, 4-200/4,60, 7-190/12,60, 7-210/4, Dt. Bank 1-300/20, 1-310/15, 1-320/9,20, 4-320/18, 4-330/12,60, 4-350/7,85, 7-320/28, Dresdner Bank 1-170/19, 1-180/8,70, 1-180/4,60, 1-200/3, 4-170/20, 4-180/12,10, 4-190/8,60, 4-200/4,40, 7-190/10,50, Hoesch 1-90/14,40, 1-100/6, 1-120/1,50, 4-85/15, 4-100/10,40, 4-110/5,90, 7-100/14,50, 7-120/8, 7-130/3,40, Mannesmann 1-140/8, 1-150/4,80, 1-160/2,20, 4-140/12,80, 4-150/8,40, 4-160/4,60, 7-140/19,60, 7-160/7, Preussag 1-262/12,60, 4-260/23, Thyssen 1-70/14, 1-75/9, 1-80/5,90, 1-85/3,40, 1-90/2, 4-70/15, 4-80/8,60, 4-85/6,40, 4-90/4,50, 7-80/12, 7-85/8,60, 7-90/7,05, Bayr. Vereinsbank 4-320/36,20, 7-320/30, 7-330/17,10, BHF 4-280/28,90, 7-290/26, BBC 1-220/12, 4-220/26, Daimler 1-600/60, 1-610/42, 1-620/37,50, 1-640/20, Babcock St. 1-170/20,50, 1-180/10, 4-170/24, 4-180/17,20, Kloeckner 4-45/3,50, 7-45/4,50, Mercedes 4-520/69, 4-590/20, RWE St. 4-180/9, VEW 1-120/8,70, Chrysler 4-90/6, 7-85/9,40, Sony 1-40/4,10, Royal Dutch 4-120/13, Elf 1-60/4,10, 4-60/6,40. Verkaufsoptionen: AEG 1-80/1,80, 1-85/3, 4-80/2,60, 4-85/6,40, 7-85/6,80, Siemens 1-340/2, 1-350/3, 1-360/5, 4-350/4,70, Bayer 1-150/1,90, Hoechst 1-170/4,50, BMW 1-390/5, 4-390/5, 7-350/2,50, VW 1-220/1,90, 1-230/5,30, 1-240/14, 4-210/1,80, 4-220/3,50, 4-230/7,10, 7-220/5,40, 7-230/9,40, Conti Gummi 4-110/1,30, 4-120/5, Lufthansa St. 4-130/9, Commerzbank 1-170/2,85, 4-170/4,70, Dt. Bank 1-300/3,90, 1-310/5,80, Dresdner Bank 1-170/2, 4-180/6,20, 7-180/8, Hoesch 4-95/2,50, 4-100/4, 7-95/4, 7-100/6,80, Mannesmann 7-130/3,40, 7-140/7,50, Preussag 7-260/12, Thyssen 4-75/2,95, BHF 1-290/6,50, BBC 7-210/6, 7-230/11,40, Daimler 7-640/30, Babcock St. 1-180/9, Degussa 7-360/20,60, GHH St. 7-150/6, Kali + Salz 1-200/1,80, Karstadt 4-260/5, Chrysler 1-80/4,60, 4-80/6,70, Litton 1-160/4,50, 4-170/10,40, Xerox 1-100/3,40, 7-110/12,90, Royal Dutch 1-120/5, Elf 4-60/5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¼– 9½	5⅝–5¾	3⅞–4
3 Monate	9½– 9¾	5⅝–5⅞	4⅛–4⅜
6 Monate	9⅝– 9⅞	5¾–6	4¼–4½
12 Monate	9⅞–10⅛	6–6¼	4⅜–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1405,00	1715,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1098,00	1303,26
5 US-Dollar (Liberty)	445,00	598,50
1 £ Sovereign alt	232,00	287,28
1 £ Sovereign Elizabeth II	228,00	282,72
20 belgische Franken	181,00	233,70
10 Rubel Tscherwonez	242,00	305,34
2 südafrikanische Rand	228,00	282,72
Krüger Rand, neu	1027,00	1210,68
Maple Leaf	1026,00	1209,54
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	242,00	303,24
20 schweiz. Franken „Vreneli"	201,00	253,08
20 franz. Franken „Napoléon"	196,00	247,38
100 österr. Kronen (Neuprägung)	947,00	1143,42
20 österr. Kronen (Neuprägung)	188,00	238,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	430,00	530,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	139,08

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

20. 10. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs[4]	Ankauf	Verkauf
New York[2])	2,5967	2,5047	2,5880	2,54	2,63
London[1])	3,875	3,889	3,849	3,82	3,97
Dublin[1])	3,091	3,105	3,048	3,01	3,16
Montreal[3])	2,1003	2,1083	2,0886	2,05	2,14
Amsterd.	88,855	89,075	88,885	88,00	90,00
Zürich	122,900	123,100	123,00	121,75	124,50
Brüssel	4,898	4,908	4,853	4,72	4,94
Paris	32,625	32,785	32,025	31,50	33,50
Kopenh.	27,470	27,590	27,19	26,50	28,50
Oslo	35,300	35,420	34,83	34,50	36,25
Stockh.**)	33,240	33,400	32,82	32,25	34,00
Mailand[2]) **)	1,638	1,648	1,593	1,61	1,71
Wien	14,199	14,239	14,198	14,10	14,32
Madrid**)	1,713	1,723	1,639	1,65	1,77
Lissabon**)	2,090	2,110	1,97	1,70	2,50
Tokio	1,1130	1,1150	–	1,07	1,13
Helsinki	45,900	46,100	44,99	45,00	46,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,7420	2,8130	–	2,00	2,89
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3575	2,3835	–	2,32	2,42
Johannesbg.*)	2,2795	2,3055	–	2,10	2,35

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Trotz System-Repose der Fed und trotz eines starken Rückgangs der Neubauvorhaben um 13,5 Prozent im September schloß der Kurs in New York am Vortag knapp unter 2,60 nach einem zeitweiligen Tief von 2,5850. Nachfrage an der IMM in Chicago bewirkte diese Kursveränderung. In Europa entwickelte sich am 20. 10. daraufhin nur geringe Unternehmungslust. Man handelte zwischen 2,5580 und 2,5930. Die günstigen Perspektiven für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, die Bundesbankpräsident Pöhl gestern in einem Vortrag in Frankfurt abgab mit einem möglichen Wachstum des Bruttosozialprodukts um 2,5 Prozent in 1984, blieb ohne Auswirkung auf den D-Mark-Kurs. Die amtliche Notiz wurde mit 2,5907 ohne Beteiligung der Bundesbank festgestellt. Die erneut ausgebliebene Diskontsenkung in Japan verhalf dem Yen zu einem Kursgewinn von 3,2 Promille auf 1,1135. Die übrigen Währungen entwickelten sich unterschiedlich. US-Dollar in: Amsterdam 2,9126; Brüssel 52,91; Paris 7,9220; Mailand 577,30; Wien 1822,20; Zürich 2,1069; Ir. Pfund/DM 3,098; Pfund/Dollar 1,4984.

Ostmarkkurs am 20. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

In allen Bereichen kam es am 20. Oktober nur zu unwesentlichen Veränderungen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,96/0,85	2,50/2,40	4,87/4,67
Pfund/Dollar	0,04/0,60	0,13/0,17	0,21/0,26
Pfund/DM	1,90/0,50	4,00/2,60	7,20/5,80
FF/DM	27/11	77/61	160/144

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20. 10.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,1–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20. 10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 20. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – [illegible] – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,90). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – [illegible] – 8,50 (7,60) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,25). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,[illegible], 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 7,[illegible].

Warenpreise – Termine

Mit größeren Verlusten schlossen die Gold- und Kupfernotierungen am Mittwoch an der New Yorker Comex. Silber ging um das Limit niedriger aus dem Markt. Während Kaffee uneinheitlich notierte, schloß Kakao behauptet die Sitzung.

Getreide und Getreideprodukte

	19. 10.	18. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	369,00	372,75
März	382,25	385,50
Mai	383,50	386,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board of. St. Lawrence 1 CW	240,18	240,50
Amber Durum	255,75	257,85
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	148,80	151,00
Dez.	149,20	154,20
März	156,00	161,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	132,20	134,50
Dez.	128,50	128,60
März	124,00	128,50
Hafer Chicago (c/bush)	19. 10.	18. 10.
Dez.	188,25	192,50
März	194,50	198,75
Mai	197,50	201,75
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	343,00	347,50
März	344,60	349,75
Mai	346,00	350,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	19. 10.	18. 10.
Okt.	135,10	137,90
Dez.	131,80	134,30
März	133,40	135,90

Genußmittel

	19. 10.	18. 10.
Kaffee New York (c/lb)		
Dez.	141,90	142,40
März	139,10	138,60
Mai	135,00	134,50
Kakao New York ($/t)		
Dez.	1944	1953
März	1972	1982
Terminkontr. Mai	2008	2008
Umsatz	3183	2874
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	10,25	10,50
März	10,76	10,98
Mai	11,10	11,39
Juli	11,37	11,68
Sept.	11,58	11,88
Umsatz	13 567	9 393
Ice-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	10,00	10,08
Kaffee London (£/t) Robusta-	19. 10.	18. 10.
Kontrakt Nov.	1924–1925	1908–1910
Jan.	1891–1892	1891–1892
März	1802–1803	1785–1796
Umsatz	2843	2186
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1408–1409	1427–1428
März	1412–1413	1432–1433
Mai	1428–1429	1445–1446
Umsatz	4039	3157
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	171,00–172,25	175,00–176,00
März	–	–
Mai	183,25–183,50	187,50–188,00
Umsatz	2965	1382
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	19. 10.	18. 10.
schw. Sarawakspez.	287,50	287,50
weißer Sarawak	380,00	380,00
weißer Muntok	382,50	382,50
Orangensaft New York (c/lb)	19. 10.	18. 10.
Nov.	126,40	125,00
Jan.	121,60	120,30
März	119,15	118,50
Mai	118,10	117,50
Juli	118,00	117,40
Umsatz	500	400

Öle, Fette, Tierprodukte

	19. 10.	18. 10.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	53,00	53,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,50	28,00
Sojaöl Chicago (c/lb)		
Okt.	30,20	31,50
Dez.	30,67	31,85
Jan.	30,83	31,80
März	30,95	31,95
Mai	30,97	31,30
Juli	30,40	30,10
Aug.	29,50	28,25
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	32,00	32,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,00	17,50
Choice white hog 4% fr. F.	14,50	14,50
Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	16,50	16,50
bleichfähig	16,25	16,25
yellow max. 10% fr. F.	14,50	14,50
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	41,75	41,52
Dez.	42,95	42,25
Febr.	46,00	45,35
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	61,80	61,50
März	61,70	61,57
Mai	63,45	63,35
Häute Chicago (c/lb)	19. 10.	18. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,00	54,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	842,00	867,00
Jan.	860,00	882,00
März	871,00	903,00
Mai	875,00	904,00
Juli	865,00	894,00
Aug.	836,00	861,00
Sept.	758,00	778,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	229,50	234,00
Dez.	233,50	238,50
Jan.	235,50	239,00
März	235,50	241,00
Mai	235,50	241,00
Juli	235,50	242,50
Aug.	226,00	231,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	19. 10.	18. 10.
Okt.	378,00	382,50
Dez.	384,50	388,00
März	390,00	401,50
Kokosöl New York (c/lb)	19. 10.	18. 10.
Westküste fob Werk	39,50	39,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	20. 10.	19. 10.
jegl. Herk. cif	1065,00	1075,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	595,00	615,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	677,50	685,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	200,00	205,50
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	875,00	885,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	320,00	322,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	19. 10.	18. 10.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	79,90	78,25
Dez.	80,85	79,40
März	81,45	80,10
Mai	81,50	80,55
Juli	76,40	75,65
Okt.	75,25	74,85
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	59,00	59,00
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	19. 10.	18. 10.
Dez.	419–421	420–424
Jan.	418–421	418–419
März	421–423	422–424
Umsatz	81	11
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	19. 10.	18. 10.
Dez.	46,30	46,30
März	45,80	46,80
Mai	47,20	47,20
Juli	47,60–48,00	47,50
Umsatz	4500	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	19. 10.	18. 10.
Okt.	545,0–550,0	549,0–552,0
Dez.	583,0	583,0–584,0
März	581,5–582,0	581,5–582,0
Umsatz	58	148
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	19. 10.	18. 10.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	19. 10.	18. 10.
Okt.	13 483	13 487
Nov.	13 570	13 566
Kautschuk London (p/kg)	19. 10.	18. 10.
Nr. 1 RSS loco	78,50–80,00	79,00–80,50
Nov.	79,60–80,20	79,10–80,50
Dez.	79,70–80,20	79,40–80,50
Jan/März	80,40–80,50	80,60–80,70
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	19. 10.	18. 10.
Nr. 1 RSS loco	256,50–257,50	255,50–256,50
Okt.	260,00–261,00	260,00–261,00
Nov.	265,00–266,00	262,50–264,00
Nr. 2 RSS Okt.	253,50–254,50	252,50–253,50
Nr. 3 RSS Okt.	249,50–250,50	249,00–250,00
Nr. 4 RSS Okt.	243,00–244,00	242,50–243,50
Tendenz: ruhiger stetig		
Jute London (£/lgt)	19. 10.	18. 10.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg: 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	20. 10.	19. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	111,03–111,13	112,76–112,86
drittfolg. Monat	114,34–114,43	115,77–116,07
Zink: Basis London		
laufend. Monat	228,09–228,28	230,57–230,96
drittfolg. Monat	232,37–232,56	235,63–236,01
Produz.-Preis	228,35	228,26
Reinzinn 99,9%	3638–3674	3640–3676

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	20. 10.	19. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz*)	379,38–381,71	381,51–383,84
Blei in Kabeln	118,75–119,75	120,50–121,52
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	20. 10.	19. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	346–358	346–359
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	386–391	388–391
MS 63	391–395	392–397

Zinn-Preis Penang

	19. 10.	18. 10.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,21	30,26

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	20. 10.	19. 10.
Leg. 225	428–438	428–438
Leg. 226	430–440	430–440
Leg. 231	460–473	460–463
Leg. 233	470–483	470–483

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	20. 10.	19. 10.
Platin (DM je g)	34,70	35,20
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	32 950	33 250
Rücknahmepr.	32 200	32 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 910	33 120
Rücknahmepr.	31 820	32 130
verarbeitet	34 530	34 760
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 555	32 900
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	805,20	838,00
Rücknahmepr.	777,00	808,70
verarbeitet	840,90	875,20

Internationale Edelmetalle

	20. 10.	19. 10.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	390,00	393,60
15.00	389,70	394,00
Zürich mittags	390,00–390,50	393,80–394,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 900	100 950
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	634,85	661,55
3 Monate	648,65	676,15
6 Monate	663,25	691,20
12 Monate	693,75	738,15
Platin (£-Feinunze)	19. 10.	18. 10.
London fr. Markt	263,85	266,50
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	97,05
f. Händlerpr.	96,40	97,05

New Yorker Preise	19. 10.	18. 10.
Gold H & H Ankauf	394,00	397,25
Silber H & H Ankauf	999,00	1017,00
Platin fr. Händlerpr.	394,00–396,00	400,00–405,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	143,50–145,50	145,00–147,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	956,00	1007,30
Nov.	960,80	1013,80
Dez.	968,00	1015,00
Jan.	976,60	1026,60
März	993,80	1040,00
Mai	1011,60	1058,10
Juli	1029,60	1079,60
Umsatz	35 000	25 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	19. 10.	18. 10.
Okt.	64,80	65,80
Nov.	65,05	66,10
Dez.	65,60	66,55
Jan.	66,35	67,30
März	67,60	68,60
Mai	68,90	69,90
Juli	70,40	71,40
Umsatz	15 000	6 000

Londoner Metallbörse

	20. 10.	19. 10.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1047,0–1047,5	1056,0–1057,0
3 Monate	1075,5–1076,0	1084,0–1085,0
Blei (£/t) Kasse	285,50–285,75	286,50–287,00
3 Monate	294,00–294,25	294,50–295,00
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	962,50–963,50	969,50–970,00
3 Monate	987,00–987,50	994,00–994,50
abends Kasse	–	965,00–966,00
3 Monate	–	990,50–991,00
(Kupfer-Standard)		
Kasse	940,00–940,50	942,00–944,00
3 Monate	964,50–965,00	968,00–969,00
Zink (£/t) Kasse	586,50–587,00	592,00–593,30
3 Monate	597,50–598,00	605,50–606,00
Zinn (£/t) Kasse	8540–8545	8530–8540
3 Monate	8630–8625	8615–8614
Quecksilber ($/Fl.)	–	310–320
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	79–82

Lech-Elektrizitätswerke Aktien-Gesellschaft, Augsburg

Wir laden hiermit die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der am

Mittwoch, dem 7. Dezember 1983, 17 Uhr

im Mozartsaal der Kongreßhalle, Augsburg, Gögginger Straße 10, stattfindenden **ordentlichen Hauptversammlung** ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1982/83 (1. Juli 1982 bis 30. Juni 1983) mit dem Geschaftsbericht des Vorstands, dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns und dem Bericht des Aufsichtsrats.
2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung.
3. Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983/84.

Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Veröffentlichung im „Bundesanzeiger" Nr. 199 vom 21. 10. 1983 und auf die den Aktionären von uns oder über ihre Depotbanken zugehenden Unterlagen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 1. Dezember 1983 während der üblichen Geschäftszeit bei der Kasse unserer Gesellschaft oder folgenden Stellen hinterlegen:

in Augsburg: Dresdner Bank AG, Deutsche Bank AG, Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, Bayerische Vereinsbank AG, Commerzbank AG, Fürst Fugger-Babenhausen Bank KG;

in München: Dresdner Bank AG, Deutsche Bank AG, Bankhaus Merck, Finck & Co, Bankhaus Reuschel & Co, Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, Bayerische Vereinsbank AG, Commerzbank AG;

in Berlin: Bank für Handel und Industrie AG, Bankhaus Delbrück & Co, Deutsche Bank Berlin AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Länderbank AG;

in Frankfurt/Main: Dresdner Bank AG, Deutsche Bank AG, Bankhaus Delbrück & Co, Bankhaus Grunelius & Co, Bankhaus Merck, Finck & Co, Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie, Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, Bayerische Vereinsbank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Länderbank AG;

in Hamburg: Dresdner Bank AG, Deutsche Bank AG, Bankhaus Delbrück & Co.

Die Hinterlegung kann mit Zustimmung einer dieser Hinterlegungsstellen für sie auch bei anderen Banken oder einer öffentlichen Kasse erfolgen; in diesem Falle müssen die Aktien bis zum Schluß der Hauptversammlung gesperrt bleiben.

Die Hinterlegung kann auch bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank erfolgen und ist dadurch nachzuweisen, daß vor Ablauf der Hinterlegungsfrist einer der genannten Anmeldestellen ein Hinterlegungsschein übergeben wird, in welchem die hinterlegten Aktien nach ihren Unterscheidungsmerkmalen (Gattung, Serie, Nummer) genau bezeichnet sind und in welchem vermerkt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Hauptversammlung bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank verwahrt bleiben.

Augsburg, den 11. Oktober 1983 — **Der Vorstand**

SÜDDEUTSCHE ZUCKER-AKTIENGESELLSCHAFT, MANNHEIM

Wertpapier-Kenn-Nr. 729 700

Kurzfassung des Jahresabschlusses 1982/83 – in Tausend DM –

BILANZ ZUM 28. FEBRUAR 1983

AKTIVA

	28. 02. 1983		28. 02. 1982	
Anlagevermögen				
Sachanlagen				
Vortrag aus dem Vorjahr	309.367		298.103	
Zugang	94.370		105.716	
Abgang	1.330		2.063	
Abschreibung	92.969		92.389	
		309.438		309 367
Beteiligungen		11.826		5.826
Wertpapiere		9.944		9.944
Ausleihungen		3.906		3.790
		335.114		328.927
Umlaufvermögen				
Vorräte:				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	52 845		60.243	
Unfertige Erzeugnisse	77.608		96 749	
Fertige Erzeugnisse, Waren	507.149		500.776	
		637.602		657.768
Geleistete Anzahlungen	2.799		3.273	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	56.675		56.487	
Übrige Forderungen	62.102		35.455	
		121.576		95 215
Flüssige Mittel		39.209		33.133
Wertpapiere		30.473		13.407
		828.860		799.523
Rechnungsabgrenzungsposten		631		874
		1.164.605		1.129.324

PASSIVA

	28 02 1983		28. 02 1982	
Grundkapital		85 800		85 800
Offene Rücklagen				
Gesetzliche Rucklage	38 258		38 258	
Freie Rücklage	40 200		30 200	
Rücklage für Substanzerhaltung	78 000		78 000	
		156 458		146 458
Sonderposten mit Rücklageanteil		82 071		82 608
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen		1 241		1 351
Rückstellungen				
Pensionsrückstellungen	133 521		124 288	
Rückstellung für Instandhaltung	21 746		24 264	
Andere Rückstellungen	287 102		247 140	
		442 369		395 692
Verbindlichkeiten aus langfristig zugesagten Kampagnekrediten				
Verbindlichkeiten gegenüber dem Südzucker-Unterstützungswerk	23 483		26 186	
Sonstige Verbindlichkeiten	28.571		34 286	
		52 054		60 472
Andere Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	297.140		312.358	
Übrige Verbindlichkeiten	30.260		27 382	
		327 400		339 740
Bilanzgewinn		17.212		17 203
		1 164.605		1 129.324

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. März 1982 bis 28. Februar 1983

	01. 03. 1982 - 28. 02. 1983		01. 03. 1981 - 28. 02. 1982	
Umsatzerlöse		1 618.063		1.514.629
Bestandsveränderung der Erzeugnisse		– 14.816		+ 53 454
		1.603.247		1.568.083
Andere aktivierte Eigenleistungen		5.315		5.263
Gesamtleistung		1.608.562		1.573.346
Materialeinsatz		1.035.277		1.084.605
Rohertrag		573.285		488.741
Erträge aus Beteiligungen	2.177		2 118	
Zinserträge	19.768		23.219	
Erträge aus Anlageabgängen und Zuschreibungen	2.944		12.614	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	731		24 415	
Übrige Erträge	5.516		6.259	
		31.136		68.625
		604.421		557.366
Personalaufwendungen	161.737		150.110	
Abschreibungen	92.968		92.389	
Zinsaufwendungen	17.550		21.829	
Steuern vom Einkommen, Ertrag, Vermögen	49.189		48.122	
Zuckersteuer	37.251		34.923	
Übrige Aufwendungen	218.557		182.826	
		577.252		530.199
Jahresüberschuß		27.169		27.167
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		43		36
		27.212		27.203
Einstellung in die freie Rücklage		10.000		10 000
Bilanzgewinn		17.212		17.203

Der vollständige Jahresabschluß, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutschen Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mannheim, trägt, wird im Oktober 1983 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Aufsichtsrat: Dr. Robert Ehret, Königstein/Taunus, Vorsitzender; Erich Herrmann*), Hamburg, stellv. Vorsitzender; Dr. Wilhelm Arendts, München; Ludwig Beyer, Biebesheim; *Werner Buch*), Grünstadt; Prosper Graf* zu Castell-Castell, Königstein/Taunus; Helmut Drescher*), Wattenheim/Pfalz; Harald Frank*), Donauwörth; Herbert Greipel*), Marxheim; Dr. Reinhold Kißling, Ludwigsburg-Monrepos; Peter Münsterer, Altheim über Essenbach; Karl Reinecker, Hofgut Heidesheim/Obrigheim; Wilhelm Schmidt*), Offenau; Josef Seyfler*), Barbing; Uwe Temme*), Hamburg, Stephan Freiherr Zobel von Giebelstadt zu Darstadt, Ochsenfurt.

*) von den Arbeitnehmern gewählt

Vorstand: Heinrich Ahlers, Weinheim/Bergstraße; Dr. Klaus O. Fleck, Mannheim; Dr. Karl Schneider, Mannheim; Dr. Christoph Kirsch, Weinheim/Bergstraße (stellv.)

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 19. Oktober 1983 hat beschlossen, aus dem Bilanzgewinn von 17.211 625,– DM des Geschäftsjahres 1982/83 einen Betrag von 17.160.000,– DM zur Ausschüttung einer Dividende von 10,– DM je Aktie im Nennwert von 50,– DM auf das Grundkapital von 85 800 000,– DM zu verwenden und den Restbetrag von 51 625,– DM auf neue Rechnung vorzutragen.

Die **Auszahlung der Dividende** erfolgt unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 36

ab 20. Oktober 1983

bei der Gesellschaftskasse in Mannheim, Maximilianstr. 10, und den Niederlassungen der nachstehend genannten Banken in Mannheim, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, München und Stuttgart

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Baden-Württembergische Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Dresdner Bank AG
Grunelius & Co

sowie in Mannheim und Frankfurt am Main

Commerzbank AG

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden, das bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Aktionären ebenso wie die Kapitalertragsteuer auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet wird.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamts eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Mannheim, den 19. Oktober 1983

Der Vorstand

Renten deutlich verbessert

Der Rentenmarkt profitierte von dem leichten Anziehen der US-Bondskurse, aber auch von dem nur noch geringfügig verbesserten Dollar. Nach wie vor wird davon ausgegangen, daß sich der Kapitalmarktzins bis zum Jahresende im 10jährigen Laufzeitbereich bis acht Prozent zurückbilden wird. Die letzte achteinviertelprozentige Bahnanleihe wurde zum Emissionskurs von 100 Prozent in den Handel eingeführt. Öffentliche Anleihen lagen bis zu 0,40 Prozentpunkte fester, DM-Auslandsanleihen zogen bis zu einem Viertelpunkt an. Die Pfandbriefrenditen blieben abermals unverändert.

NACHRICHTEN

Galopper-Wahl 1983

Köln (dpa) – Die Pferde Abary, Ordos und der Sieger der Jahre 1981 und 1982, Orofino, sind die Kandidaten für die Wahl zum Galopper des Jahres 1983. Das Ergebnis der Wahl wird am 11. Dezember in der ARD-Sportschau bekanntgegeben.

Box-WM: Curry siegte

Las Vegas (sid) – Der Amerikaner Bruce Curry verteidigte in Las Vegas seinen Box-Weltmeistertitel im Super-Leichtgewicht nach der Version des World Boxing Council (WBC) erfolgreich. Curry (27) schlug seinen Landsmann Leroy Haley einstimmig nach Punkten.

Bogen-WM: Zweite Plätze

Los Angeles (sid) – Die Damen-Mannschaft der deutschen Bogenschützen belegt nach dem ersten Tag der Weltmeisterschaft in Los Angeles zwei zweite Plätze. Miloslava Zahradnicek erzielte auf 70 m deutschen Rekord und liegt in der Einzelwertung (634 Punkte) hinter Jin Ho Kim (Südkorea, 641). In der Mannschaftswertung liegt das Damen-Team mit 1860 Punkten hinter Südkorea (1886), aber vor China (1832) und den USA (1818).

Handball: Erster Sieg

Niort (sid) – Bei den Weltmeisterschaften in Frankreich kam die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Juniorinnen durch ein 22:15 gegen Japan zum ersten Sieg. Sie trifft heute im Kampf um Platz 11 auf die Niederlande. 1981 hatten die Nachwuchs-Spielerinnen in Kanada noch Bronze gewonnen. Das Finale bestreiten am Samstag die UdSSR und die „DDR".

Frankfurt: Vier Kandidaten

Frankfurt (sid) – Eintracht Frankfurt will nicht vor Montag den Nachfolger von Trainer Branko Zebec benennen: Vier Kandidaten stünden dem Fußball-Bundesligaklub zur Auswahl, sagt Präsident Klaus Gramlich, ohne Namen zu nennen. Spekuliert wird vor allem um Wolfgang Solz (FC Erbach, Amateur-Oberliga) und Fahrudin Jusufi (Wattenscheid 09). Am Samstag, beim Spiel gegen Mönchengladbach, wird die Mannschaft von Jugendtrainer Klaus Mank und vom früheren Nationalspieler Jürgen Grabowski betreut.

ZAHLEN

BOGENSCHIESSEN

Weltmeisterschaft in Long Beach, Stand nach dem 1. Tag: Frauen-Mannschaftswertung: 1. Südkorea 1886, 2. Deutschland 1860, 3. China 1832. – Einzelwertung: 1. Ho Kim (Südkorea) 641, 2. Zahradnicek (Deutschland) 634, 3. Kazienko (Kanada) 627. – Männer, Mannschaftswertung: 1. USA 1861, 2. Südkorea 1829, 3. Finnland 1800 ... 10. Deutschland 1756. – Einzelwertung: 1. Pace (USA) 622, 2. Poikolainen (Finnland) 621, 3. Bjerendal (Schweden), McKinney (USA) je 620.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Wien, erste Runde: Edberg (Schweden) – Fibek (Polen) 6:4, 4:3, Fibak aufgegeben, Gottfried – Wilkinson (beide USA) 6:3, 6:4. – Grand-Prix-Turnier in Tokio, zweite Runde: Gullikson (USA) – Frawley (Australien) 6:7, 6:3, 6:4, Ocleppo (Italien) – Gehring (Deutschland) 6:7, 7:6, 6:4. – Dameneinzel, erste Runde: Nagelsen (USA) – Lechner (Deutschland) 6:4, 6:2. – Damenturnier in Brighton, erste Runde: Ruzici (Rumänien) – Reynolds (USA) 7:5, 6:1, Jausovec (Jugoslawien) – Suire (Frankreich) 6:3, 1:6, 6:2, Shriver (USA) – Holladay (USA) 2:6, 6:2, 7:5. – Zweite Runde: Barker (England) – Jexell (Schweden) 6:1, 6:2, Lloyd-Evert – Thompson (beide USA) 6:1, 6:0, Temesvari (Ungarn) – Shaefer (USA) 6:3, 6:1.

HANDBALL

Junioren-Länderspiel: Deutschland – Dänemark 25:21 (17:11).

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 4, 8, 11, 24, 28, 29, 32, Zusatzzahl: 15. – Spiel 77: 8 3 1 4 4 0 0. (Ohne Gewähr)

GEWINNQUOTEN

Mittwochslotto: Klasse 1: 454 717,60, 2: 27 283,–, 3: 3 202,20, 4: 69,60, 5: 6,70. (Ohne Gewähr).

EUROPAPOKAL / Nur noch Durchschnitt, aber Benehmen wie einst im Mai

Zum Erfolg fährt kein Lift, wer ihn haben will, muß schon Treppen steigen. Eine Binsenweisheit, die die Fußballprofis aus der deutschen Bundesliga vergessen haben, weil sie sich lieber in Sänften setzen, sich tragen lassen – nach allen Seiten hochnäsig ihr Volk grüßend?

Die in letzter Zeit oft Kritisierten haben genauso oft zurückgegeben: Vieles sei die reine Nörgelei, es sei wohl ein Zug der Zeit, Positives nicht mehr zu beachten und das Negative so lange zu wiederholen, bis alle Welt glaubt, es gäbe tatsächlich nichts Gutes mehr in den deutschen Stadien.

So grundsätzlich, selbstverständlich, kann auch der Fußball betrachtet werden. Selbst der, den Hamburg, Köln, Bremen und München am Mittwoch im Europapokal gespielt haben.

Ist es also Nörgelei, wenn festgestellt wird: „Es gibt hierzulande keinen Spitzenklub mehr, geschweige denn mehrere Spitzenmannschaften?" So hat es Udo Lattek gesagt, vielleicht ist gerade er dazu am besten in der Lage. Er kommt gerade aus Spanien in die Heimat zurück, beobachtet gleichsam noch von außen, wo die meisten hierzulande dazu neigen, immer noch die angeblich „stärkste Liga der Welt" als ihren Tellerrand zu sehen, über den hinauszublicken es sich nicht lohnt. Wohl wahr, daß das Geschrei von einer

STANDPUNKT

Krise den meisten auf den Nerv geht. Sagen wir also nicht Krise, sondern (vorübergehender?) Rückfall in die Durchschnittlichkeit.

Umdenken tut auf alle Fälle not.

Die Bundesligaklubs haben sich am Mittwoch immer noch so benommen wie einst, als sie in Europa vorneweg marschierten. Dieses Benehmen sieht so aus: Ein guter Profi tut nicht mehr als er muß, auswärts denkt er ans häusliche Geschäft, ein Sieg auf des Gegners Platz schwächt die Einnahme, wir müssen es spannend machen, damit unser Stadion ausverkauft ist. Das ist Kalkulation und Spekulation – ob grundsätzlich verwerflich sei dahingestellt.

Nur jetzt fehlt eben ein Stück sportliches Fundament, um in diesem Sinne mit dem Gegner zu spielen, dem Vereinskassierer zur größten Lust. Früher wäre beim HSV in Bukarest vielleicht ein 0:1 herausgekommen, jetzt ist es ein 0:3. Das ist der Unterschied, den die deutschen Klubs selbst noch nicht bemerkt zu haben scheinen. Sie sind nicht mehr die Sahne auf dem europäischen Fußballkuchen.

Zum Erfolg fährt kein Lift. Wenn Hamburg, Köln, Bremen und München in ihren Rückspielen Treppen steigen und es so doch noch schaffen – um so besser: es wäre ein Stück Lernen auf dem Weg zurück in eine große Vergangenheit.

e

Die großen Sprüche nach der vierfachen Blamage

Ernst Happel sprang von seinem Sitz auf („ich hab im Krieg genug Bomben gehört"), lief auf das Spielfeld und veranlaßte den Schiedsrichter, das Spiel zu unterbrechen (Foto). Wegen der Rauchbomben, die Zuschauer in den Innenraum des Stadions schossen, droht Dinamo Bukarest eine Strafe durch den Europäischen Verband. UEFA-Beobachter Gilbert Droz aus der Schweiz sagte bereits direkt nach dem Spiel: „Die Vorfälle werden ein Nachspiel haben." Höchststrafe wäre eine Platzsperre ... FOTO: WITTERS

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe

Von MARCUS BERG

Bukarest, wer ist schon Dinamo Bukarest? Gegen diese rumänische Mannschaft wird zweimal gespielt, dann ist das Thema abgehakt. Alles nicht der Rede wert, da braucht niemand einen ernsthaften Gedanken zu verschwenden. So großspurig hatte **Felix Magath** (30) vor dem Spiel des HSV beim rumänischen Meister getönt. Nach dem 0:3 fehlte ihm die Sprache, er fand nur den Ausdruck „Katastrophe". In Köln haben sie auch den Mund zu voll genommen. Journalisten, die darauf hinwiesen, daß die hohen Siege über Wacker Innsbruck (7:1) und über Kickers Offenbach (6:2) gegen schwache Gegner zustande gekommen sind, bescheinigte Kölns Präsident **Peter Weiand** (63) schlichtweg, sie hätten keine Ahnung vom Fußball.

Auch die Kölner haben im Europapokal kräftig eins aufs Haupt bekommen, 1:3 in Budapest. Und plötzlich sagt der Präsident: „Unsere Spieler haben sich nach dem 2:0 über Bayern München schon wie die Weltmeister gefühlt – und das sind sie nicht."

Auf dem Nährboden der Hochnäsigkeit und Arroganz, der Selbstgefälligkeit und mangelnden Selbstkritik können keine Erfolge wachsen. Es ist müßig, darüber zu streiten, wer sich denn nun mehr blamiert hat, die Hamburger oder die Kölner. Beide Klubs können alle Angriffe noch mit einem Handstreich vom Tisch wischen – in vierzehn Tagen. Nach den Rückspielen am 2. November aber gibt es keine Ausreden mehr.

*

Jetzt haben sie Zeit, sich selbst wieder Mut zu machen. „Wir geben uns noch nicht auf", sagte HSV-Trainer **Ernst Happel** (57) auf dem Rückflug von Bukarest. Warum auch? Denn so stark ist diese rumänische Mannschaft nicht, daß ein Europacupsieger wie der HSV vor ihr Angst haben müßte. Das hat auch Felix Magath festgestellt: „Es ist ja keine Schande, mal zu verlieren, aber gegen eine Mannschaft, die noch nicht einmal überragend war, darf so etwas nicht passieren."

Aber eine durchschnittliche Leistung reichte Bukarest an diesem Tag, um einen HSV zu besiegen, der sich einen persönlichen Fehler nach dem anderen erlaubte. Der gröbste Schnitzer unterlief **Manfred Kaltz** (30). Seine Rückgabe zu Torwart **Uli Stein** (28) war viel zu kurz, ein Rumäne lief dazwischen und erzielte das 3:0. Kaltz: „Ich dachte, Stein käme wie immer in solchen Situationen aus dem Tor." So einen schwarzen Tag, meinte Ernst Happel nach der Landung in Hamburg, werde es für den HSV nicht mehr geben, „wieso soll sich das wiederholen?"

Da ist etwas dran, denn beim HSV stimmte wirklich gar nichts. In der Abwehr häuften sich die Fehler, in Mittelfeld und Angriff gab es nur Verständigungsprobleme, häufig fielen die Hamburger auf die Abseitsfalle des Rumänen herein. Trainer-Assistent **Rainer Ohlhauser** (42): „Als ich Dinamo beobachtet habe, spielten die ohne Abseitsfalle." Da haben sie sich also auch noch auf die falsche Fährte locken lassen ...

Vielleicht denkt sich Ernst Happel für das Rückspiel etwas Besonderes aus, denn er sagt ja auch: „Ich freue mich auf das Rückspiel." Wie er das wohl gemeint hat?

*

Die Kölner können wirklich froh sein, daß sie einen **Harald Schumacher** (29) im Tor stehen haben. Der Nationaltorwart bewies einmal mehr, welch große internationale Klasse er besitzt. Auf dem Rückflug von Budapest war er auch derjenige, der am schnellsten die Sprache wiederfand. „Es geht weiter Leute", meinte Schumacher, „so schlimm war das Ergebnis gar nicht. Mit einem 2:0 im Rückspiel sind wir im Viertelfinale." Das stimmt zweifelsohne. Das Tor von **Paul Steiner** (26) zum 1:3 kann für die Kölner noch Gold wert sein.

Das bemerkenswerte an den Kölnern ist diesmal, daß sie nicht gleich wieder übereinander herfallen. Was bestimmt auch daran lag, daß außer Schumacher wirklich niemand eine ansprechende Leistung geboten hatte. Sie alle hätten den Gegner zu leicht genommen, meinte Paul Steiner hinterher. Für seine Spieler sei dieses Erlebnis wohl eine heilsame Lehre gewesen, sagte Trainer **Hannes Löhr** (39). Er sehe keinen Grund, die jungen Spieler besonders hart zu kritisieren. Schließlich brauche er sie ja noch für das Rückspiel.

Mit einem blauen Auge davongekommen sind dagegen Werder Bremen und die Bayern. Das 0:1 von Bremen bei Lok Leipzig sollte wettgemacht werden können (Schlachtenbummler: „In Bremen schieben wir die Lok auf den Prellbock"), die Münchner haben durch ihr 0:0 in Saloniki die beste Ausgangsposition der vier Bundesligamannschaften. Vom Spielerischen aber gilt für beide Teams das gleiche wie für die Hamburger und Kölner: Absolut enttäuschend.

Bremens Trainer **Otto Rehhagel** (45) fand sogar noch Zeit, um für Schmunzeleinlagen zu sorgen. „Mit einer Kollektivleistung werden wir das Rückspiel gewinnen", meinte Rehhagel, „um mich des geographischen Sprachgebrauchs anzupassen." Ob er sich vorstellen könne, in der „DDR" als Trainer zu arbeiten, wurde Rehhagel gefragt. Seine Antwort: „Da würde ich eher die Los Angeles Aztecs trainieren."

Karl-Heinz Rummenigge (28) machte sich nicht einmal die Mühe, das schlechte Spiel der Münchner in Griechenland zu erklären. Das sei ja wohl ein Spiel zum Abgewöhnen gewesen, doch „der Zweck heiligt die Mittel". Auch der Mannschaftskapitän dachte nur an das Rückspiel in zwei Wochen: „Die kriegen dann nämlich in München mindestens drei Dinger."

Trainer **Udo Lattek** (48) ließ es dabei bewenden, daß das gesteckte Ziel erreicht worden sei. Doch ein Tor hätte er gerne von seiner Mannschaft gesehen. Sagte er das lediglich, um Gerüchten entgegen zu treten, die besagten: Wer von den Münchnern ein Tor schieße, müsse 4000 Mark in die Mannschaftskasse zahlen. So unvorstellbar, daß jemand so im Sinne des Rückspiel-Geschäftes denkt?

Lattek jedenfalls konnte sich sogar noch als Sieger feiern lassen. Sein Entschluß, die Mannschaft auf zwei Positionen zu ändern, erwies sich als goldrichtig. Lattek: „Reinhold Mathy und Hans Pflügler waren die besten Spieler." Deshalb werden die beiden auch am Samstag beim Bundesligaspiel in Stuttgart von Beginn an dabei sein. Udo Lattek: „Gegen PAOK Saloniki haben wir mit angezogener Handbremse gespielt, gegen den VfB Stuttgart werden wir sie lösen."

Dagegen war es schon fast peinlich, wie der frühere Bayern-Trainer **Pal Csernai** (51), der jetzt in Saloniki arbeitet, immer wieder beharrlich darauf bestand, beide Mannschaften hätten das nach ihm benannte „Pal-System" gespielt. Dem läßt sich eigentlich nur entgegenhalten: So einen langweiligen Fußball will niemand sehen. Pal Csernai hat also gar keinen Grund, auf dieses uninteressante Gekicke stolz zu sein.

Pressestimmen

● **„Sportul Bukarest":** „Bravo Dinamo! Das 3:0 über den HSV ist eine Ehre für den rumänischen Fußball und der größte Erfolg einer rumänischen Klubmannschaft. Alle Dinamo-Spieler haben eine fantastische Leistung geboten. Sogar ein 4:0 war möglich. So kann man auf den Einzug ins Viertelfinale hoffen."

● **„Magyar Nemzet"!** (Ungarn): „Der größte Erfolg für den ungarischen Fußball in den letzten Jahren. Eine unglaubliche Leistungssteigerung von Ujpest Dozsa."

● **„Nepsport"** (Ungarn): „Die weltbekannten drei Kölner Stürmer Littbarski, Fischer und Allofs waren die großen Enttäuschungen. Schumacher verhinderte ein Kölner Debakel."

● **„Magyr Hirlap"** (Ungarn): „Nach wenigen Minuten sah man schon, daß die Kölner außer Form waren."

● **„Berliner Zeitung":** „Die Bremer hatten zwar optische Vorteile, doch Leipzigs Kontergefährlichkeit machte sich wieder einmal bezahlt. Der Angriff der Gäste blieb stumpf."

● **„Junge Welt":** „Beide Mannschaften hatten gehörigen Respekt voreinander. Ein 1:0 der Lok-Elf, das nur in Gefahr geriet, als die Bremer in der Leipziger Abwehr eine Serie von Leuchtfeuern entfachten."

Europapokal auf einen Blick

Pokal der Meister

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Bukarest – Hamburg	3:0	(1:0)
Ost-Berlin – Part. Belgrad	2:0	(2:0)
Piräus – Benfica Lissabon	1:0	(1:0)
Liverpool – Bilbao	0:0	
Bohem. Prag – Rapid Wien	2:1	(1:1)
Raba Györ – Minsk	3:6	(1:4)
Lüttich – Dundee United	0:0	
SKA Sofia – AS Rom	0:1	(0:0)

Pokal der Pokalsieger

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Dozsa Budapest – Köln	3:1	(2:0)
Beveren – Aberdeen	0:0	
Hammarby – Valkeakosken	1:1	(0:1)
Schachtjor – Servette Genf	1:0	(0:0)
Paris – Juventus Turin	2:2	(1:0)
Nijmegen – FC Barcelona	2:3	(2:1)
Glasgow Rangers – Porto	2:1	(1:0)
Varna – Manchester United	1:2	(1:1)

UEFA-Cup

Spiel	Ergebnis	Halbzeit
Leipzig – Bremen	1:0	(1:0)
Saloniki – München	0:0	
Sparta Rotterdam – Jena	3:2	(1:0)
Anderlecht – Ostrau	2:0	(0:0)
Spa. Moskau – Aston Villa	2:2	(0:0)
Lens – Antwerpen	2:2	(0:2)
Lodz – Spartak Prag	1:0	(1:0)
Eindhoven – Nottingham	1:2	(0:0)
S. Lissabon – Celtic Glasgow	2:0	(1:0)
Austria Wien – Laval	2:0	(2:0)
Verona – Graz	2:2	(2:2)
Honved Budapest – Split	3:2	(2:1)
Tottenham – Feyenoord	4:2	(2:1)
Watford – Levski Sofia	1:1	(1:0)
Nisch – Preßburg	4:0	(1:0)
Groningen – Inter Mailand	2:0	(1:0)

OLYMPIA

Streit um UdSSR-Team

dpa, Los Angeles

Los Angeles müßte auf die Olympischen Spiele verzichten, wenn die USA die Mannschaft der UdSSR ausschließen würde. Auf diese Folgen wies Peter Ueberroth, der Präsident des Organisationskomitees der Olympischen Spiele (LAOOC), in der Sendung „Nighline" der amerikanischen Fernsehstation ABC hin. Das LAOOC habe sich dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) vertraglich verpflichtet, alle vom IOC anerkannten Nationalen Olympischen Komitees (NOK) im nächsten Jahr willkommen zu heißen. Eine Ausladung bedeute Vertragsbruch.

Im Verlauf der Sendung kam es in der Nacht zum Donnerstag zu einem scharfen Wortwechsel zwischen Ueberroth und den Initiatoren einer Petition. In der am 14. September von beiden Kammern des kalifornischen Parlaments verabschiedeten Eingabe werden die Reagan-Administration und der Kongreß aufgefordert, die sowjetischen Sportler von den Sommerspielen fernzuhalten.

Der republikanische Senator John Doolittle begründete diese Aktion mit den Worten: „Die Verbannung der Sowjets ist im Augenblick die einzige wirksame Sanktion, die wir für den Abschuß des südkoreanischen Jumbos ergreifen können." Ueberroth zog dazu einen Vergleich: „Es ist wie mit den Vereinten Nationen. Wir sind deren Gastgeber in New York. Wenn wir damit beginnen, die Nationen auszuwählen, die nach New York kommen dürfen oder nicht, dann müssen wir die Vereinten Nationen aufgeben. Mit den Olympischen Spielen ist es dasselbe. Wir haben alle Nationen eingeladen, und wenn wir einen Bann über eine Nation aussprechen, dann müssen wir auf die Spiele verzichten."

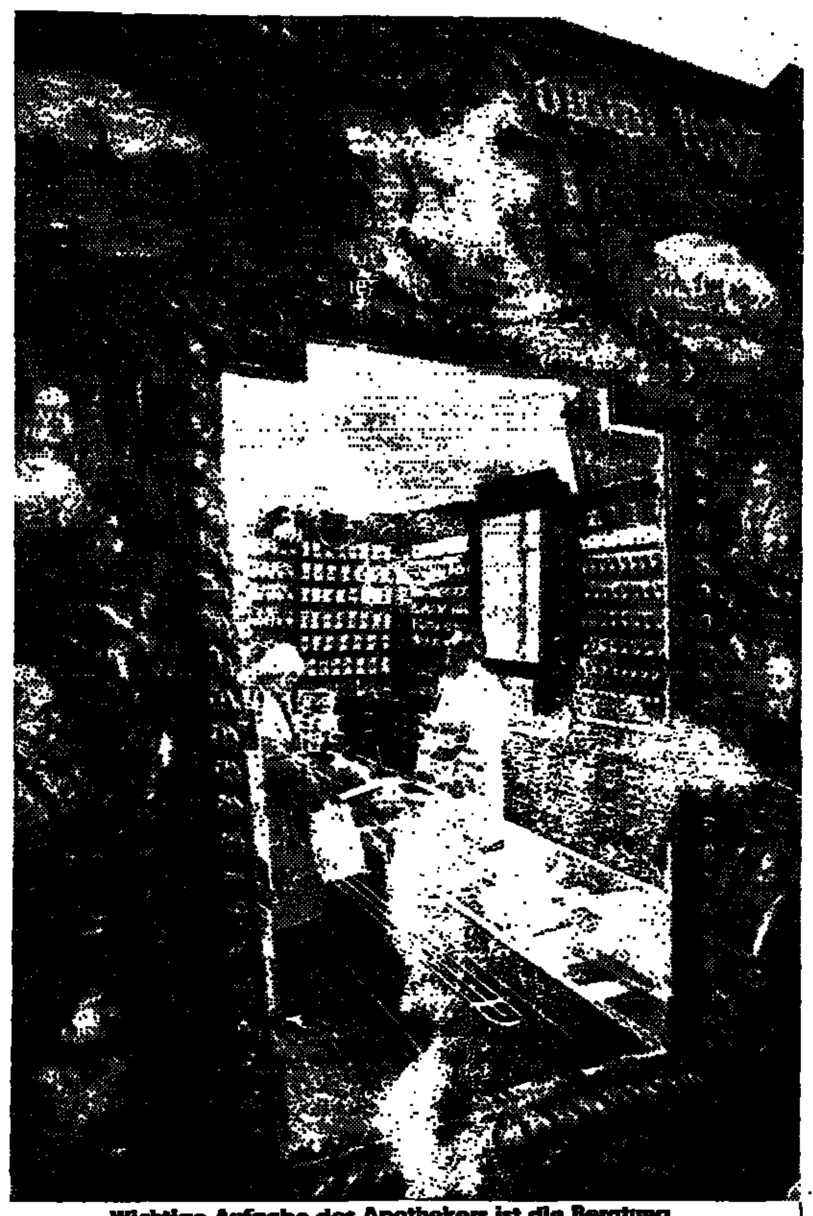
FUSSBALL

Pause für Schuster?

dpa, Barcelona

„Ich habe mich damit abgefunden, daß ich sowohl am Samstag gegen Real Madrid als auch am Mittwoch in Berlin pausieren muß. Ein einziger verkehrter Schritt kann alles verschlimmern, davor habe ich Angst. Auch wenn es mir selbst nicht paßt: Lieber ein paar Tage mehr Geduld als noch länger ausfallen." Mit dieser Aussage Bernd Schusters sind gestern die Chancen auf seinen Einsatz im Länderspiel gegen die Türkei am 26. Oktober in Berlin auf ein Minimum gesunken. Schuster leidet unter einer Muskelverletzung.

Jupp Derwall hofft dennoch weiter auf seinen Regisseur. „Beim letzten Mal hieß es auch, er habe einen Muskelfaserriß, dann war es nur eine Prellung", meinte der Bundestrainer. Es sei denkbar, daß Schuster gegen Madrid zwar pausiere, gegen die Türken aber mitwirke. Von einem Telefonat, das er mit Bernd Schuster heute führen will, macht Derwall seine Entscheidung abhängig, ob er das spanische Schlagerspiel am Samstag als Augenzeuge erleben wird. In jedem Fall vergeblich hat sich der FC Barcelona bemüht, für Schuster eine Freigabe für das sogenannte Supercup-Spiel am nächsten Mittwoch beim spanischen Meister Bilbao zu erreichen. Eine entsprechende Anfrage hat DFB-Präsident Hermann Neuberger unmißverständlich abgelehnt: „Ist Schuster am 26. Oktober fit, dann spielt er für Deutschland. Spielt er nicht für uns, dann gar nicht!"



Wichtige Aufgabe des Apothekers ist die Beratung FOTO: W. PRANGE

PHARMAZIE

Arzneimittelsicherheit hat spätestens seit dem Fall „Contergan" Priorität. Die 16 000 deutschen Apotheker tragen wesentlich zum heutigen Standard dieser Sicherheit bei. Aus Anlaß des Deutschen Apothekertages in Berlin nehmen Experten zu diesem Thema in der WELT Stellung.

Gefahr liegt im Glauben an Allmacht der Medikamente

Von HEINRICH MORF

Arzneimittel sind im Gespräch. Nicht nur die Kostendämpfungsbestrebungen der Krankenversicherer, sondern auch die rasanten Entwicklungen auf dem Gebiet der Arzneimittelherstellung haben dieses Gespräch gefördert. Man wird den Dingen nicht gerecht dadurch, daß man durch polemische Darstellungen Fakten zu schaffen sucht, die den einen im ständigen Schatten des Orkus und den anderen im ewigen Licht des Himmels erscheinen lassen. Für den um seine Gesundheit besorgten Menschen ist es gewiß kein Gewinn, wenn Verunsicherung Vorrang vor sachlicher Aufklärung gewinnt.

Es kommt schon einer Platitüde gleich festzustellen, daß – wie jeder andere Produzent – so auch ein Arzneimittelhersteller kein Interesse daran hat, ein Produkt auf den Markt zu bringen, an dem der Verbraucher Schaden nimmt. Nur: Die Probleme sind beim Arzneimittel vielschichtiger als bei den meisten anderen Ge- und Verbrauchsgütern unseres täglichen Lebens. So hat das Arzneimittel im Unterschied zu fast jeder anderen Ware die Besonderheit, daß sein Gebrauch eine – auf den einzelnen Menschen bezogen – völlig individuelle Wirkung besitzt. So mag es frei von Bedenken sein, seinen Nachbarn mit Lebensmitteln auszuhelfen. Ihm mit Arzneimitteln aushelfen zu wollen, ist hingegen sträflicher Leichtsinn. Hierbei ist es unerheblich, ob diese Arzneimittel aus dem pflanzlichen oder „chemischen" Bereich stammen.

Alle mit dem Arzneimittel zusammenhängenden Fragen regelt in der Bundesrepublik ein Arzneimittelgesetz, dem man trotz häufig lautstark vorgetragener Kritik nicht absprechen kann, daß es in konsequenter Weise eine Materie zu ordnen sucht, die bislang in unserem Raum weitgehend unbestimmt war.

Natürlich bedarf ein derartiges Gesetz der laufenden Anpassung an die gesellschaftlichen Gegebenheiten. Dennoch besteht keine Veranlassung, es in seiner derzeitigen Funktionstüchtigkeit herabzusetzen.

Vor diesem Hintergrund aus der Sicht eines Apothekers einige Überlegungen:

Wir leben in einer Zeit, in der Worte wie Arzneimittelmißbrauch, Arzneimittelabhängigkeit oder Arzneimittelsucht zum ständigen Repertoire der öffentlichen Darstellung zählen. Die ständige Herausstellung einer Misere ist berechtigt, denn die gesundheitlichen wie auch die finanziellen Folgen sind für unsere Gesellschaft nicht hinnehmbar. Unter vielen anderen, bisher weitgehend noch unbekannten Umständen, ist für diese Probleme auch die Tatsache verantwortlich, daß im Unterschied zu früheren Zeiten die Zuführung entsprechender Stoffe in den Körper durch benutzerfreundliche Aufbereitung problemloser geworden ist. Die in ihrer Handhabung einfach gewordenen Produkte und die entsprechende Werbung erwecken den Eindruck, als gäbe es keine körperliche Unpäßlichkeit oder kein körperliches Gebrechen, gegen das nicht ein Kraut gewachsen sei.

Unbewußt ist dadurch in der Bevölkerung eine „Schwellenangst" vor der Zuführung von Arzneimitteln abgebaut worden, die noch vor wenigen Jahrzehnten bestanden hat. Selbst Kinder fühlen sich bereits häufig erst dann richtig umsorgt, wenn man ihnen, auch bei leichterer Erkrankung, mit einem Arzneimittel Hilfe zu schaffen sucht. Erkenntnisse, nach denen Fieber durchaus heilbringende Wirkung zeitigen kann, sind unmodern und bleiben auf der Strecke. Der Abbau der „Schwellenangst" beim Zugriff zum Arzneimittel ist eine Errungenschaft dieses Jahrhunderts, die sicher nicht dazu beiträgt, den Kampf gegen Arzneimittelmißbrauch und ähnliches zu gewinnen. Betrachtet man die Dinge unter diesem Gesichtswinkel, so stellen sich an den Gesetzgeber ganz klare Forderungen, die bislang im Gesetz eine noch zu geringe Berücksichtigung finden.

So ist zum Beispiel jedwede Verteilung kostenloser Arzneimittel – egal an welchem Ort – zu untersagen. Ausnahmen mag es bei der Erprobung grundsätzlich neuer Arzneimittel durch den Arzt geben. Er sollte in Verfolgung des Erprobungszweckes sowie zur frühzeitigen Erkennung etwaiger unerwünschter Nebenwirkungen entsprechende Protokolle fertigen.

Vielleicht aber sollte man noch weiter denken. Es ist unter Pharmakologen unbestritten, daß jedes wirksame Arzneimittel auch Nebenwirkungen besitzt. Stoff- und personenbezogen sind Wirkung und Nebenwirkung von unterschiedlicher Relevanz. Sie sind in jedem Falle vorhanden. Ist es da nicht wirklich an der Zeit, darüber nachzudenken, ob mit der Abgabe von Arzneimitteln nicht nur noch eine Abgabestelle, nämlich die Apotheke und der Apotheker, betraut werden darf?

Gewiß werden sich hier wirtschaftliche Probleme stellen. Doch im Interesse der Gesundheit und der Bekämpfung von Arzneimittelmißbrauch und Arzneimittelsucht im Vorfeld müßten sie überwunden werden.

Apotheker bürgen für sichere Arzneimittel

Spätestens die nach Contergan aufgetretenen Mißbildungen und die entsprechenden Berichte in den Medien haben auch in der Öffentlichkeit die Erkenntnis verbreitet, daß es kaum wirksame Arzneimittel gibt, die nicht auch unter bestimmten Bedingungen unerwünschte Effekte haben können. Trotz umfangreicher pharmakologischer, toxikologischer und klinischer Untersuchungen vor der Einführung neuer Medikamente kann nicht jedes Risiko für den Patienten von vornherein ausgeschlossen werden. Zwei Arten von unerwünschten Wirkungen sind dabei besonders schwer als solche zu erkennen:

- Gesundheitliche Schäden, die als Folge einer Arzneimittelanwendung in der Vergangenheit nicht beobachtet wurden, nach denen infolgedessen bei der Erprobung auch nicht gefahndet wurde und für die keine Testverfahren vorgesehen waren (zum Beispiel fötale Mißbildungen nach Contergan).
- Unerwünschte Wirkungen, die erst nach langdauerndem Gebrauch auftreten (zum Beispiel Nierenschäden durch Phenacetin) oder so selten sind, daß sie erst nach jahrelanger breiter Anwendung erkannt werden können (zum Beispiel Blutbildschäden durch Metamizol).

Der Apotheker war schon immer verantwortlich für die Qualität der von ihm hergestellten oder abgegebenen Arzneimittel. Die industrielle Entwicklung von immer wirksameren und spezifischeren Medikamenten, die auch mit einem größeren Risiko unerwünschter Wirkungen behaftet sind, das erhöhte Gesundheits- und Sicherheitsbedürfnis der Patienten und der aufgrund einer in der Vergangenheit sehr liberalen Gesetzgebung unübersichtliche Arzneimittelmarkt machten es erforderlich, den [illegible] Aufgabenbereiche [illegible] einzubeziehen, die bisher dem Arzt vorbehalten waren. Das heißt, der Apotheker ist gehalten, nicht nur Mängel der pharmazeutischen Qualität von Medikamenten, sondern auch Nebenwirkungen und Fälle von Arzneimittelmißbrauch, die ihm aus Patientenberichten oder eigener Beobachtung bekannt werden, weiterzumelden.

Mit der zentralen Sammlung, Dokumentation und Weiterverfolgung dieser Einzelmeldungen wurde die „Arzneimittelkommission der Deutschen Apotheker" von den Berufsorganisationen der Apothekerschaft beauftragt.

Seit ihrer Gründung 1975 hat die Arzneimittelkommission fast 12 500 Berichte aus den einzelnen Apotheken bearbeitet und die zuständigen Behörden informiert, wenn weitergehendes „amtliches" Eingreifen notwendig erschien.

Die Spontanerfassung von Arzneimittelrisiken durch die Apotheker ergänzt ein entsprechendes System bei der Ärzteschaft, mit der auf diesem Gebiet eine gute Zusammenarbeit besteht. Die Berichte über Nebenwirkungen und Mißbrauch von Arzneimitteln sind Grundlage und [illegible] Entscheidungskriterium [illegible] Bundesgesundheitsamt [illegible] wägung von Nutzen und Risiko von Medikamenten und bei der Anordnung von Sicherheitsauflagen (zum Beispiel Warnhinweise, Verschreibungspflicht oder Widerruf der Zulassung).

Die Arzneimittelkommission der Deutschen Apotheker bringt darüber hinaus nach Informationen aus dem Bundesgesundheitsamt alle Erkenntnisse zur Risikominimierung von Apothekern zur Kenntnis; innerhalb weniger Stunden kann jede der über 16 000 Apotheken in der Bundesrepublik erreicht und die Abgabe bestimmter Medikamente gestoppt werden.

VOLKER DINNENDAHL

Wird der Patient überfordert?

Die Kostendämpfung dominiert alle aktuellen und künftigen gesundheits- und sozialpolitischen Fragestellungen. Zu den Bemühungen, die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu bremsen, gehört auch die Ausgrenzung von Arzneimitteln aus der Sachleistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen seit [illegible] dieses Jahres, die sogenannte „Negativliste". Apotheker, Ärzte und die Pharmaindustrie haben weiterhin Bedenken, inwieweit eine „Negativliste" medizinisch vertretbar ist und ob sich dadurch der erwünschte Spareffekt ergeben wird.

Zweifellos führen Eigendiagnose und Selbstmedikation von Bagatellerkrankungen zu einer finanziellen Entlastung der Krankenkassen – vorausgesetzt, die damit verbundenen gesundheitlichen Risiken werden frühzeitig erkannt. Solche Risiken sind aber nie auszuschließen. Erkältungskrankheiten, wie Husten, Schnupfen, Heiserkeit – in der Negativliste als „Bagatelle" bezeichnet –, entziehen sich zum Beispiel, da es sich hier um pharmakologisch und medizinisch nicht klar umrissene Erscheinungen handelt, der „Banaldefinition".

Wie weit wird also die Bevölkerung mit der Aufforderung zum Verzicht auf ärztliche Primärversorgung und zur Selbstbehandlung im Sinne der „Negativliste" überfordert? Diese Frage stellt sich vor allem den Apothekern, weil sie sich an der Nahtstelle zwischen Selbstmedikation und medizinischer Versorgung befinden. Ihnen begegnet das Publikum in den Grenz- und Zweifelsfällen. In dieser Situation bekommt die Beratungs- und Informationsfunktion des Apothekers einen besonderen Stellenwert. Wenn er auch den Arzt nicht ersetzen kann und will, so liegt es doch in seiner Kompetenz, die Selbstmedikation entsprechend den vorgetragenen Beschwerden zu steuern und ihre Grenzen aufzuzeigen.

Die Apotheker sind auf diese Entwicklung vorbereitet: Rund 85 Prozent der Apotheker sehen nach einer Infratest-Umfrage ihre Aufgabe darin, in persönlichen Gesprächen mit den betroffenen Patienten deren Krankheitsbild zu klären und ein Medikament zu empfehlen oder die Konsultation eines Arztes anzuraten. Im Gegensatz dazu erwarten Informationen dieser Art rund 70 Prozent aller Bürger.

Freilich bleiben grundsätzliche Unstimmigkeiten, die mit der „Negativliste" verbunden sind. Nur sehr schwer werden Patienten die Ausgrenzung von bestimmten Arzneimitteln bei bestimmten Beschwerden aus der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen nachvollziehen können. Die Patientenaufklärung für den Apotheker wird damit im Einzelfall sehr schwierig. Ziel muß deshalb sein, den Patienten die Selbstmedikation nicht als Ausstieg aus dem Versorgungssystem, sondern als eigenverantwortliche Fortsetzung einer vom Arzt eingeleiteten und vom Apotheker unterstützten Therapie zu verdeutlichen.



Ein Beitrag zur Arzneimittelsicherheit: Qualitätskontrolle im Labor FOTO: DW.

Spezialitäten im Depot für Katastrophenfälle

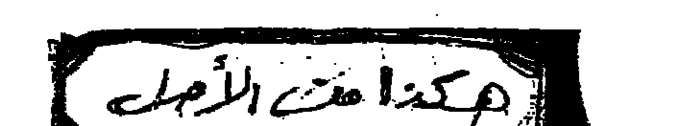
Kostendämpfung im Gesundheitswesen und Transparenz auf dem Arzneimittelmarkt sind seit knapp einem Jahrzehnt intensiv diskutierte Begriffe und eng miteinander verknüpfte Problemkreise. Die Forderung nach mehr Transparenz auf dem Arzneimittelsektor wurde vor allem relevant, seitdem Anbieter von Generika-Präparaten mit einer umfangreichen Substanzpalette auf den Markt drängen. Dadurch wurde die Situation auf dem Arzneimittelsektor immer undurchsichtiger. Die vielfältigen Versuche, den Arzneimittelbereich transparenter zu machen, haben bis heute noch nicht zu allgemein anerkannten durchschlagenden Erfolgen geführt.

In jedem Fall spielen für die Beurteilung eines Arzneimittels die Kriterien der sogenannten pharmazeutischen Qualität eine wesentliche Rolle. Insbesondere müssen Merkmale wie Identität und Reinheit der Wirkstoffe, Haltbarkeit, Gehalt und Wirkstoff-Freisetzung aus einer Arzneiform sowie die sogenannte biologische Verfügbarkeit der im Arzneimittel enthaltenen Substanzen berücksichtigt werden.

Das Zentrallaboratorium Deutscher Apotheker (ZL) und das Deutsche Arzneiprüfungsinstitut (DAPI) führen seit mehreren Jahren vergleichende Reihenuntersuchungen von Fertigarzneimitteln durch. Dabei werden die verschiedenen auf dem Markt befindlichen Präparate, die gleiche Wirkstoffe in ähnlicher Zusammensetzung enthalten, im Hinblick auf die genannten Qualitätsmerkmale untersucht. Durch diese Studien werden Daten erarbeitet, die es Apotheker und Arzt gestatten, die Qualität von analogen Fertigarzneimitteln zu vergleichen.

Beide Institute, das ZL und das DAPI, erfüllen jedoch im Dienste der Apotheker noch weitere Aufgaben im Gesundheitswesen und im öffentlichen Interesse. So sind für die rasche und ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln in Katastrophenfällen über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verteilt Depots mit wichtigen Medikamenten angelegt, deren ordnungsgemäße Beschaffenheit einer ständigen Überwachung bedarf. Die Prüfungen auf Qualität und die Beurteilung der weiteren Verwendbarkeit und Lagerfähigkeit der vorrätig gehaltenen Fertigarzneimittel werden im Auftrag der entsprechenden Bundesbehörden seit 15 Jahren vom Deutschen Arzneiprüfungsinstitut durchgeführt. Jährlich werden auf diese Weise ca. 300 Proben untersucht. Infolge optimaler Lagerungsbedingungen und spezieller Verpackungstechniken wird bei einer großen Zahl der Zubereitungen eine überdurchschnittlich lange Haltbarkeit und Verwendbarkeit festgestellt. Diesen Untersuchungen ist deshalb nicht nur im Hinblick auf die vom Gesetz geforderte Arzneimittelsicherheit, sondern auch unter dem Aspekt des hohen volkswirtschaftlichen Werts der eingelagerten Arzneimittelbestände große Bedeutung beizumessen.

Die beiden Institute, die eine wesentliche Funktion im Gesundheitswesen erfüllen und von den Apothekern finanziert werden, stellen mit ihren Untersuchungen einen wichtigen Beitrag der deutschen Apotheker zur Arzneimittelsicherheit dar. (DW.)



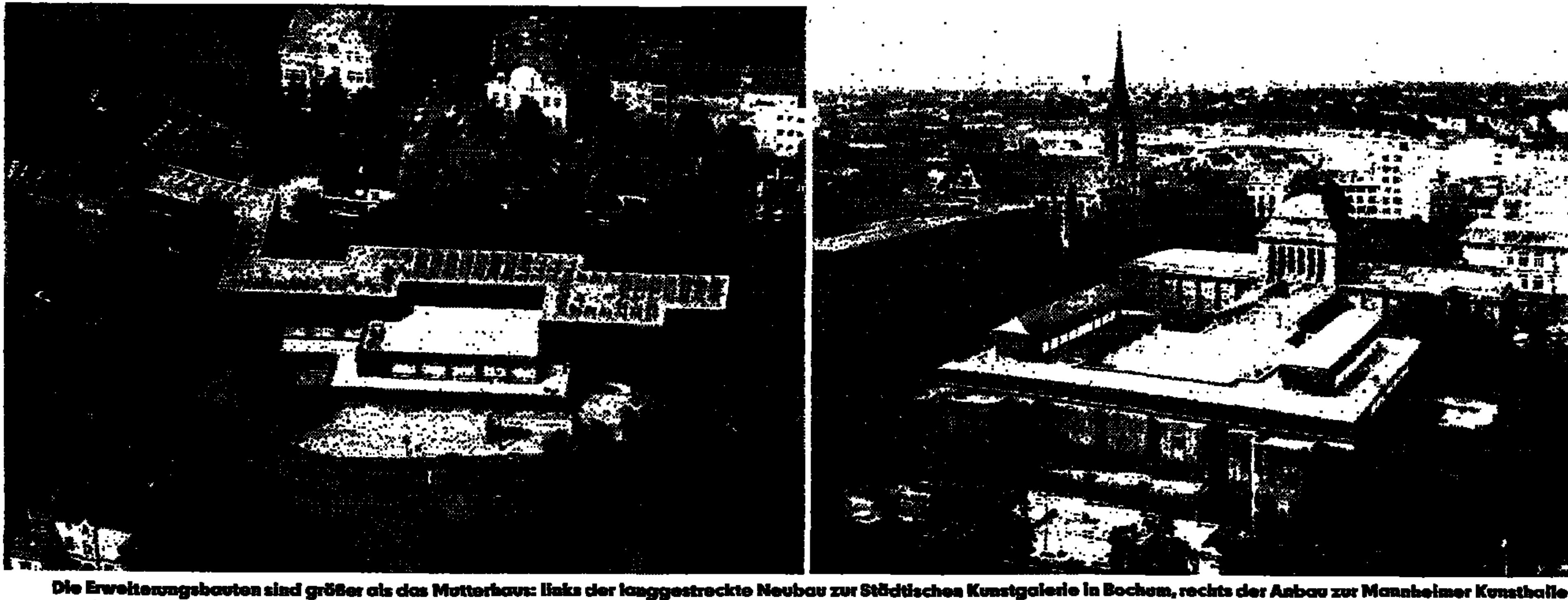
An Schafe keine Waffen

R. K. – Die von Jesuiten geleitete philosophisch-theologische Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt soll, falls die Professoren und Studenten mehrheitlich unterzeichnen, zur atomwaffenfreien Zone erklärt werden. Von den Kalauern dieser Art unterscheidet sich dieser dadurch, daß er schon vom letzten Konzil abgesegnet ist. Dort wurde nämlich unter Gehorsamspflicht von den Katholiken verlangt, mit den Kommunisten zu kollaborieren, und zwar, man höre, „zum besseren Aufbau der Welt". Der kleine Nachsatz, diese Kollaboration erfordere einen „klugen Dialog", ist natürlich eine nichtssagende Ablenkung. Und in der Tat versichert der Jesuit Rahner in seinem Konzilskommentar: „Einer militanten Konzilsminderheit ohne menschliches Takt- und politisches Fingerspitzengefühl gelang es nicht, das Konzil zur ausdrücklichen Nennung und abermaligen Verurteilung einer bestimmten politischen Ansprägung des Atheismus zu bewegen, gerade weil das Konzil für die humanistische Basis und Tendenz dieses Atheismus sehr sensibel war."

Wer auch nur ein bißchen Verstand hat, dem bleibt er stehen, wenn er erfahren muß, daß dieses sensible Konzil der Meinung war, man könne zusammen mit den Kommunisten die Welt verbessern. Und wenn er noch dazu erfährt, daß dieser Quatsch eine Verkündung ist, die von den Katholiken Gehorsam verlangt.

Und so sind also derartige atomwaffenfreie katholische Priesterseminare schöne Beispiele für gehorsame Kollaboration, die den Kommunisten und ihrem waffenstarrenden sowjetischen Vaterland ungemein gefällt. Der jetzige Papst aus Polen kann da zwar nicht so recht mit, aber eine glückliche Hand hat er nicht, da er sie nie zur Faust ballt, um energisch auf den Tisch zu schlagen und mit seiner verbrieften Machtfülle Ordnung in seinen durcheinanderwimmelnden Haufen zu bringen. Entweder glaubt er daran, daß er allein die Schafe zu weiden hat, oder er ist selbst nichts weiter als eins der Schafe, zwischen denen Wölfe im Schafspelz an der niederreißenden Arbeit sind.

Fazit: Ich erkläre hiermit mein Haus und meine Seele zur *konzilsfreien* Zone.





Die Erweiterungsbauten sind größer als das Mutterhaus: links der langgestreckte Neubau zur Städtischen Kunstgalerie in Bochum, rechts der Anbau zur Mannheimer Kunsthalle

FOTOS: HAUCK/DIE WELT

Kunstsammler setzten auf das Prinzip Hoffnung – Neue Museumsanbauten in Mannheim, Essen, Bochum und Bottrop

Moderner Zickzack-Bau für eine Jugendstil-Villa

Heute feiert man in Köln das Richtfest für das „Jahrhundertwerk" (laut Hugo Borger) eines Museums- und Konzertsaalneubaus zwischen Dom und Rhein. Im Sommer 1986, so hofft man zuversichtlich, sollen das Wallraf-Richartz-Museum und das Museum Ludwig eröffnet werden. Die Düsseldorfer Landesgalerie (Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen) wird schon ein Jahr früher soweit sein; und auch das Düsseldorfer Kunstmuseum wird im Frühjahr 1985 wieder ein würdiges Obdach haben.

Aber hierbei handelt es sich ja „nur" um einen fundamentalen Umbau. Der letzte vollständige Museumsneubau wurde auf dem Mönchengladbacher Abteiberg eröffnet. Das Interim bis zu den nächsten spektakulären Eröffnungen in Düsseldorf und Köln, so fügt es die Dramaturgie der städtischen Bauämter und Kämmerer, füllen Erweiterungsbauten mehrerer Museen aus, die zum Teil allerdings veritablen Neubauten gleichkommen.

Am Sonntag eröffnet Bochum mit einem ganztägigen Volksfest und mit einer gar nicht so optimistischen Ausstellung unter dem Titel „Das Prinzip Hoffnung" einen solchen Erweiterungsbau, dessen Fassungs- und Leistungsvermögen das des alten Museums bei weitem übertrifft. Erst 1960 als „Städtische Kunstgalerie" gegründet und von Anfang an provisorisch in einer respektablen Jugendstil-Villa am Stadtpark untergebracht, war das Bochumer Museum unter seinem tüchtigen Direktor Peter Leo schon nach wenigen Jahren nicht mehr imstande, seine rasch wachsenden Bestände auszustellen.

Leo hatte das vielgerühmte Kunststück fertiggebracht, mit vergleichsweise geringen Mitteln in seiner kurzen Amtszeit eine moderne Kunstsammlung aufzubauen, die sich sehen lassen konnte. Aber eben das war nicht möglich, selbst wenn er auf seine weithin ausstrahlenden Ausstellungen verzichtet hätte, die erstmals Bochum als ein westdeutsches Kunstzentrum auch international ins Gespräch brachten. Sein Nachfolger Peter Spielmann baute die Sammlung nach besten Kräften und mit neuen Akzenten weiter aus, so daß sie heute einen breiten, gewiß nicht lückenlosen, Überblick über das west- und osteuropäische Kunstpanorama der letzten Jahrzehnte zu bieten imstande ist. Aber Spielmann will sie auch künftig nicht geschlossen als ständige Schausammlung zeigen, sondern nach Schwerpunkten über alle Ausstellungsflächen verteilen und jeweils in die wechselnden Sonderausstellungen einbauen (oder umgekehrt), wie es bei der Eröffnungsausstellung bereits geschehen ist.

Fünf Tage nach Bochum eröffnet das Essener Folkwang-Museum seinen Erweiterungsbau, der auch um fast ein Drittel größer ist als der 1960 eröffnete Altbau. Seit kurzem ist hier bereits die große Erich-Heckel-Ausstellung zu besichtigen. Der gesamte Neubaukomplex wird Ende 1984 das Museum Folkwang mit dem neuen Ruhrlandmuseum unter einem Dach zu einem „Museumszentrum Essen" vereinigen. Im Altbau findet der Besucher nach wie vor die berühmten Bilder des 19. und frühen zwanzigsten Jahrhunderts, ebenso den Minne-Brunnen und die Lehmbruck-Plastiken an ihrem alten Platz.

Die gesamte Sammlung internationaler Kunst bis 1960 ist hier verblieben wie auch die Antikensammlung und die einzigartige Foto-Sammlung, deren Grundstock von Otto Steinert gelegt wurde. Im Neubau wurde die zu imponierendem Umfang angewachsene Sammlung internationaler Kunst ab 1960 untergebracht, in enger Nachbarschaft zu den Wechselausstellungen zeitgenössischer Kunst, außerdem das Grafische Kabinett mit Ausstellungssaal, Verwaltung, Bibliothek und so weiter.

Zu einem ähnlichen Stützpunkt kultureller Initiative und Aktivität hat sich in ganz kurzer Zeit die städtische Galerie „Quadrat" in Bottrop entwickelt, die diesen Namen und diese architektonische Gestalt zu Ehren des in Bottrop geborenen Josef Albers erhielt. Als nach dem Tod des Künstlers seine Witwe der Stadt Bottrop einen Großteil seines Nachlasses schenkte (90 Bilder und 250 Grafiken, fast das gesamte grafische Œuvre), wurde für das „Museum Albers" ein Neubau nötig, der Ende Juni dieses Jahres eröffnet wurde. War das gesamte Spätwerk von Albers eine einzige „Huldigung an das Quadrat", so wurde auch dieser zweite, mit dem ersten durch eine Brücke verbundene Museumsbau wiederum eine architektonische Huldigung an Albers, nämlich ein Quadrat, in dessen Zentrum sich ein zweites Quadrat befindet und darüber ein großer Ausstellungsraum.

Am längsten, nämlich über siebzig Jahre, mußte die Mannheimer Kunsthalle auf ihren Erweiterungsbau warten. Schon 1912, fünf Jahre nach der Eröffnung des hochbedeutenden Jugendstil-Neubaus von Hermann Billing, schrieb ihr erster Direktor Fritz Wichert kategorisch: „Die Kunsthalle, ein Provisorium, muß unbedingt erweitert werden." Am 7. Oktober 1983 war es endlich soweit. Was so lange währte, mußte am Ende ja gut werden. Der Erweiterungsbau, doppelt so groß wie der Altbau, paßt sich, durch die gleiche Sandsteinverkleidung, nicht nur wie selbstverständlich an diesen, sondern ebenso der anspruchsvollen städtebaulichen Situation am Wasserturm gegenüber dem Rosengarten an.

Im Inneren auf vier Ebenen vielfältig gegliedert, mit weiten Durchblicken und natürlich beleuchtet – nur der Grafikraum hat künstliches Licht –, bietet der Neubau abwechslungsreiche Möglichkeiten der Präsentation von Plastik, Gemälden, „Kunst auf Papier", auch für künstlerische Aktivitäten jeder Art. Für diese und für Wechselausstellungen steht die sogenannte „innere Halle" im Zentrum des Neubaus zur Verfügung. Die Hängung der Bilder und Aufstellung der Skulpturen – Mannheims bedeutendster Besitz – erfolgte nicht nach historischen Gesichtspunkten, sondern, ähnlich wie auch in Essen, nach Konstellationen und Situationen, so daß man verschiedenen Künstlern oftmals in anderer Nachbarschaft begegnet; den absoluten Höhepunkt bildet dabei die unvergleichliche Versammlung von Moore, Marini, Max Ernst und Matisse in einem Raum. Brancusi empfängt uns, wie früher, schon am Eingang.

EO PLUNIEN

JOURNAL

Prag zog Leihgaben für Paris zurück

AFP, Paris

Die Prager Staatsgalerie hat in letzter Minute mehrere Leihgaben für eine Ausstellung im Pariser Kulturzentrum Georges Pompidou zurückgezogen, um gegen einen die Tschechoslowakei angeblich diffamierenden Artikel zu protestieren, der im September in einer vom Centre Pompidou herausgegebenen Publikation erschienen war. In dem kritisierten Bericht sei die Tschechoslowakei als ein Land geschildert worden, in dem Künstler vollständig unterdrückt und an der Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte gehindert würden.

Japan zeigt erste große Beethoven-Schau

SAD, Tokio

Die für Japan erste große Beethoven-Ausstellung wird heute im „Suntory"-Museum eröffnet. Unter den 90 persönlichen Gegenstände des Komponisten sind mehrere handschriftliche Partituren Beethovens und auch sein Hammer-Klavier. Gezeigt werden auch der Spazierstock und das Hörrohr des Komponisten.

Fotografenworkshop in Arles und Bonn

DW. Bonn

„Landschaft als Porträt – Porträt als Landschaft" heißt ein Katalog, der vom Deutsch-Französischen Jugendwerk (dfjw) herausgegeben wurde. Er berichtet über ein Seminar von jeweils zehn jungen Fotografen aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Frankreich, das 1981/82 in Arles und Bonn stattfand. Der Katalog, der vom dfjw (Rhöndorfer Str. 23, 5340 Bad Honnef) versandt wird, zeigt die Arbeiten, die wärend dieser Arbeitswochen angefertigt wurden.

Ein Menschenschädel, der 150 000 Jahre alt ist

AFP, Nairobi

Ein 150 000 bis 300 000 Jahre alter Menschenschädel ist am kenianischen *Turkana-See* entdeckt worden. Der fossile Schädel ist nach Mitteilung von Wissenschaftlern ein wichtiges Bindeglied zwischen Homo erectus und Homo sapiens. Er hat noch die vorspringenden Augenwülste des Homo erectus und zugleich schon den schmalen Unterkiefer und das große Gehirn des Menschen in seiner heutigen Gestalt. Dies soll ein weiterer Beweis für die These sein, daß sich der Homo sapiens dort entwickelte, wo der Homo erectus lebte, und daß beide Menschentypen keine eigene Spezies waren.

Sowjetrepublik Litauen stellt sich vor

dpa, Bergisch Gladbach

Eine Woche lang stellt sich derzeit die Sowjetrepublik Litauen mit einem Kulturprogramm an Rhein und Ruhr vor. In 15 Städten Nordrhein-Westfalens sollen Programmteile vorgeführt werden. Das Ensemble „Lietuva" wird mehrere Folklorekonzerte geben. Auch das vielfach auf internationalen Wettbewerben ausgezeichnete Staatliche Litauische Streichquartett und der Organist Leopoldas Digrys werden spielen.

Scholl-Preis 1983 an Walter Dirks

dpa, München

Der in der Nähe von Freiburg im Breisgau lebende 82jährige Schriftsteller und Journalist Walter Dirks erhält den mit 20 000 Mark dotierten Geschwister-Scholl-Preis 1983 der Stadt München und des Verbandes der bayerischen Verlage und Buchhandlungen. Der gebürtige Dortmunder Dirks, Mitbegründer der Frankfurter CDU und der „Frankfurter Hefte", bekommt diese Auszeichnung für sein 1983 erschienenes Buch „War ich ein linker Spinner?"

Der deutsche Buchhandel will sich intensiv ins Video-Geschäft einschalten

Herr Hugendubel macht die Pace

Wie die internationale Funkausstellung in Berlin gezeigt hat, scheint Video nach wie vor ein Zauberwort im heutigen Geschäftsleben zu sein. Kein Wunder also, daß auch Branchen, die auf den ersten Blick kaum etwas mit diesem neuen Massenverführungsmittel zu tun haben, auf den Video-Zug aufspringen wollen. Wenn auch die meisten „Felle" bereits in die wie Pilze aus dem Boden geschossenen Video-Läden weggeschwommen sind, versucht man den Strom, d. h. die Videokäufer, zumindest zum Teil in den eigenen Laden zu leiten. Die Buchhändler bilden da keine Ausnahme.

Am 1. September haben 15 große Buchhandlungen und eine Reihe von Video-Anbietern einen Versuch gestartet, bei dem ermittelt werden soll, ob und in welchem Umfang Video als Verkaufsobjekt in der Buchhandlung interessant sein kann. Grundstock dafür sind 60 Kassetten mit einer Abspieldauer um 30 Minuten. Bis zum 31. Mai 1984 will die Arbeitsgemeinschaft „Video beim Buchhändler" in Erfahrung bringen, ob Gitarre spielen lernen oder seinen Schweiß beim Squash lassen für eine *100-DM-Kassette* von den Käufern in der Buchhandlung akzeptiert wird. Die Aerobic-Welle mit Video-Cassette kombiniert, weckte da einige Hoffnungen.

Der Werbeaufwand ist für die Buchhandlungen nicht eben gering: Rund 30 000 Mark müssen pro Buchhandlung aufgebracht werden. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß fast ausschließlich Sortimenter in der Größenordnung von Hugendubel, Thalia und Bouvier bei diesem Versuch vertreten sind. Aber auch Anbieter von Videokassetten sind dabei: u. a. die Verlage Otto Maier und Langenscheidt, der VCL Video Service und das Deutsche Video-Institut. Selbstverständlich steht in jeder der anbietenden Buchhandlungen eine Vorführeinrichtung für die Videokassetten (System VHS) zur Verfügung.

Aber damit nicht genug. Die Buchbranche will auch als Anbieter selbständig werden. Während der diesjährigen Frankfurter Buchmesse wurde von acht Verlagen die „Verlagsgemeinschaft Video" gegründet: BLV, DuMont, Falken, Gräfe & Unzer, Klett, Langenscheidt und Otto Maier, von denen *die beiden letztgenannten* bereits in der Arbeitsgemeinschaft „Video beim Buchhändler" vertreten sind.

Die acht wollen die Verantwortung auf dem Experimentierfeld Video gemeinsam tragen und zu einer zentralen „Versorgungsstelle" für den Buchhandel werden; Produktion, Werbung und Vertrieb werden zentral organisiert. Hinzu kommt, daß ein eigenes Vertreternetz aufgebaut werden soll, das mehrmals (und nicht wie beim traditionellen Buchhandel nur zweimal) im Jahr die Buchhandlungen aufsucht. Aber nicht nur der Buchhandel und die entsprechenden Abteilungen der Warenhäuser: Auch Schallplattengeschäfte und der Video-Fachhandel sollen die Produkte der acht Verlage übernehmen. Mit dem ersten Programm wollen die acht im Frühjahr 1984 auf dem Markt sein.

Bleibt abzuwarten, ob sich – wie im traditionellen Sektor Buch – nicht bald die Konkurrenz am Horizont zeigt und sich ein Preiskampf ähnlich dem entwickelt, der sich inzwischen im Video-Fachhandel abzeichnet. Wird es bald auch ein Modernes Video-Antiquariat geben?

KARL P. APONER

Ein Kindermörder wird Premierenheld – „La Passion de Gilles" in Brüssel

Braves Mysterienspiel mit Jungfrau

Gilles de Rais, Mitstreiter der Jeanne d'Arc im Hundertjährigen Krieg, Magier, Kindermörder und zum Feuertod verurteilter Häretiker, hat die Literaten, nicht aber die Komponisten immer wieder angeregt. Die Belgier Philippe Boesmans und Pierre Mertens haben im Auftrag der Belgischen Nationaloper nun endlich eine der letzten Lücken in der Galerie monströser Opernhelden geschlossen.

Wer allerdings eine drastische Skandalchronik erwartete, wurde bei der Uraufführung arg enttäuscht. Nicht die Verbrechen des Kindermörders de Rais, sondern die Leidensgeschichte eines „verhinderten" *Nationalhelden soll in „La Passion de Gilles"* gezeigt werden. De Rais erlebt bei der Belagerung von Paris den Niedergang der von ihm bewunderten, ja geliebten Jeanne d'Arc. Enttäuscht hat sich der Kampfgefährte der Jungfrau auf sein Schloß zurückgezogen und frönt der Magie. Nach seiner Verhaftung gesteht er alle Verfehlungen, um der Exkommunikation zu entgehen und sein Seelenheil im Feuertod zu retten.

De Rais und Jeanne d'Arc stehen zwar drei Akte lang im Mittelpunkt des Bühnengeschehens, nicht aber im Mittelpunkt des Autoreninteresses. Das Libretto beansprucht Vielschichtigkeit. In den Figuren der Jeanne d'Arc und de Rais soll die Austauschbarkeit von Gut und Böse symbolisiert werden, in der Rolle der katholischen Kirche klagt das Libretto eine Gesellschaft an, die eine Heilige zur Verbrecherin erklärt und die Untaten eines Kinderschänders zur Ketzerei bagatellisiert.

Ungeachtet der Frage, ob solche Überlegungen dramatisch-musikalisch ergiebig diskutiert werden können, bleibt die Frage nach der theatralischen Verwirklichung. Der 47jährige Komponist Philippe *Boesmans, hervorgegangen aus dem Kreis* der Darmstädter „Kurse für Neue Musik", versucht eine Annäherung an die Traditionen der romantischen Oper. Für einen umfangreichen Orchesterapparat komponiert er klassische Großformen. Nicht allein rhythmisch vertrackte Ariosi, Duett und Chöre, sondern auch eine fast an Wagner orientierte Motivtechnik sollen den Zugang zum Werk erleichtern. Doch obwohl der Dirigent Pierre Bartholomée alle möglichen Effekte aus der Partitur herauskitzelt, bleibt die Musik im Bereich des Illustrativen.

Der Regisseur Daniel Mesguich hat die Schwachbrüstigkeit des Librettos zweifellos früh erkannt und rettet sich in eine opulente Opernallegorie. Alain Batifoullier hat einen dunklen Bühnenraum entworfen, der filmartige Überblendungen erlaubt. Umhüllt von weißem Bühnennebel, arrangiert Mesguich die in Kostümen aller Epochen gekleideten Soldaten, Priester und Kinder zu einem überaus züchtigen Mysterienspiel, das vor allem durch die meisterhafte Arbeit der Bühnen- und Beleuchtungstechnik imponiert.

Von den Sängern beeindrucken *Colette Alliot-Lugaz als Page* und der Tenor Alexander Oliver als Alchimist. Sie dürfen als klassische Opernfiguren Emotionalität und Dämonie zeigen, während der Bariton Peter Gottlieb und die Sopranistin Carole Farley in den Hauptpartien schablonenhafte Ideenträger des Librettos sein müssen. So ist nicht die uraufgeführte Oper, sondern das hervorragende Team des Brüsseler Intendanten Gerard Mortier der eindeutige Gewinner.

ALBIN HÄNSEROTH

Zarter Hufschlag, sanfter Blick: „Das letzte Einhorn" nach Beagle

Den Lorbeer holt das niedere Paar

Jahrhundertelang hat das Einhorn Dichter, Maler und Teppichknüpfer zu den verführerischsten Hymnen inspiriert. Nun darf das schöne mythische Tier auch über die Kino-Leinwand jagen, mit zartem Hufschlag und sanftmächtigem Blick: Symbol jenes alten Menschheitstraums von einem Leben in Harmonie, vom Sieg des Guten und der Vernunft. Ein amerikanisch-englisch-japanisches Team unter Arthur Rankins und Jules Bass' Regie hat das Fabelwesen als schneeweiß-mähnige Zeichentrickfigur zum Soundtrack aus Schwell-Symphonik und Soft-Rock-Songs von Jimmy Webb ins Rennen geschickt in dem neuen Fantasy-Spektakel „Das letzte Einhorn", das den Rühr-Kassenknüller „E. T." in den Schatten stellen soll.

Nun, die Voraussetzungen waren nicht schlecht. Immerhin hatte Tolkienist Peter S. Beagles anmutig erfindungsreiche Sage vom „Letzten Einhorn" als Vorbild gedient, die bereits so etwas wie ein Klassiker moderner Fantasy-Literatur ist, eine charmante poetische Hommage an ein Fabeltier, das auf der Suche nach seinen Artgenossen gefährliche Begegnungen mit einem Monster-Stier und die Metamorphose in eine Jungfrau *überstehen muß*, ehe es *seine* Gefährten aus dem Meer erlösen kann. Hat Beagles anrührender Appell an die Kraft unserer Phantasie den Transfer in ein visuelles Medium überlebt? Haben die Zeichentrick-Künstler aus Ost und West das Wunder vollbracht, ein ähnlich verzauberndes Phantasie-Stück zu erschaffen, ein magisches Märchen-Werk, das für die ehrgeizige Gattung Fantasy-Film gar eine neue Ästhetik verspricht?

Frei heraus gesagt: Nein. Obwohl dieses Zeichentrick-Einhorn mit einer Reihe durchaus berückender Szenen ausgestattet ist. Der paradiesische Fliederwald, aus dem das Einhorn aufbricht, ist von dem japanischen Maler Kubo, der verantwortlich für die Hintergründe war, in sehr delikate, poetische Bilder umgesetzt worden, die stilbildend für den ganzen Film hätten werden können.

Beim Menschen- und Tier-Personal, von Lester Abrams zwar mit hollywoodianischer Professionalität in Szene gesetzt, hat man aber Vorbehalte. Fade Puppen sind vor allem das hohe Paar: Das in ein Mädchen verwandelte Einhorn kann sich vom Zuckerguß nicht befreien. Der liebende Prinz Lir bleibt trotz ironischer Schnipser bubig-leer. Da hat das niedere Paar, Gangsterbraut Molly und Zauberer Schmendrick, kräftigeren Lebensatem. Und der feuerzüngelnde Rote Stier gar verströmt rhythmisch-dramatische Energie.

Das kann jedoch das eigentliche Handikap des Films nicht verdecken: *Hatte Beagle*, der hier übrigens auch als Drehbuchautor fungiert, in seinem Roman seine Botschaft noch auf 260 Seiten behutsam erhellend ausbreiten können, so klammert sich der Film mit zu schnellen Läufen verzweifelt an Kernsätze, die einem dann so plakativ entgegenschallen, daß sie oft grotesk, meist nur noch banal wirken. Die Magie erlischt, das Wunder streift uns zwar, aber es überwältigt uns nicht.

KLÄRE WARNECKE



Schönes, mythisches Tier: Das letzte Einhorn in dem Film von Rankins und Bass FOTO: FILMWELT

Erstmals verliehen: Der „Deutsche Keramik-Preis" ging an H. Griemert

Spindelvasen unter Kristallsternen

Jeder Töpfer hat sich wohl irgendwann einmal an Elefanten versucht. Auch Hubert Griemert bildet da keine Ausnahme. Klein, mit einer glänzenden, hellblauen Glasur stehen sie in der ersten Vitrine einer Ausstellung, im Keramikmuseum in Höhr-Grenzhausen, die das Lebenswerk des bedeutenden Töpfers rekapituliert. Anlaß ist die Verleihung des Ehrenpreises Deutsche Keramik.

Hubert Griemert, 1905 in Thüringen geboren, hat in allen wichtigen Zentren deutscher Töpferkunst gelernt und gelehrt. 1927 bis 1929 studierte er im schlesischen Bunzlau. Anschließend ging er an die hallische Burg Giebichenstein, wo Gerhard Marcks und Marguerite Friedländer die Tradition der Bauhaus-Töpferei weiterführten. Nach seiner Gesellenprüfung 1934 wurde Griemert in Halle als Nachfolger von Marcks zum „Hilfslehrer", 1943 zum Studienrat bestellt. Nach dem Krieg lehrte er von 1950 bis 1954 an der Werkkunstschule Krefeld, danach war er bis 1970 Leiter der Meisterklasse in Höhr-Grenzhausen.

Auf die Elefanten, die er 1928 modellierte, ist Griemert allerdings später nicht zurückgekommen. Allenfalls hat er einmal die Tierfigur eines Kollegen glasiert. Sonst aber blieb er der Gefäßkeramik treu. Damit bewegte er sich auf einem Gebiet, das weitgehend von einem überlieferten Formkanon bestimmt wird. Um so bemerkenswerter ist, daß ihm die Preisurkunde die Erfindung von vier neuen Formen zuspricht.

Seine „Krokus-Form" erscheint heute allerdings zu sehr vom Stil der fünfziger Jahre geprägt (aber gegen solche Einflüsse war auch Richard Bampi nicht gefeit). Die „Kolben-Form" und später die „Knospen-Form" gehören inzwischen zum Repertoire vieler Töpfer. Die „Spindel-Form", bei der sich die Vase zwischen gleichstarkem Fuß und Hals ausladend verbreitert, blieb dagegen ein Griemertsches Privileg.

Vasen in dieser Form mit den eigenartig schillernden Kristallglasuren, die weit über das Repertoire der klassischen Ölflecken- oder Hasenfell-Glasuren, wie sie zuerst im Song-China (960 bis 1279) angewandt und im Historismus erneut ausprobiert wurden, hinausgehen, sind inzwischen ein Markenzeichen für Griemerts Kunst.

Bei ihm finden sich nicht nur die braun-schwarzen Töne, sondern er verstand es nach jahrelangen schwierigen Versuchen, auch mattgrüne und stumpfblaue, zartrote oder nuanciert weiße Ausfällungen über einem gleichmäßigen Grund in einer wirkungsvoll kontrastierenden Farbe zu erzielen. Die Kristallsterne ähneln dabei in ihrer Vielfalt und ihren unregelmäßigen Anordnungen den Schneeflocken auf einer berußten Scheibe. Es sind Kunstwerke, bei denen die Form hinter den ungewöhnlichen Glasuren zurücktritt. Schon ein gutes Dutzend Griemertscher Spindelvasen aus den 360 Ausstellungsstücken hätte genügt, um deutlich zu machen, warum er als erster den „Ehrenpreis" erhielt. (Bis 27. Nov.; Katalog: 48 Mark)

PETER DITTMAR

Run auf „Wohnkapseln“ nach dem Lego-Prinzip

10 000 Kleinstappartements verändern Tokios Baumarkt

EDWIN KARMIOL, Tokio

Ein neuer Boom für den Bau von Kleinstappartements im Großraum Tokio wird Japans Hauptstadt noch bis Ende dieses Jahres insgesamt 10 000 fertiggestellte Ein-Zimmer-Wohnungen bescheren. Allerdings müssen sich deren Inhaber – die Wohneinheiten werden zum Preis von 111 000 Mark als Eigentumswohnungen angeboten – mit einem Minimum an Quadratmetern zufrieden geben: Die „Wohnkapseln“ sind nur zehn bis 15 Quadratmeter groß . . .

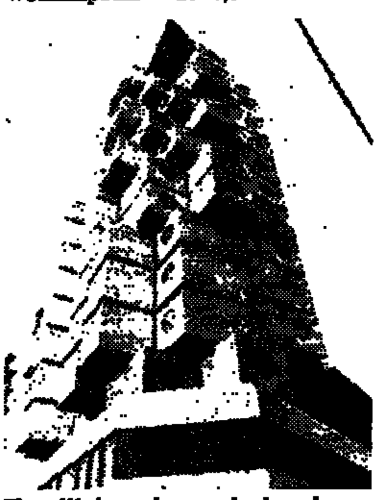
Die Idee dazu und den Prototyp lieferte der japanische Architekt Kisho Kurokawa bereits 1972. Er errichtete damals in Tokio mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Dollar eine 53 Meter hohe Betonkonstruktion, um deren Kern er ganz nach Art der Bauteile eines „Lego“-Spielbaukastens 140 vorgefertigte Wohnkapseln – zu 3,8 Tonnen das Stück – anordnete. Erst jetzt – elf Jahre später – setzt sich diese Idee durch.

Mag auch der aufs äußerste beschränkte Wohnraum seinem Besitzer kaum die Gelegenheit geben, seine Freunde zu einer Disco-Party einzuladen, die wichtigsten Einrichtungen zum Wohnen, Schlafen und Arbeiten kann sie bieten. Die Kapsel enthält ein kleines Bade-Abteil mit Toilette, einen zusammenklappbaren Diwan, Telefon, Fernseher, Radio mit Tonbandgerät und einen Heißwasserkocher.

Ganz besonders eignen sich die Wohnzellen auch als gewinnträchtige Kapitalanlage, lassen sie sich doch zum Preise von 550 Mark mühelos an Studenten oder Geschäftsleute vermieten, beziehungsweise an solche Kunden, die häufiger ihren letzten Zug in die weiter außerhalb Tokios gelegenen Wohngebiete verpassen oder verpassen wollen, weil sie, wie böse Zungen behaupten, eine andere Beziehung pflegen möchten.

Angesichts der Tatsache, daß sich der Durchschnittsjapaner noch immer mit Wohnungen von zumeist kaum 35 Quadratmetern begnügen muß, für die er in Tokio um 700 Mark zahlt, ist der „Run“ auf die Mini-Appartements verständlich. Aber auch Widerspruch ist inzwischen laut geworden.

So beklagen sich Nachbarn immer häufiger über zu laute Mieter mit ungebührlichem Verhalten oder solche zweifelhaften Rufes. Denn natürlich scheinen sich die für den englischen Sprachgebrauch als „business-capsules“ bezeichneten Wohneinheiten auch für die Geschäfte des „ältesten Gewerbes“ der Welt zu eignen. (SAD)



Eine Wohnwabe nach dem Lego-Prinzip: Tokios neuester Hit. FOTO: SAD



Auch nach Bonn? FOTO: RUDOLF DIETRICH

Wellenwunder vertäuen am Hamburger Messe-Kai

PETER ZERBE, Hamburg

In diesem Jahr hat der Segelsport mehr als sonst die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen und zeitweise selbst „König Fußball“ vom Bildschirm verdrängt. Die Anlässe: Der Admiral's Cup, die inoffizielle Weltmeisterschaft der Hochseesegler und der dramatisch umkämpfte America's Cup. Unter diesem Eindruck erhofft sich auch Hans-Joachim Hoerenz, Sprecher der Hamburg-Messe und Kongreß GmbH, einen positiven Verlauf der 24. Deutschen Boots-Ausstellung International, die morgen in der Hansestadt beginnt.

Der Admiral's Cup, der nach zehn Jahren zum zweiten Mal von einer deutschen Mannschaft gewonnen wurde, überstrahlt natürlich die Messe. Das erfolgreichste der drei deutschen Cup-Siegerschiffe, die Jacht „Sabina“ des Berliner Hermann Noack, steht vor dem Haupteingang und weist schon von fern den Besuchern den Weg. Auch der Cup selbst kann während der Ausstellung, die bis zum 30. Oktober dauert, bewundert werden.

Auf einer Ausstellungsfläche von 53 700 Quadratmetern in zwölf Hallen sowie auf dem Freigelände präsentieren in Hamburg nicht nur alle wichtigen europäischen Bootsbau-Nationen ihre Neuheiten, auch der Ferne Osten ist mit Japan, Taiwan, Thailand und Hongkong vertreten. Selbst Australien und Neuseeland präsentieren ihre Wellenwunder. Insgesamt zeigen 627 Aussteller und mehr als 500 zusätzlich vertretene Unternehmen aus 27 Ländern ihre Boote, Ausrüstungsgegenstände und Zubehör.

Angebotsschwerpunkte sind hochseegängige Segel- und Motorjachten, dazu familiengerechte Segeljachten, Motorsegler und Motorkajütboote. Allein in vier der zwölf Hallen stehen die Jachten voll aufgetakelt.

Mit Stolz verweist die Messeleitung auf den hohen Anteil der Dauergäste, die jede Ausstellung besuchen. Mit annähernd 200 000 Besuchern rechnet man in diesem Jahr. Im vergangenen hat mindestens jeder Dritte der 150 000 Gäste schon einmal in einem Boot gesessen. Das erklärt den Respekt, den die Aussteller vor dem Publikum haben.

Die deutschen Bootsbauer verspüren in diesem Jahr im Gegensatz zu den Schiffswerften wieder Rückenwind. Alles, was gut und teuer ist, hat auf dieser Messe gute Absatzchancen. Die 220 spezialisierten Hersteller von Motor- und Segeljachten haben die Konjunkturklippen von 1980 und 1981 weitgehend ohne Mast- und Schotbruch umschifft. Im vergangenen Jahr bauten sie Boote und Jachten aus Stahl, Aluminium, Kunststoff und Holz für 215 Millionen Mark. Nach Angaben von Wilfried Nienstedt, Geschäftsführer des Deutschen Boots- und Schiffbauer-Verbandes in Hamburg, setzten die deutschen Hersteller Jachten im Wert von 166 Millionen Mark am heimischen Markt ab, 20 Prozent mehr als '81.

Die Preise für die Boote bewegen sich zwischen rund 1000 Mark und fast 800 000 Mark. 780 900 Mark kostet das teuerste Schiff der Hamburger Bootsausstellung, der Motorsegler „Lütje 52“, mit sechs Kojen und einem 130-PS-Dieselmotor, exakt. Das 15,9 Meter lange Schiff ist ein Zweimaster mit Ketschtakelung. Das größte Segelschiff der Ausstellung kommt von Hallberg Rassy aus Ellös in Schweden. Es ist fast 15 Meter lang, hat einen Polyesterrumpf, zehn Schlafplätze in vier Kabinen und eine Segelfläche von 108 Quadratmeter. Preis: 472 000 Mark.

Mogelnder Schüler braucht Spickzettel nicht vorzuzeigen

AP, Gelsenkirchen

Bei Prüfungen oder Klassenarbeiten mogelnde Schüler brauchen Spickzettel nicht ihren Lehrern auszuhändigen. Sie müssen jedoch damit rechnen, von den Prüfungen ausgeschlossen zu werden. Dies entschied das Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen. Das Gericht wies damit die Klage eines Schülers zurück, der nach einem Mogelversuch von der Abschlußprüfung an einer Fachhochschule ausgeschlossen worden war. Der 18jährige war von seinem Lehrer bei der schriftlichen Prüfung dabei beobachtet worden, wie er einen Spickzettel benutzte. Nach Aufforderung des Studienrats, das Beweismittel abzugeben, hatte der Prüfling den Zettel verschluckt. Wegen Täuschungsversuchs war der junge Mann daraufhin vom Prüfungsausschuß der Schule von der Reifeprüfung ausgeschlossen worden. In der mündlichen Begründung des Gerichts hieß es, der Schüler habe selbst den gegen ihn gerichteten Verdacht der Täuschung ausräumen können, wenn er freiwillig den Zettel abgegeben hätte. (AZ.: Verw.-Gericht Gelsenkirchen: 4 K4414/82)

Selbstmord provoziert

dpa, Rom

Auf die Treffsicherheit italienischer Polizisten verließ sich der 20jährige Giovanni Cocco. Er wollte durch seinen als Erschießung getarnten Selbstmord in die Schlagzeilen geraten und bedrohte daher eine Polizeistreife mit der Waffe in der Hand. Der Mann wurde prompt erschossen. Daß der junge Mann seinen Tod geplant hatte, ging aus seinem Notizbuch hervor: „Ich will nicht sterben wie irgendwer. Alle sollen wissen, daß ein Mann wie ich stirbt.“

Giftbeseitigung gelungen

dpa, Linz

Chemiker eines österreichischen Unternehmens (Chemie Linz AG) haben nach eigenen Angaben ein Verfahren entwickelt, das als erstes der Welt das „Seveso-Gift“ Dioxin beseitigen kann. Die Produktion des Insektizides wurde eingestellt, nachdem sich eine belgische Firma nicht mehr bereitgefunden hatte, die Entsorgung von Dioxin auf hoher See zu übernehmen.

Geisterfahrer verurteilt

AP, Frankfurt

Zu sechs Monaten Freiheitsstrafe wegen fahrlässiger Tötung hat das Amtsgericht in Frankfurt gestern einen 61 Jahre alten Falschfahrer verurteilt. Der Angeklagte hatte am 8. Juli dieses Jahres auf der Stadtautobahn seinen Wagen gewendet und war anschließend frontal mit einem entgegenkommenden Auto zusammengestoßen. Der Fahrer starb drei Wochen später.

Ungewöhnlicher Tausch

dpa, Solingen

Der Kölner Bestecke-Sammler Bodo Glaub will seine Sammlung aus 1300 Objekten, die als eine der bedeutendsten ihrer Art gilt, dem Land Nordrhein-Westfalen schenken, wenn ihm dafür als Gegenleistung die Steuerschulden erlassen werden. Die Stadt unterstützt das Tauschangebot.

Kritik der „Prawda“

rtr, Moskau

Die Schiffskatastrophe in der Arktis hätte nach einem Bericht der sowjetischen Parteizeitung „Prawda“ vermieden werden können. Die Zeitung machte gestern völlig falsche Wettervorhersagen und ständige Verspätungen der arktischen Schiffslinien dafür verantwortlich, daß noch 35 Schiffe nördlich von Sibirien im Packeis festsitzen.

ZU GUTER LETZT

„Redet nicht so viel, meckert nicht so viel, schafft was.“ Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) zu Unternehmern, Arbeitnehmern und Handwerkern.

LEUTE HEUTE

Sorge um Rainier

Monaco-Prinzessin **Caroline** ist in größter Sorge um ihren Vater. Fürst Rainier (60) ist angeblich schwer herzkrank. Er kommt nicht über den Tod seiner Frau Gracia Patricia hinweg. „Er sucht Trost im Essen und hat schon über 30 Pfund zugenommen“, schrieb gestern die englische Zeitung „Daily Mirror“. Der „Daily Star“ beschrieb das Herzleiden des Fürsten als so „kritisch, daß die Ärzte möglicherweise nicht operieren können“.

Neuer Verdacht

John de Lorean, bankrotter Autofabrikant und verdächtiger Rauschgiftschmuggler, hat zusätzlich möglicherweise mehr als 100 Anleger um 17,5 Millionen Dollar erleichtert. Dies berichtete jetzt die Fernsehanstalt NBC.

„Echte“ Aufgaben

Hollands Regierung will sich dafür einsetzen, daß **Prinz Claus** nach seiner Genesung „echte“ Aufgaben übernehmen kann und nicht nur solche repräsentativer Art als Ehemann von **Königin Beatrix**. Das kündigte Ministerpräsident **Ruud Lubbers** in einer Haager Parlamentsdebatte an.



Mit den Händen grub Herbert Jans fünf Kameraden aus

In Katmandu berichteten jetzt die Überlebenden von der Lawinen-Katastrophe am Churen Himal im Himalaya

AP, Katmandu

Herbert Jans hatte Glück im Unglück. Wenn der 23jährige aus Weingarten sich nicht zufällig im Freien aufgehalten hätte, als das Lager der deutschen Himalaja-Expedition am Churen Himal (7371 Meter) unter Schneemassen begraben wurde, hätte das Lawinenunglück wohl noch mehr als zwei Todesopfer gefordert (s. WELT v. 19. 10.). Für den 24 Jahre alten Stuttgarter Johann Peter Hamm kam jede Hilfe zu spät. Die Leiche des zwei Jahre jüngeren Christopher Hawlitschek aus Neubiberg, der lebendig begraben wurde, blieb verschollen.

Eine Woche nach der Tragödie berichteten vier der Überlebenden in der nepalesischen Hauptstadt Katmandu von ihren verzweifelten Rettungsversuchen.

Als am 12. Oktober gegen Mittag über dem Lager drei der Expedition in 5800 Meter Höhe eine gewaltige Lawine niederging, wurden alle vier Zelte und die fünf Bergsteiger, die sich darin aufhielten, von Schnee und Eis völlig verschüttet. Nur Jans, der gerade ein Schneeloch grub, „um Schutz zu haben, falls die Zelte vom Sturm weggefegt würden“, wurde nicht begraben. Die aus 15 Meter Höhe herabstürzenden Schneemassen rissen ihn rund 200 Meter weit mit. Als er sich zurückgearbeitet hatte, war von den Zelten nichts mehr zu sehen. Mit den bloßen Händen fing er an, das Schneefeld zu durchwühlen. Er stieß auf ein Zelt, riß es auf und zog seinen Kameraden Dieter Elsner heraus. Zusammen mit dem 28jährigen aus Kaufbeuren grub er weiter. Aus einem anderen Zelt retteten sie den 22 Jahre alten Christoph Kruis aus Amberg und den 25jährigen Thomas Höss aus Wangen. Johann Peter Hamm war bereits tot.

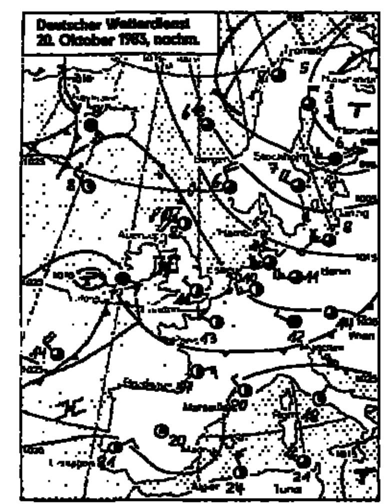
„Als die Lawine uns verschüttete, dachte ich, ich würde jeden Moment sterben“, erinnert sich Höss. „In diesen zwei schwierigen Stunden in dem Zelt unter dem Schnee habe ich Minute um Minute gezählt.“ Jans barg noch den 22 Jahre alten Walter Fichter aus Leonberg und den 23jährigen Lindauer Uwe Schmidt. Von Hawlitschek keine Spur. Als die Suche auch nach Stunden noch ergebnislos war, mußten sie annehmen, daß er inzwischen schon erstickt sei.

„Wir hatten keine Schuhe, keine Handschuhe, und es wurde dunkel. So haben wir ein Biwak aufgeschlagen und die Nacht auf zwei Biwaksäcken sitzend verbracht“, berichtet Fichter. Am Morgen begannen sie den Abstieg in hüfthohem Schnee. Mittags erreichten sie Lager eins in 4800 Meter Höhe, wo sie auf die übrigen Mitglieder der 15köpfigen Expedition trafen, die gerade vom Basislager aus zu einem Rettungseinsatz aufbrechen wollten.

Die Überlebenden, die Erfrierungen an Händen und Füßen davontrugen, wurden mit Hubschraubern nach Katmandu ins Krankenhaus gebracht. Die Ärzte bezeichneten ihre Erfrierungen als nicht sehr ernst.

WETTER: Meist trocken

Wetterlage: Eine Zone hohen Druckes erstreckt sich vom Ostatlantik nach Mitteleuropa.



Vorhersage für Freitag:

Bundesrepublik und Raum Berlin: Morgens stellenweise Dunst und Nebel. Am Tage wolkig mit Aufheiterungen, nur im Küstenbereich vereinzelt Schauer. Höchsttemperaturen 10 bis 14 Grad, in der Nacht zum Samstag Abkühlung auf 5 bis 0 Grad, örtlich leichter Frost. Schwacher, im Norden mäßiger Wind, vorwiegend aus West.

Weitere Aussichten:
Wenig Änderung.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	27°
Bonn	11°	Kopenh.	10°
Dresden	11°	Las Palmas	22°
Essen	10°	London	11°
Frankfurt	11°	Madrid	20°
Hamburg	11°	Mailand	16°
List/Sylt	8°	Mallorca	24°
München	12°	Moskau	12°
Stuttgart	10°	Nizza	21°
Algier	24°	Oslo	9°
Amsterdam	12°	Paris	13°
Athen	21°	Prag	10°
Barcelona	21°	Rom	18°
Brüssel	11°	Stockholm	7°
Budapest	18°	Tel Aviv	30°
Bukarest	16°	Tunis	21°
Helsinki	6°	Wien	14°
Istanbul	19°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Samstag: 6.57 Uhr, Untergang: 17.16 Uhr, Mondaufgang: 17.50 Uhr, Untergang: 7.12 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Wir können die Achse des Erdballs nicht verlegen“

dpa, Fortaleza

Auf den weiten Ebenen im Nordosten Brasiliens grast kaum noch Vieh. Die Anpflanzungen sind zerstört. Die vertrocknete Landschaft sieht aus, als habe hier ein gigantisches Feuer gewütet. An den Landstraßen zeugen unzählige kleine Gräber von dem vergeblichen Versuch Tausender von Menschen, der Dürre auf einem langen Fußmarsch zu entfliehen.

Seit fünf Jahren ist kaum noch Regen gefallen. 1,5 Millionen Quadratkilometer in neun der 23 brasilianischen Bundesstaaten hat die Trokkenheit ausgedörrt. 24 Millionen Menschen sind davon betroffen – 20 Prozent der Bevölkerung. Dabei ist der brasilianische Nordosten ein reiches Gebiet. Dort wird fast das gesamte Erdöl und Erdgas des Landes gefördert. Magnesium, Blei, Kupfer, Uranerz und viele andere Rohstoffe gibt es im Überfluß.

Für die Regierung in Brasilia ist die Misere des Nordostens eine Frage des Klimas: „Wir können die Achse des Erdballs nicht verlegen“, meinte vor kurzem Brasiliens Staatschef Joao Figueiredo. Der Gouverneur des Dürre-Staates Ceara, Luis Goxaga Motta, ist anderer Ansicht: „Die Dürre ist ein politisches, wirtschaftliches und soziales Problem. Der Wassermangel ist nur eine von mehreren Ursachen.“ Der Professor an der Universität von Pernambuco, Jaime Gusmao Filho, weist auf die feudale Sozialstruktur des Nordostens hin: „Die Landbevölkerung ist wirtschaftlich total von den Großgrundgbesitzern abhängig.“

Das Elend der kleinen Leute ist unbeschreiblich. In den Dürre-Gebieten fehlt nicht nur das Wasser. Es mangelt an Nahrungsmitteln, Geld, Arbeit und an Medikamenten. In vielen Landstädten überfielen Hungernde die Lebensmittelläden. Nach amtlichen Angaben wurden bisher 70 Supermärkte im Nordosten geplündert. Viele Menschen können die Not nur dank eines starken religiösen Glaubens durchstehen. Die 36jährige Josefa Dos Santos, Mutter von acht Kindern, erklärt ihr Überleben so: „Wir leben nicht, um zu essen. Wir leben um Gottes willen. Lebten wir nur fürs Essen, wären wir längst tot.“

Um den Bedürftigen ein bescheidenes Einkommen und eine sinnvolle Beschäftigung zu geben, hat der brasilianische Staat ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ins Leben gerufen. Es umfaßt derzeit rund zwei Millionen Menschen, die einen Monatslohn von umgerechnet 50 Mark erhalten. Kürzlich wurde im Beschäftigungsprogramm gestreikt, nachdem der Staat zwei Monate lang den Lohn schuldig geblieben war. Aber wenn den Arbeitern der monatliche Scheck überreicht wird, gehört das Geld längst dem örtlichen Lebensmittelhändler.

Am meisten leiden die Kinder unter dem Elend. Gouverneur Gonzaga Motta schätzt die Kindersterblichkeit in seinem Bundesland auf 40 Prozent. Vor der Dürre lag sie in Ceara bei 15 Prozent. Nach Schätzungen des Krankenhausleiters der Stadt Crateus, Francisco Janildo Leal, sterben in Wirklichkeit mehr Kinder als amtlich festgestellt wird. Nach Aussagen des Arztes gibt es unzählige geheime Friedhöfe, wo tote Kinder beerdigt werden, deren Angehörige nicht das Geld zu einer ordentlichen Bestattung haben. Man nennt sie „Friedhöfe der kleinen Engel“.

Krankheiten grassieren im Nordosten Brasiliens, vor allem Lungenentzündung, Tuberkulose und Durchfall. Zahllose Menschen vegetieren vor Hunger in einem Zustand der Agonie, aber im Krankenhaus von Santa Quiteria, daß für rund 200 000 Menschen zuständig ist, stehen 16 der 35 Betten leer. Nach dem Grund befragt, sagt der Arzt: „Die Leute haben nicht das Geld für den Transport hierher.“

Hunderttausende machen sich auf den Weg in die großen Städte. Doch anstatt ein besseres Leben zu finden, landen sie in den Favelas, den Elendsvierteln. Gouverneur Gonzaga Motta gab bekannt, daß von den 1,3 Millionen Einwohnern von Fortaleza, der Hauptstadt seines Bundeslandes, 350 000 Dürre-Flüchtlinge seien – eine Zahl, die sich bis Ende des Jahres auf 600 000 erhöhen wird.

Die Fernseh-Gesellschaft „Globo“ veranstaltete eine Reihe von Wohltätigkeitsshows zugunsten der Hungernden im Nordosten. Als die leidende Bevölkerung davon hörte, versuchte eine Menschenmenge, den örtlichen Fernsehsender in Fortaleza zu stürmen – in dem Glauben, dort werde etwas zu essen verteilt.

DIANA RENEE

Magazin für die Freizeit **REISE WELT** mit Auto · Hobby · Sport · Spiel

Freitag, 21. Oktober 1983 - Nr. 246 - DIE WELT







Wie aus einem Bilderbuch über das Tell-Land – Alphornbläser mit Maidli FOTO: K. HUGGLER

Herbstreise im Berner Oberland

/ Auf Goethes Spuren durch tiefe Täler

Interlaken

Amerikaner sind gerührt, Japaner mißtrauisch, Deutsche überrascht, Franzosen erfreut: Den ausländischen Gästen werden an den Schaltern des Verkehrsvereins Interlaken und der Bahnen der Jungfrau-Region Äpfel überreicht, dreieinhalb Tonnen im ganzen. „Unsere Apfel-Aktion soll zum Ausdruck bringen, wieviel uns der Gast bedeutet", erklärt Interlakens Verkehrsdirektor Urs Zaugg die nette Idee:

Tausenden Besuchern haben die Nachfahren des Tell bereits mit dieser Apfel-Geste gedankt; und sie hoffen, daß auch im Herbst der Besucherstrom in das Gebiet am Fuße der Jungfrau und an den Gestaden von Thuner und Brienzer See nicht abreißt. Wissen die Einwohner des Berner Oberlandes doch, wie sehr Ausländer die Region schätzen.

Dichter nannten das Berner Oberland den „Spielplatz Europas", und selbst Goethe durchstreifte und durchfuhr es vor 200 Jahren. Tausende sind den Spuren des Dichterfürsten durch Schluchten, über Berge und Gletscher, vorbei an Seen und Wasserfällen gefolgt und stellten dabei fest, daß von den in Goethes Reiseberichten besungenen Herrlichkeiten bis heute keine Abstriche zu machen sind.

Das Feriengebiet Berner Oberland ist groß und vielseitig. Haslital, die Region Brienzer See, Interlaken und das Jungfrau-Gebiet, die Landschaft rund um den Thuner See, der Lötschberg, das Simmental sowie Saanenland gehören dazu. Und jedes Tal und fast jeder Ort hat sein Brauchtum, seinen Dialekt und seine ganz bestimmte Wesensart. 30 Ferienorte mit 400 Hotels und insgesamt 15 000 Betten stehen zur Auswahl, dazu weitere 36 000 Betten in Ferienwohnungen; selbstverständlich fehlen auch Campingplätze nicht.

Die Kulisse ist weltberühmt: wilde, gewaltige Berge, Schnee und nochmals Schnee, tiefblaue Seen, in denen man mit Erfolg fischen kann, Dörfer und Weiler mit tief heruntergezogenen Dächern, feinen Schnitzereien an der Hausfront und Geranien vor blitzenden Fenstern und an reich verzierten Balkonen.

Die Aufzählung von möglichen Aktivitäten und Zeitvertreib ist lang. Reiten und Segelfliegen, Golf und Tennis, Bergsteigen und Wandern, Klettern und Deltasegeln. Dazu ein abenteuerlicher Genuß ohne Vergleichsmöglichkeiten: die Überquerung der Alpen im Ballon.

Die kulturell Interessierten kommen im Berner Oberland ebenso auf ihre Kosten wie die sportlich Orientierten. Burgruinen und Schlösser, Zeugen einer stolzen Vergangenheit, sind zu besichtigen. Die meisten bestechen nicht allein durch Geschichte, sondern vor allem durch Schönheit.

Neben dem Schloß Hünegg am Thuner See sind sogar frühgermanische Hünengräber zu sehen, und im Simmental sind viele Beispiele perfekter Holzbaukunst erhalten. *Verkehrsvereine organisieren für Interessierte* spezielle Besichtigungstouren zu den kunsthistorischen Phänomenen.

Wer sich selbst nur wenige Tage im Berner Oberland aufhält, sollte dennoch mit der längsten Luftseilbahn der Alpen auf das fast 3000 Meter hohe Schilthorn oberhalb Mürren fahren und sich schließlich die Zeit nehmen, mit der gemütlichen Zahnradbahn den Interlakener Hausberg Schynige Platte kennenzulernen.

Filmruhm heimste die Schilthorn-Bahn durch einen James-Bond-Streifen ein. Vom Drehrestaurant „Piz Gloria", das sich in 50 Minuten um seine Achse dreht und vor den Augen der Besucher das gesamte Alpenmassiv vom sanften Jura über die Riesen der Berner Berge bis zum Mont Blanc Revue passieren läßt, können herrliche Wanderungen unternommen werden.

Weniger aufregend ist es auf der Schynigen Platte, doch kaum weniger schön. Kenner behaupten, von der Schynigen Platte aus habe man die beste Aussicht im ganzen Berner Oberland. Wer sich am Anblick von 200 Berggipfeln satt gesehen hat, *kann hoch über Interlaken und den* beiden Berner Oberländer Seen einen berühmten Alpengarten besichtigen und sich an Flora und Fauna erfreuen. Wer den Berg mit einer 80jährigen Dampflokomotive erklimmen will, kann in Interlaken erfahren, wann der stählerne Veteran aus der Remise geholt wird ...

Wer sich unten im Tal einen besonderen Genuß gönnen möchte, sollte wenigstens einmal im legendären Grand-Hotel „Victoria Jungfrau" in Interlaken den Tee einnehmen, dinieren oder gar übernachten. Natürlich ist *das führende Schweizer* Spitzenhotel nicht gerade billig, doch beeindruckt das Fünf-Sterne-Hotel aus der „guten alten Zeit" den Gast durch Stil, Charme, Großzügigkeit und Atmosphäre, wobei Komfort und Bequemlichkeit von heute nicht auf der Strecke geblieben sind.

Was der Eiffelturm für Paris, der Dom für Köln, das Tivoli für Kopenhagen, das Atomium für Brüssel – das ist das „Victoria Jungfrau" für Interlaken. Nur exklusiver. Das moderne, schöne, unterhaltsame, elegante, mit 120 Jahren jedoch längst nicht mehr junge Hotel im Berner Oberland lockt gerade die Urlauber, die es gewöhnt sind, fürstlich zu residieren. Allein 65 Suiten stehen zur Wahl. Wem eine einfache Suite nicht genügt, kann schließlich in der Tower Suite den Inbegriff des Luxus finden, wie es ihn selten auf der Welt gibt.

WALTER H. RUEB

*

Auskünfte: Verkehrsverband Berner Oberland, CH-3800 Interlaken; Verkehrsverein Interlaken, CH-3800 Interlaken.

NACHRICHTEN

Kreditkarten an Bord

Passagiere können jetzt auf den Fernflügen der Air France ihre Bord-Einkäufe bis zu 300 Mark mit Kreditkarte (Mastercard, Diners Club International, American Express, Carte Bleue und Visa) bezahlen. Concorde-Passagieren wird noch mehr Kredit eingeräumt: Wer im Überschalljet mit Karten von Diners oder American Express bezahlt, kann Waren im Wert bis zu rund 2000 Mark kaufen (Auskunft: Air France, Friedenstraße 11, 6000 Frankfurt/M.).

Luxuszug „The Alice"

Mit dem neuen Luxuszug „The Alice" wird ab November in Australien ein wöchentlicher Dienst eingerichtet, der Sydney mit Alice Springs, dem „heißen Herzen" Australiens, verbindet. Damit können Inland- und Ferntouristen die 2857 Kilometer lange Strecke nach Alice, Ausgangspunkt für den Besuch des weltberühmten Ayers Rock, im Erste-Klasse-Komfort und voll klimatisiert bereisen. Der Zug verläßt Sydney jeweils am Montag und braucht bis zum Zielort zwei Tage. Die Rückreise von Alice Springs nach Sydney erfolgt mittwochs. Der Fahrpeis beträgt umgerechnet 650 Mark. (Auskunft: Australische Fremdenverkehrszentrale, Neue Mainzer Str. 22, 6000 Frankfurt/M.1).

Urlaub auf Abzahlung

Urlaub auf Abzahlung bietet das Reisebürounternehmen Euro Lloyd. Preisbeispiel: Ein 13tägiger Urlaub in einem Luxushotel an der Copacabana in Rio de Janeiro kostet bei Barzahlung im voraus 3954 Mark. Nach dem Finanzierungsplan zahlt der Urlauber über zwölf Monate – sechs Monate vor und sechs Monate nach der Reise – 338,62 Mark und kommt inklusive Zinsen und Gebühren auf einen Preis von 4063 Mark (Auskunft: Euro Lloyd Reisebüro, Gereonstraße 34-36, 5000 Köln 1).

Bildhauerwoche

Das Städtchen Wemding im Allgäu lädt zu Ferien in einem Bildhaueratelier ein. Am Anfang der Bildhauerwoche steht eine Exkursion zu einem Steinbruch, wo sich die Urlauber ihre Steine selbst aussuchen können. Natürlich steht auch ein Bildhauer zur Verfügung, der die Feriengäste in die Geheimnisse der Kunst einweiht. In der Hobbypauschale ab 368 Mark sind neben sieben Übernachtungen mit Frühstück auch die Gebühren für den täglich zweistündigen Bildhauerkurs enthalten. (Auskunft: Verkehrsamt, *8853 Wemding*).

Grenze erreicht

Der Tourismus im ostafrikanischen Kenia – wichtigster Devisenbringer dieses Staates am Indischen Ozean – scheint nach der stürmischen Entwicklung der vergangenen Jahre infolge der weltweiten Rezession seine Grenzen erreicht zu haben. Kenianische Touristikfachleute gaben in Gesprächen mit Journalisten offen zu, daß vor Beginn der Rezession geplante und inzwischen *fertiggestellte* Hotelneubauten an der Küste Probleme mit der Kapazitätsauslastung hätten. Neue Hotels seien vorerst nicht geplant. Trotz hoher Inflationsraten werde Kenia für diese Saison auf Wunsch der Reiseveranstalter keine Preiserhöhungen vornehmen. Dies bringe allerdings für die Rentabilität der Hotels große Probleme mit sich. Preissenkungen als Lockmittel für ausländische Touristen wären nur beim Abbau des derzeitigen Hotelservice möglich. Daran könnten weder die Hotels noch die Touristen interessiert sein. Kenia selbst werde alles daransetzen, den Devisenbringer Tourismus weiterzuentwickeln. Forciert werden soll der Ferienhausbau, der – eigentlich für einheimische Urlauber geplant – als kostensparender Selbstservice inzwischen auch von Ausländern genutzt werde. Nach amtlichen Statistiken kommen jährlich etwa 350 000 ausländische Touristen nach Kenia, davon 85 000 Deutsche. Die Deutschen stehen damit an der Spitze aller ausländischen Touristen vor Schweizern, Briten, Italienern und Franzosen.

Boot auf Wunsch

Per Computer können Besucher der Deutschen Boot-Ausstellung international vom 22. bis 30. Oktober in Hamburg ihr Traumboot finden. Im *Ost- und West-Foyer des Hamburger* Messegeländes erhalten Wasser-, Wind- und Wellenfreunde einen Fragebogen, auf dem sie die Kennzeichen (Bootsart, Preisklasse, Größe, Baumaterial) des gewünschten Bootes ankreuzen können. Diese Angaben werden in den Computer getippt, der aus seinem Speicher mit 1200 Neubooten, Jachten, Katamaranen und Surfbrettern eine Liste mit allen in Frage kommenden Wasserfahrzeugen ausspuckt.

WÄHRUNGEN

Land	Einheit	Kurs
Ägypten	1 Pfund	2,60
Belgien	100 Franc	4,92
Dänemark	100 Kronen	28,50
Finnland	100 Fmk	47,00
Frankreich	100 Franc	33,50
Griechenland	100 Drachmen	3,20
Großbritannien	1 Pfund	3,99
Irland	1 Pfund	3,15
Israel	1 Schekel	0,06
Italien	1000 Lire	1,70
Jugoslawien	100 Dinare	2,40
Luxemburg	100 Franc	4,92
Malta	1 Pfund	6,30
Marokko	100 Dirham	36,50
Niederlande	100 Gulden	90,00
Norwegen	100 Kronen	36,50
Österreich	100 öS	14,32
Portugal	100 Escudos	2,45
Rumänien	100 Lei	4,25
Schweden	100 Kronen	34,25
Schweiz	100 Franken	124,75
Spanien	100 Peseten	1,78
Türkei	100 Pfund	1,40
Tunesien	1 Dinar	3,80
USA	1 Dollar	2,63
Kanada	1 Dollar	2,14

Stand vom 18. Oktober – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

TOURISTIK

ANGEBOTE

Thermen im Winter

Unter dem Motto „Thermen Sie mal im Winter bei uns" bietet Bad Salzuflen bis Mitte April (ausgenommen Weihnachten und Silvester) ein preisgünstiges Gesundheitsprogramm. Beispiel: drei Tage Übernachtung mit Frühstück ab 81, Halbpension ab 111 und Vollpension ab 129 Mark (Auskunft: Kur- und Verkehrsverein, 4902 Bad Salzuflen).

Urlaub in Norwegen

Zum Urlaub in Ferienhäusern im Süden Norwegens lädt Nordisk Hytteferie für die Herbst- und Wintermonate ein. Je nach Lage und Komfort kosten die Häuser zwischen 315 und 550 Mark pro Woche, zu Weihnachten zwischen 550 und 690 Mark und um die Osterzeit für zehn Tage zwischen 660 und 1065 Mark (Auskunft: Nordisk Hytteferie A/S, Storgate 8, N-2600 Lillehammer).

Kenia-Angebot

Die Lübecker Travemünder Verkehrs-Gesellschaft (LVG) bietet ein Zwei-Wochen-Arrangement in Kenia zu einem Preis ab 1995 Mark. Die Reise, die in Frankfurt gestartet wird, schließt Unterkunft in einem Luxushotel mit Vollpension ein. Zu einem Aufpreis von 475 Mark können Urlauber an einer dreitägigen „Masai-Safari" teilnehmen (Auskunft: LVG-Reisen, Untertrave 104, 2400 Lübeck 1).

Flugpreise gesenkt

Mit Beginn des Winterflugplanes am 1. November senkt El Al Israel Airlines die Flugpreise für alle Flüge von Köln, Frankfurt und München nach Tel Aviv um 150 Mark. Damit kostet der Holiday-Tarif (Flug mit Mindestaufenthalt von sechs Tagen) ab München 849, ab Frankfurt 899 und ab Köln 949 Mark (Auskunft: El Al, Roßmarkt 23, 6000 Frankfurt/M.).

Kur auf Helgoland

Zur Kur in den Herbst- und Wintermonaten lädt die Nordseeinsel Helgoland ein. Im sogenannten „Helgo-Kurpaket" das für sieben Tage 180 und für drei Wochen 450 Mark kostet, sind allgemeine Meerwassertherapien, Fangopackungen und Inhalationen enthalten (Auskunft: Kurverwaltung, Lung Wai, 2192 Helgoland).

Australien-Ticket

Linienflüge nach Australien bietet Dr. Düdder Reisen bereits ab 2499 Mark. Bei diesen saisonabhängigen Jahrestickets (Hin- und Rückflug) sind Stopps in Toronto, Honolulu und Nandi möglich (Auskunft: Dr. Düdder Reisen, Korneliusmarkt 10, 5100 Aachen-Kornelimünster).



Freundlicher Service beim Galadiner an Bord
FOTO: BILDERDIENST SÜDDEUTSCHER VERLAG

Tips für Trinkgelder an Bord

RW. Hamburg

Wer vierzehn Tage lang dreimal täglich essen geht, in dieser Kneipe ein Bierchen trinkt, in jener Bar einen Klaren, einmal den Friseur besucht, sich zweimal in der Sauna massieren läßt, gibt den verschiedenen dienstbaren Geistern im Schnitt zwischen 84 und 112 Mark Trinkgeld. Also etwa so viel, wie von einem Gast während einer zweiwöchigen Kreuzfahrt zu einem Preis von rund 2000 Mark erwartet wird: Das sind etwa fünf Prozent des Reisepreises oder rund hundert Mark.

Diese Rechnung machte jetzt Seetours International bei einem Vergleich der Trinkgeldsitten an Land und an Bord von Kreuzfahrtschiffen auf. Denn die Trinkgeldfrage gilt noch immer, so Seetours-Prokurist Otto Schüßler, als ein „leidiges Problemchen" im seetouristischen Geschäft. „Manche Leute wollen nicht wahrhaben, daß sie für einen gewissen Zeitraum einen kontinuierlichen Service genießen, den sie an Land nur gelegentlich in Anspruch nehmen, dann aber bei entsprechender Leistung durchaus auch mit einem Trinkgeld honorieren", meint Schüßler.

Die Frage ist also nicht so sehr, ob man kein Trinkgeld geben soll, sondern wieviel, wem und in welcher Form. Auch an Bord wird nur ein Trinkgeld „erwartet" (wie an Land von jedem Gepäckträger, Taxifahrer oder Kellner auch), aber nicht gefordert. Damit ist das Trinkgeld auch keine verdeckte Reisepreiserhöhung.

Das „Problem" ist allerdings, daß es für die Trinkgelder und ihre Handhabung in den Reise-Ausschreibungen keine einheitlichen Regularien gibt. Die internationale Kreuzfahrerflotte fährt unter vielen Flaggen, und da hat jedes Schiff seine eigenen Spielregeln entwickelt.

So heißt es dann beispielsweise beim Stichwort Trinkgeld „nicht erforderlich" für die „Rotterdam", „Veendam", „Volendam". Auf anderen Schiffen gibt es feste Währungsangaben, gerechnet pro Tag und Person. Acht Mark werden auf der „Atalante" und der „Canberra" erwartet, sieben bis zehn Mark auf der „La Palma" und 16 Mark auf der „Europa". Zwölf Mark erwartet das Personal auf der „Nordic Prince", „Song of America", „Song of Norway", „Sun Viking" und den drei Schiffen der Royal Viking Line, der „Royal Viking Star", „Royal Viking Sea" und „Royal Viking Sky". Auf der „Sea Princess" wiederum rechnet man pro Woche mit etwa zwölf bis 15 englischen Pfund (umgerechnet 45 bis 66 Mark).

Bei aller Unterschiedlichkeit, im Grundsatz kommen Gäste auf drei bis fünf Prozent des Reisepreises. Bedenken sollte man allerdings, daß dieser Obolus nicht nur der Bedienung an Tisch und Theke, sondern auch dem Kabinenservice und den Deck- und Tellerwäschern sowie dem Maschinenpersonal zugute kommt. Erfahrungsgemäß teilt man das Trinkgeld in drei Raten auf: Für den Tischservice im Speisesaal (Tisch- oder Chefsteward), für das Kabinenpersonal (Kabinen- oder Gangsteward) und einen Betrag für den allgemeinen Service. Auf den meisten Schiffen fließen die Gelder eh in einen gemeinsamen „Tronc" und werden von der Schiffsleitung dann nach einem angemessenen Schlüssel unter der Besatzung aufgeteilt. Auf einigen Schiffen wiederum gibt man den ganzen Betrag dem „Purser" (Zahlmeister), der es dem „Tronc" zuleitet. Urlauber ohne Erfahrung fragen am besten den Kreuzfahrt-Direktor an Bord, wie man auf seinem Schiff am besten fährt.

Brettlfreuden im Frühwinter

Nach der Veröffentlichung der Angebote für den Frühwinter in Österreich, Italien und Deutschland in der vergangenen Ausgabe schließt die Reise-WELT heute die Tabelle mit den Schweiz-Angeboten für die Brettl-Freunde ab. Mag das Tell-Land auch mit schneesicheren Regionen gesegnet sein, so gilt doch auch hier: Vor einer Buchung sollten sich die Urlauber über die Schneeverhältnisse telefonisch informieren.



Skiwanderung mit Muße　FOTO WALTER STORTO

WINTERSPORTORT	ORTSHÖHE	TERMINE	PREISE UND LEISTUNGEN
Schweiz			
Berner Oberland			
CH-3715 Adelboden	1400–2330	17.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 431–746
CH-3838 Grindelwald	1050–2486	3.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 646–730
CH-6082 Hasliberg	1000–2245	10.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs + Skibus, sFr. 442–633
CH-3718 Kandersteg	1176–2000	17.–24. 12.	HP + Skipaß, sFr. 315–628
CH-3775 Lenk	1068–2200	11.–18. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 423–763
CH-3792 Saanen	1050–1942	3.–17. 12.	HP + Skipaß, sFr. 757
CH-3777 Saanenmöser	1300–1942	11.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs + Skibus, sFr. 475–870
CH-3778 Schönried	1230–1942	11.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 475–870
CH-3823 Wengen	1300–2472	3.–18. 12.	HP + Skipaß, sFr. 452–984
CH-3825 Mürren	1650–2970	3.–17. 12.	HP + Skipaß, sFr. 495–705
Wallis			
CH-3981 Bettmeralp	1950–2650	10.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 543– 599
CH-3962 Crans-Montana	1500–2930	4.–16. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 745–1130
CH-3984 Fiesch	1050–2579	3.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 465– 630
CH-3954 Leukerbad	1411–2600	17.–24. 12.	HP + Skipaß, sFr. 437–1130
CH-3981 Riederalp	1950–2650	11.–18. 12.	VP + Skipaß + Skikurs, sFr. 500– 730
CH-3906 Saas Fee	1800–3250	10.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 456– 738
CH-1936 Verbier	1500–3330	27. 11.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 555– 840
CH-3920 Zermatt	1620–3899	19. 11.–16. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 546–1001
Zentralschweiz			
CH-6390 Engelberg	1050–3020	11.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 510–655
CH-6078 Lungern-Schönbüel	700–2300	3.–18. 12.	HP + Skipaß, sFr. 287–337
CH-6174 Sörenberg	1166–2350	10.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 420–555
Ostschweiz			
CH-8891 Flumserberg	1100–2220	1.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 420–593
Graubünden			
CH-7050 Arosa	1800–2653	26. 11.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 580–1140
CH-7550 Bad Scuol	1250–2800	10.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 509–789
CH-7451 Bivio	1776–2600	4.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 371– 485
CH-7505 Celerina	1720–3050	3.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 575– 701
CH-7270 Davos	1560–2844	27. 11.–18. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 509–1116
CH-7180 Disentis	1150–2903	10.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 465– 740
CH-7818 Flims	1100–3018	26. 11.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 535–1080
CH-7250 Klosters	1200–2844	4.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 465– 685
CH-7131 Laax	1050–3018	26. 11.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 500– 825
CH-7038 Lenzerheide	1470–2865	3.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 440– 739
CH-7076 Parpan	1511–2865	10.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 550– 590
CH-7504 Pontresina	1800–3050	26. 11.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 546– 889
CH-7551 Samnaun	1700–2864	26. 11.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 380– 640
CH-6549 San Bernardino	1626–2625	3.–24. 12.	VP + Skipaß + Skikurs, sFr. 590
CH-7503 Samedan	1720–2190	3.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 438– 701
CH-7451 Savognin	1200–2713	10.–17. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 460– 705
CH-7188 Sedrun	1400–2275	10.–23. 12.	HP + Skipaß, Sfr. 372–522
CH-7514 Sils	1812–2800	4.–23. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 550– 800
CH-7513 Silvaplana	1816–3303	29. 10.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 505–1058
CH-7500 St. Moritz	1856–3303	26. 11.–24. 12.	HP + Skipaß + Skikurs, sFr. 566–1070

Alle Angaben ohne Gewähr. Die Tabelle erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Auf Grund der schwankenden Wechselkurse sind die Preise für jeweils eine Woche in der Landeswährung angegeben.　QUELLE: WALTER STORTO

VERSCHIEDENE REISEZIELE IN DEUTSCHLAND

AKTUELL + SCHNELL KURZNOTIZEN

Anzeige

URLAUB · REISE · GESUNDHEIT · FREIZEIT

Unter dieser Rubrik finden Sie aktuelle Notizen, die uns teilweise noch ganz kurzfristig erreicht haben.
Wenn Sie über einzelne Themen mehr wissen möchten, haben Sie drei Möglichkeiten:

1. Direkter Kontakt zu den Anbietern
2. Informations-Service
3. Telefon-Service: werktags v. 12-13 Uhr und sonntags v. 16-18 Uhr unter 040/38 80 58

Das Material kommt umgehend kostenlos und unverbindlich.

INLAND

Direkt am Strand
liegt das ganzjährig geöffnete "Kurhotel am Wellenbad" im Nordsee-Heilbad Wyk/Föhr. Alle Zimmer mit Bad/Dusche/WC/Balkon. Sauna, Liegewiese, Kinderspielraum, Hallenschwimmbad. 1. Preis „Schönes, gastliches Haus" 1978 und 1981 (Kreis Nordfriesland). Auskunft 2270 Wyk/Föhr, Telefon 04681/21 99. 1

Herbstpauschale im Moorbad
ab 28.10.83 im Kurhotel Gutsmann 2357 Bad Bramstedt, Telefon 04192/3033. 2

Kur und Sport
in der Grafschaft Schmallenberg (Hochsauerland) im „Gasthof Droste Grafschaft". Ruhig, schöne Aussicht. Gepflegtes Haus im rustikalen Stil. Ganzjährig geöffnet. 15 EZ, 65 DZ, 10 Ferienwohnungen, 10 Appartements. Club-, Konferenz-, Tagungsräume. Sauerländer Bauernstube, Hausbar. Kohle-Grill. Wein- u. Reiterstube, Kamin- u. Jagdzimmer, Hubertuskeller. Kegelbahnen, Hallenschwimmbad, Sauna, Solarien, Fitneß, TT, Gartenschach. Tennis und Reitpferde. Fitneßwochenenden für Manager, Aerobic für die Damen. Familien-Ferienangebot: 7-Tage-Preis 438 Mark/Pers. bei HP. Kinderermäßigung bis 8 Jahre 50 %; 8-12 Jahre 25 %. Für die Kleinen: Spielzimmer, Kinderkegeln, Schwimmhalle, eigener Ponystall. Die besondere Empfehlung: 5 Tage Sauerland-Urlaub von Sonntag bis Freitag mit HP 325 Mark/Pers. Kur- und Sporthotel „Gasthof Droste Grafschaft", 5948 Schmallenberg-Grafschaft, Telefon 02972/262-264. 3

Einführungspreise für neuen Ferienpark
in Hunsrück, bei Bingen. Außerdem Feriendörfer, Bungalowparks, Hotels u. Appartementanlagen, in den Alpen, im Mittelgebirge, am Meer. In 6 europ. Ländern (D, NL, B, F, A, E). Sommerurlaub und Wintersport. Sonderprospekte exklusiv und gratis von: BUNGAPART, Wilhelmweg 7, 4930 Detmold, Telefon 05231/65360. 4

Preisknüller
in der sauerländischen Waldstadt Brilon bietet die Nachsaison ab 1.11.83. Eine 6-Tage-Pauschale mit HP für 150 Mark. Die Erholung liegt dort in der Luft ... Auskunft Verkehrsamt 5790 Brilon, Postfach 1726 W, Tel. 02961/94202. 5

Tausende von Ferienhäusern
und Ferienwohnungen im In- und Ausland, in allen Ausstattungen und Preislagen vermittelt die AfS-Reisen Ihren Clubmitgliedern für einen Familienjahresbeitrag von 10 Mark. Das Motto von AfS: Wir sind das Reisebüro, das per Post zu Ihnen nach Hause kommt. Kostenlose Informationen: AfS-Agentur für Spezialreisen, Jessenstr. 13, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/ 386999. 6

Ein zauberhaftes Hotel
ist der „Sonnenhof Königstein" im Taunus in 450 m Höhe. Nur 30 km über Frankfurt. Herrliche Wandermöglichkeiten in den Taunuswäldern. Hallenschwimmbad, Sauna, Solarium und Liegewiese. Dazu das gerühmte Restaurant mit Freiterrasse sowie Salons für Festlichkeiten. Großer Komfort, lobenswerte Küche, ruhige Einzellage erwarten Sie. Auskunft 6240 Königstein, Tel. 06174/3051, Tx. 41036. 7

Pauschalkuren gegen Rheuma,
Wirbelsäulenschäden, Frauenleiden und Pauschalangebote für Erholungsaufenthalte in herrlicher Landschaft am nördlichen Deister mit großem Wanderwegenetz bietet das Niedersächsische Staatsbad. 3 Wochen Pauschalkur mit HP ab 1440 Mark, Kurzaufenthalte 3 Tage Ü/F ab 75 Mark, 6 Tage Ü/F ab 142 Mark. Auskunft Kur- und Verkehrsverein, 3052 Bad Nenndorf, Postfach 1182, T. 05723/3449. 8

Inmitten 500 ha großer Wälder
der Burg Dinklage liegt das „Burghotel". Nur 1,4 km von der Abfahrt Lohne-Dinklage der BAB „Hansalinie" (50 km nördlich Osnabrück). Mit 68 Betten, ruhig und einzeln gelegen, ist es auch ideal für Tagungen, Betriebsfeste etc. Kegelbahn, Terrasse, Liegewiese sowie ein Wildgehege stehen dem Gast zur Verfügung. Auskunft 2843 Dinklage in Oldenburg, Telefon 04443/1025 - 26 oder 777. 9

AUSLAND

Süd-Schweden – pachten Sie
ein wunderschönes Stück Natur auf einem Waldhof (145 ha) mit großem, sauberem See (760 ha) für 1.770 Mark pro Jahr/Fam. Im Gelände 2 Häuschen, 1 Wohnwagen, 3 Boote. Jagd: Elche, Rehe und anderes Wild. Fischfang: außer Weißfisch auch Aale, Krebse. Südsmaland, nur 3 Std. von Trelleborg. S-296 00 Bostad: Bivraksvägen 7. Hr. Nilsson Tel. sa. + so. 0046-44 24 39 65. 10

Englisch in England
Intensiv- und Spracherholungkurse durch englische Lehrerin mit langjähriger Erfahrung an deutschen Schulen. Kleiner Kreis, persönliche Atmosphäre. Schülerferienkurse, Cambridge Certificate, Anfänger und Fortgeschrittene, Wirtschaftsführungskräfte, Langzeitkurse. Auskunft Janet Muth-Dunfort, Am Mühlenberg 38, 4800 Bielefeld 1, Telefon 0521/101253. 11

USA für Schüler
Von Familienaufenthalten ab 2 Wochen über Gruppenreisen mit und ohne Sprachkurs bis zu 5- und 10-monatigen Schulbesuchen an amerikanischen High Schools reicht das Spezialprogramm für Schüler USA '84 der Private Study Tours. Die Unterlagen erhält man kostenlos von PST, 7447 Aichtal, Telefon 07127-50600. 12

Informations-Service

für WELT und WELT am SONNTAG-Leser 21./23.10.'83

Ihre Anschrift ist nur für den Empfänger bestimmt und wird bei uns nicht gespeichert.

Bitte die gewünschten Kennziffern ankreuzen.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

den Abschnitt ausschneiden, auf eine mit Absender versehene Postkarte kleben und adressieren an:

ATW Gallun, Urlaubs-Service, Jessenstr. 13, 2 Hamburg 50

Konzeption ATW Gallun (Marketing Fo)
☎ 0 40 38 80 56 Tx 2 173 016

0217 001 777 asd
unter dieser FS-Nummer erreichen Sie die Anzeigenabteilung DIE WELT/WELT am SONNTAG

„Warum reisen wir? Auch dies, damit wir Menschen begegnen, die nicht meinen, daß sie uns kennen ein für allemal; damit wir noch einmal erfahren, was uns in diesem Leben möglich sei – es ist ohnehin schon wenig genug."

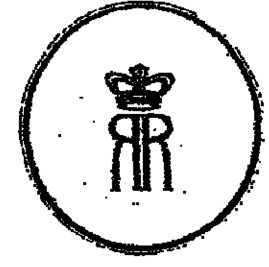
Max Frisch

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

S 421

USA / Hummerpastete und Börsennachrichten an Bord

Regent Air: Königliches Fluggefühl für Reiche



Los Angeles

Wenn US-Fluggesellschaften im Preiskrieg liegen, dann kann man für 99 Dollar von Los Angeles nach New York fliegen. Wer die Strecke normal oder erstklassig zurücklegen will, der muß zwischen 300 und 500 Dollar hinblättern. Warum also sollte man bei „Regent Air" buchen, wo der fünfstündige Luft-Trip zwischen der amerikanischen West- und Ostküste 1500 Dollar (plus Steuern) kostet? Der Name verrät es: man zahlt dafür, daß einen die exklusivste Airline der Welt an Bord wie einen König behandelt.

Vor zwei Jahren kamen clevere Geschäftsleute in Los Angeles auf die Idee, im Zeitalter der Billigflieger für die besser Betuchten als Gegenstück eine Art Orientexpress der Lüfte zu bieten; nicht preiswert sollte die Beförderung sein, sondern möglichst exklusiv. Nach dem Motto: Wenn Sie nach dem Preis fragen müssen, ist es für Sie schon zu teuer.

Die Brüder Clifford und Stuard Perlman, denen die Welt des Vergnügens schon das Spielerparadies „Caesars Palace" in Las Vegas verdankt, kauften drei Boeing 727 aus dem Fundus der pleitegegangenen Discount-Luftlinie Brainiff zum Spottpreis von 5,35 Millionen, dann steckten sie fast das doppelte Geld ins wichtigere – die Luxusausstattung. Der 36jährige Designer Michael Reese, der schon Paläste für Ölscheichs stilisiert hat, durfte sich im großen Stil austoben. Er tat es auch, aber mit Geschmack. Als erstes stahl er ein bißchen, nämlich das Emblem vom Rolls Royce. Die beiden verschnörkelten R's ließ er Rücken an Rücken stehend auf die Heckflosse des ansonsten dezent-nachtblau lackierten Vogels malen und stülpte ihnen eine Krone über. Innen herrscht vornehmes Art Deco. Getreu der „Regent Air"-Devise: Wir wollen dem Reisen wieder die Klasse der 20er und 30er Jahre geben.

Im Boeing-Bauch schreitet man über zentimeterdicken Teppichboden von Kaschmirqualität, läßt sich in einen der 34 Clubsessel aus handschuhweichem Leder fallen oder reserviert sich für 4000 Dollar ein Kompartiment, das von Pfauenmuster-geschliffenem Kristallglas umgeben ist. Seine vier Plätze lassen sich zum Doppelbett zusammenfügen.

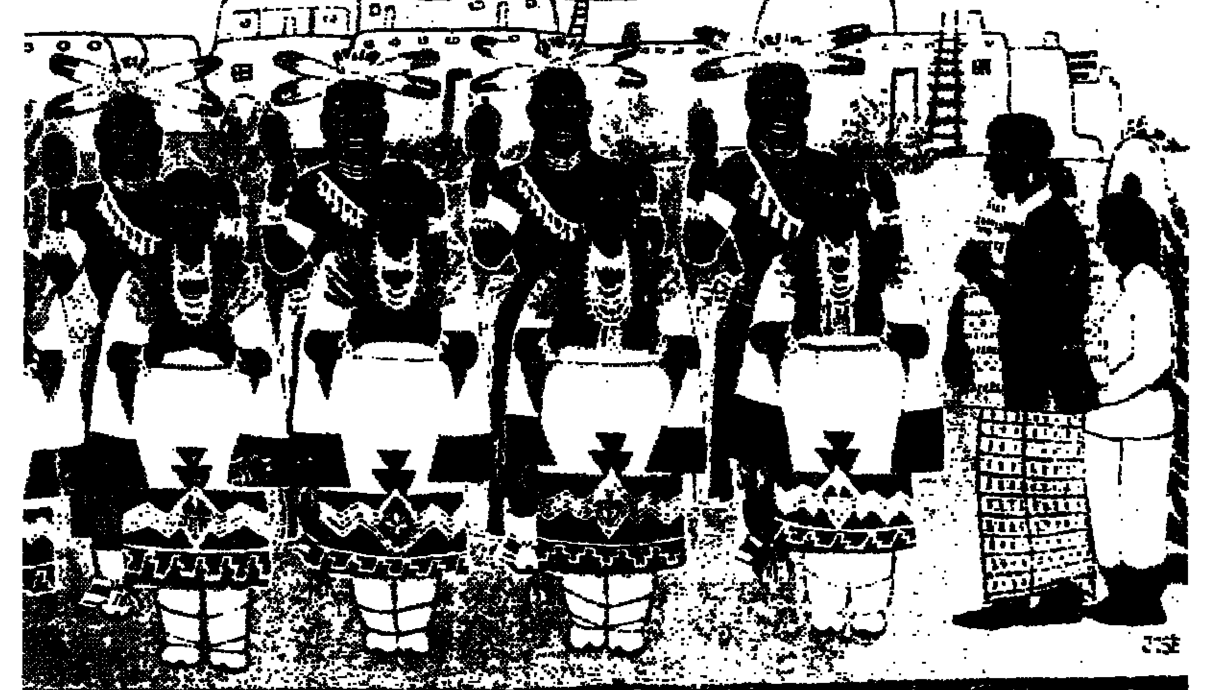
Verschlafen sollten „Regent Air"-Passagiere aber höchstens die Fahrt zum Flughafen, zu der er per Luxuslimousine zu Hause oder im Büro abgeholt wird. Denn während des Fluges gibt es besseres zu tun (wofür man schließlich bezahlt hat). Da läßt sich an der schicken Bordbar der Schampus (Hausmarke Taittinger) schlürfen, eine Videothek stellt zehn Filme zur Auswahl, der Friseur- und Maniküresalon ist offen, und dann darf natürlich vom Feinsten getafelt werden. Hollywoods Koch der Stars, Wolfgang Puck, fährt aus seiner speziell für „Regent Air" kreierten „Nouvelle Cuisinne de l'aire" auf, daß sich die Tische unter Hummerpastete und Belugakaviar biegen.



Superluxus zu Superpreisen bietet dieser „Orientexpreß der Lüfte" FOTO: ERIC ENCINO

Wer trotz dieser Genüsse auch in 1000 Meter Höhe das Arbeiten nicht lassen kann, der hat per Computer die letzten Börsenkurse von Wallstreet parat und kann der Bordsekretärin diktieren, was sie per Funktelefon zur Erde weiterleiten soll. Seit „Regent Air" am 14. Oktober den Pendeldienst täglich zweimal zwischen Los Angeles bzw. San Franzisko und New York sowie einmal pro Woche zwischen Los Angeles und Hawaii aufnahm, soll eine Stewardess nie mehr als fünf Passagiere zu umhegen haben. Spötter im Luftfahrt-Gewerbe orakeln allerdings schon, daß eher fünf Lufthostessen auf einen Passagier kommen werden. Weil nämlich auch Filmstars und Industriekapitäne nur schwer bereit sind, 1500 Dollar für fünf Stunden zu bezahlen, die wie im Fluge vergehen.

ERIC ENCINO



Wandmalereien schmücken den Innenhof des „Indian Pueblo Cultural Center" in Albuquerque. Das Center als Gemeinschaftsprojekt der 19 Indianerstämme New Mexicos gibt einen Eindruck von dem ursprünglichen Leben der Pueblos FOTO: BERND HELMS

NEU MEXIKO

Eine Lektion über indianische Geschichte – Albuquerque

Albuquerque

Für Amerikaner ist Albuquerque trotz aller Provinzialität eine Traumstadt: breite, schlaglochfreie Avenues und Boulevards durchziehen von Horizont zu Horizont die sanft gewellte Ebene im 1500 Meter hoch liegenden Bernalillo County. Nur die steil aufgefaltete Sandia-Bergkette im Osten ist eine naturgegebene Grenze, während der Rio Grande del Norte im Westen der städtischen Ausuferung keinen unüberbrückbaren Widerstand entgegensetzt. Das durch die sich kreuzenden Interstate Highways 25 und 40 viergeteilte Stadtgebilde ist mit 300 000 Einwohnern zwar die größte und wirtschaftlich bedeutendste Stadt New Mexicos, doch die Würde der Hauptstadt trägt seit 1610 das 95 Kilometer nordöstlich gelegene kleinere Santa Fé.

Wie alle modernen, großzügig angelegten amerikanischen Städte ist Albuquerque deprimierend für autolose Menschen: zu gewaltig sind die Entfernungen, wo Straßen von zehn Kilometer Länge etwas ganz Normales sind. Zum gemütlichen Bummeln lohnt sich nur die 1706 von den Spaniern gegründete Altstadt, deren liebevoll restaurierte Überbleibsel zum Standort für zahlreiche Kunsthandwerk-, Indianerschmuck- und Souvenirshops sowie ein paar Restaurants wurden. An der Nordseite der kleinen, baumbestandenen Plaza dominiert die lehmbraune San Felipe de Neri-Kirche. Unter den schattenspendenden Vordächern der umliegenden Holzhäuser bieten Indianerfrauen aus den umliegenden Pueblos, auf dem Boden sitzend, ihren Silber- und Türkisschmuck feil.

Beachtenswertes stellt das Indian Pueblo Cultural Center aus, ein Gemeinschaftsprojekt der 19 Indianerstämme New Mexicos. Man erfährt anhand interessanter Dioramen und archäologischer Funde vieles über das ursprüngliche Leben und bekommt einen Einblick in das Geschichtsverständnis der – heute weitgehend autonomen – Pueblos mit ihrem abgrundtiefen Haß gegen die weißen Unterjocher. Phantastisch ist die Sammlung jüngerer Volkskunst, die die unterschiedlichen Stilrichtungen der einzelnen Pueblos und ihre mythologische Gedankenwelt demonstriert. Der Museumsladen verkauft qualitativ hochwertige Handarbeiten und nicht Massenware wie anderswo. Indianische Küche offeriert das kantinenähnliche Restaurant. Da gibt es Posole, ein Gericht aus Mais und Hackfleisch, selbst gebackenes, noch ofenheißes Brot, auf das man besonders stolz ist, und den „Original Pueblo-Burger". Kauend sinnieren wir darüber, ob die Geschichte des Hamburgers doch älter ist, als man gemeinhin vermutet ...

Von der Vergangenheit zeugt das Coronado State Monument direkt am Ufer des Rio Grande, wo regenverwachsene, rechteckige Lehmwände von dem Tiwa-Dorf Kuaua künden; nahebei überwinterte 1540 der aus Mexiko kommende Entdecker Francisco Vasquez de Coronado auf der Suche nach den legendären sieben Goldenen Städten.

Über eine Holzleiter steigen wir durch das Dach in das düstere kubische Innere einer rekonstruierten Zeremonienkammer „kiva", deren Wände Malereien in Erdfarben zieren. Unbeschadet haben die Steinzeichnungen im Petroglyph State Park die Zeiten überdauert; zwischen 1100 und 1600 wurden Menschen, Tiere und Symbole in die Geröllbrocken eines Lavastromes gekratzt. Unsere Unbekümmertheit beim Herumklettern endet jäh, als eine gelbgemusterte Schlange vor uns flüchtet.

Das einzigartigste Museum der Erde, das National Atomic Museum, liegt auf dem Gelände der ausgedehnten Kirtland Air Force Oase, der wie ein Blinddarm der Internationale Flughafen ansitzt. Beim Anblick von „Little Boy" und „Fat Man" schwanken die Gefühle der Besucher zwischen Bewunderung für das technisch Erreichte und Entsetzen über die da schlummernden Urgewalten – das Atomzeitalter begann nun einmal am 16. Juli 1945 in den Wüsten südlich von Albuquerque. Außer den beiden Ahnherren der Atombombe werden die Hüllen sämtlicher nennenswerten Typen von A- und H-Bomben ausgestellt, dazu auf dem Freigelände einige Raketen und Flugzeuge. Zugleich informiert man über jedwede Art der Energiegewinnung; der Schwerpunkt liegt auf Sonnenenergie.

Einen Blick wie aus einem Heißluftballon – zu Hunderten beleben sie im Oktober den klaren Himmel – hat man vom 3255 Meter hohen Sandia Crest, den man bequem mit dem Auto auf serpentinenreicher Straße durch würzig duftende Nadelwälder erreicht. Einfacher ist die 20minütige Fahrt auf den hundert Meter kürzeren, benachbarten Sandia Peak mit der Sandia Peak Tramway, einer Drahtseilbahn, die als längste auf Erden gepriesen wird. Ein Wanderweg entlang der Steilstufe, von deren Rand sich, Adlern nacheifernd, Drachenflieger kühn hinabgleiten lassen, verbindet die Gipfel miteinander. Hier oben ist es erfrischend kühl, nur die Sonne scheint noch viel kräftiger als unten in der Ebene, wo lehmbraun Albuquerque liegt. Man kann sich nur schwer vorstellen, daß im Winter die flacheren Hänge der Sandia Mountains ein beliebtes Skigebiet sind.

BERND G. HELMS

*

Unterkunft: Am Rande der Old Town liegt „Sheraton Old Town Inn"; zentral zum Kreuzungspunkt der Highways findet man „Holiday Inn Midtown" und benachbart „Hilton Inn"; als architektonische Besonderheit gilt das im Stil der 20er gehaltene „Best Western Classic Hotel".

Auskunft: Fremdenverkehrsamt der USA (USTTA), Roßmarkt 10, 6000 Frankfurt 1.

Ärztlich geleitete Sanatorien und Kliniken

In den „Grundsätzen für eine zeitgemäße Behandlung in den Heilbädern und Kurorten", welche der Deutsche Bäderverband als Dachorganisation von Bäderwissenschaft und Bäderwirtschaft 1969 verkündete, wird, wie sich inzwischen durch die Praxis herausgestellt hat, mehr vermittelt als nur Umorientierung von Kurorten und Kurmethoden aus vielzitierten „Opas" Bade-Usancen zu neuen Kurformen nach jungen ärztlichen Erfahrungen und den Ergebnissen moderner wissenschaftlicher Forschung. Daß Gesundheit „ein Gleichgewichtszustand zwischen körperlichem und seelischem Leistungsvermögen und den Umweltforderungen" ist und daß daher diesem Gesundheitsbegriff ein Begriff von Kranksein entspricht, das sowohl in körperlichen wie in seelischen Vorgängen eine Ursache hat, sind fundamentale Ausgangspunkte und Gründe für die Neubestimmung des Kurgeschehens überhaupt. Die Vorbeugungskur – als Vorsorge und Verhütung drohender Erkrankungen – hat inzwischen gleichen Stellenwert wie das Heilverfahren – als Auskurierung überstandener oder Weiterbehandlung andauernder Erkrankungen –, und die allgemeine Regenerationskur – bei Verschleiß- und Erschöpfungszuständen ohne ein typisch einseitiges Krankheitsbild – rangiert mit Prävention und Rehabilitation auf gleicher Höhe. Die Forderung an den Patienten zur aktiven Mitarbeit zum Gesundheitsbewußtsein, zum entsprechenden Alltagsverhalten in der Kurzeit als Basis für den optimalen Langzeiterfolg nach der Kur sind bereits alltäglich und gewohnt.

Sind sie aber auch praktikabel? Strikt und willig zu tun, was der Doktor aufgibt, ist ein Problem – den gewohnten Alltag mit seinen Sorgen, aber auch lieben Gewohnheiten abzustreifen, ist nicht selten ein anderes, ebenso schwerwiegendes Problem. Bei Übersicht aller heute gebotenen Möglichkeiten bieten die Sanatorien für die ganze Skala solcher und anderer wichtiger Forderungen die besten Voraussetzungen. Denn gerade in diesen so persönlich-menschlichen Beziehungen zu einer als notwendig erkannten „Behandlung" können Sanatorien und Kurkliniken Brücke und Lösung sein. Auch sie haben sich in Begriff und Inhalt mit der Neuorientierung der Grundsätze weitgehend gewandelt. Sie sind keine „Krankenanstalten" mehr und schon gar keine „strengen" Häuser. Ganz im Gegenteil. Auch in den Sanatorien wird die Kur grundsätzlich heiter, wenn auch in einer gezielten Ordnung betrieben, die in einer ambulanten Kur oft deswegen nicht so intensiv möglich ist, weil ganz bestimmte Voraussetzungen fehlen

● Im Sanatorium schaltet der Patient leichter und vollkommener vom bedrängenden Alltag ab, er geht in eine „abgeschirmte Welt", in der ihm vieles ferngehalten werden kann, was ihn „draußen" belastet, und kann dennoch zumeist unter einem Dach, finden, was er an Geselligkeit sucht: die Schwimmhalle, die tägliche Gymnastik, eventuell die Therapie in der Gruppe, Gesellschaftsräume, immer die Atmosphäre eines gepflegten Interieurs.

● Die Voraussetzungen für die notwendige Einstimmung auf eine Kur – oder die aus einer Überstrapazierung erforderliche Entspannung oder Auspendelung – sind oft besser – das Einzelzimmer mit Komfort, das Appartement mit noch mehr Wohnlichkeit, das jedem Patienten den persönlichen Bereich absichert.

● Arzt und Schwester, die bei der ambulanten Kur nur zur eigentlichen Behandlung zur Verfügung stehen können, begleiten den Patienten Tag und Nacht mit ihrer allgegenwärtigen „Unauffälligkeit", man ist nie allein, man kann sie rufen, wann immer man sie braucht. Diese ständige ärztliche Leitung und Betreuung im Hause ist ein Kriterium der Sanatorien.

● Moderne Sanatorien und Kurkliniken sind Klinik, Sanatorium und Hotel, nicht selten Luxushotels, in einem. Sie sind in besonderer Weise geeignet, neue Lebensweise – die eben auch nach der Kur helfend weiterwirken soll – nicht nur kennenzulernen, sondern auch, nach erfolgreichem Vollzug der psychosomatischen Umstellung, also der neugewonnenen Einstellung von Körper und Geist zum Alltag, selbstverständlich und dauerhaft zu praktizieren.

● Die Auswahl ist groß, die Sanatorien und Kurkliniken haben ihre Spezies und daher ihren besonderen Ruf. Sie versammeln nahezu die ganze Fülle der heute bekannten therapeutischen Möglichkeiten und ihrer besonderen Methoden. Alle klassischen Indikationsgruppen – von Herz-, Kreislauf- und Gefäßerkrankungen bis zu den Entziehungskuren – sind vertreten.

KHM

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Urlaub in der Schweiz

Wo der Urlaub am schönsten ist
Lassen Sie sich anregen, neue Schönheiten zu entdecken. Machen Sie mal einen Streifzug durch die Angebote der Anzeigen. In den Reiseteilen von WELT und WELT am SONNTAG werden Sie hier unter Umständen mehr Informationen für einen schönen Urlaub finden als in manchem dickbändigen Reiseführer.

SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMAN

An einem in Zug (Schweiz) ausgetragenen „Jungmeisterturnier" nahmen sieben Internationale Meister, drei „FIDE-Meister" und vier Nationale Meister teil. Überraschend siegte der Schweizer Züger (FIDE-Meister) mit besserer Wertung vor IM Arnason (IS), beide 9 aus 13. Es folgten Bischoff (D) und King (GB) 8, Flair (GB) 7½, Cramling (S), Kindermann (D) und Trepp (CH) 7 usw. Der Münchner II Kindermann war eigentlich Favorit, aber er wurde u. a. durch folgende Niederlage gegen den bisher wenig bekannten Schweizer zurückgeworfen:

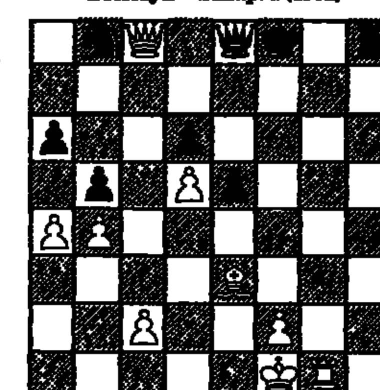
Sizilianisch. Gobet – Kindermann

1.e4 c5 2.Sc3 Sc6 3.Sf3 e6 4.d4 cd4: 5.Sd4: Sf6 6.g3 (Eigentlich eine wenig anspruchsvolle Fortsetzung, nach der Schwarz mit der altbekannten Erwiderung Lb4 7.Lg2 d5 das Spiel glatt ausgleichen kann, z. B. 8.ed Sd5: 9.0-0 Sc3: 10.bc Lc3: 11.Sc6: Dd1: 12.Td1: Ld7 13.Tb1 Lc6 14.Lc6:+ bc 15.La3 a5! 16.Tb7 Lb4! usw. Natürlich geht es auch „geschlossen", wie in dieser Partie:) **d6 7.Lg2 Ld7 8.0-0 a6 9.Te1** (Solide, aber ziemlich harmlos, weil damit Weiß auf den typischen Rochadeangriff – f4,g4,g5,f5 – eigentlich verzichtet. Schärfer ist deshalb 9.Le3 nebst De2, Tad1 oder auch 9.Sb3 nebst f4.) **Le7 10.h3 0-0 11.Lb2 De7 12.Sce2 b5 13.Sc6: Lc6: 14.Sd4 Lb7 15.Te1 Db6 16.c4 bc4: 17.Tc4: Tfd** (Ganz gut wäre auch Tac8.) **18.Tc2 a5 19.Dd3 Sd7 20.De3 Se5 21.Sf3!** (Damit beweist er seine taktischen Fähigkeiten: Nun geht nicht Le4:? wegen 22.Tc5:! Lf3:! 23.Tg5! De3: 24.Tg7:+ Kf8 25.Te3: Lg2: 26.Kg2: und Weiß gewinnt einen Bauern.) **Tac8! 22.e5 de5: 23.Se5: Lg2: 24.Kg2: Db7+ 25.Kg1 Sa6!?** (Zwar nicht schlecht, aber mit Lf8 konnte er das Spiel voll ausgleichen!) **26.Sf7:!** (Furchtlos opfert er gegen den favorisierten Gegner – gewöhnlich eine gute Taktik!) **Kf7:** (Es ging nicht Tc2:? wegen 27.De6: Dc8 28.Sh6+ Kh8 29.Dg8+! Tg8: 30.Sf7 matt oder 27...Dd5 28.Sh6+ Kh8 29.De7: Tb2: 30.De8+! usw.) **27.De6:+ Kf8 28.Tc8: Tc8: 29.Df5+! Lf6!** (Die einzige Verteidigung: 29...Kg8? 30.Te7:! De7: 31.Dc8:+ oder 29...Ke8 30.Lg7: – drohend 31.Df8+! – 30...Kd8 31.Lf8! verliert glatt.) **30.La3+ Sb4** (Kg8? 31.De6+ u. g.) **31.Da5: Tb8!** (Wiederum eine präzise Verteidigung: Nach Le7? gewinnt Weiß mit 32.Df5+ Kg8 33.Te7: oder 32...Ke8 33.Lb4: usw.) **32.Dc5+ Le7?** (Und das kostet bereits die Partie, was natürlich auf den ersten Blick nicht zu sehen war. Nicht gut wäre auch Kf7, da Weiß mit 33.Dh5+ den vierten Bauern für seine Figur gewinnt, aber 32...Kg8! hätte die Partie halten können. Nur scheinbar gefährlich für Schwarz ist danach 33.Lb4: Db4: 34.Te8+ – es folgt nämlich Kf7! 35.Tf8+ Kg6 und der König ist in Sicherheit. 35.Dh5+? statt Tf8+ wäre sogar ein böser Fehler – g6 36.Tb8: De1+! und nun gewinnt Schwarz. Weiß hat nach 32...Kg8! drei Bauern für die Figur – aber nicht mehr als ein Ausgleich ist erreichbar!) **33.Df5+ Kg8** (Lf6 34.Te4!) **34.De6+ Kf8 37.Te5! g6 38.Lc1! Sc6 39.Lh6+ Ke8 40.Td5! Db4** (Sonst 41.Dg8+) **41.De6:+ aufgegeben.**

Lösung vom 14. Oktober

(Ka1, Dd3, Lg1, Bc2, e5, h2; Kg5, Tf4, h7, Sd4, Ba2, a3, g3): 1...Se2:+! (;1...gh? 2.Lh2: Th2: 3.Dg3+) 2.Dc2: Tf1+ 3.Ka2: Th2:! 4.Lh2: Tf2 5.Lg3: Tc2:+ aufgegeben.

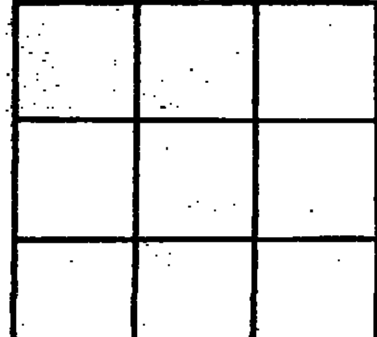
Bielczyk – Sznapik (1982)



Weiß am Zug gewann
(Kf1,Dc8,Tg1,Le3,Ba4,b4,c2,d5,f2; Kf8,De8,Th8,Sb8,Ba6,b5,d6,e5)

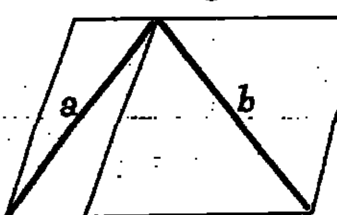
DENKSPIELE

Ein Knattertonproblem



Können Sie (nur durch Kombinieren und nicht durch Ausprobieren) herausfinden, warum sich die Zahlen von 1 bis 9 nicht derart in dies Neunerquadrat eintragen lassen, daß keine aufeinanderfolgenden Zahlen auf benachbarten Feldern stehen?

Gleich oder ungleich?



Ist die Gerade a oder b länger, oder sind beide gleich lang?

Kartenleserei

Von jeder Farbe liegt eine Spielkarte auf dem Tisch. Es liegen jedoch weder rote noch schwarze Karten nebeneinander. Die Dame ist dem König näher als der Bube. Bube und As liegen nicht nebeneinander. Pik liegt weiter rechts als Kreuz. Finden Sie die Reihenfolge der Karten heraus, wenn Sie zusätzlich noch wisssen, daß der Karo König ganz rechts liegt?

Sparsam beleuchtet

Besonders stromsparend sind Pflanzenleuchten, die nur rotes und blaues Licht ausstrahlen. Kann man den Pflanzen bereits ansehen, daß sie nur solche Lichtwellenlängen benötigen?

Auflösung vom 14. Oktober

Magie Tête-Bêche

18	99	86	61
66	81	98	19
91	16	69	88
89	68	11	96

Das Quadrat ist magisch, auch wenn man es auf den Kopf stellt!

Uralt-Indisch

Es waren 5+3+6+1 = 15 Bienen

Fährproblem

Zuerst setzen beide Jungen über. Einer fährt zurück. Ein Mann setzt über. Der zweite Junge fährt zurück. Wieder setzen beide Knaben über, der zweite fährt zurück; der zweite Mann überquert den Fluß usw., bis sich alle drei Männer am anderen Ufer befinden, und der zweite Junge den Kahn zurückbringt!

Altersproblem

Von allen Zerlegungen der Zahl 180 in drei Faktoren führen nur 1+3+60=64 und 2+5+18 = 25 auf Quadratzahlen. Einer der Faktoren muß, mit sich selber malgenommen, diese Quadratzahl ergeben. Das wird nur von 5×5 = 25 erfüllt. Die drei Töchter waren also 2, 5 und 18 Jahre alt!

Schluß mit der Magie

16	8	7	15
1	11	9	6
2	10	12	5
14	3	4	13

Wenn die hohen Zahlenwerte auf den Ecken oder Diagonalen liegen, werden sie bei der Bildung der Gesamtsumme dreimal gezählt. Es ist also möglich, wie auf dem Beispiel gezeigt, 365 Augen zu erreichen!

Groß- und Kleinkariertes

Das Fliesenmuster läßt sich zeichnen, wenn man ausschließlich die rechteckigen, an beiden Schmalseiten „eingekerbte" Kacheln zeichnet.

Homonym

Los

Gut gefüllt

Um aus dem vollen 10-Liter-Krug 5 Liter Wein mit Hilfe des 7-Liter (Nr. 2) und 3-Liter-Kruges (Nr. 3) abzufüllen, kann er folgendermaßen vorgehen: Nr. 1 in Nr. 2, Nr. 2 in Nr. 3, Nr. 3 in Nr. 1, Nr. 2 in Nr. 3, Nr. 3 in Nr. 1, Nr. 2 in Nr. 3, Nr. 1 in Nr. 2, Nr. 2 in Nr. 3; als Rest enthält jetzt Nr. 2 genau 5 Liter Wein!

Verschlüsseltes

Sie haben den Code geknackt! hieß die Lösung. Verschlüsselt wurde, indem jeder Buchstabe des Alphabets durch den darauf folgenden ausgetauscht wurde.

REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann,

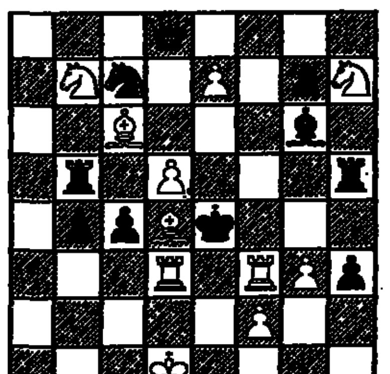
Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

Das große Kreuzworträtsel

1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12

SCHACH

Anfgabe Nr. 1305
Fritz Karge, Kierspe
(Urdruck)



Matt in 2 Zügen

Lösung

Nr. 1304 von Georg Niestroj (Kf2 Tc6 Lc4 f6 Bf4, Ke4 Bc7 d3 f5 – Dreizüger). 1.Lb3 d2 2.Ld1 Kd3(Kd5,K:f4) 3.Lc2(Lf3,Tc4) matt.

Druckfehler: Das in der vorigen Problemschachspalte besprochene Buch „Caissas Schloßbewohner" enthält Aufgaben von 57 (nicht 5) Verfassern.

Neuauflage

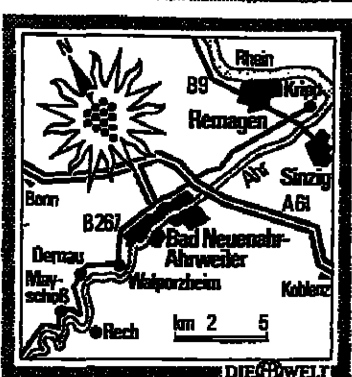
Alfred Brinckmann, Matt in 20 Zügen. Gemeint ist: in und bis zum 20. Zuge einer Partie. Erschienen in einer 4. erweiterten Auflage beim Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin, zum Preise von 16,80 Mark, kartoniert (100 Seiten). H. K.

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2. REIHE Minnesota – Lesezirkel 3. REIHE Stange – Ungarin – Kopie 4. REIHE Erlau – Diwan 5. REIHE Eiche – Hotel – Ase 6. REIHE Ohr – Texas – Sueden 7. REIHE wenig – Midas 8. REIHE Elen – Habit – Melk 9. REIHE Radau – Lavater 10. REIHE Acheron – Bober – Stoa 11. REIHE Aar – Beresina – NF 12. REIHE et – Kadi – the – Orbit 13. REIHE Stratege – Degen 14. REIHE Marine – Bihar – Mal 15. REIHE Strom – Devise 16. REIHE Echolot – Fabel 17. REIHE Anker – Kuder – Dame 18. REIHE Taxus – Sirenen 19. REIHE allein – Timur – i.d. 20. REIHE hie – Titisee – Rederei 21. REIHE Narbonne – Engelsburg

SENKRECHT: 2. SPALTE Itzehoe – Caesarenwahn 3. SPALTE Nadir – Hat-Trick – Lia 4. SPALTE Weser – Heuler 5. SPALTE Begehren – Kantor 6. SPALTE Isere – Rogate – Tito 7. SPALTE Titan – Solanin 8. SPALTE Tuareg – bigott – TN 9. SPALTE nanu – Hase – Kurie 10. SPALTE Hanau – Bonus 11. SPALTE Lagos – Behaim – Tee 12. SPALTE Er – Mimose – Ferien 13. SPALTE Siderit – Dakar 14. SPALTE senil – Lenker – Sure 15. SPALTE Sahara – Demirel 16. SPALTE Ikarus – Oesel – D.S. 17. SPALTE Fron – Masern – Deneb 18. SPALTE adrett – Milan 19. SPALTE Eisse – Leonidas – Meier 20. SPALTE Lebenskraft – lebendig = REGENBOGENHAUT.





Anreise: Autobahn Köln–Koblenz, Abfahrt Altenahr oder B 9 Bonn–Sinzig.

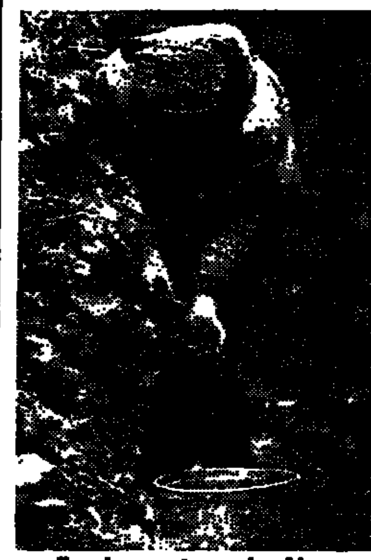
Unterkunft: Hotels und Pensionen für den Besucher in allen Weinanbauorten an der Ahr.

Auskunft: Verkehrsverein, 5481 Altenahr, Verkehrsverein 5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Wandern an der Ahr

Spätestens im würdigen Gasthaus St. Peter zu Walporzheim an der Ahr wird dem Wanderer bewußt, daß der „Rotweinwanderweg" eine sehr alte Tradition hat. Denn dieses romantische Weinhaus mit erlesener Küche und berühmtem Weinkeller stellt sich als ältestes Gasthaus an der Ahr vor. Es wurde im Jahre 1246 errichtet. Aber schon um 600 wurde der Besitz als königseigener, fränkischer Meierhof urkundlich erwähnt. Die Franken waren es auch, denen die meisten Orte an der Ahr ihre Ursprünge verdanken.

Der Rotweinwanderweg, mit der roten Traube im weißen Feld als Markierung, wurde 1972 eingeweiht. Er hat eine Länge von rund 30 Kilometern und führt entlang an bewaldeten Hängen oder durch Weinberge. Er beginnt im tausendjährigen Altenahr mit seinen schmalen Straßen, Weinlokalen und -kellereien. Er führt weiter flußabwärts über Mayschoß, Rech


Traubenernte an der Ahr
FOTO: SVEN SIMON

und Dernau – bekannte Namen für den Weinkenner – bis Ahrweiler mit seinen Ortsteilen Bachem, Marienthal und Walporzheim nach Bad Neuenahr, wo der Wanderweg in Lohrdorf, am Fuß der 300 Meter hohen Landskrone, endet.

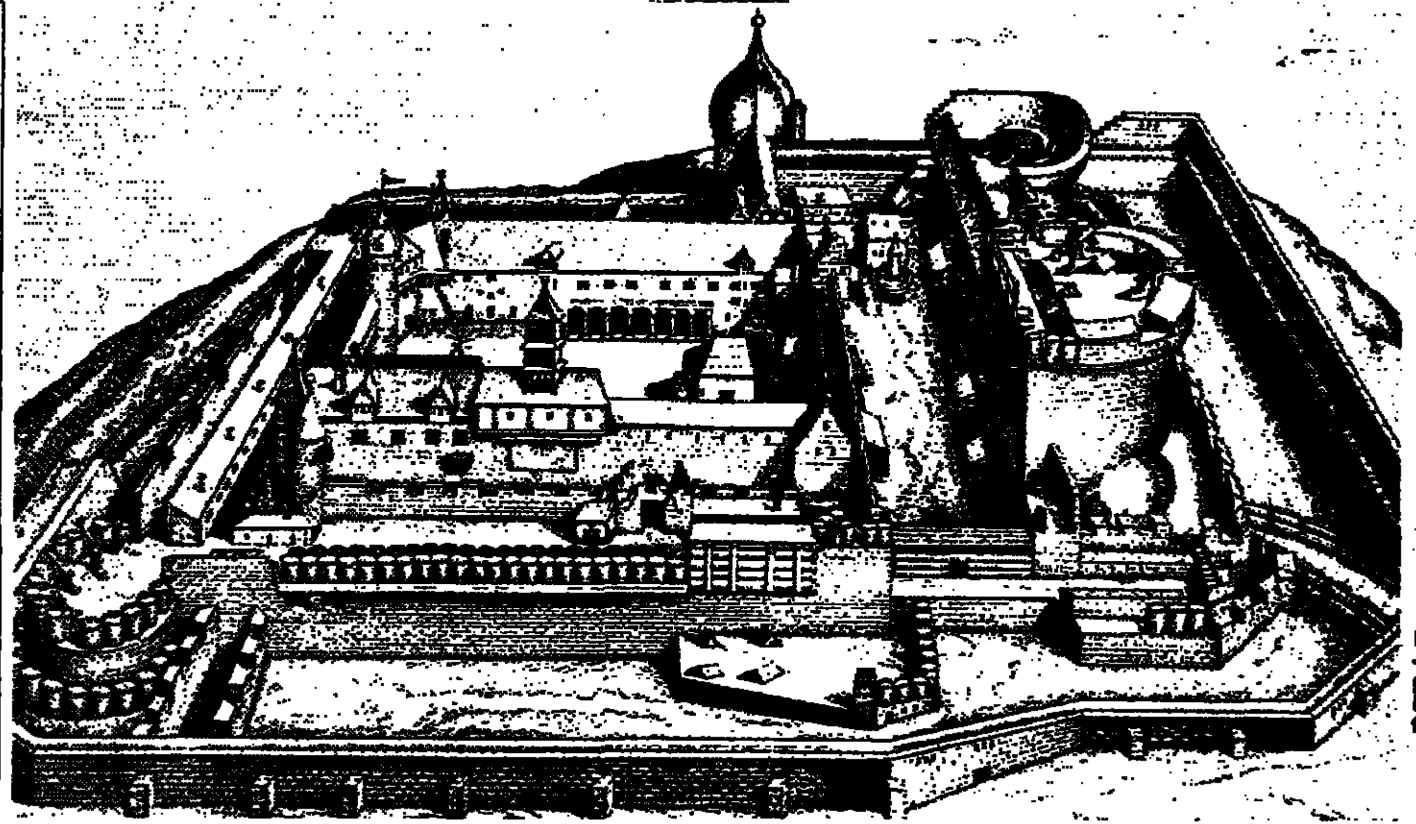
Die Landschaft im Ahrtal ist von urwüchsiger Schönheit. Da lösen sich bizarre Felslandschaften mit bewaldeten Eifelhängen ab, während sich die weinbestockten Südhänge bis in die Höhen hinaufziehen. Die Wanderer am Hang blikken hinunter auf den Fluß, der wegen seines Forellenreichtums geschätzt wird, und auf die Ahrstraße. Sie trägt übrigens ab Sinzig als B 266 den Namen „Ahr-Rotweinstraße".

Um das Angebot zu vervollständigen, gibt es neben der Autostraße und dem Wanderweg nun auch einen Radwanderweg von der Mündung der Ahr bei Remagen-Kripp bis nach Walporzheim. Der Radwanderweg soll zu einem Rundweg ausgebaut werden.

Wer die Weine der Ahr, die nach dem neuen Weingesetz aus der Großlage „Klosterberg" bestehen, kosten möchte und mit dem Auto zu fahren gedenkt, der wähle sich einen Abstinenzler als Chauffeur. Und selbst der Radwanderer dürfte wohl besser nach der dritten Weinprobe seinen Drahtesel schieben.

So gesehen ist der Rotweinwanderweg immer das Ideal, um sich dieses landschaftlich reizvolle Tal mit den einladenden Weinorten zu erschließen. Das ist selbst dann zu empfehlen, wenn man beim ersten Mal nur einen Abschnitt schafft, weil der Wein, dessen Anbau im nördlichsten Weingebiet Deutschlands eine Tradition von mehr als tausend Jahren hat, gar so gut mundet. Ein Wiederkommen lohnt sich immer.

SIEGFRIED IHLE


Die Plassenburg – Kulmbachs prächtige Hohenzollernfeste
FOTO: ENTN. MERIAN-HEFT „FRANKENWALD", HOFFMANN UND CAMPE VERLAG, HAMBURG

Zu Fuß durch den Frankenwald / Wie eh und je klappern die Mühlen

Kronach

Bewaldete Höhen, romantische Täler, Wiesen und glitzernde Bäche, Gneis und Schiefer, Burgen und süffiges Bier – das alles kennzeichnet den Frankenwald, diese kreislaufördernde Mittelgebirgslandschaft zwischen Thüringer Wald und Fichtelgebirge. Eine vom Massentourismus noch nicht verbrauchte Urlaubsregion im Schatten der deutsch-deutschen Grenze, die in ihrem Kern zum Naturpark erklärt wurde.

Neueste Errungenschaft im vielfältigen Wanderangebot ist der soeben eröffnete „Rodach-Wanderweg", der an die 800 Jahre alte Flößertradition des Frankenwaldes erinnern soll. Zu wuchtigen Flößen zusammengefügt, brachte man einst das Holz über Rodach, Main und Rhein bis nach Holland. Von der Rodach-Quelle bei Schwarzenbach gelangt man auf Schusters Rappen entlang der Wilden Rodach bald nach Schnappenhammer. Von hier aus finden, wenn die Witterung es erlaubt, zünftige Floßfahrten statt, auf denen man den Flößeralltag feucht-fröhlich nacherleben kann.

Marktrodach, mit dem einzigen Flößermuseum Deutschlands, liegt auf der Strecke wie das mittelalterliche Kronach oder Marktzeuln mit seinen historischen Fachwerkgebäuden. Man passiert auch einige jener Wassermühlen, die wie eh und je das Holzsägewerk antreiben. Burgen, oder was die Zeit von ihnen übrig ließ, grüßen von den Höhen. Der insgesamt 76 Kilometer lange Weg endet bei Gruben, wo Rodach und Main zusammenfließen.

Auch für andere Routen hält man einprägsame Namen bereit. Da gibt es den „Mühlenweg" (18 Kilometer) oder das „Höllental" bei Bad Steben mit bizarren Felsformationen wie „Hirschsprung", „Drachen" oder „Teufelsfels". In Blechschmiedenhammer beginnt die „Panoramastraße" (17 Kilometer). Hier begegnen sich Romantik und Realität: Die Saale wird zur Kulisse für die Grenzsicherungsanlagen der „DDR".

Bei Kleintettau wechselt ein kleines Stück des „Rennsteigs" von Thüringen nach Franken. Auf einer Strecke von rund zehn Kilometern verwandelt sich der seit 1330 bekannte Kurier- und Handelspfad in die „Frankenwaldhochstraße" und verläßt uns östlich von Hasslach wieder in Richtung Thüringen. Der insgesamt 168 Kilometer lange „Rynnestig" (Rain- oder Grenzweg) war früher die natürliche Grenze zwischen Franken und Thüringen und einer der beliebtesten Fernwanderwege Europas.

Beliebt bei den Ausflüglern ist die „Bier- und Burgenstraße". Sie führt von Kulmbach über Kronach durchs Land der „Bierfranken" bis nach Lauenstein. Seit rund 300 Jahren wird in dieser Region ein besonders würziges Bier gebraut. Und wenn man den Kulmbachern glauben kann, dann ist der „Kulminator" sogar das stärkste Bier der Welt.

In Kulmbachs prächtiger Hohenzollernfeste Plassenburg ist heute das Deutsche Zinnfigurenmuseum mit seinen rund 300 000 Figuren untergebracht. Über Kronachs mittelalterlichem Kern erhebt sich stolz die Festung Rosenberg, deren imposante Anlage ebenfalls die Besichtigung lohnt.

Westlich von Kronach liegt Mitwitz, mit seinem Wasserschloß aus dem 15. Jahrhundert. Der Renaissancebau wurde in jüngster Zeit sorgfältig restauriert. Die tausendjährige Mantelburg im Städtchen Lauenburg war einst ein mächtiges Bollwerk an der Grenze zwischen Franken und Thüringen. Hoch über dem Ort bietet sie einen weiten Blick nach Thüringen.

Das Unterkunftsangebot im Frankenwald wird von gemütlichen Mittelklassehotels (mit Vollpension ab 40 Mark), Privatpensionen (mit Frühstück ab 15 Mark), Ferienwohnungen (pro Einheit ab 30 Mark) und Zimmern auf Bauernhöfen (mit Frühstück ab 16 Mark) bestimmt. Eine zentrale Zimmervermittlung erleichtert mit Hilfe moderner Datentechnik die Buchung der rund 10 000 Betten.

Auch Campingfreunde finden ein gutes Angebot. Der 1982 eröffnete Platz in Stadtsteinach in ruhiger, aussichtsreicher Lage, gegenüber einem solarbeheizten Bad, ist hervorragend ausgestattet. Ähnliches gilt für den Campingplatz Lichtenberg auf schönem Wiesengelände an einem See. Auch die Plätze Schloß Issigau und Auensee Joditz (oberhalb eines Sees) gehören wegen ihrer Lage und Ausstattung zu den empfehlenswerten Adressen für Campingfreunde. Alle genannten Anlagen sind ganzjährig geöffnet. Stadtsteinach und Lichtenberg liegen zudem am Langlauf-Skizentrum Döbraberg und sind daher gute Ausgangspunkte für Camper mit Wintersport-Ambitionen.

ROBERT P. HERTWIG

*

Auskunft: Fremdenverkehrsverband Franken e. V., Gebietsausschuß Frankenwald, Amtsgerichtsstraße 21, 8640 Kronach.

KATALOGE

Müller Club Reisen (Touristik-Service Heinz Müller, Klosterstr. 13, 4400 Münster): „Touren '84" – Um einige exotische Angebote wie zum Karneval nach Rio (zehn Tage ab 3795 Mark) oder zur Mitternachtsonne am Polarkreis (drei Tage ab 698 Mark) hat der Veranstalter von Clubreisen sein Programm erweitert. Außerdem bietet Müller neben Wochenenden in verschiedenen Orten der Bundesrepublik Schiffsreisen (vier Tage Kiel–Göteborg–Kiel ab 369 Mark) und Kurzflugreisen nach Berlin, Budapest, Ibiza, London, Prag und zur Adria-Insel Krk (Preisbeispiel: fünf Tage auf Krk ab 358 Mark).

Neckermann-Reisen (Neckermann-Reisen, Hochhaus am Baseler Platz, 6000 Frankfurt 11): „China" – Der 16 Seiten starke Sonderprospekt bietet insgesamt zwölf Pauschalreisen durch das Reich der Mitte. So kostet etwa die kombinierte Flug-, Bus- und Bahnreise unter dem Stichwort „Auf der Seidenstraße" 8590 Mark. Die 26tägige Tour schließt den Besuch Pekings ebenso ein wie eine Fahrt durch die Wüste Gobi, eine Bootsfahrt nach Yangshuo und den Besuch der Grotten von Dunhuang. Höhepunkt des Programms ist die 11 790 Mark teure Reise nach „Tibet – Dach der Welt". Das 22tägige Arrangement, das einen einwöchigen Aufenthalt in Tibet mit Besuch der Klöster Yokhang, Drepung und Sera vorsieht, wird in London gestartet. Es führt weiter über Peking, Chengdu, Lhasa, Kanton und Hongkong.

Airtours (Airtours international, Adalbertstraße 44/48, 6000 Frankfurt/Main 90): „Volksrepublik China '84" – Urlauber können bei dem Veranstalter unter 24 verschiedenen Routen zwischen der Mongolei, dem Südchinesischen Meer und Burma wählen. Unter anderem werden Kombinationen mit der Transsibirischen Eisenbahn von Moskau aus über Ulan Bator in die Nordost- und Zentralprovinzen der Volksrepublik angeboten (25 Tage ab 6110 Mark). Weitere Arrangements sind Süd- und Südwestchina mit einem Besuch Hongkongs, der Tropeninsel Hainan und Kunmings (ab 6698 Mark), der zentrale Osten Chinas mit einer Anschlußreise nach Burma (19 Tage ab 8250 Mark) und eine 25tägige Reise durch Süd- und Zentralchina zur mongolischen Nordgrenze (Preis: ab 8270 Mark).

MOSELTAL / Legionäre aus Rom bereiteten den Weg für die Winzer

Ruinen und Burgen säumen den Fluß

Trier

Im Jahre 15 vor Christus wurde Augusta Treverorum, die Stadt des Kaisers Augustus im Lande der Treverer, gegründet. Das heutige Trier war ausersehen, die Hauptstadt und kaiserliche Residenz der römischen Provinz Gallia Belgica zu werden. Drei Jahrzehnte später errichteten Legionäre unter Tiberius zum Schutz der von Mainz nach Köln führenden Heerstraße das „Castellum apud confluentes", Kastell nahe am Zusammenfluß von Rhein und Mosel – das heutige Koblenz.

Die Mosel spielte damals nicht nur als Verkehrsweg nach Gallien eine wichtige Rolle. Im Gefolge der Legionäre waren vor allem Weinbauern mit Wagenladungen voller Rebstöcke über die Alpen an die Ufer von Rhenus (Rhein) und Mosella gezogen, um hier jene Kultur zu begründen, für die ihnen die Deutschen heute noch danken, und die die Namen vieler kleiner Orte dieser Region inzwischen in aller Welt bekannt gemacht hat.

Schon zu damaliger Zeit bestanden konkrete Pläne, die Mosel durch Errichtung von Staustufen zu regulieren. Doch wurde dieses Vorhaben erst rund zweitausend Jahre später realisiert. Doch trotz der gewaltsamen Zähmung – das Moseltal, eine der lieblichsten Flußlandschaften des Kontinents, hat nichts von seiner Ursprünglichkeit und Schönheit eingebüßt.

Wir starteten unsere Schiffsreise in Burgen. Es ging vorbei an Karden, einem Ort aus vorrömischer Zeit, der keltisch-römischen Siedlung Pommern, die ihren Namen ableitet von der Schutzpatronin der Obst- und Weingärten Pomona, und Klotten mit seiner spitztürmigen Kirche. Auf den Kuppen der Anhöhen zogen die Ruinen der Treis- und der Wildenburg, später der Burg Koraidelstein vorüber.

Man kann die Landschaft der Mosel schlecht beschreiben, ohne immer wieder beim Wein zu landen. Aber das Gebiet und seine seit zwei Jahrtausenden die Hänge bedeckenden Reben, vielfach von schroffen Felsenrücken, den Lags, durchbrochen, bilden hier eine untrennbare Einheit. Auf Schildern am Hang oder glatten Schieferinseln prangen in großen weißen Lettern die Namen berühmter Lagen: Valwiger Herrenberg, Senheimer Lay, Ediger Feuerberg, Ürziger Würzgarten.

Anlegen und Landgang in Beilstein, einem mittelalterlichen Winzerstädtchen mit Weinstuben und -kollern, engen, steilen, von Treppen unterbrochenen Gäßchen mit romantischen Winkeln und Ausblicken, freundlichen Fachwerkfassaden, malerischem Marktplatz, Stadttoren und Wehrtürmen. Oben auf der Höhe überragt von der Burgruine der Metternichs auf der einen und der Klosterburg auf der anderen Seite.

Westlich von Senheim wird das Moseltal breiter und lieblicher, das rechte Ufer stellenweise dicht bewaldet, dunkle Tannen zwischen dem hellen Grün der Laubbäume, das linke mit Weinhängen, die Berge ein Stück zurückgesetzt. Zell, der Weinort mit der „Schwarzen Katz" im Stadtwappen und dem Residenzschloß der Kurfürsten von Trier.

Zwei Dutzend Weindörfer und -städtchen – darunter so bekannte Namen wie Kröv, Piesport und Trittenheim – säumen die noch bis Trier zu bewältigenden gut 80 Bergkilometer. Wir können sie nicht alle aufzählen und wollen uns auf einen unerläßlichen Landgang in Bernkastel, Stadt des berühmten Doktorweins, mit Stadtrechten seit 1291, beschränken. Bei schönem Wetter lohnt ein Aufstieg zur wuchtigen Burg Landshut mit ihrer unvergleichlichen Aussicht auf den Fluß, die Stadt und die größte zusammenhängende Weinbergfläche Deutschlands. Wer zum ersten Mal auf dem Bernkastler Markt steht mit seinem kunstvollen Brunnen vor dem Renaissance-Rathaus, der Platz umschlossen von mittelalterlichen Fachwerkhäusern voll reicher Ornamente und Balkenzeichnungen, weiß, daß er etwas versäumt hätte, wenn er, ohne anzuhalten, vorübergefahren wäre …

HENRY BRAUNSCHWEIG

*

Auskunft: Verkehrsamt Trier, An der Porta Nigra, 5500 Trier

Madame erwartet gleichen Service

Hamburg

Die Manager der Hotelketten müssen umdenken. Die Zeit, als das schwache Geschlecht „nur" als schmückende Begleitung der männlichen Gästeschar betrachtet wurde, gehört der Vergangenheit an. Heute registrieren noble Herbergen in der Bundesrepublik statt dessen einen neuen Gästetyp: die alleinreisende Frau.

Wie in den USA, wo rund 30 Prozent aller Gäste nach einer regierungsamtlichen Untersuchung alleinreisende Frauen sind, bestätigte auch ein Münchner Marktforschungsinstitut den neuen Trend: Mehr als jeder vierte Hotelgast in der Bundesrepublik ist eine Frau.

Als erstes Unternehmen der Branche hat daher Ramada, der Welt drittgrößte Hotelkette, auch in der Bundesrepublik die Konsequenzen gezogen. Mit einem Video-, Psycho- und Diskussionsprogramm, „zugeschnitten auf die alleinreisende Geschäftsfrau", wurden die Mitarbeiter darüber aufgeklärt, wie man sich Madame gegenüber zu verhalten habe.

Vor allem die Lernfähigkeit der männlichen Mitarbeiter war gefragt, die Frauen ohne männliche Begleitung auch heute noch häufig als Freiwild betrachten. Die Aufdringlichkeit mancher Zeitgenossen und das „Anhängsel-Image" führten dazu, daß Frauen Hotel-Restaurants und Bars mieden und des Menü sowie ihre Drinks allein auf dem Zimmer zu sich nahmen und zwischenmenschliche Kommunikation auf den Fernseher reduzierten.

Im Gegensatz zur Konkurrenz, die zum Teil zu reinen Frauen-Trakten überging, will Ramada allerdings keine Frauen-Gettos in den Etagen oder andere isolierende Varianten einführen, denn US-Marktuntersuchungen haben ergeben, daß „die Frauen nicht eine besondere Behandlung wünschen, sondern einfach auf Höflichkeit sowie einen guten und effizienten Service Wert legen".

Das heißt:

- Damen, die alleine speisen möchten, werden nicht mehr an Katzentischen, sondern an einen ruhigen und diskreten Platz im Restaurant begleitet.
- Speist die Dame mit Herren, und ist der Kellner sich nicht sicher wer nun der Gastgeber ist, sollte er jeder Person eine Weinkarte überreichen und die Rechnung an einem neutralen Platz zwischen den Geschlechtern deponieren.
- Barleute sind angehalten, alleinreisende Frauen vor ein-, zwei- und mehrdeutigen Angeboten der männlichen Gäste abzuschirmen.

Daß die Frauenfreundlichkeit kaum emanzipatorische, dafür aber erfolgsorientierte Marketing-Ursachen hat, zeigt die deutsche Wirtschaftswirklichkeit: Etwa 100 000 Betriebe mit jeweils mehr als einer Million Mark Umsatz oder mit mindestens zehn Beschäftigten werden heute von Frauen geleitet, und von zehn neuen Firmen werden jeweils vier von Frauen gegründet. Tendenz: steigend. Die für die Hotel-Manager interessantesten Frauengruppen zwischen 22 und 38 Jahren, Berufseinsteiger und die sogenannten „Karrieristen" also, werden außerdem bis 1990 um 38,7 Prozent zunehmen. Menschen im Hotel – das waren bislang überwiegend Männer. Jetzt fällt auch diese Bastion.

RAINER SCHAUER



